

10185

Stenographisches Protokoll

116. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 29. November 1985

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986

Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik

Beratungsgruppe X: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 10187)

Entschuldigungen (S. 10187)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Dr. Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Nationalrates zur Feststellung der politischen Verantwortung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für das VOEST-Debakel

Bekanntgabe (S. 10237)

Verlesung (S. 10300)

Ablehnung (S. 10302)

Tatsächliche Berichtigung

Dkfm. DDr. König (S. 10295)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10187)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 d. B.)

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Spezialberichterstatte r: Parnigoni (S. 10188)

Redner:

Dr. Keimel (S. 10189),
Schemer (S. 10195),
Eigruber (S. 10199),
Lußmann (S. 10204),
Hesoun (S. 10206),
Ing. Helbich (S. 10210),
Bundesminister Dr. Übleis (S. 10211 und S. 10232),
Haigermoser (S. 10216),
Vetter (S. 10218),
Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 10221),
Weinberger (S. 10223),
Hofer (S. 10225),
Veleta (S. 10228) und
Auer (S. 10234)

Annahme der Beratungsgruppe XIII (S. 10237)

Beratungsgruppe X: Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Spezialberichterstatte r: Posch (S. 10238)

Redner:

Dr. Graff (S. 10239),
Wille (S. 10244),
Dr. Lichal (S. 10246),
Dr. Gugerbauer (S. 10248),
Burgstaller (S. 10256),
Bundesminister Dkfm. Lacina (S. 10258 und S. 10288),
Resch (S. 10262),
Dkfm. DDr. König (S. 10264),
Prechtl (S. 10270),
Hintermayer (S. 10275),
Bergsmann (S. 10278),
Rechberger (S. 10281),
Wimmersberger (S. 10283),
Kuba (S. 10287),
Dkfm. Gorton (S. 10290),
Ing. Tychtl (S. 10292),
Dkfm. DDr. König (S. 10295) (tatsächliche Berichtigung),
Helmut Wolf (S. 10295) und
Franz Stocker (S. 10297)

Annahme der Beratungsgruppe X (S. 10300)

705

Eingebracht wurden**Antrag der Abgeordneten**

Wille, Grabher-Meyer und Genossen betreffend Prüfungsauftrag an den Rechnungshof gemäß § 99 (1) des Geschäftsordnungsgesetzes hinsichtlich Vorgänge bei der Geschäftsführung der VOEST-Alpine AG (174/A)

Anfragen der Abgeordneten

Bergmann und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Gefährdung österreichischer Kunstwerke (1753/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Förderung der Ausstellung „Wiener Wohnbau“ im Künstlerhaus durch den Bautenminister (Verschwendungsanfrage Nr. 122) (1754/J)

Dr. Graff und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Beseitigung der Diskriminierung von Richtern durch die „13er-Sperre“ (1755/J)

Dr. Feurstein, Dr. Blenk, Türtscher, Dr. Maria Hosp und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Maßnahmen zur Förderung der Forschung (1756/J)

Dr. Feurstein, Dr. Maria Hosp, Türtscher und Genossen an den Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz betreffend Auflassung von Familienberatungsstellen (1757/J)

Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Einsatz der Arbeitsmarktförderungsmittel 1986 nach Bundesländern (1758/J)

Dkfm. Gorton, Deutschmann, Dr. Paulitsch, Koppensteiner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend grenzüberschreitender Straßengüterverkehr, insbesondere mit Italien (1759/J)

Dkfm. Gorton, Deutschmann, Dr. Paulitsch, Koppensteiner und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend grenzüberschreitender Straßengüterverkehr mit Italien (1760/J)

Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Entschädigungen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages (1761/J)

Dr. Stummvoll, Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend fehlende Entscheidungen im Gesundheitsbereich (1762/J)

Dr. Paulitsch und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Verpachtung des Stiftes Ossiach an den „Carinthischen Sommer“ (1763/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen (1595/AB zu 1621/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 114. Sitzung vom 27. November 1985 ist in der Parlamentdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Staudinger, Ing. Kowald und Dr. Puntigam.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Peter, Dr. Etmayer und Tieber.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 1595/AB eingelangt ist.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 172/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend „große Steuerreform“ im Rahmen eines 3-Stufen-Entlastungsplanes;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 173/A der Abgeordneten Ing. Derfler und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1985 in der Fassung der Marktordnungsgesetz-Novelle 1985 geändert wird.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu wie folgt:

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (41. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz) (774 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird (10. Novelle zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz) (775 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wird (9. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz) (776 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger geändert wird (5. Novelle zum Freiberuflichen Sozialversicherungsgesetz) (778 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wird (15. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz) (779 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Notarversicherungsgesetz 1972 geändert wird (5. Novelle zum Notarversicherungsgesetz 1972) (780 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (44. Gehaltsgesetz-Novelle), die Reisegebührenvorschrift 1955, das Nebengebührenzulagengesetz und das Bundestheaterpensionsgesetz geändert werden (782 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (36. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden (783 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Herausgabe und Verwertung ehemals herrenlosen Kunst- und Kulturgutes, das sich im Eigentum des Bundes befindet (2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz) (790 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (Beamten-Dienstrechtsgesetz-Novelle 1985) und das Richterdienstgesetz geändert werden (784 der Beilagen).

Präsident

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XIII

Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen).

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Parnigoni. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Parnigoni:** Herr Präsident! Hohes Haus! Bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“ sind für das Jahr 1986 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von zirka 27 000 000 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Ressorts beträgt etwa 1 700 000 000 S, er ist gegenüber dem Jahre 1985 um 89 000 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf zirka 26 000 000 000 S, was gegenüber dem Jahre 1985 eine Verminderung um 236 692 000 S bedeutet.

Die Einnahmen wurden mit insgesamt 4 758 272 000 S vorgeschätzt, sie sind somit um etwa 457 000 000 S gegenüber dem Vorjahr geringer veranschlagt.

Außer diesen Krediten im Grundbudget sind für den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1986 es erfordert, in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 zusätzliche Kredite in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Schilling vorgesehen. Für den Fall einer notwendigen Konjunkturbelebung enthält die Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 noch weitere Kredite in der Gesamthöhe von 660 Millionen Schilling.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 6,3 Prozent des Ressort-Grundbudgets in Anspruch nimmt, sind im Jahre 1986 insgesamt 6 799 Planstellen zugrunde gelegt, das sind um 12 Planstellen weniger als im Vorjahr. Diese Verminderung von Planstellen ergibt sich einerseits durch eine Erhöhung beim Personalstand der Zentraleitung (6) und bei den Einrichtungen des Vermessungswesens (4) sowie andererseits durch eine Verminderung beim Personalstand der Wasserstraßendirektion (22).

Die Verminderung bei den Ausgabenansätzen des Sachaufwandes gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 236,7 Millionen Schilling. Die Erhöhungen ergeben sich bei den Förderungsansätzen, beim Straßenbau, beim Hochbau sowie bei den verschiedenen Dienststellen des Ressorts. Demgegenüber ergeben sich Verminderungen durch Wegfall des Beitrages an die ASFINAG zu den Sonderfinanzierungen im Straßenbau und bei der Liegenschaftsverwaltung.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag 1986 enthält darüber hinaus in der Stabilisierungsquote Anlagenkredite in Höhe von 420 Millionen Schilling und Aufwandskredite von 380 Millionen Schilling für den Bundeshochbau.

Die Konjunkturbelebungsquote sieht Anlagenkredite in Höhe von 356 Millionen Schilling und Aufwandskredite von 244 Millionen Schilling vor, die ausschließlich für den Bundeshochbau bestimmt sind.

Für den Wasserwirtschaftsfonds sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Stabilisierungsquote Förderungskredite in Höhe von 200 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote von 60 Millionen Schilling enthalten.

Die Einnahmen des Bautenressorts sind für das Jahr 1986 um rund 457,9 Millionen Schilling geringer veranschlagt als für 1985. Dieser Betrag ergibt sich einerseits durch einen Wegfall des Beitrages der ASFINAG zu den Sonderfinanzierungen im Straßenbau (627 Millionen Schilling) und andererseits aus Erhöhungen von Einnahmen im übrigen Ressort im Betrage von 169,1 Millionen Schilling.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 64: Bauten und Technik, samt dem dazugehörenden Teil des Konjunktur-

Parnigoni

ausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlag für das Jahr 1986 (740 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Keimel.

9.08

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir verhandeln während der letzten Tage und während der noch kommenden Tage über ein Bundesbudget, von dem man sagt, es sei die in Zahlen gegossene Regierungspolitik. In Wirklichkeit ist es schon bei der Annahme durch die Regierungsfaktionen falsch, und zwar in den Grundansätzen. Das insbesondere aus zwei Gründen:

Zum einen stimmt das ausgewiesene Defizit von rund 104 Milliarden Schilling nicht, es wird fast 107 Milliarden Schilling betragen. Die Neuverschuldung steigt binnen eines Jahres um über 68 Milliarden Schilling an. Um bei uns im Bautenressort zu bleiben: Das würde den Bau von über 60 000 Eigenheimen oder Eigentumswohnungen ermöglichen.

Zum zweiten wurde inzwischen die dramatische, nun ja geradezu eruptiv ausgebrochene Krise in der verstaatlichten Industrie nach der im Bankenbereich bewußt. Beide Krisen, vor allen Dingen die der Verstaatlichten, sind ja noch nicht abgeschlossen, sie sind erst am Anfang.

Aber erinnern Sie sich, meine Damen und Herren: Die seinerzeitigen Frühwarner in unseren Reihen, aber auch unter den Wirtschaftswissenschaftlern, wurden damals Schwarzmalerei genannt. Sie wurden ignoriert.

Was aber tut die Regierung noch heute? — Sie malte und malt sich in eigener Selbsttäuschung ein Bild strahlender Wirtschaftsentwicklung und internationaler Konkurrenzfähigkeit. Weil aber die Ansätze in dieser von ihr selbst dargestellten Schönfärberei nicht stimmen, bringt sie die Budgetkonsolidierung nicht einmal ansatzweise zusammen. Im Gegenteil: Laut Budgetvoranschlag des Jahres 1985 wird ein Nettodefizit von 4,4 Prozent des Inlandsproduktes erwartet, welches schon

jetzt, also noch ohne Verstaatlichten-Sanierung 1986, auf 4,7 Prozent, also um rund 8 Prozent ansteigt.

Meine Damen und Herren! Dabei von Konsolidierung zu sprechen, ist fast schon eine ungeheuerliche und bewußte Irreführung. Aber das geradezu Tragische dabei ist, daß trotz dieser Budgetentwicklung die großen Probleme, wie sie etwa die Verstaatlichten, das Sozial- und Pensionssystem, die Krankenanstaltenfinanzierung oder die Staatsverschuldung mit sich bringen, nicht gelöst sind. Daher schreibt auch etwa die „Neue Zürcher Zeitung“ von „viel Lärm um Österreichs trickreiches Budget“, und der „Börsenkurier“ überschreibt seine Abhandlung folgendermaßen: „Vranitzkys Budget 1986: trickreich, aber ideenlos“.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund ist auch das Bautenbudget zu sehen. Es ist das erste, das Bautenminister Dr. Übleis erstellt hat, und er hat diese seine in Zahlen gegossene Baupolitik auch zu verantworten. Herr Bautenminister, nur eine Nebenbemerkung, bevor ich mich mit dem Budget befasse: Der Fall — im Doppelsinn des Wortes — Ihres Vorgängers Sekanina ist immer noch offen. Sie selbst haben mit der sozialistischen und freiheitlichen Fraktion den Antrag der Volkspartei auf einen Untersuchungsausschuß über die Vorgänge um den Fall Sekanina abgelehnt. Damit bleibt die Verantwortung für alle Sekanina-Affären bei Ihnen persönlich, Herr Minister. Es müßte primär in Ihrem Interesse sein, das aufzuklären, und ich merke hier an: Dieser Fall bleibt auf der Tagesordnung, bis er aufgeklärt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister Übleis! Sie sagten bei Ihrer Amtseinführung: Ich freue mich, neben Lacina und Vranitzky nun als dritter Wirtschaftsminister wirken zu können. Sie haben den vierten, nämlich den Handels- und Industrieminister Steger, offensichtlich gleich einmal ausgelassen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Das wird seine Gründe haben!)* Wir halten das gleiche von ihm. Und so gilt es, diese seinerzeitige Hoffnung erweckende Ankündigung: Wirtschaftsachse Vranitzky — Lacina — Übleis nun auf den Prüfstand zu stellen.

Herr Minister! Ich nehme es gleich vorweg: Sie haben es offensichtlich aufgegeben, innerhalb der Regierung und vor allem ressortüberschreitend ein Gesamtbaukonzept der Bundesregierung zu entwerfen und zu vertreten. Denn immer öfter — das letzte Mal im Budgetausschuß — betonen Sie, daß vom

10190

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Dr. Keimel

österreichischen Bauvolumen nur 9 Prozent vom Bautenministerium kommen, also Ihr Einfluß doch recht beschränkt sei. Das ist also Ihre Absage der Wirtschaftsachse Vranitzky — Lacina — Übleis. Sie hätten ressortüberschreitend ein Gesamtkonzept erstellen und vertreten müssen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen aus den internationalen Studien über Österreich — OECD-Berichte, Hudson-Institut und so weiter —, daß wir noch außerordentlich schwierige Jahre vor uns haben, Jahre mit wahrscheinlich sehr schmerzhaften Strukturprozessen. Lösbar werden diese Probleme nur durch die Partnerschaft von Wirtschaft und Staat im Sinne der sozialen Marktwirtschaft in einer Innovationsoffensive — wie etwa das Hudson-Institut meint — sein. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen darauf abgestimmt sein. Und gerade in dieser Periode, die auch sehr beschäftigungskritisch sein wird während der nächsten Jahre, müßten flankierend — wenn ich so sagen darf — alle heimisch autonomen Möglichkeiten offensiv und phantasievoll genutzt werden.

Die Bauwirtschaft hält hier nach wie vor eine Schlüsselposition in der Beschäftigungspolitik, und das aus mehreren Gründen, die ich nur noch einmal kurz wiederholen möchte.

Zum ersten: Der Multiplikatoreffekt ist besonders groß, eine Milliarde Bauumsatz stimuliert 1,6 Milliarden gesamtwirtschaftliche Leistung.

Zum zweiten: Der Anteil am Bruttonationalprodukt war einmal über 10 Prozent, derzeit liegt er bei knapp 6 Prozent. Das ist immer noch ein relativ hoher Anteil mit besonders hohem Beschäftigungseffekt. Eine Baumilliarde kann bis zu 2 500 Arbeitsplätze mobilisieren.

Zum dritten: Der Baubereich ist weniger auslandsabhängig, stark heimisch autonom geprägt und daher beeinflussbar.

Zum vierten: Der Bedarf — und das erscheint mir wesentlich — an Bauleistungen in allen wesentlichen Bereichen ist bis Ende dieses Jahrtausends sehr groß und ausgeprägt, zum Beispiel im Wohnbereich durch Stadt- und Dorferneuerung, im Verkehrsreich durch Straßen- und Schienenbau, im Bereich von Umwelt, Energie und Wirtschaft.

Und fünftens, Herr Minister — und das

erscheint wesentlich —: Über 80 Prozent des österreichischen Bauvolumens werden von der öffentlichen Hand direkt, als Auftraggeber, und indirekt über Fonds, Förderungsbestimmungen, wie Bausparsystem, Steuerpolitik und so weiter, beeinflußt beziehungsweise bestimmt. Der Baupolitik als umfassende Beschäftigungspolitik kommt also als Regierungsaufgabe eine Schlüsselposition zu, eine Position allerdings, die die Regierung seit Jahren sträflich vernachlässigt. Im Gegenteil: Sie setzte sogar grobe Negativ-Maßnahmen und tut dies noch immer.

Die ÖVP hat rechtzeitig auf diese mittel- und längerfristige Entwicklung hingewiesen und jeweils sehr konkrete Gesetzes- und Finanzierungsvorschläge unterbreitet. Ich erinnere zum Beispiel nur an unsere ausführliche Abhandlung vom Jänner 1980 mit dem Titel „Bau in der Krise“, vom Juni 1982 mit dem Titel „Österreichs Bauwirtschaft am Scheideweg“, 1983 und 1985 haben wir das wohnpolitische Konzept der ÖVP vorgestellt. Wir haben dabei immer erklärt, meine Damen und Herren: Es gibt infolge des hohen Bedarfs in allen Baubereichen keine Baukrise, sondern „nur“ — unter Anführungszeichen — eine Finanzierungskrise. Damit ist dieses Problem in der Bauwirtschaft ein zutiefst politisches, eine Frage der Prioritätensetzung der öffentlichen Ausgaben und damit Aufgaben, und hier liegt das Versagen der Regierung als politische Entscheidungskrise.

Bei Fortsetzung dieser Baupolitik, Herr Minister, würde sogar gemäß Ihrer Bauvorschau, die vom Bautenministerium kommt, der Baubereich bis 1990 weiterhin stark schrumpfen. Es würden jährlich rund 2,5 Prozent Bauarbeitsplätze vernichtet werden, jährlich bis zum Jahr 1990. Eine solche Entwicklung lehnt die ÖVP aus mehreren Gründen ganz entschieden ab, meine Damen und Herren.

Zum ersten aus den erwähnten beschäftigungspolitischen Gründen: Wir haben strukturell bereits 48 000 Bauarbeitsplätze verloren und möchten nicht noch 20 000 während der nächsten vier Jahre verlieren.

Zum zweiten aus wohnungspolitischen Gründen: Der Wohnbau ist stark rückläufig, gerade 1985, auch im kommenden Jahr wieder, explodierende Wohnungskosten bei in Wirklichkeit hohem Bedarf an leistbaren Wohnungen.

Zum dritten aus verkehrspolitischen Gründen: Es bedarf für die Entlastung der Bevölke-

Dr. Keimel

rung Dutzender Ortsumfahrungen, der Beseitigung von über 200 Gefahrenstellen, aber es fehlt seit Jahren das Gesamtverkehrskonzept der Bundesregierung.

Zum vierten aus energiepolitischen Gründen: etwa Ersatz umweltschädlicher, gleichzeitig meist auslandsabhängiger Energie durch umweltverbessernde Energie, insbesondere aber auch Forcierung energiesparender Investitionen jeder Art, ich denke dabei an den Fernwärmeausbau und so weiter. Aber es fehlt das Energiekonzept der Bundesregierung.

Zum fünften aus umweltpolitischen Gründen: Im Mittelpunkt sollte die Neukonzipierung des Umweltfonds, etwa auch des Wasserwirtschaftsfonds stehen.

Meine Damen und Herren! Ein Regierungskonzept fehlt dabei. Einigkeit herrscht offensichtlich in der Regierung nur in einem, nämlich in der Idee immer neuer und massiver Belastungen.

Nun wurde das Budget schon bei der Erstellung vom Finanzminister der Öffentlichkeit als „Sparbudget“ verkauft.

Aber wie kann man denn bei der Budgeterstellung sparen? — Zum einen durch Einsparungen bei Kosten und Aufwendungen, etwa bei Konsumausgaben, bei der überbordenden Verwaltung, bei Subventionen, bei Verschwendungsausgaben und so weiter. Oder man kann auf der zweiten Seite sparen durch Abstriche bei Investitionen, das ist gleichbedeutend mit Beschäftigungsabbau.

Das Bautenbudget ist ein typisches Investitionsbudget. Daher hatte ich schon größte Bedenken, als Bautenminister Übleis schon bei der Budgeterstellung immer wieder erklärte, er werde dem Finanzminister bei der Budgetkonsolidierung tatkräftig helfen.

Herr Minister! Wie wollten Sie helfen? Entweder durch neue Belastungen, wie es uns die Post jetzt als Monopolbetrieb vorgeführt hat, mit Milliardenbelastungen oder aber andererseits durch einen weiteren Abbau der Investitionen mit ganz bestimmten Konsequenzen.

Zum einen Verfall des Bautenbudgets. Herr Minister! In diesem Bautenbudget selbst gingen die bauwirksamen Ausgaben von heuer auf 1986 um 8,6 Prozent zurück. Im reinen Bautenbudget in einem Jahr! Das sind real über 10 Prozent. Das wäre unerträglich. Da

wären ja die Pleiten in der Bauwirtschaft und der Verfall von Arbeitsplätzen programmiert.

Daher kommt das zweite, was Sie jetzt versuchen, die Problemverschiebung in die Zukunft durch massive Verschuldungsfinanzierung sowohl im Straßen- als auch im Hochbau.

Und zum dritten Verfall der öffentlichen Bausubstanz, auch der historischen. Dieses Land hat viel öffentliche Bausubstanz von Schönbrunn über Schulen und so weiter. Der Rechnungshof kritisiert seit Jahren, daß wir zu wenig zur Erhaltung aufwenden, weil wir es nicht haben, es wird kritisiert, daß diese öffentliche Bausubstanz verfällt. Das ist auch die Hypothek, die wir zu den Schulden der nächsten Generation dazuschieben.

Meine Damen und Herren! Wie schaut nun dieses Ihr Budget, Herr Minister, aus?

Zum einen: Wie schon seit einigen Jahren sinkt wieder der Anteil des Bautenressorts im Vergleich zum Gesamtbudget. Waren es heuer von den Gesamtausgaben noch etwa 6 Prozent, sind es 1986 nur mehr 5,6 Prozent. Sicher keine wesentliche Schlüsselzahl, aber der Trend liegt fest.

Zum zweiten: Während die Gesamtausgaben des Gesamtbudgets um 6,4 Prozent steigen, fällt das Bautenbudget nominell um 0,5 Prozent, real also um mindestens 3 Prozent. Die Gesamtausgaben steigen, das Investitionsbudget Bauten fällt. Dabei ist aber sehr symptomatisch: Der Personalaufwand in Ihrem Ressort steigt gegenüber heuer um 5,3 Prozent, während der Sachaufwand um knapp 1 Prozent sinkt. So schaut das aus! Der Personalstand in der Zentralleitung wird um sechs Personen, also um 1,3 Prozent aufgestockt, seit 1983, also seit zwei Jahren, um insgesamt zwölf. Es ist Ihnen wichtig, daß die Zentralleitung, die Verwaltung größer wird. Aber fürs Bauen haben wir nichts mehr!

Aber die wesentlichste Kennzahl ist eine ganz andere, Herr Minister! Für die Beschäftigung der Bauwirtschaft sind die sogenannten bauwirksamen Ausgaben die wichtigste Kennzahl. Wie schaut hier die Entwicklung aus?

Herr Minister! Wenn wir 1984, 1985, 1986 nehmen, damit wir die Entwicklung sehen, dann stellen wir fest: Im Hochbau betrug die bauwirksamen Ausgaben 1984 6,5 Milliarden Schilling, sagen wir Index 100, heuer, 1985, knapp 6 Milliarden Schilling, Index 92 —

Dr. Keimel

heruntergegangen, bitte! —, 1986, nächstes Jahr, 6,2 Milliarden Schilling, Index 95, nominell nicht einmal den Wert von 1984 erreicht.

Bei der Straße: 1984 12 Milliarden Schilling, Index 100, heuer, 1985, 13,8 Milliarden Schilling, Index 114, und jetzt, auf das Jahr 1986 bezogen, 12 Milliarden Schilling, Index 98. Nicht einmal nominell der Index 1984 erreicht.

Nun die gesamtbauwirksamen Ausgaben Ihres Ressorts: 1984 18,6 Milliarden Schilling, Index 100, heuer, 1985, 19,8 Milliarden Schilling, Index 106, 1986 18 Milliarden Schilling, Index 97. Nominell ein Verfall gegenüber dem Jahre 1984 oder 1985. Heuer — 1985 — bauwirksame Ausgaben 19,8 Milliarden Schilling, Index 100, Ihr erstes Budget 1986 18 Milliarden Schilling, Index 92. Ein Verfall um nominell 8 Prozent. Ein beschäftigungsvernichtendes Budget, meine Damen und Herren!

Das nominelle Minus, nicht einmal das reale, also bauwirksam, 1,7 Milliarden Schilling. Wissen Sie, was das bei der Bauwirksamkeit der Milliarde bedeutet? — Im ersten Jahr um 3700, im zweiten um 6 500 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft weniger.

Herr Minister! Das ist das erste von Ihnen zu vertretende Budget.

Da frage ich Sie etwas: Wie kommen Sie angesichts dieser Zahlen, angesichts dieser Fakten, die ich von Ihnen habe, auch aus dem Bautenausschuß, dazu, vor einem Monat der Bauwirtschaft zu erklären: Ab 1986 wird es mehr Mittel für Bundesbauten geben, und zwar in allen Bereichen: Bundeshochbau, Bundesstraßenbau und Wasserwirtschaftsbau. Wie kommen Sie dazu, eine derart irreführende Feststellung der Bauwirtschaft zu präsentieren, die darauf ja ihre Entscheidungsgrundlagen aufbauen sollte?

Nur eine einzige Entwicklung ist positiv, nämlich jene der Wohnbauförderung. Herr Minister! Da haben wir von 1985 auf 1986 eine Steigerung der Wohnbauförderungsmittel von 15,5 auf 17 Milliarden Schilling, als um knapp 11 Prozent. Aber — und jetzt kommt schon das große Aber — das ist ja die zweckgebundene Zusatzsteuer zur Lohn- und Einkommensteuer. Wie wir wissen, resultiert diese Steigerung ausschließlich aus der enormen Lohn- und Einkommensteuerprogression, aus deren Nichtanpassung.

Mit dem lachenden Auge der Bauwirtschaft könnte man sagen: Da haben wir jetzt die Pro-

gressionswirkung in dem Bereich, aber auch mit Folgen. Zum ersten gehen die Arbeitnehmerereinkommen seit genau acht Jahren real zurück, die Nettorealeinkommen der österreichischen Arbeitnehmer sinken, laut Angaben des Statistischen Zentralamts, seit acht Jahren. Das bedeutet, daß die Kaufkraft sinkt.

Und was ist die Auswirkung? — Damit nimmt die Bereitstellung von Wohnbeihilfen, von Subjektförderung aus dem Wohnbautopf schlagartig, progressiv zu. Herr Minister! Wir haben bereits über 25 Prozent Subjektbeihilfe zu Lasten der Wohnbautätigkeit.

Sehen Sie, das ist keine schöne Entwicklung, die aus dieser Politik, auch aus der Steuerpolitik, resultiert.

Aber niemand konnte ja besser diese falsche Wohnungspolitik demonstrieren als Sie, Herr Dr. Übleis, selbst, als Sie bei dieser Wohnbautagung wörtlich erklärten: Der soziale Wohnbau muß wieder sozial werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Nach 15 Jahren sozialistischer Wohnbaupolitik die Erklärung eines Ministers, der dafür zuständig ist, der soziale Wohnbau müsse wieder sozial werden, ist doch ein Armutszeugnis für Ihre soziale Wohnbaupolitik. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kohlmaier: Sozialistisch ist nicht sozial!)*

Meine Damen und Herren! Umgekehrt heißt das also, daß er derzeit unsozial ist.

Meine Damen und Herren! Das weiß der Minister natürlich alles. Das ist ja ganz klar! Genau im Wissen um diese Situation hat der Bautenminister als Ersatz für ein Gesamtbaukonzept offensichtlich eine Ankündigungspolitik in allen Bereichen erfunden. Übers Jahr geben wir die Zahlen besser nicht bekannt; sie wären erschütternd.

Das Straßenbudget verfällt, es verschuldet. Der Minister geht diesen Weg einfach weiter!

Herr Minister! Wissen Sie, was im Rechnungshofbericht steht? „Der Rechnungshof beanstandete die Vorgangsweise des Bautenministeriums, das in Kenntnis der bestehenden finanziellen Lage auf dem Gebiet der Bundesstraßen nur ‚Zwischenlösungen‘ den Vorzug gegeben hat, die zwar kurzfristig den Weiterbau ermöglichen, sodann aber wegen der Finanzierungsengpässe die Lage deutlich verschlechtern werden.“

Dr. Keimel

Haben Sie irgendeine neue Konzeption dafür? — Sie gehen diesen Weg einfach weiter, Herr Minister! Nicht nur die vorfinanzierten Bauaufwendungen müssen aus der rückläufigen Bundesmineralölsteuer bezahlt werden, sondern auch die Milliarden Zinsen. Für Zinsen müssen aus dem Bautenbudget 1984 2,7, 1985 3,2, 1986 bereits 3,8 Milliarden aufgewendet werden! In drei Jahren 9,7 Milliarden Schilling Zinsen, die aus den zweckgebundenen Bundesmineralölsteuermitteln aufgebracht werden müssen. Das heißt, diese gehen uns beim Bau ab.

Der Finanzminister kassiert von den Straßenbenutzern per anno direkt an Steuern über 24 Milliarden Schilling, insgesamt aber, zum Beispiel Luxusmehrwertsteuer und so weiter dazu, rund 40 Milliarden Schilling. Nur von den Straßenbenutzern!

Für den Straßenbau samt Erhaltung bleiben nicht einmal 8 Milliarden, nicht einmal ein Fünftel, Herr Minister. Hier wäre anzusetzen, wenn Sie schon eine Achse Vranitzky — Lacina — Übleis, eine Wirtschaftsachse gründen wollten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Da geht alles einfach so weiter.

Daher hat der Herr Bautenminister Übleis — allerdings hat das auch schon Sekanina gemacht — einfach verkündet, daß er bei den Bundesstraßen mit der Bundesstraßengesetz-Novelle rund 40 Milliarden Schilling „einsparen“ werde.

Ich habe schon damals Bautenminister Sekanina gesagt: Auf die Tour, wie Sie einsparen wollen, habe ich mir im Leben 2 Milliarden erspart. Ich wollte mir eine Insel in der Karibik, dazu ein schönes Schiff und einen Jumbo-Jet kaufen. Ich habe das jetzt weggesteckt und erspare mir dadurch 2 Milliarden Schilling.

So ähnlich sparen Sie 40 Milliarden im Straßenbau! Sie haben es ja nicht. Es war auch nicht in der Dringlichkeitsreihung. Daher reden Sie doch nicht immer davon, daß Sie etwas sparen!

Herr Minister! Ich frage Sie: Wie sparen Sie überhaupt? Sie haben uns im Budgetausschuß erklärt, es werden 500 km an Schnellstraßen gestrichen und dafür die Bundesstraßen um 565 km vermehrt; offensichtlich das Bundesstraßennetz.

Darf ich Sie fragen, wo da ein Einsparungseffekt ist. Brauchen Sie für die B-Straßen

kein Geld? Wie wollen Sie denn das bitte finanzieren?

Zum zweiten: Wasserwirtschaftsfonds. Da machen Sie gleich ein Zehnjahresadditionsprogramm. Das hat schon Ihr Vorgänger Sekanina vorgestellt. Stolz verkünden Sie: Donau-Flußreinhaltungskonzept über zehn Jahre, 60 Milliarden. Das posaunen Sie hinaus. Zwei Drittel davon gehen über den Wasserwirtschaftsfonds, also 40 Milliarden. Den Rest zahlen die Unternehmen, Länder und so weiter.

40 Milliarden in einem Zehnjahresprogramm sind 4 Milliarden per anno. Herr Minister! Der Fonds finanziert derzeit pro Jahr 5,8 bis 6 Milliarden. Was soll da die Aufaddition von 40 Milliarden? Wenn Sie nur die 4 Milliarden hätten, dann wäre es sogar ein Rückschritt. Sie finanzieren ja jetzt 6 Milliarden. Erklären müssen Sie nur noch, wie der Wasserwirtschaftsfonds überhaupt — ich könnte auch den Rechnungshofbericht zitieren, es werden Kollegen von mir noch darauf zurückkommen — finanziell am Leben erhalten werden soll.

Hochbau: Vor drei Wochen, glaube ich, war es, da sagten Sie, es werden fünf Jahre addiert. Additionspolitik! Und Sie stellen in der Öffentlichkeit ein 37 Milliarden-Programm im Hochbau vor.

Herr Minister! Wir haben es uns sehr genau angeschaut. Beim Herausrechnen der bauwirksamen Beträge stellten wir dann fest, daß ab 1986 die Hochbauinvestitionen sogar rasch und massiv zurückgehen. Keinerlei Steigerung!

Sie aber täuschen der Bauwirtschaft mit so einem Additionsprogramm vor, daß da viel dahinter wäre, daß hier groß gebaut würde.

Herr Minister! Das alles, wie bei den Straßen, trotz massiven Übergangs auf Bauträgervergabe, das heißt, wieder durch Verschuldung, mit dem Effekt horrender Finanzierungskosten, Zinsenkosten.

Herr Minister! Da sind keine neuen Ideen, da ist nicht Phantasie dahinter, nur sehr viel Öffentlichkeitsaufwand. Das verstehen Sie ausgezeichnet, das muß ich Ihnen dazusagen. Sie sollten aber die Chancen nützen!

In Kenntnis nämlich des sehr hohen Baubedarfes, der realistischen Einschätzung der sicherlich ruinierten öffentlichen Haushalte erhebt sich doch die zwangsläufige Forderung

Dr. Keimel

nach einer neuen Baupolitik für den Rest der achtziger Jahre unter ganz bestimmten Voraussetzungen, Grundsätzen und Zielvorstellungen. Sie müßten einmal die Grundsätze, die Zielvorstellungen konzipieren, dann können mittel- und längerfristig die legislativen und finanzpolitischen Maßnahmen darauf aufgebaut werden.

Aber da sehe ich leider Gottes nichts, nicht einmal einen Ansatz einer solchen baupolitischen Planung.

Herr Minister! Den größten Bedarf und zugleich auch den größten Beschäftigungseffekt gäbe es im Bereich Wohnen. Ich habe schon erwähnt, daß die sozialistische Wohnungspolitik — Sie selbst haben es ja erklärt — offensichtlich gescheitert ist, und zwar infolge von Zwangssystemen, zum Beispiel Mietrecht und so weiter, es geht ja weit darüber hinaus, ich sage noch einmal, auch über Ihr Ressort: Förderungskorsetts. Es greift nichts, auch nicht diese Wohnhaussanierungs-Milliarde. Sie wissen das auch. Es ist alles zersplittert, Herr Minister!

Es bedarf einer Neuorientierung in der Wohnungspolitik hin zu einer sozialen marktwirtschaftlichen Wohnungspolitik. Es sollten ohne Verzug Anreize gegeben werden. Sie wissen ja, daß in Europa, überall, in der Nachbarschaft, sogar in Frankreich, in Deutschland und so weiter, solche Konzepte bestehen und mit Erfolg durchgeführt werden.

Die Volkspartei hat ihr Wohnungspaket erarbeitet, bereits wieder als Diskussionsgrundlage präsentiert und auch im Parlament eingebracht. Im Mittelpunkt stehen Anreizsysteme in allen Bereichen und, ganz wesentlich, verstärkte Eigentumsförderung, auch an bestehender Wohnsubstanz, zur Mobilisierung privaten Kapitals.

Es ist nicht uninteressant: Gerade heute, ausgerechnet heute, lese ich einen Artikel des „Kurier“: „Seit 1979 haben in Großbritannien 750 000 Mieter die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, ihre bis dahin im öffentlichen Besitz befindlichen Häuser und Wohnungen käuflich zu erwerben.“

Wissen Sie, was dadurch in die öffentlichen Kassen geflossen ist? — 350 Milliarden Schilling.

Das wären neue, kreative Ideen! Über diese sollten wir diskutieren, meine Damen und Herren! Das wäre auch eine Entlastung des

Bauten- und Bundesbudgets. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Kollegen werden auf all diese Bereiche detaillierter eingehen. Ich habe dargelegt, daß Sie sich, Herr Bautenminister, mit diesem Ihrem ersten Budget nicht als Wirtschaftsminister ausgewiesen haben, ganz im Gegenteil. Ihre Erklärung, das Bautenbudget sei ein Beitrag in Richtung Budgetkonsolidierung, bestätigt die Kapitulation. Ich habe es wie das Gesamtbudget als „Beschäftigungsvernichtungsbudget“ bezeichnet, genauso wie die Budgetexperten, etwa Dr. Lehner, Professor Sochor, die es natürlich etwas feiner sagten, indem sie meinten, es gehen keine beschäftigungswirksamen Effekte mehr vom Budget aus.

Ich habe das nicht nur der Kritik wegen erklärt und auch nicht ohne Erkenntnis, Herr Minister, daß Sie auch Gefangener der Vergangenheit sind. Das ist mir völlig klar. Aber in dieser ernsten, ich würde meinen, in dieser bedrohlichen wirtschaftspolitischen Zeit habe ich meine Darlegung bewußt nur an Hand der Zahlen und Fakten kommentiert.

Ich habe heuer im Jänner am Höhepunkt der Bauarbeiterarbeitslosigkeit Ihren Vorgänger Sekanina zu einem Baugipfel aufgefordert und das ÖVP-Konzept einer Bauoffensive mit Finanzierungsbasis vorgelegt. Dann kam Ihr Baugipfel — ich glaube, es war im Mai —, ohne Auswirkungen, und wieder habe ich zu einem Wohngespräch aufgefordert, das Sie dann im September abgeführt haben, Herr Minister.

Die ÖVP hat ihre Analyse und ihr Konzept mit der Einladung zu einem nationalen Konsens präsentiert. Sie haben bis heute nie das Gespräch gesucht, Herr Minister, und hier möchte ich Ihnen etwas ganz Ernstes sagen. Ich weiß schon, daß Ihre Haupttätigkeit die Öffentlichkeitsarbeit ist, ganz offensichtlich. Ich sage Ihnen hier ganz ernst, daß ich mich verwahre gegen den Stil, den Sie offensichtlich jetzt auch mir gegenüber anwenden wollen. Ich habe die „Sozialistische Korrespondenz“ vom 21. November. Hier heißt es: „Was den Wohnbau betrifft, betonte der Bautenminister, wurde mit allen drei Parteien ein koordiniertes Vorgehen vereinbart. Er rief in Erinnerung, daß er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zugesagt hat, die alle Wohnbaufragen diskutieren und Lösungsvorschläge erarbeiten soll. Leider“ — heißt es hier weiter — „ist es dabei zu Verzögerungen gekommen, weil die ÖVP die Nominierung ihres Vertreters erst vor wenigen Tagen bekanntgab. Übleis

Dr. Keimel

informierte dagegen alle drei Parteien bereits am 10. Oktober und lud sie sofort nach Bekanntgabe des ÖVP-Vertreters zu einer Besprechung ein.“

Herr Minister, nehmen Sie zur Kenntnis: Wenn Sie mit uns sprechen wollen — es könnte ja sein, daß ich den Brief gar nicht bekommen habe, daß er verloren ging —, gibt es ein Telefon. Da gibt es nicht nur den Stil, den Sie immer suchen: sofort hinaus in die Öffentlichkeit und irgendwo austeilen.

Ich habe Ihren Brief am 14. 10. erhalten und habe am 17. 10., drei Tage später, in Krems Ihrem Mag. Hammer, den Sie mir als zuständig genannt haben, erklärt, die ÖVP benennt hiemit mich. Ich war wahrscheinlich von allen drei Parteien der erste, der genannt hat. Ich habe Ihren Herrn Mag. Hammer auch noch gefragt, ob ich es auch noch schriftlich bestätigen soll. Er hat mir erklärt, nein, nein, ist in Ordnung, danke, wir werden nur wegen des Termins noch sprechen.

Und Sie erlauben sich am 21. November zu sagen: weil die ÖVP die Nominierung eines Vertreters erst vor wenigen Tagen bekanntgab. Diesen Stil weise ich zurück, Herr Minister! So brauchen Sie mit mir überhaupt nicht zu reden! (Beifall bei der ÖVP.)

Wissen Sie, diesen Stil können Sie sich in der Regierung vielleicht angewöhnen. Ich lese am 26. November — Hauptsache, Sie gehen immer in die Öffentlichkeit —: „Neue Konzeption der Althaus-Milliarde fast fix.“ — Es wäre gut, wenn Sie's überhaupt schon gemacht hätten vor dem Winter, und zwar wegen der Arbeitslosigkeit.

Und wissen Sie, was da steht? — „Übleis hat in einem Brief an Finanzminister Vranitzky eine möglichst rasche Lösung verlangt, damit die Althaus-Milliarde zur Senkung der Arbeitslosigkeit am Bau eingesetzt werden kann.“

Mir unterstellen Sie, ich hätte mich nicht gemeldet, obwohl ich es binnen drei Tagen gesagt habe. In der Regierung, offensichtlich bei der Wirtschaftssache Vranitzky — Lacina — Übleis, werden nur mehr Briefe ausgetauscht?

Herr Minister! Ich würde mir als Minister Vranitzky den Ton verbieten, daß der Brief dann auch noch in der Zeitung erwähnt wird. Da werden Sie nämlich im Bautenressort auch kein schönes Klima zusammenbekom-

men mit dem doch wichtigen Finanzminister. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Minister, es liegt offensichtlich an Ihnen. Ich sage es noch einmal: Es liegt an Ihnen. Bis heute haben Sie das Gespräch mit mir nie gesucht. Ich bin immerhin auch Obmann des Bautenausschusses. Das war jetzt emotional, ich baue schon wieder ab. Ich habe erklärt, es liegt jetzt an Ihnen, in einer schonungslosen Analyse und Offenheit die mittelfristigen Möglichkeiten darzulegen zur Entwicklung einer Gesamtbaupolitik, eines Gesamtbaukonzeptes der Bundesregierung.

Jetzt vermissen wir es, und daher lehnen wir dieses Budget ab. Aber ich lade Sie bei aller sachlichen Härte trotz allem noch einmal ein, in dieser während der nächsten Jahre wirtschaftlich schwierigen Zeit, da Sie ein Investitionsbudget zu vertreten haben, zur Zusammenarbeit ein. Ich lade Sie ein zum Gespräch. Wir sind bereit, für Österreich und für die Bevölkerung hier mitzuarbeiten. (Beifall bei der ÖVP.) ^{9.45}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schemer.

^{9.45}

Abgeordneter **Schemer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nunmehr die Ehre, zehn Jahre diesem Hohen Hause anzugehören, und seit zehn Jahren bin ich auch Mitglied des Bautenausschusses.

Ich habe in diesen zehn Jahren immer sehr aufmerksam die Reden der Vertreter der Österreichischen Volkspartei verfolgt und sie auch in den Protokollen nachgelesen. Die heutige Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Keimel hat sich von jenen, die er in den letzten Jahren gehalten hat, aber auch von jenen seiner Vorgänger durch nichts unterschieden.

Seit zehn Jahren prophezeit die ÖVP den Zusammenbruch der österreichischen Bauwirtschaft. Jedes Jahr hören wir die Worte: Katastrophenbudget, Arbeitsplatzvernichtungsbudget, Pleitenpolitik und ähnliches mehr. (Abg. Dr. Keimel: Richtig!) Das erklären Sie seit zehn Jahren.

Die ganze Sache, Herr Dr. Keimel, erinnert mich an das Theaterstück „Lumpazivagabundus“, wo das Herannahen des Kometen prophezeit wird, dessen Zusammentreffen mit der Erde den Weltuntergang verursachen wird. So argumentieren Sie seit zehn Jahren. Aber es bricht nichts zusammen, und der

10196

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Schemer

Weltuntergang findet eben — Gott sei Dank — dank der Initiativen der Sozialisten nicht statt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Tatsache ist, daß die Ausgaben beim Kapitel Bauten bis 1984 immer angestiegen sind. Lediglich 1985 und 1986 ist ein Absinken um jährlich 500 Millionen festzustellen. Sie, meine Herren von der Opposition, kritisieren heute bei diesem Budgetkapitel das Einsparen. Dieser Argumentation kann ich eigentlich nicht ganz folgen. Sooft nämlich Ihr Bundesparteiohmann, Dr. Mock, hier ans Rednerpult tritt, verlangt er von der Regierung, sie möge sparen. Sie, Herr Dr. Keimel, verlangen das Gegenteil. Sie müssen sich halt entscheiden, was Sie wollen. *(Abg. Dr. Keimel: Nicht bei den Investitionen, lieber Freund!)*

Nun, Sie können sagen: Ja, sparen, aber nicht beim Bautenressort! Dann sagen Sie doch, bitte, wo Sie sparen wollen, sagen Sie das!

Dr. Keimel meinte heute, bei Subventionen und Aufwendungen. Bitte, wo etwa? Bei der Landwirtschaft? Beim Grünen Plan, wo wir viele Subventionen geben? Bei Wissenschaft und Forschung? Beim Gesundheits- und Spitalswesen? Bei den Pensionen? — Hier haben wir erst vor einigen Tagen gehört, daß sie zu niedrig sind.

Sie meinen, das Budget explodierte, man müsse sparen. Gleichzeitig sagen Ihre Redner bei jedem Budgetkapitel hier im Haus, es sei zuwenig, es müßte der Ansatz höher sein. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Maria Hosp.)* Bitte sehr, wie meinten Sie? *(Abg. Dr. Maria Hosp: Sie verstehen das offensichtlich nicht!)* Ich verstehe das schon, ich lese ja die Dinge sehr genau. Frau Kollegin! Ich verstehe auch die Politik, die Sie betreiben wollen. Sie stellen sich hier in das Haus und beklagen den Rückgang der Zuwendungen bei den Familien beispielsweise. Sie sagen, es komme eine neue Armut durch diese Regierung, und vieles mehr.

Ich habe mir da etwas herausgesucht — und ich bin sehr dankbar für Ihren Zwischenruf, Frau Kollegin —, ich habe mir da Vorschläge herausgesucht, die zwar nicht direkt von der ÖVP stammen, aber die schon aus dem Bereich, aus dem Dunstkreis Ihrer Partei kommen.

Da gibt es eine Aussendung der Zeitschrift „Die Industrie“, eine Zeitschrift, die doch sicherlich nicht der SPÖ, sondern eher Ihnen

nahesteht; viele Ihrer Herren sitzen dort in den Schlüsselpositionen. Und was verlangen Sie hier? — Eine Rückführung der Geburtenbeihilfe von 16 000 auf 4 000 S könnte Einsparungen in der Höhe von 1,1 Milliarden Schilling bringen. Sie verlangen die Halbierung der Kosten für Gratisschulbücher und Schülerfreifahrten, den Wegfall des Entbindungskostenbeitrages. Hier könnte der Familienlastenausgleichsfonds um 200 Millionen Schilling entlastet werden.

Sie wollen bei der Krankenversicherung den Bestattungskostenbeitrag einsparen — bringt 450 Millionen Schilling. Sie wollen die Heiratsbeihilfe von 15 000 S sistieren — bringt 570 Millionen. Man könnte bei den Mehrfachpensionen kürzen — bringt 2 Milliarden Schilling.

Sie wollen die Wiedereinführung von Studiengebühren, Sie wollen den Personalstand bei der Bundesbahn reduzieren, Sie wollen die Nebenbahnen einstellen.

Das ist Ihre wahre Politik, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, und Sie sollten sich auch hier offen dazu bekennen. Hier reden Sie immer anders. In der Öffentlichkeit verbreiten Sie solche Publikationen. Das ist die Doppelzüngigkeit Ihrer Politik, meine Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Die Einsparungen, die wir heuer hier getroffen haben, gehen ja primär zu Lasten des Straßenbaues. Dagegen sind beim Hochbau Steigerungen um 700 Millionen vorgesehen, beim Wasserwirtschaftsfonds um 500 Millionen, beim Wohnbau um 2 400 Millionen.

Herr Dr. Keimel! Sie verlangen immer hochrangige Straßen, mehr Autobahnen und mehr Schnellstraßen und begründen das mit der Sicherheit. Das ist schon richtig. Da stehen Sie aber, Herr Kollege Dr. Keimel, in eklatantem Widerspruch zu Ihren Parteifreunden in Vorarlberg und zu Ihrem Stellvertretenden Bundesparteiohmann Busek, der den Autobahnbau überhaupt abschaffen will. Die Vorarlberger Landesregierung... *(Abg. Vetter: Aber geh!)* Jawohl, das hat Herr Busek in Wien erklärt, Sie können das in allen seinen Publikationen nachlesen.

Die Vorarlberger Landesregierung hat ein Tempolimit auf Autobahnen von 100 Stundenkilometern und auf Bundesstraßen von 80 Stundenkilometern verfügt. Da hätten wir uns in Vorarlberg ja Milliarden ersparen kön-

Schemer

nen! Es hätte genügt, die vorhandenen Bundesstraßen aufzudoppeln und einige Umfahrungsstraßen zu bauen. Spötter meinen: Na man hätte ja auch die Feldwege asphaltieren können, dann wäre die Straßenbauphilosophie der Vorarlberger Volkspartei in Erfüllung gegangen.

Hohes Haus! Ich bekenne mich zum Autobahnen- und Schnellstraßenbau, weil ich weiß, daß nur eine Bündelung des Verkehrs auf solchen Straßen ein echter Beitrag zur Entlastung der Wohn- und Siedlungsgebiete sein kann. Herr Bautenminister Dr. Übleis verfolgt dieses Konzept, weil es sinnvoll ist. Durch Ortsumfahrungen, Grünbrücken, Lärmschutzeinrichtungen versucht er, den Umweltschutz beim Straßenbau in den Vordergrund zu stellen. Unsere Bürger wollen ja nicht nur auf gut ausgebauten Straßen schnell und sicher fahren, sondern sie wollen ja auch dort, wo sie selbst durch eine Straße betroffen sind, ein Höchstmaß an Lärmschutz und ein Höchstmaß an Schutz vor den Abgasen.

Ein Musterbeispiel einer solchen Planung ist die Donauufer Autobahn in Wien, wo neben großen Grünbrücken im Bereich des Islamischen Zentrums und der UNO-City nunmehr auch am Rande der Wohnverbauung in Kaisermühlen ein 960 Meter langer Straßen- und Lärmschutz tunnel gebaut wird.

Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit auch eine persönliche Bemerkung zu der Diskussion über das Spikeverbot. Ich besitze seit dem Jahre 1954 einen Führerschein und fahre seit diesem Jahr auch Auto; früher mit Dienstfahrzeugen einer privaten Firma — ich war immer im privaten Bereich tätig — und seit zwei Jahrzehnten mit dem eigenen Wagen. Ich bin immer ohne Spikes gefahren, auch in Salzburg, in Vorarlberg, und ich habe eigentlich nie das Gefühl gehabt, gefährdet zu sein.

Natürlich gibt es in einigen extremen Lagen Probleme, aber dort könnte man ja ortsbezogen für die Bewohner eine Ausnahmegenehmigung erteilen, das wäre durchaus denkbar und möglich. Ich unterstütze daher das Bestreben des Herrn Bundesministers, hier zu einer Lösung zu kommen, da unsere Straßen durch die Spikes doch immer mehr devastiert werden und die Kosten für die Wiederherstellung sehr, sehr beachtlich sind. Wir sehen bei der West- und bei der Südbahn, welche große negative Auswirkungen die Spikes haben. Nicht ohne Grund haben zahlreiche Nachbarländer hier gesetzliche Bestimmungen verfügt. (*Abg. Mag. Schaffner: Da*

ist die geographische Lage anders!) Was die geographische Lage betrifft, ist sie ähnlich jener im Süden Deutschlands, der Schweiz oder auch Norditaliens. Extreme Lagen gibt es in Österreich nur in bestimmten Bereichen. Ich sagte das schon: Es wird örtliche Probleme geben, hier könnte man örtliche Ausnahmegenehmigungen erteilen.

Nun, Hohes Haus, einige Bemerkungen zum Wasserwirtschaftsfonds. Dieser gewinnt besonders wegen seiner Umweltfunktion immer mehr an Bedeutung. 1984 wurden 305 Fälle mit Gesamterichtungskosten von 5,5 Milliarden vom Fonds mit 3,6 Milliarden gefördert. 1985 werden es 640 Vorhaben mit 8,1 Milliarden sein, die mit 5,4 Milliarden gefördert werden.

In den Jahren 1970 bis 1985 hat der Fonds 6 058 Förderungsansuchen mit Gesamtherstellungskosten von 108 Milliarden mit 63 Milliarden gefördert.

Einen besonderen Schwerpunkt stellt das vom Herrn Bundesminister vorgestellte Bundeshochbaubudget dar. In den nächsten fünf Jahren sind auf diesem Sektor Investitionen von 37 Milliarden vorgesehen, davon 27 Milliarden für die Errichtung von Neubauten und 10 Milliarden für die Instandsetzung. 16 000 Arbeitsplätze werden damit gesichert.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir auch hier einige Bemerkungen zu den Ausführungen meines Vorredners, der gemeint hat, auf diesem Gebiet sei nichts geschehen. Ja, Hohes Haus, auf diesem Gebiet ist nichts geschehen in der Zeit, in der die ÖVP-Minister Verantwortung getragen haben. Sehr viel aber ist unter der SPÖ-Regierung geschehen. Wir haben allein in den Jahren 1970 bis 1982 511 neue Schulen in Österreich errichtet, das sind mehr, als in den letzten 60 Jahren gebaut wurden.

Ich könnte hier noch eine Reihe von anderen Maßnahmen aufzählen. Wenn man früher unsere Bundesgebäude betreten hat, war das geradezu lebensgefährlich. Man konnte ja schon an der Fassade erkennen, ob es sich um ein Bundesgebäude handelte oder nicht. Daher wird ein besonderer Schwerpunkt nunmehr die Sanierung von Universitäts-, Kultur- und Kasernenbauten sein.

Hohes Haus, ein weiterer Schwerpunkt ist der Wohnbau. Die Behauptung der Opposition, hier sei zu wenig geschehen, wird doch von der Tatsache widerlegt, daß von 1970 bis 1984 in Österreich 730 000 neue Wohnungen

Schemer

errichtet wurden, 385 000 davon mit Bundes- und Landesförderung.

1986, Hohes Haus, werden 16,7 Milliarden an Förderungsmitteln zur Verfügung stehen, wobei eine Entwicklung zur Stadterneuerung zu verzeichnen ist. Hier — bei der Stadterneuerung — muß allerdings sehr behutsam vorgegangen werden. Eine Einbindung möglichst breiter Bevölkerungsgruppen ist anzustreben. Eine Interessenabwägung muß verhindern, daß schwache Schichten zum Spielball von Spekulanten werden. Radikale Eingriffe sind tunlichst zu vermeiden.

Weil Herr Abgeordneter Dr. Keimel davon gesprochen hat, daß aus dem Budget auch sehr viele Mittel für Wohnbeihilfen aufgewendet werden müssen, und er das kritisiert hat, möchte ich auch sagen: Auch hier steht er im Widerspruch zu seinen Parteifreunden.

Auf dem letzten Wohnbaugipfel hat Ihr Kollege Riegler aus der Steiermark das Wort ergriffen — ich darf dazu aus dem Protokoll vorlesen. Riegler hat sich zur Subvention sozial Schwacher bekannt. Ich darf wörtlich zitieren.

„Der Kreis der möglichen Bezieher von Wohnbauhilfen sei jedoch nicht zu weit gefaßt. Ein gangbarer Weg wäre es, in erster Linie Objektförderung und in zweiter Linie Subjektförderung für sozial Schwache vorzusehen.“ Also auch in Ihrer eigenen Partei gibt es verschiedene Ansichten in dieser Sache.

Wir Sozialisten bekennen uns dazu, den Schwachen zu helfen, jenen, die unverschuldet — die Betonung liegt auf unverschuldet — in Not und Schwierigkeiten geraten sind. Es gibt eben auch jetzt in diesen Jahren noch immer Menschen und Familien, deren Einkommen niedriger ist, und diesen wollen wir unsere besondere Hilfe angedeihen lassen.

Ich möchte feststellen, daß sich die Bauge-sinnung überhaupt ändern sollte. Nicht was die Architekten und Planer wollen, sondern das, was die Bewohner wünschen, sollte primär Beachtung finden. Es gilt, mehr Rücksicht zu nehmen auf die Kinder, die älteren Menschen und auf die Behinderten. Ansätze gibt es jetzt; der Trend geht vom Hochbau zum verdichteten Flachbau, zum Reihenhausbau.

Träger sind hier die Genossenschaften, die bedauerlicherweise durch die Vorgänge bei der WBO etwas an Image verloren haben. Ich glaube, daß die Wohnbaugenossenschaften,

und ich meine damit jene, die den Genossenschaftsgedanken noch echt vertreten, eine große Aufgabe zu erfüllen haben. Neben den privaten Bauherren und dem kommunalen Wohnbau sind die Genossenschaften ein Teil unseres gesellschaftlichen Lebens.

Wir Sozialisten bekennen uns zum Genossenschaftswesen in allen Bereichen — zu den Wohnbaugenossenschaften, zu den Verbrauchergenossenschaften, aber auch zu den Genossenschaften im ländlichen Bereich.

Wir werden aber — das sage ich mit aller Klarheit — das Eigentum der Genossenschaft gegen jeden Eingriff schützen. Herr Dr. Keimel hat heute wieder so angedeutet, daß man durch den Ausverkauf des genossenschaftlichen Wohnbaus Geld ins Budget bringen könnte. Das mag schon stimmen, aber man kann nicht ewig etwas verkaufen. Und jene, die dann eine preiswerte Wohnung suchen, sind dann letzten Endes der Spekulation jener ausgesetzt, die das Geld hatten, eine Wohnung zu kaufen. Ich muß nicht neuerlich auf diese Spekulationen eingehen. Wenn wir die „Inseratenplantagen“ der großen österreichischen Tageszeitungen aufschlagen, können wir täglich sehen, wie spekuliert wird, spekuliert mit Wohnungen, die seinerzeit durch die öffentliche Hand gefördert wurden.

Wir Sozialisten bekennen uns zum Eigentum jedes Bürgers. Wir werden aber — ich sage das auch mit aller Deutlichkeit — am gesellschaftlichen Eigentum in keiner Weise rütteln lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Keimel! Wir sind in allen Wohnbaufragen gesprächsbereit. Doch sollten Sie heute schon wissen, und daher habe ich das vorher gesagt, wo unsere Grenzen liegen.

Der Herr Bautenminister hat diese Gespräche in Form eines ständigen Arbeitskreises angekündigt und einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Er wird dieses Gespräch mit uns suchen, und ich bin davon überzeugt, daß wir im Arbeitskreis sicherlich ein Gesprächsklima vorfinden werden, bei dem es möglich sein wird, alle unsere Vorstellungen einzubringen. Und wir werden versuchen, auf verschiedenen Ebenen einen Konsens zu finden.

Dieser Katalog des Herrn Bautenministers ist ja bekannt. Er umfaßt unter anderem die Dorf- und Stadterneuerung, die Modifizierung des Startwohnungskonzepts, eine effizientere

Schemer

Gestaltung der Wohnbauforschung, die Wiedereinführung einer begünstigten Rückzahlung — das, was Sie ja auch immer verlangen — und noch einiges mehr.

Hohes Haus! Meine Fraktion wird den Bau-
tenminister in all diesen Fragen voll und ganz unterstützen. Und ich hoffe, daß auch die anderen politischen Parteien, die Länder und Interessenvertretungen bereit sein werden, diesen Konsens zu suchen. Die sozialistische Fraktion dieses Hauses wird diesen Budgetansätzen ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 10.05

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Eigruber.

10.05

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eingangs der heutigen Verhandlungen über das Budget 1986 über das Kapitel Bauten und Technik sei für die Freiheitliche Partei festgestellt, daß von den Bemühungen um die Konsolidierung des Bundeshaushaltes auch das Bautenbudget betroffen ist.

Das Bautenbudget 1986 ist sicherlich kein Jubelbudget. Es ist dennoch ein Budget realistischen Augenmaßes im Dienste der Konsolidierung des Staatshaushaltes. Trotz einer negativen Zuwachsrates von 0,53 Prozent, die die Arbeit des Herrn Bautenministers sicherlich nicht leichter machen wird, wird es dennoch gelingen, die Aufgaben wahrzunehmen, deren Erfüllung sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat.

Einer meiner Vorredner, Herr Dr. Keimel, hat in seiner heutigen Wortmeldung eindrucksvoll versucht, das Bautenbudget 1986 nicht nur der üblichen ÖVP-Terminologie zu unterwerfen, sondern hat es auch als Budget der Enttäuschung abqualifiziert. Er ging noch einen Schritt weiter: Der Bautensprecher der Österreichischen Volkspartei hat sogar mit dem Ausdruck „Arbeitsplatzvernichtungsbudget“ gedroht. *(Abg. Dr. Keimel: Das ist es! Nicht gedroht!)*

Bevor ich mich sachlich, Herr Kollege Keimel, mit diesen Vorwürfen auseinandersetzen werde, erlauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Bemerkung höflich, aber doch bestimmt anzubringen. Wenn die ÖVP in dieser Budgetdebatte immer wieder von einem Budget der Enttäuschungen spricht, so hat sie damit sicher in einem Punkt recht. Durch die Bank enttäuschend

sind nämlich die Diskussionsbeiträge der ÖVP gerade zu diesem Budget. *(Abg. Vetter: Nicht qualifizieren!)*

Es wiederholt sich immer das gleiche Ritual, meine sehr verehrten Damen und Herren: Während die Österreichische Volkspartei generell das Anwachsen der Staatsschulden beklagt, beklagen ihre Bereichssprecher — und auch Sie, Herr Kollege Keimel, haben das heute ganz klar wieder unter Beweis gestellt —, daß in den jeweiligen Ressorts zu wenig Geld zur Verfügung stünde. Sie verlangen immer wieder vom Bund, daß er einspart, aber in den Ressorts gibt es angeblich zu wenig Geld. Eine derartig undifferenzierte Kritik stellt nicht nur der Österreichischen Volkspartei als Oppositionspartei ein schlechtes Zeugnis aus *(Abg. Vetter: Doch eine Lehrermentalität!)*, sie kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Österreichische Volkspartei damit an den wirklichen Fragen vorbeizuturnen versucht, und kann noch viel weniger plausibel machen, warum die Österreichische Volkspartei in speziellen Fragen das Bautenbudget ablehnt.

Nehmen wir zum Beispiel den Bereich des Bundeshochbaus her. Hier werden die im Bundesvoranschlag 1986 vorgesehenen Ausgaben von 6,5 Milliarden Schilling zwar real gegenüber 1985 nicht erhöht, aber durch einen gezielten Einsatz dieser Mittel und durch Umschichtungen in den Teilbereichen ist jedoch gewährleistet, daß alle laufenden Vorhaben weitergeführt werden können.

Herr Kollege Keimel! Sie wissen ganz genau, daß der Hochbau besonders arbeitsplatzaufwendig ist und gerade im Hochbau Arbeitsplätze gesichert werden. In besonders wichtigen Bereichen, wie etwa beim Bau moderner Kasernen sowie bei der Sanierung und beim Neubau von Justizanstalten und Gerichtsgebäuden, können neue Vorhaben in Angriff genommen werden.

Ein weiteres Beispiel: der Bereich des Wasserwirtschaftsfonds. Die beschäftigungswirksamen Ausgaben des Wasserwirtschaftsfonds steigen von 5,5 Milliarden Schilling im Jahr 1985 auf 6 Milliarden Schilling im Jahr 1986.

Durch eine kürzlich hier im Hohen Haus beschlossene Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz haben wir einen neuen Schwerpunkt der künftigen Förderungstätigkeit des Wasserwirtschaftsfonds vorbereitet. Sie soll der Verbesserung der Wassergüte der zum Teil stark verschmutzten österreichischen Flüsse dienen, und in diesem Zusam-

Eigruber

menhang ist vor allem an besonders günstige Förderungskonditionen für die Betriebe der Zellstoffindustrie gedacht. Ich möchte hier besonders an die Traun und an die Ager erinnern, und ich glaube, hier wird gerade für Oberösterreich — für mich als Abgeordneten aus Oberösterreich ist das sehr wichtig — eine Möglichkeit geschaffen, die Flüsse rein zu bekommen. Es wird dann auch wieder möglich sein, wie zum Beispiel an der Traun, neue Bauwerke wie Kraftwerke und verschiedenen andere auszuführen, was auch wieder Arbeitsplätze sichert.

Ein drittes Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren: Im Jahr 1984 wurden 28 Kilometer Autobahn und 12,1 Kilometer Schnellstraßen fertiggestellt, 1985 werden es noch viel mehr werden, und im Jahr 1986 werden zusätzlich 66 Kilometer Autobahnen und 33 Kilometer Schnellstraßen fertiggestellt werden. Mit der Fertigstellung des Autobahngrundnetzes wird im wesentlichen im Jahr 1990 zu rechnen sein.

Ich persönlich halte es für den einzigen richtigen Weg, ein leistungsfähiges Autobahngrundnetz in absehbarer Zeit fertigzustellen und überflüssige Bundesschnellstraßen und Autobahnkilometer einzusparen. Einerseits aus finanziellen Überlegungen — die in der Bundesstraßengesetznovelle 1985 vorgesehenen Streichungen werden auf Dauer insgesamt rund 40 Milliarden Schilling einsparen helfen —, andererseits aber auch aus Gründen des Umweltschutzes. Die Abstufung geplanter Neubaustrecken ist nämlich ein wirkungsvoller Beitrag, größere Eingriffe in die Landschaft zu vermeiden und die Umweltqualität entschieden anzuheben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren der ÖVP, ich frage mich: Warum lehnen Sie dieses Budget, wenn man es aus dieser Blickrichtung betrachtet, ab?

Ich darf als Oberösterreicher doch einige Probleme besonders anführen. Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie wissen, es gibt einige heiße Probleme, und ich bin diesbezüglich schon mehrmals an Sie herangetreten. Ich möchte diese Probleme ganz kurz anführen; ich möchte die Umfahrung Traun ganz kurz erwähnen. Hier besteht ein Projekt der Westumfahrung der B 139 in Traun, das in der Zeit der Gigantomie, und zwar unter dem Landeshauptmann Wenzl in Oberösterreich geplant wurde und vom Gemeindeamt Traun und der Landesbaudirektion mitbeschlossen und bewilligt wurde.

Meine Damen und Herren! Vor zehn Jahren war es leider noch nicht üblich, sich um die Umwelt und die Lebensqualität der Bewohner Sorgen zu machen. Heute ist man draufgekommen, daß diese Bauten allein nicht immer zielführend sind und die Umwelt und die Lebensqualität sehr beeinflussen.

Diese B 139 in der Variante der Oberösterreichischen Landesbaudirektion geht mitten durch das fruchtbarste Gemeindegebiet in Pasching und würde die zwei Wälder, die in dieser Gemeinde noch vorhanden sind, zerstören.

Weiters würde die neue Umfahrung den Ort Traun neuerlich durchschneiden, der schon jetzt durch zwei Hauptverkehrsadern durchschnitten ist, und würde auch dort wieder die Lebensqualität vermindern. Weiters geht die Straße dann durch die Traun-Auen über ein schönes Erholungsgebiet neben einer bestehenden Bundesstraße und einer Bundesstraßenbrücke, die zirka 100 Meter entfernt sein wird.

Als Alternative dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es den Vorschlag einer Bürgerinitiative, die bestehende Trasse der B 139 in dem Gebiet Traun, in der Gemeinde Traun zu untertunnelieren und hier den Durchzugsverkehr von der Oberfläche wegzubringen und diesen unterirdisch weiterzuführen, sodaß innerhalb des Stadtgebietes eine beruhigte, lebenswerte Zone möglich ist. Nach Erhebungen des Bürgervereines, der sich dort etabliert hat, sollen die Kosten etwa gleich hoch sein wie für die Umfahrung, wenn man die ganzen Grundabläsen, Brückenbauten und alles in Betracht zieht.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß das Annahmen sind, Annahmen der Trauner Bürger, die sich um ihre Gemeinde, um ihre Stadt Sorgen machen. Ich habe den Herrn Bundesminister gebeten, diesen Entwurf zu prüfen, und er hat es mir zugesagt. Ich möchte nochmals bitten, das wirklich ganz objektiv, unter Einbeziehung der Vorschläge des Bürgervereines, zu prüfen und dann erst das, was als Resultat herauskommt, den Bürgern mitzuteilen.

Momentan besteht eine große Ungewißheit, und ich glaube, es wäre doch notwendig, sich dessen ernsthaft anzunehmen. Gerade auch deshalb, weil die Gemeinde Traun und die umliegenden Gemeinden, wie Pasching, allein schon durch den Flughafen, durch das Kraftwerk Pucking und auch durch die Verschmutzung der Luft in der Stadt Linz sehr stark beeinträchtigt sind.

Eigruber

Ich möchte noch ein Beispiel anführen, und zwar die Entscheidung, die Pyhrn Autobahn zumindest auf drei Jahre zurückzustellen, was ich an und für sich sehr bedaure. Denn allein der Umstand, daß die notwendigen Ortsumfahrungen der bestehenden Bundesstraße teilweise über die Trasse der Pyhrn Autobahn geführt werden, begründet den Verdacht, daß die Pyhrn Autobahn unter Umständen endgültig ad acta gelegt werden könnte.

Der Zustand der Strecke Sattledt—Kirchdorf—Klaus ist relativ schlecht, und es ist zu befürchten, daß hier, wenn die Innkreisautobahn und die Umfahrung Wels fertig sein werden, ein Verkehrsboom auf das Kremstal zukommt, der einfach nicht mehr zu bewältigen ist, vor allem dann, wenn die Einbindungen der deutschen Autobahnen vollendet sind.

Es ist die Sorge eines Großteils der Menschen dort — außer einigen, die sich gegen alles wehren, die gegen jeden Bau sind —, daß die Todesfälle, die jetzt am Schoberpaß verstärkt auftreten, dann auf das Kremstal verlagert werden. Ich glaube, Herr Bundesminister, das wollen wir alle nicht. Ich bitte deshalb nochmals, diese Pyhrn-Autobahn-Version zu überprüfen.

Ein weiteres Problem der Innviertler Bevölkerung ist der Bau der S 9. Ich habe schon einmal versucht, das klarzulegen. Die S 9 würde durch das fruchtbarste Gebiet des Innviertels, von Braunau nach Ried oder umgekehrt, führen. Ich bitte Sie, zu prüfen, ob dieses Projekt nicht endgültig fallengelassen und die bestehende Bundesstraße besser ausgebaut werden könnte. Es wäre nur notwendig, einige Ortsumfahrungen zu bauen, was billiger und umweltschonender wäre und nicht so viel landwirtschaftliches Gut opfern würde.

Ich möchte Sie auch hier bitten, sehr geehrter Herr Bundesminister, das zu überprüfen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das ist ein Wahnsinn! Das ist ja vollkommen verkehrt, was du da sagst, Kollege Eigruber!)* Herr Kollege Zittmayr! Sie haben sicher andere Interessen als ich. Ich vertrete hier die Meinung der Anrainer dieses Gebietes, die sicher nicht sehr erfreut sind, wenn mitten durch die Landschaft wieder eine große Straße führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf in der weiteren Folge diejenigen Themen anführen, von denen ich zuvor gesagt habe, die ÖVP würde sich eigentlich sehr billig darüber hinwegturnen.

Anläßlich der Debatte im Juni dieses Jah-

res habe ich darauf hingewiesen, daß die ÖVP bei der Neuregelung der Wohnbauförderung eine sehr merkwürdige Haltung an den Tag gelegt hat. Zunächst hat die Bundes-ÖVP die neuen Wohnbaugesetze mit Scheinargumenten abgelehnt. Das Wohnbauförderungsgesetz wurde als „eigentumsfeindlich“ bezeichnet und als „Belastungspaket“ schlechtgemacht. Das Wohnhaussanierungsgesetz wurde als „Mißgeburt“ verhöhnt. Der Herr Keimel kann das ja bestätigen, er war ja der Wortführer der ÖVP.

Daraufhin wurden in allen Bundesländern, also auch in den von der SPÖ regierten, die Durchführungsverordnungen zu den neuen Wohnbaugesetzen mit den Stimmen der ÖVP beschlossen und — jetzt kommt das eigentlich Bemerkenswerte — als der große Durchbruch auf dem Gebiet der Wohnbauförderung gefeiert. Erhard Busek, Landeshauptmann Ludwig, Landeshauptmann Ratzenböck und Tirols Landesrat Zanon haben die Durchführungsverordnungen zu den Wohnbaugesetzen als Jahrhundertknüller verkauft.

Ich habe immer gesagt, daß der Stil der gesamten ÖVP in einem höchst fragwürdigen Licht erscheint, berücksichtigt man das Übermaß an Kritik, mit dem die Bundes-ÖVP die neuen Wohnbauförderungsgesetze überhäuft hat, und betrachtet man das Übermaß an Lob, das die Landesorganisationen der ÖVP den jeweiligen Durchführungsverordnungen gespendet haben. Es ist völlig unklar, wie Verordnungen so gut sein können, wenn das Gesetz so schlecht ist. Ich werde auf diesen Widerspruch heute noch etwas näher eingehen.

Im Oktober dieses Jahres erschien in den Monatsberichten des Wirtschaftsförderungsinstitutes ein sehr interessanter Artikel, der sich mit der Neugestaltung der öffentlichen Wohnbauförderung in Österreich beschäftigt. Im wesentlichen analysiert der Artikel die Auswirkungen der neuen Durchführungsverordnungen auf die Finanzierungskosten in den einzelnen Bundesländern und stellt deren Effekt für Gesamtösterreich dar.

Zu diesem Zweck wurden alle Ländermodellbeispiele und alle Zahlen aus den Ländern für Eigenheime, Miet- und Eigentumswohnungen mit 100 m² Nutzfläche nach den neuen und alten Bestimmungen — das sind die jeweiligen Landesverordnungen —, nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1984 und nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 errechnet. Das Ergebnis dieser Berechnungen ist sehr interessant und zeigt folgendes Bild:

Eigruber

In Salzburg liegen beispielsweise die Finanzierungskosten bei Wohn- und Neubauten um etwa die Hälfte unter jenen des gesamten Bundesgebietes. Die Studie führt dies vor allem darauf zurück, daß Salzburg als einziges Bundesland das System der rückzahlbaren Annuitätenzuschußförderung eingeführt hat, bei dem die Anfangsbelastung besonders niedrig bleibt und die relativ hohen nominellen Endbelastungen im Zeitpunkt der Annuitätenrückzahlung unter Berücksichtigung der Inflationsrate und des Abzinsungsfaktors eher den Wohnungskosten zum heutigen Wert entsprechen. Beachtlich ist etwa, daß in Salzburg die Finanzierungsbarwerte nach dem WFG 1984 sogar unter dem Wert nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 liegen. *(Abg. Schwarzenberger: Dort sind eben gescheite Leute!)*

Am meisten muß man im Durchschnitt für eine Neubauwohnung in der Steiermark, in Niederösterreich und in Oberösterreich zahlen. Also es fragt sich: Wo sind da bei der ÖVP die gescheiterten Leute? Die Analyse zeigt, daß die im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ hohen Finanzierungskosten in der Steiermark vorwiegend auf die kurze Laufzeit der Landesdarlehen, jene in Niederösterreich und Oberösterreich auf die sehr niedrig gehaltenen Fixsätze der Förderungsdarlehen im Eigenheimbau zurückzuführen sind.

Welche Schlüsse, meine Damen und Herren, sind nun aus dieser Untersuchung zu ziehen? — Zunächst einmal muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß für die Qualität der Wohnbauförderung und die Höhe der Finanzierungskosten primär die Durchführungsverordnungen der jeweiligen Bundesländer verantwortlich sind.

Das neue Wohnbauförderungsgesetz hat den gesamten Bereich der Wohnbauförderung in erheblichem Maße föderalisiert. Damit sollte den Ländern eine Ausrichtung der konkreten Förderungskonditionen auf ihre spezifischen Länderbedürfnisse ermöglicht werden. Die konkreten Durchführungsverordnungen zeigen nun, daß die Länder diesen Spielraum in unterschiedlicher Qualität ausgenutzt haben. Teilweise hat man sich, wie zum Beispiel in Salzburg, ein wirklich neues Finanzierungsmodell einfallen lassen, in anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in der Steiermark, hat sich hingegen überhaupt nichts durch das neue Gesetz geändert. Und damit erscheint die Politik der Österreichischen Volkspartei wieder in einem sehr, sehr dubiosen Licht. Die undifferenzierte Kritik an

den neuen Wohnbaugesetzen steht zu ihrem Regelungsinhalt ebensowenig in Relation wie das undifferenzierte Lob, mit dem pauschal alle Durchführungsverordnungen als die „Jahrhundertknüller“ verkauft werden.

Festzuhalten bleibt: Die neuen Wohnbaugesetze haben den Bundesländern einen ganz großen Gestaltungsspielraum eingeräumt. Die jeweiligen Bundesländer haben von dieser Möglichkeit in unterschiedlicher Qualität Gebrauch gemacht.

Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die neuen Wohnbaugesetze eine Möglichkeit für eine strukturelle Anpassung im Bereich der Wohnbauförderung und einen ersten Schritt für eine erfolgreiche Althausanierung darstellen. Mit Anlaufen der neuen Wohnbauförderungsgesetze hat die Diskussion um den Wohnbau und die Wohnhaussanierung erst begonnen. Es geht jetzt vor allem, wie schon gesagt, um eine laufende Überprüfung der Auswirkungen, um laufende Verbesserungen und um die Schaffung flankierender Maßnahmen. Herr Kollege Keimel, gerade diese Wohnbauförderung — Sie wissen ja, der Hochbau beschäftigt bis zu zehnmal mehr Menschen als der Tiefbau — und die Althausanierung sichern wieder neue Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren! Auch der Bau von Straßenmeistereien und von Autobahnen sowie Autobahngendarmeriedienststellen fällt in den Aufgabenbereich des Bautenministers. Und ich danke dem Herrn Bautenminister, daß er endlich der Gigantomie der Bundesländer beim Neubau von Autobahnmeistereien Einhalt geboten hat und diese nunmehr nach dem Bedarf, nach der Notwendigkeit gebaut werden.

Auch beim Bau — das möchte ich besonders hervorheben — von zwei neuen Autobahngendarmerieposten hat der Herr Bundesminister sehr rasch reagiert. So zum Beispiel beim Bau des Postens Wels. Dieser Posten war jahrelang in einer Baracke untergebracht, wo die Ratten herumgelaufen sind. Viele Leute, viele Honoratioren, auch aus der Regierung, haben ihn besichtigt und gesagt, hier müsse etwas geschehen. Es ist aber nichts geschehen. Ich habe dem Herrn Bautenminister gebeten, sich das anzuschauen, und er hat relativ schnell reagiert. Die Autobahngendarmerie Wels bekommt jetzt ein neues Heim. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Minister, im Namen aller Gendarmen Oberösterreichs herzlichst danken.

Genauso war es beim Autobahnposten

Eigruber

Ried. Dieser Posten hätte an eine Stelle kommen sollen, wo ein privater Autofahrer, der von der Autobahn zum Autobahngendarmerieposten fahren will, über 3,5 km Landes-, Bezirks- und Gemeindestraßen befahren hätte müssen; Straßen, die im Winter nicht einmal geräumt gewesen wären. Ich glaube, das wäre unzumutbar gewesen. Ich habe das dem Herrn Bautenminister mitgeteilt, und er hat sofort gehandelt. Jetzt kommt dieser Autobahngendarmerieposten an eine Stelle, wo er auch von der Autobahn her für Private leicht erreichbar ist. Auch hierfür möchte ich herzlich danken, und zwar im Namen aller Autofahrer, die einmal zur Autobahngendarmerie fahren, was sie ja sicherlich nicht freiwillig, sondern gezwungenermaßen tun werden.

Meine Damen und Herren! Eine der wichtigsten Begleitmaßnahmen für ein Funktionieren der Wohnhaussanierung sind zweifellos Änderungen im Mietrechtsgesetz. Gestern haben die Regierungsparteien ein umfangreiches Änderungspaket hier im Hohen Haus eingebracht, und ich meine, daß das von FPÖ und SPÖ vorgelegte Gesamtpaket zur Änderung des Mietrechts vor allem unter einem marktwirtschaftlichen Aspekt zu sehen ist. Der Entfall der Kategorie A bei Neuvermietungen und die daraus resultierende Konsequenz, daß Wohnungen gehobenen Standards in Zukunft zu einem angemessenen, das heißt gerechten Mietzins vermietet werden können, bringen zweifellos mehr Markt in das Mietrechtsgesetz.

Das gleiche gilt für die Beseitigung der starren Kategoriemietzinsobergrenzen bei Wohnhäusern mit nicht mehr als vier selbständigen Wohnungen. Mehr als die Hälfte der österreichischen Haushalte benützt Wohnungen der Kategorie A. Nicht weniger als 37 Prozent der Mieter leben in solchen Wohnungen. In kleineren Gemeinden gibt es nahezu ausschließlich Wohnhäuser, die nicht mehr als vier selbständige Wohnungen beinhalten. Das heißt also, daß in Zukunft für die überwiegende Mehrheit der gut ausgestatteten Wohnungen bei Neuvermietungen ein gerechter Mietzins vereinbart werden darf.

Darin liegt ein wichtiger Zusammenhang mit der Wohnhaussanierung. Den Entfall der starren Kategoriemietzinsobergrenzen bei Neuvermietungen von Wohnungen der Kategorie A und die Möglichkeit, in Hinkunft höhere Mietpreise für diese Objekte zu verlangen, stellen sicherlich einen wichtigen Anreiz für die Vermieter dar, in Zukunft in verstärktem Maße Verbesserungen und

Standardanhebungen auf die Kategorie A durchführen zu lassen, und diese werden damit auf die zur Verfügung stehenden Mittel auch tatsächlich Anspruch erheben.

Für die Wohnhaussanierung bringt die Änderung des Mietrechtsgesetzes ganz konkret folgendes: Erhaltungsbeiträge dürfen in Zukunft nicht nur für Erhaltungsarbeiten, sondern auch für Verbesserungsarbeiten benützt werden, da das Wohnhaussanierungsgesetz nur den umfassenden Begriff der Sanierung kennt. Dies bedeutet, daß Erhaltungsbeiträge in Zukunft auch für Sanierungsarbeiten im Sinne des Wohnhaussanierungsgesetzes verwendet werden können. Darüber hinaus wird die Ansparzeit für Erhaltungsbeiträge von fünf auf zehn Jahre verlängert.

Während früher in vielen Fällen für Sanierungsarbeiten größeren Umfangs nicht genügend Kapital angespart werden konnte, um für die Mieter eine preiswerte Sanierung durchführen zu können, bedeutet die Verlängerung des Verrechnungszeitraumes für Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge auf zehn Jahre, daß dieses Ziel in Zukunft leichter erreicht werden kann.

Die dritte wichtige Änderung des Mietrechtsgesetzes bezieht sich darauf, daß dort, wo es bei Sanierungsarbeiten zu keiner einvernehmlichen oder lediglich zu von einer Dreiviertelmehrheit der Mieter zugestanden Erhöhung des Hauptmietzinses im Sinne des Wohnhaussanierungsgesetzes kommt, in Zukunft ein Verfahren zur Erhöhung des Hauptmietzinses nach § 18 Mietrechtsgesetz durchgeführt werden kann. Das war bisher nicht möglich, weil der § 18 Mietzinsgesetz nur für Erhaltungsarbeiten anwendbar war.

Die von SPÖ und FPÖ vereinbarte Novelle des Mietrechtsgesetzes ist ein wichtiger Beweis dafür, daß diese Regierungskoalition auch in heiklen Fragen von tiefgreifender und umfassender Bedeutung, bei denen die Koalitionspartner unterschiedlicher Auffassung sind, dennoch einen tragfähigen Kompromiß erzielen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Novelle zum Mietrechtsgesetz zeigt aber auch, daß FPÖ und SPÖ bereit sind, die Diskussion zum Thema Wohnbau und Wohnhaussanierung weiterzuführen, und sich ganz gezielt um Lösungen in diesem Bereich bemühen werden.

Ich darf mit dem Wunsch schließen, daß in

10204

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Eigruber

Zukunft wieder leichter eine über die Parteigrenzen hinausgehende Zusammenarbeit in Wohnbaufragen möglich sein wird. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{10.32}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lußmann.

^{10.32}

Abgeordneter **Lußmann** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst mit ein paar Sätzen auf meine Vorredner, den Herrn Kollegen Schemer und den Herrn Kollegen Eigruber, eingehen.

Ich habe jetzt oben auf meinem Pult noch die letzten Berichte der Bundesinnung Baugewerbe durchgeblättert. Darin spricht die Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, von einem dramatischen Rückgang des Bauwesens an der Gesamtwertschöpfung. In den letzten zehn Jahren sind 48 000 Arbeitsplätze verlorengegangen, von einsamen Rekorden von Arbeitslosen in den letzten zwei Jahren ist die Rede, besonders in den Wintermonaten an die 60 000, und es wird gesprochen von hohen, hohen freien Kapazitäten und von Pleiten. In den letzten zwei Jahren wird in der Bauwirtschaft sogar eine eigene Insolvenzliste geführt.

Das alles, meine Damen und Herren, ist auch noch ganz genau mit Zahlen zu belegen. Und da hat mein Kollege, der Herr Dr. Keimel, schon recht, wenn er sagt, das ist Beschäftigungsvernichtung. Denn wo sind hier wirklich die echten Impulse? Von Ankündigungen, Herr Minister, kann man sicher nicht leben, vor allem nicht von solchen wie: Der soziale Wohnbau muß wieder sozial werden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nun auf das Straßenbudget eingehen.

Bei diesem Budget ist die Dotierung für die Bundesstraßen wieder einmal auf der Strecke geblieben, obwohl die Einnahmen des Bundes mit dem Belastungspaket von 1984 um mehr als 3 Milliarden Schilling an straßenspezifischen Abgaben gestiegen sind. Die größten Brocken waren damals der Straßenverkehrsbeitrag mit einer Erhöhung von 50 Prozent, die Kfz-Steuer mit einer durchschnittlichen Erhöhung von 40 Prozent, und dann kann man noch dazuzählen die Wiedereinführung der Sonderabgabe auf Erdöl. Das bringt dem Finanzminister auch noch zusätzlich 1,15 Milliarden Schilling. Trotzdem stagniert das Bud-

get für Bundesstraßen, ja es geht indexbereinigt stark zurück.

Das Gesamtbudget betrug 1982 372 Milliarden Schilling, im nächsten Jahr werden es 492 Milliarden sein, und wie wir in den letzten Tagen gehört haben, wird es das wahrscheinlich bei weitem übersteigen. Also ein Plus innerhalb von fünf Jahren von 120 Milliarden oder 32 Prozent.

Und wie schaut der Ansatz für die Bundesstraßen aus? — 1982 16,7 Milliarden und im nächsten Jahr 16,3 Milliarden. Der Herr Finanzminister hat uns wohl 17 Milliarden angekündigt, aber diese Differenz ist ja in keiner Weise bauwirksam, sondern das ist lediglich Kosmetik. Der reale Rückgang im Straßenbau ist daher vom Budget her erschreckend.

Herr Minister! Diese Vorgangsweise ist für den Straßenbenützer unverständlich, zumal er immer mehr zur Kassa gebeten wird. Im nächsten Jahr werden es allein 24,5 Milliarden an direkten Straßenabgaben sein. Nicht einbezogen sind da die Luxussteuer für den Pkw-Kauf, die Mehrwertsteuer auf Reparaturen und Treibstoff, Verwaltungsabgaben verschiedenster Art, An- und Abmeldung und so weiter und so fort.

Nochmals errechnete weitere 20 Milliarden, also in Summe mindestens 45 Milliarden Schilling, die der Finanzminister an direkten und indirekten Straßenverkehrsabgaben kassiert.

Man könnte, meine Damen und Herren, mit Marlene Dietrich singen: „Sag mir, wo die Blüten sind, wo sind sie geblieben?“

An einem Beispiel kann ich es aufklären. Vor zwei Jahren konnte ich hier von diesem Pult aus sagen: Bei dem Zweikampf Lau-secker — Sekanina hängt letzterer in den Seilen. — Nunmehr, beim derzeitigen Zweikampf Lacina — Übleis, wankt letzterer schon geschlagen in den Ring. Es hat sich, meine Damen und Herren, nichts geändert.

Der Straßenbenützer — das will ich damit sagen — sponsert die Bundesbahnen. Die ÖBB bekommen von Jahr zu Jahr mehr. Nächstes Jahr werden es gigantische 25 Milliarden Schilling sein, aber nur ein Drittel der straßenbezogenen Abgaben wird für Erhaltung, Neubau und Tilgung von Schulden und Zinsen von Bundesstraßen verwendet.

Aber der Herr Minister weiß, daß Öster-

Lußmann

reich ein gutes Straßennetz braucht; diesbezüglich gibt es auch mehrere Aussagen seinerseits. Daher wird der beschrittene Weg über die außerbudgetäre Finanzierung weiter verfolgt.

Ebenfalls vor zwei Jahren habe ich hier gesagt: Die Sondergesellschaften erfassen derzeit ein Viertel des Straßenbaues, und ich möchte wetten, bald wird es ein Drittel sein. — Ich habe mich, meine Damen und Herren, leider geirrt. Nicht ein Drittel, sondern 1986 wird fast die Hälfte des Neubaus über Gesellschaften finanziert. Ich kann das auch mit Zahlen beweisen: Die Ausbaumaßnahmen laut Budget sind mit 6,7 Milliarden festgelegt, die präliminierten Ausgaben für den Bau bei der ASFINAG mit 5,6 Milliarden. Dazu kommt aber auch noch die Wiener Sondergesellschaft.

Herr Minister! Sie haben uns im Ausschuß Unterlagen überreicht, aus denen hervorgeht, daß diese Parität auch heuer schon gegeben war. Damit ist dieses Gesellschaftspaket eine Art Schattenkabinett des Bautenministeriums mit einem 50prozentigen Anteil geworden.

Bei einer ernst genommenen Tilgung — vorläufig, Herr Minister, werden ja nur die Zinsen bis 1992 bezahlt — hätte es das Normalbudget — vom Bau her gesehen — längst überflügelt.

Nun, wie sagt der Herr Finanzminister Dr. Vranitzky so schön in seiner Budgetrede — ich darf zitieren —: „Nur die Transparenz der Folgekosten im Rahmen staatlichen Handelns gewährleistet das Vertrauen in die Qualität öffentlicher Tätigkeit.“ Was die Transparenz anlangt, muß man hier schnüffeln wie weiland Sherlock Holmes, um durchzusehen. Und was die Folgekosten anlangt: Diese sind einfach haarsträubend groß.

Für 120 Milliarden übernimmt der Bund die Haftung für außerbudgetäre Finanzierung. Fixiert ist nur der Tilgungszeitraum bis zum Jahre 2015, alles andere wird flexibel gehandhabt, wie der Herr Finanzminister zu sagen pflegt.

Und fest steht auch, woher die Mittel kommen, nämlich aus dem Straßenbudget, und das, Herr Minister, ist ja das eigentliche Dilemma.

Zufolge einer Hochrechnung Ihres eigenen Ministeriums über einen Zeitraum von zehn Jahren frieren Sie die zweckgebundenen Mit-

tel ein, sie werden also bei 16 bis 17 Milliarden bleiben, während auf der anderen Seite die Ausgaben explodieren. Die Erhaltung wird sich bis 1992 verdoppeln. Derzeit ist sie schon bei nahezu 6 Milliarden, sie wird also auf 12 Milliarden ansteigen. Die Refinanzierung müßte dann voll laufen, um den Tilgungszeitraum einzuhalten. Es wird sich um Jahresraten von mindestens 8 Milliarden Schilling handeln, da sind wir schon bei 20 Milliarden Schilling.

Herr Minister! Ich möchte wissen: Wie werden Sie dann neben dem hochrangigen Straßennetz die 9 470 Kilometer Bundesstraßen der Kategorie B jemals fertigstellen? — Sie haben uns im Ausschuß erklärt, derzeit seien 160 Kilometer in Bau, das ist weniger als zwei Prozent des Gesamtnetzes und heute schon der niedrigste Prozentsatz, der jemals an Bundesstraßen B gebaut wurde.

Experten haben errechnet, daß man zur Fertigstellung dieser Straßen 40 Jahre brauchen würde. Ich würde sagen, das wird eher auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausgeschoben. So mancher Bürgermeister, der heute schon seine Ortsumfahrung urgiert, wird deren Fertigstellung niemals erleben, weder als Politiker noch physisch.

Die bisherigen Antworten auf diese Problematik sind die Kürzung des vorrangigen Straßennetzes um 640 Kilometer Schnellstraßen und 35 Kilometer Autobahnen, die sparsamere Bauweise mit Kronenbreiten, die etwas schmaler sind, die Südautobahn bleibt im Raum Gleisdorf—Hartberg im Halbausbau und so weiter.

Da muß man sich manchmal wirklich fragen, Herr Minister: Von wem werden Sie eigentlich beraten? Sie sollten sich endlich einmal mit guten Fachleuten umgeben, vor allem mit einem Sektionschef. Jetzt, da die Ausschreibung läuft, hoffen wir, daß Sie für den Straßenbau einen Mann aufnehmen, der Sie wirklich gut beraten kann. (*Abg. Parnigoni: Von der ÖVP muß er sein, sprechen Sie es doch aus! — Abg. Schemer: Beim CV muß er sein! — Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Kürzungen sind allesamt sehr umstritten. Aber es steht uns ja eine Novelle ins Haus. Herr Minister! Erlauben Sie mir daher in diesem Zusammenhang folgenden Hinweis: Allein durch die Streichung und Strafung des Straßennetzes werden Sie 40 Milliarden nicht einsparen. Der Herr Kollege Keimel hat auch schon darauf hingewiesen. Diese Rechnung geht sicher nicht auf, denn dann

Lußmann

gewinnen die Ersatzstraßen an Bedeutung, und die Verbreiterung im verbauten Gebiet ist bekanntlich schwieriger und kostenaufwendiger als manche Neutrassierung.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Was Österreich eben fehlt, sind klare Konzepte, wie es im Straßenbau weitergehen soll. Ich würde sagen, es fehlt sogar am Bekenntnis dazu. Sekanina hat zum Jahresbeginn 1984 erklärt: Wir haben zu wenig Geld. Ich will vom Budget her um 3 bis 4 Milliarden Schilling entlastet werden. Ich lege einen Kostenplan, einen Bedarfsplan, einen Amortisationsplan, die Größenordnung für Erhaltung und Rückzahlung vor. Die erste Hälfte 1984 wird der Wendepunkt sein. — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Die Wende ist mit etwas Verspätung und in Form eines neuen Ministers eingetreten, aber die Problematik ist völlig unverändert. Lassen Sie mich noch bitte Herrn Dr. Gerold Estermann, einen Planungsexperten im Bautenministerium, zitieren, der in einer Zukunftsanalyse präzisiert — ich zitiere —: Der Verkehr wird in den nächsten Jahrzehnten noch ansteigen. Entgegen der häufig verbreiteten Meinung wird der Hauptanteil dieses Zuwachses — er redet von 20 Prozent — auf der Straße und nicht auf der Schiene erfolgen. — Ende des Zitats.

Diese Behauptung, meine Damen und Herren, ist goldrichtig. Alle verfügbaren Daten, die wir haben, sprechen für eine Verbesserung der Infrastruktur Straße. 90 Prozent des Personenverkehrs wickeln sich heute auf Straßen ab. 75 Prozent der Autobesitzer sind Pendler.

Zum zweiten: Wir haben eine ständige Zunahme von Kraftfahrzeugen. Es gibt eine deutsche Studie, derzufolge eine Sättigung erst bei 500 Fahrzeugen pro 1 000 Einwohner eintreten wird oder bei 80 Prozent Motorisierung der Haushalte.

Und zum dritten: Wir haben es mit einem permanenten Anwachsen des Güterverkehrs auf der Straße zu tun. Das heißt, alle Indizien weisen darauf hin: Der Trend zur Motorisierung hält weiterhin an. Auch von der Struktur unseres Landes her ist das nicht zu ändern. Immerhin haben wir in Summe an die 200 000 Straßenkilometer, und diesen stehen 6 500 Kilometer Schienenweg gegenüber. Eine massive Verlagerung ist also ausgeschlossen.

Herr Minister Dr. Übleis! Der „AZ“ vom 22. Juni dieses Jahres entnehme ich, daß Sie

der gleichen Ansicht sind, denn dort sagen Sie: Von der wünschenswerten Verlagerung von der Straße auf die Schiene sei nicht viel zu erwarten.

Meine Damen und Herren! Wir sind uns alle dessen bewußt, daß der Straßenbau nicht populärer wird, besonders nicht vor der eigenen Haustür. Aber Sie, Herr Dr. Übleis, sind ja Bautenminister. Ihre Hauptaufgabe ist der Bau und die Erhaltung der Substanz, nicht nur wegen des Beschäftigungseffektes, sondern auch wegen einer Reihe anderer volkswirtschaftlicher Gründe, zum Beispiel wegen der Verkehrssicherheit oder wegen des Energieverbrauchs. Das ist eine große und permanente Aufgabe, die auch auf Dauer finanziert werden muß. Ohne budgetäre Umschichtung oder Absicherung ist das auf Dauer nicht machbar. Dieser Ansatz fehlt uns bei diesem Budget, der fehlt uns auch für die Zukunft. Daher können wir von der ÖVP diesem Budgetansatz nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 10.46

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hesoun.

10.46

Abgeordneter **Hesoun** (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich werde nach Möglichkeit nicht auf die Debattenbeiträge meiner Vorredner eingehen, sondern in der mir vorgegebenen Zeit den Versuch unternehmen, Vorschläge zu unterbreiten, die — so unsere Meinung — eine wirkungsvolle Abhilfe für die Schwierigkeiten im Baubereich ermöglichen.

Ich schicke voraus, daß wir in sehr detaillierten Gesprächen mit dem Herrn Bautenminister — oft stundenlang — praxisbezogene detaillierte Vorschläge erarbeitet haben. Ich möchte versuchen, einiges davon wiederzugeben. Geschätzte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! 60 000 arbeitslose Bauarbeiter in den Wintermonaten der vergangenen zwei Jahre zeigen die Probleme deutlich auf. Es ist daher zwingend notwendig, so würde ich sagen, jede Möglichkeit zu nützen und jene Vorschläge, die wir mit dem Herrn Bautenminister besprochen haben — sehr moderat, möchte ich vorausschicken —, zu beachten.

Anlässlich der Diskussion im Finanz- und Budgetausschuß zum Kapitel Bauten und Technik habe ich darauf verwiesen, daß wir bereits im Februar dieses Jahres an den Vorgänger des Herrn Bautenministers Übleis als Interessensvertretung ein Arbeitspapier über-

Hesoun

reicht haben, das wirkungsvolle Maßnahmen vorsieht, das eine Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe, verbunden mit einer besseren wirtschaftlichen Grundlage für die Baufirmen, bringen könnte.

Ich stehe nicht an, geschätzte Damen und Herren, hier zu sagen, daß ich weder für mich noch für unsere Organisation in Anspruch nehme, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Aber eines sei hier festgestellt: Die Bauwirtschaft ist unbestritten eine Schlüsselbranche. Wegen der großen Verflechtung mit anderen Wirtschaftszweigen, mit den gewerblichen Berufszweigen ist es sicherlich notwendig, diesem Wirtschaftszweig besondere Beachtung zuzuwenden.

Die Entwicklung in diesem Bereich wäre besorgniserregend, würde es hier zu restriktiven Maßnahmen kommen, die — so wie Kollege Keimel bzw. Kollege Lußmann hier berichtet haben — zunächst sicherlich nicht in vollem Ausmaß erkennbar sind.

Geschätzte Damen und Herren! Die Folgeerscheinungen im Hinblick auf die Beschäftigungssituation in den übrigen Branchen werden ebenfalls deutlich zu spüren sein, wenn hier nicht rechtzeitig richtige Wege aufgezeigt werden, die — so unsere Meinung — notwendig sind. Richtig ist und unbestritten ist, geschätzter Kollege Lußmann, daß seit dem Jahre 1980 die Bauwirtschaft — gemessen am Bruttoinlandsprodukt — eine sinkende Tendenz aufweist.

Unbestritten ist weiters, daß seit dem Jahr 1974 der Anteil der Bauwirtschaft, gemessen am Inlandsprodukt, bei 9,4 Prozent gelegen ist und 1983 nur mehr bei 7,2 Prozent liegt. Das sind unbestritten Tatsachen, das ist rechnerisch unbestritten, wir wollen sicherlich nicht mit falschen Zahlen operieren.

Herr Dr. Keimel! Es wäre zugegebenermaßen völlig falsch, von meiner Seite als Interessensvertreter diese Situation in einer Weise darzustellen, die uns niemand abkaufen würde. Sicherlich ist es richtig, daß das reale Bauvolumen im heurigen Jahr etwa um 10 Prozent niedriger ist als 1980. Es sei aber auch in diesem Zusammenhang festgestellt, Kollege Dr. Keimel, daß der Rückgang in der Beschäftigung Mitte der siebziger Jahre seinen Anfang genommen hat und seit 1980 wesentliche und weitere Rückschritte zu verzeichnen sind.

Wenn wir diese Entwicklung betrachten — und ich habe in einer Bau-Enquete, die von

der FIbag einberufen wurde, wo Sie Gelegenheit hatten ebenfalls dazu Stellung zu nehmen, darauf verwiesen —, kann man sagen: 40 000 Bauarbeiter-Arbeitsplätze sind im letzten Jahrzehnt verlorengegangen. Dazu kommt — ich habe bereits in meinen einleitenden Worten darauf verwiesen, sicherlich eine betrübliche Feststellung —, daß in den vergangenen zwei Jahren während der Wintermonate etwa 63 000 arbeitslose Bauarbeiter gezählt werden mußten. Im Vergleich zum Jahr 1974 ist das eine Vervierfachung. Wir sollten hier — das ist unsere Meinung — schonungslos die Dinge beim Namen nennen, gleichzeitig aber den Versuch unternehmen — weil das unsere gemeinsame Pflicht ist —, nach neuen Wegen auf Bundes- als auch auf Landesebene zu suchen. Aber auch innerhalb der eigenen Partei sollten wir vielleicht konstruktiv beraten, wie wir hier vielleicht ein gemeinsames Ganzes konstruieren könnten.

Geschätzte Damen und Herren! Bei verschiedenen Gelegenheiten, so auch im persönlichen Gespräch, haben wir deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sich unsere Tätigkeit in der Vergangenheit, wenn ich das als Gewerkschafter sagen darf, nicht nur auf tarifliche Regelungen für Löhne und auf andere Entschädigungsformen konzentriert hat, sondern daß wir weit darüber hinausgegangen sind.

Ich kann das hier bei dieser Gelegenheit sicherlich in den Vordergrund stellen: Wir haben als Gewerkschafter — es sei ganz offen darauf verwiesen — unsere politische Gestaltungsaufgabe, nicht nur was den Tariflohn betrifft, wahrgenommen und umgesetzt, sondern wir haben auch das gesellschaftliche Ganze in den vergangenen Jahrzehnten gesehen. Denn unser Grundsatz — das wird immer wieder anders interpretiert — war: Menschenwürdige Arbeit auf der einen Seite und eine menschenwürdige Umwelt als soziales Grundrecht auf der anderen Seite. Das war von uns Gewerkschaftern in der Vergangenheit aufgrund unserer Beschlüsse zu verfolgen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Auf folgendes möchte ich hier als Gewerkschafter in aller Öffentlichkeit verweisen: Was wir uns in den letzten Jahren in den Medien und auch in anderer Form anhören mußten oder lesen mußten, daß wir über ein unzureichendes Ökologiebewußtsein verfügen, möchte ich hier wirklich als Unterstellung zurückweisen. *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)* Es ist eine Unterstellung, denn uns kann bestimmt niemand nachsagen, daß wir, die in der Gewerkschaft tätig sind, nicht das

10208

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Hesoun

gemeinsame Ganze in den letzten vergangenen 40 Jahren erkannt, gesehen, verantwortet und auch mitgetragen haben. (*Abg. Helga Wieser: Mit einigen Ausnahmen!*) Frau Kollegin! Nicht mit einigen Ausnahmen, es gibt überall Ausnahmen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, gerade weil Sie diesen Zwischenruf hier machen, der meiner Meinung nach ungerecht ist, darauf hinweisen, daß wir nie als Profilierungsneurotiker an die Öffentlichkeit getreten sind. Das kann uns niemand vorwerfen. Wir haben sicherlich den Umweltschutz nicht erst dafür entdeckt, das darf ich Ihnen ganz offen sagen, wenn er vielleicht dazu getaugt hat, vor Wahlauseinandersetzungen herangezogen zu werden. Wir haben in diesem Zusammenhang nie das Politikfeld betrachtet, sondern wir haben Umweltschutz für den Menschen gemacht. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist unsere Meinung zu diesem Problem.

Geschätzte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Was wir sicherlich in Zukunft deutlich zum Ausdruck bringen müssen, das ist die Sorge um die ökologische Lage insgesamt. Wir sind der Meinung — und ich sage das noch einmal gerade auf Grund Ihres Zwischenrufes —, daß uns nicht durch hysterische Maßnahmen oder dadurch, daß man versucht, Skandale zu provozieren, geholfen werden kann. Ich bin weiters der Meinung, daß in diesem Verantwortungsbereich der Bewältigung der Umweltprobleme, in den wir uns sicherlich gerne miteingebunden haben, vieles davon abhängen wird, wie wir in Zukunft die Industriegesellschaft zu situieren haben werden.

Ausgehend von dieser gemeinsamen Erkenntnis, haben wir in einem Investitionsprogramm, das wir dem Bauenminister vorgestellt haben, in geeigneter Form aufgezeigt, wie wir uns die Baumaßnahmen für den Umweltschutzbereich bis zum Jahr 1995 vorstellen.

Dieses Programm, geschätzte Damen und Herren, schlägt vor, daß sowohl Umweltzerstörung verhindert werden soll, aber gleichzeitig auch der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken sein wird.

Es ist richtig und notwendig, in Schlagworten auf folgendes zu verweisen: Wir haben errechnet, daß für Maßnahmen zur Luftreinhaltung, zur Wasserreinhaltung, für den Ausbau der Umweltschutzzonen, umweltschonende Energieerzeugung, Abfallbeseitigung, Natur- und Landschaftsschutz, Verringerung

der Lärmbelastung, geeignete Maßnahmen für den Wohnbau — auf die bereits der Kollege Schemer hingewiesen hat —, Schaffung der notwendigen Infrastruktur und Sanierung ländlicher und städtischer Bausubstanz ein Betrag von etwa 540 Milliarden Schilling bis zum Jahre 1995 notwendig sein wird. — Ein gigantischer Betrag also.

Aber trotzdem, geschätzte Damen und Herren, auf einen Zeitraum von zehn Jahren hin ist dieser darauf abgestimmt, Kosten der Arbeitslosigkeit auf der einen Seite in den Griff zu bekommen und auf der anderen Seite die Aspekte des Umweltschutzes zu berücksichtigen.

Ich füge sehr deutlich hinzu, geschätzte Damen und Herren: Wir sind der Meinung, daß die Finanzierung des Umweltschutzes im nachhinein ebenso unsinnig ist, wie die Finanzierung der Arbeitslosigkeit im nachhinein unsinnig ist, weil man weiß, was mit diesem Geld für die Menschen praktisch getan werden kann.

Aufgrund der bisherigen Debattenbeiträge und der der vergangenen Jahre sind wir der Meinung, daß keine Schuldzuweisungen irgendwelcher Art, weder an die Bundesregierung noch an den Bundesminister oder an die Landesregierung oder an die Mitglieder der Landesregierung von unserer Seite gemacht werden sollen. Hektisch entworfene Patentrezepte werden die Situation nicht erleichtern, sondern wir haben hier trotz politischer Gegensätze den Versuch zu unternehmen, uns stärker als bisher wieder in diese Verantwortung einzubinden. Ich verweise noch einmal auf den Vorschlag, der in Verantwortung des Herrn Bundesministers in einer Enquete gemeinsam an uns ergangen ist, nämlich den Versuch zu unternehmen, in Gesprächen, in Arbeitskreisen eine plausible Strategie zu erarbeiten, um den Menschen wirkungsvoll zu helfen. Mehr praktisches Handeln, weniger Theoretisieren ist erforderlich. Die Wahl der Wege zur Überwindung der Krise wird sicherlich dem einen oder anderen in diesem Bereich durch Dogmen nicht erleichtert.

In dem Papier, das wir dem Herrn Bauenminister überreicht haben, wurde auch darauf verwiesen, daß eine praxisbezogene Politik zur Förderung der Arbeit und Umwelt nur dann auf Dauer erfolgreich sein kann, wenn sie regional orientiert ist, was immer wieder in den Bundesländern zum Ausdruck kommt. Das heißt: Global denken, aber regional handeln; die Schwerpunkte habe ich ja bereits ausgeführt.

Hesoun

Dieser Vorschlag, geschätzte Damen und Herren, ist selbstverständlich bei Ausschreibung, bei Vergabe und dergleichen mehr geschickt und wirksam zu unterstützen, was nämlich die Gesichtspunkte des Wettbewerbes bei Arbeitsmarktpolitik und dergleichen mehr betrifft. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Folgendes sei doch abschließend vorweg klar und deutlich ausgesprochen: Die ökologischen und die ökonomischen Probleme unserer Industriegesellschaft im nächsten Jahrzehnt sind nur durch eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu bewältigen. Nur dann, wenn den ökonomischen und vor allem den arbeitsmarktpolitischen und ökologischen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird, ist es möglich, wirksam im Bereich unserer Volkswirtschaft weiterzuarbeiten. Tatsache ist, daß wir dieses Ziel nur verwirklichen können, wenn wir gemeinsam unser Engagement nicht nur hier in politischen Diskussionsbeiträgen einbringen, sondern uns auch in den eigenen Parteien und in den Körperschaften, in denen wir vertreten sind, wirkungsvoll für diese unsere Maßnahmen einsetzen.

Was wir brauchen — und das sage ich auch wieder ganz offen —, ist ein klares Bekenntnis zum qualitativen Wirtschaftswachstum. Was ich darunter verstehe, möchte ich versuchen in einem Satz zusammenzufassen. Für mich ist qualitatives Wirtschaftswachstum die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die die natürlichen Lebensbedingungen erhält und keine öffentliche oder soziale Armut entstehen läßt. Für mich ist damit, geschätzte Damen und Herren, auch das Einhergehen mit einer sozial beherrschten Modernisierung sicherlich zum Wohle der Menschen als ein dienlicher Vorgang zu verbinden.

Umweltschutz — wir haben darauf des öfteren verwiesen und sind nach wie vor dieser Meinung — ist eine wesentliche Voraussetzung für dieses qualitative Wirtschaftswachstum, denn Umweltschutz — wir sind in dieser Form sehr oft und vielleicht auch sehr bewußt falsch interpretiert worden — schafft Arbeitsplätze. Wir wissen, daß gerade in dieser Berufsgruppe die Firmen damit die notwendigen Aufträge erhalten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte den Versuch unternehmen, in diesen wichtigen Fragen der Bauwirtschaft keine politisch-taktischen Möglichkeiten in den Vordergrund zu stellen, sondern die politischen Parteien auf-

zufordern, Ränkespiele, die es auf Bundes-, Gemeinde- und Landesebene gibt, doch zurückzustellen, um — und im Bautenausschuß haben wir bei den Budgetberatungen sicherlich grundlegende Gespräche geführt — neue Möglichkeiten zu eröffnen, diese Probleme wirksam lösen zu können.

Hohes Haus! Umweltschutz umfaßt viele Aufgabenbereiche. Wir wissen — ich habe auf das qualitative Wachstum hingewiesen —, daß dieses nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. Wir haben uns aber gerade, was diese Frage betrifft, sehr gut verstanden. Wir haben darauf verwiesen, daß Kurzsichtigkeit, Hemmungslosigkeit, Verantwortungslosigkeit nicht in zunehmendem Maße auf den Umweltschutz Einfluß zu nehmen haben, weil damit den in diesem Haus vertretenen Parteien kein guter Dienst erwiesen wird.

Ich erlaube mir noch folgenden Hinweis, geschätzte Damen und Herren: Nicht das gegenseitige Auflisten von Fehlern, sondern brauchbare Anregungen sind das, was uns beschäftigen müßte. Die Arbeitslosigkeit am Bau zwingt uns und gerade mich als Vertreter dieser Organisation, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene den Versuch zu unternehmen — wobei ich auch daran denke, daß alle diese Gebietskörperschaften in diesen Bereich eingebunden sind —, zu einem fruchtbaren Dialog aufzufordern. Menschen, die in den Wintermonaten, aber dann auch durch den hohen Sockel das ganze Jahr über von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind sicherlich nicht abzukoppeln von den anderen gesellschaftspolitischen Möglichkeiten, die es in unserer Republik gibt.

Man übersieht oft, daß es nie einen freien Baumarkt gegeben hat, weder in der Monarchie noch in der Ersten und Zweiten Republik. Die wirtschaftliche Entwicklung bei politischen Vorhaben verschiedenster Art wurde immer wieder von Programmen geprägt, geschätzte Damen und Herren. Der Nutzen solcher Programme wurde von keiner Regierung weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik bestritten. Ich stelle daher die Behauptung auf, sehr verehrte Damen und Herren, daß jeder, der sich jetzt dieser Verantwortung für die Bauwirtschaft entzieht — ich sage das aufgrund der dramatischen Entwicklung in anderen Branchen —, und jeder, der den größten binnenmarktorientierten Wirtschaftszweig — wenn ich das so sagen darf —, also die Bauwirtschaft, dem freien Fall überläßt, obwohl diesem gerade jetzt eine rasche, wirkungsvolle Hilfe durch Struktur-

10210

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Hesoun

passung zur Seite gestellt werden sollte, diesen Wirtschaftszweig in die Krise führt. Wir alle, die wir uns in den verschiedensten Bereichen damit beschäftigen, wissen, daß erst mit wachsender Betroffenheit die Bereitschaft zum Handeln zunimmt. Dieser Handlungsspielraum wird aber umso geringer und sicherlich schwieriger in dem Maße, in dem sich die Problemfelder erweitern.

Unser Bautenminister hat bei einem Baugipfel im vergangenen März und April dazu aufgerufen, mitzuhelfen und mitzuwirken, um aus verschiedenen Programmen und Vorstellungen ein gemeinsames brauchbares Ganzes für die Bauwirtschaft zu entwickeln. Ich darf Sie dazu auffordern, von dieser Einladung Gebrauch zu machen und den Minister bei dieser Arbeit zu unterstützen. — Danke schön! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.06

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Helbich. Ich erteile es ihm.

11.06

Abgeordneter Ing. **Helbich** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der österreichischen Bauwirtschaft geht es nicht gut! Diese Aussage hören wir täglich. Für 1985 wird ein Nullwachstum vorgesehen, und für 1986 erhofft sich das Wirtschaftsforschungsinstitut ein reales Wachstum von 1,5 Prozent.

Wie schon so oft gehört, hat die Bauwirtschaft seit 1975 35 000 Arbeitsplätze verloren. 1980 investierte die Bauwirtschaft noch 3 Milliarden, 1984 nur mehr 2 Milliarden. 1974/1975 gab es im Winter rund 20 000 beschäftigungslose Bauarbeiter, und 1984/1985 waren es bereits 63 000. Man fragt sich: warum?

Die Baukrise ist keine Bedarfskrise, sondern eine Finanzierungskrise. Bauen wäre finanzierbar, wenn man dem Bauen den richtigen Stellenwert geben und das Bauen nicht behindern würde. Ich denke nur an den Wasserbau, an den Kraftwerksbau, wo Milliardenaufträge auf ihre Genehmigung warten. Es gäbe Arbeit und Verdienst für Tausende Bauarbeiter und ihre Unternehmungen. Bauen soll man nicht zerreßen, Bauen muß man realisieren. Mit Pressekonferenzen, wo nachher nichts geschieht, ist uns allen in der Bauwirtschaft nicht gedient. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es gab zum Beispiel im Jahre 1984 eine Pressekonferenz, wo über den Transitkorridor beziehungsweise über die „Rollende Landstraße“ gesprochen wurde. Es wurde erklärt, daß bis 1989 55 Prozent des gesamten Straßengüter-

transitverkehrs von der Straße auf die Bahn verlagert werden sollen. Bis 1994 soll das Transitproblem überhaupt gelöst sein.

Österreich hat im Schnitt pro Tag 3 500 Transit-LKW, davon 3 000 auf der Route Kufstein—Brenner, 400 zwischen Salzburg und Spielfeld und 100 über die Tauern Autobahn. Um den Brenner und das Inntal zu entlasten, müßten Milliardeninvestitionen nicht nur in Österreich, sondern hauptsächlich in Deutschland und Italien gemacht werden, worauf wir aber überhaupt keinen Einfluß haben. Die „Rollende Landstraße“ müßte mindestens, um überhaupt rentabel zu sein und um wirtschaftlich betrieben werden zu können, 400 km lang sein. Das heißt, eine Strecke von München über den Brenner nach Verona, wobei von diesen 400 km nur 110 km durch Österreich führen.

Wollte man wirklich die „Rollende Landstraße“ realisieren, müßte rund um die Uhr, also alle 24 Stunden, alle 30 Sekunden eine Verladung eines LKW erfolgen. Wollte man nur 50 Prozent von der „Rollenden Landstraße“ auf die Bahn verlagern, müßte jede Minute ein LKW auf einen Waggon verladen werden. Gewaltige Verladezonen müßten im Raum von München und Verona geschaffen werden, da in Kufstein oder am Brenner einfach der Platz, die Stauräume dazu fehlen, wenn Sie bedenken, daß eben in so kurzer Zeit — in 30 Sekunden beziehungsweise 1 Minute — die Verladungen erfolgen sollen, um es machbar zu machen.

Das heißt also: zurzeit ist eine Realisierung unmöglich. Daher, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, vergessen wir den Straßenbau nicht, vergessen wir nicht die Erhaltung der Straßen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum brennendsten Problem der Zukunft, das ist die Straßenerhaltung. Überall in der Welt wurde die Straßenerhaltung unterschätzt. Zurzeit läuft in den Vereinigten Staaten von Amerika ein riesiges Straßenerhaltungsprogramm an. Die Schweiz steht vor einer Erhaltungskrise, in der Bundesrepublik Deutschland spricht man vom Substanzverlust von Anlagevermögen der Bundesfernstraßen von 4 bis 5 Prozent pro Jahr von einem Wert von 150 Milliarden D-Mark. Eine Straße hält nicht ewig. Nach acht bis zehn Jahren beginnt die Straßenerhaltung mit einer Oberflächenbehandlung oder einer Erneuerung der Deckschicht, und nach 24 Jahren ist eine vollständige Wiederherstellung der Fahrbahn erforderlich.

Ing. Helbich

Hat man aus Ersparnisgründen nach acht Jahren keine Instandsetzung vorgenommen, so ist schon nach 16 Jahren eine vollständige Erneuerung notwendig.

Das erste Autobahnstück wurde 1954 eröffnet. Wir müssen feststellen, daß über 30 Jahre seither vergangen sind und daß jetzt gewaltige Lasten bezüglich Straßenerhaltung auf uns zukommen.

Wir hören immer wieder, daß 1991 im großen und ganzen der Autobahnbau fertig sein wird. Es folgt daraus in hohem Maße die Erkenntnis, daß dann wieder mehr oder weniger von vorne begonnen werden muß, und zwar bei den Straßendecken. Diese Erhaltung wird auf uns zukommen und wird uns fast überwältigen.

Folgende Zahlen dazu: 1975 wurden für den Ausbau vom ganzen Straßenbaubudget 72 Prozent ausgegeben, 1986 werden es nur mehr 36 Prozent sein. 1975 wurden für die Erhaltung 21 Prozent ausgegeben. 1986 werden es schon 37 Prozent sein. 1975 wurden für Zahlungen für die Gesellschaften 6,6 Prozent ausgegeben, und 1986 werden es bereits fast 27 Prozent sein.

Das heißt also: Die Gelder für den Ausbau sind von 72 Prozent auf 36 Prozent zurückgegangen. Die Erhaltung ist von 21 auf 37 Prozent gestiegen, die Zahlungen an die Gesellschaften sind von 6 auf fast 27 Prozent gestiegen. Also eine totale Verlagerung der Mittel im Straßenbau innerhalb von zehn Jahren.

Was ist die Folgerung? — Vergeßt den Straßenbau nicht! Die Straßen haben einen Substanzwert von über 300 Milliarden Schilling.

Und nun ein Wort zu den Fahrbahnbreiten im Straßenbau. Natürlich müssen wir überall sinnvoll im Straßenbau sparen, aber nur lang und schmal zu bauen, das kann gefährlich werden. Die Autobahnen sind zurzeit die sichersten Straßen Österreichs, machen wir sie nicht zu gefährlichen Straßen! Ein gewaltiges Volksvermögen steht auf dem Spiel!

Eine Kronenbreite von 19,6 Meter kann nur ein Provisorium sein und kein Vollausbau. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denken wir an den Mittelstreifen! Denken wir an den Abstellstreifen! Sie geben Sicherheit. Vor allem der Mittelstreifen mit seiner sinnvollen Bepflanzung und damit dem Schutz gegen Blendung in der Nacht soll nicht vergessen werden. New Jersey kann nur ein

Übergang sein. Noch einmal, Sicherheit hat Vorrang im Straßenbau! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nach einem erfreulichen Rückgang der Verkehrsunfälle im Jahre 1984 — es gab aber noch immerhin 64 000 Verletzte und 1 620 Tote — hoffen wir, daß sich die Unfallquote weiter senken wird. Das ist von ganz entscheidender Bedeutung. Sparen wir daher im Straßenbau nicht am falschen Platz, denn nach wie vor gilt: Sicherheit hat Vorrang! — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.15

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

11.15

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. **Übleis**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bautenbudget ist ein echtes Konsolidierungsbudget, ein Sparsbudget, wobei die Schwerpunkte, daß die Investitionen erhöht werden, trotzdem Beachtung finden. Man darf das Bautenbudget nicht allein im Hinblick auf die Zahlen des Voranschlages betrachten, sondern man muß — das weiß jeder Fachmann, das wissen natürlich auch die Abgeordneten der ÖVP — sehen, daß hier zwei Fremdfinanzierungsquellen bestehen: Bei den Bundesbauten sind es die Bauträgerbauten, und im Rahmen des Straßenbaus ist es die ASFINAG, die auch den hochrangigen Straßenbau finanziert.

Es entspricht daher dieses Budget meinen Grundsätzen, die ich von der ersten Minute an vertreten habe: Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, wobei die Investitionen und die beschäftigungspolitischen Aspekte voll zum Tragen kommen müssen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Um 148 Millionen Schilling ist das Budget 1986 geringer als das Budget 1985. Ich bin stolz darauf, daß ich dadurch der Regierung beweisen konnte, daß man auch im Budget sparen kann.

Ich zeige Ihnen nun auf, meine Damen und Herren, wo wir im nächsten Jahr sparen:

Im Bereich der Wasserstraßendirektion werden 22 Dienstposten eingespart. Wenn es netto nur 12 sind, Herr Abgeordneter Keimel, dann deshalb, weil einige Posten im Ministerium notwendig wurden, und ich glaube, jeder von uns muß bejahen, daß wir Dienstposten für die Kontrolle brauchen, für die zentrale Planung und auch für die Öffentlichkeitsar-

10212

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

beit, damit die Menschen informiert werden über das, was wir tun.

Darüber hinaus wurde der Stand an Personenkraftwagen im Bereich der Bundesgebäudeverwaltung um vier Autos vermindert. Die Beträge für Repräsentationen wurden gekürzt. Schon heuer sind die Repräsentationsausgaben um 40 Prozent geringer; im nächsten Jahr werden sie um weitere 10 Prozent sinken.

Es wurden die Kredite für Grundankäufe um 73 Millionen Schilling gekürzt, weil wir diese auf das unbedingt notwendige Ausmaß beschränken wollen. Trotz der Inbetriebnahme von 44 neuen Bundesamtsgebäuden im heurigen Jahr wird die Liegenschaftsverwaltung mit dem gleichen Personalstand wie im Vorjahr geführt werden.

Wir haben uns darüber hinaus verschworen, daß eine effiziente Kontrolle notwendig ist. Es wurde daher am 1. Juli dieses Jahres eine Stabsabteilung für zentrale Kontrolle und Revision eingerichtet, darüber hinaus eine Stelle für zentrale Planung und für Koordination und weiters eine Stelle für Öffentlichkeitsarbeit. All unsere Maßnahmen, die wir bisher im Bundeshochbau gesetzt haben, finden auch die Zuständigkeit der Gremien, des Verbandes industrieller Baubetriebe Österreichs, des Wirtschaftsforschungsinstitutes, der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter und der Bundesingenieurkammer. Wir sind im ständigen Gespräch, weil wir wollen, daß zwar mehr, aber sparsamer gebaut wird.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Winterarbeitslosigkeit, darf man nicht bloß von Budgetzahlen ausgehen, sondern muß die beschäftigungswirksamen Ausgaben in ihrer Gesamtheit sehen. Durch unsere Aufträge im nächsten Jahr werden wir in Österreich rund 90 000 Arbeitsplätze sichern.

Wir haben bereits im Mai begonnen, Maßnahmen zu setzen, um der Winterarbeitslosigkeit zu begegnen. Es wurde ein sogenannter Baugipfel durchgeführt, der, Herr Abgeordneter Keimel, sehr wohl entscheidende Auswirkungen gebracht hat. Es wurde heuer um 500 Millionen Schilling mehr vorgesehen im Baubudget. Das hat auch dazu geführt, daß Ende Oktober dieses Jahres die Bauarbeitslosigkeit um 11,7 Prozent geringer war als im Vorjahr. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es sprachen die VIBÖ und alle Organisationen gerade in den letzten Wochen aus, daß

nun endlich eine Verbesserung in der Bauwirtschaft eingetreten ist. Sie weisen zwar mit Recht darauf hin, daß ein Rückgang zu verzeichnen ist im Kraftwerksbau mit minus 28 Prozent und im Wohnbau, weil die Wohnbaugesetze etwas später zum Tragen kamen, aber sie anerkennen unsere Bemühungen, daß gerade im Straßenbau eine gewaltige Steigerung eingetreten ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Vom 1. September an bis Ende Oktober ist es uns gelungen, Aufträge zu vergeben, und zwar im Hochbau in einer Größenordnung von 1 Milliarde und im Bundesstraßenbau in einer Größenordnung von 3,4 Milliarden. Das heißt, 4,4 Milliarden Schilling wurden vergeben, damit die Arbeiter in diesem Land — der Winter ist leider zu früh gekommen, aber wir hoffen trotzdem, daß es gelingt — durcharbeiten können, sodaß es weniger Arbeitslose gibt als im Vorjahr. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Gerade Tirol ist ein Musterbeispiel für einen solchen Auftrag. Es wurde ja der Milsertunnel vergeben in einer Größenordnung von über 500 Millionen. Es wurde der Lärmschutz tunnel in Wien vergeben in einer Größenordnung von 700 Millionen.

Ich könnte Ihnen noch viele Projekte aufzählen, die wirklich dazu bestimmt sind, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Gerade in den letzten zwei Tagen, wenn ich auf Wien zu sprechen kommen darf, konnten wir bei zwei Projekten die Dachgleiche feiern. Auch hier kann durchgearbeitet werden. Es geht um einen Zubau zur Technischen Universität Wien, und es geht weiters um einen Neubau für das Berufsförderungsinstitut. Das erste Projekt kostet 290 Millionen, das zweite 165 Millionen. Am Ballhausplatz wird auch in diesen Tagen die Dachgleiche erreicht werden.

Man hat immer wieder kritisiert, daß die Bauarbeiten auf Autobahnen im Frühjahr zu spät begonnen haben und daher im Sommer viele Baustellen vorhanden waren. Hier wollen wir, meine Damen und Herren, bereits in diesem Winter ausschreiben. Die Landeshauptleute sind bereits beauftragt, und wir werden sofort im Frühjahr, im März nach der Schneeschmelze, mit diesen Bauarbeiten beginnen können. Es wird dadurch möglich werden, daß sich im Juli/August 1986 keine Baustellen auf Autobahnen befinden werden; höchstens zwei in Oberösterreich, aber hier prüfen wir derzeit noch, damit wir auch dort keine haben. Ich glaube, daß wir damit einen Europarekord aufstellen, daß wir unseren

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Urlaubern, unseren Gästen aus dem Ausland eine Autobahn zur Verfügung stellen können, auf die wir alle stolz sein können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Weil immer wieder gewünscht wurde und wird, man solle eine längerfristige Planung auf den Tisch legen: Auch da, Herr Abgeordneter, sind wir bereits tätig geworden, und zwar im Bereich des Bundeshochbaus. Es wurde vor etwa fünf Wochen ein fünfjähriges Bundes-Investitionsprogramm für den Hochbau vorgestellt, das schon eine Tendenz zeigt, Herr Abgeordneter. Aber wir sind ehrlich: Wir haben zugegeben, daß es natürlich in der Bauwirtschaft nicht immer nur hinaufgehen kann, es geht auch etwas zurück. Aber es wird in den nächsten Jahren an mir liegen, daß dann für die Jahre 1989/90, die in diesem Programm sehr schlecht wegkommen, höhere Beträge zur Verfügung gestellt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber es steht jetzt schon fest, daß im Jahre 1986 mit 9 100 Millionen Schilling um 8,2 Prozent mehr Mittel als heuer zur Verfügung stehen werden. Es gibt viele Neubaubeginne. Wir müssen auch auf die Bauträgerbauten ausweichen. Aber es ist sinnvoll, glaube ich, daß, wenn ich Bauten errichte, die 100 Jahre stehen, nicht die jetzige Generation alles gleich heute und morgen bezahlen muß; wir müssen dafür Kredite aufnehmen.

Ein wichtiger Schwerpunkt in unserer Bundeshochbaupolitik ist die Sanierung von Bundesbauten. Jeder weiß, daß es schlechte Kasernen, schlechte Schulen gibt, wo zum Teil im Keller unterrichtet wird, und ähnliches mehr. Hier haben wir ein besonders starkes Programm entwickelt: Es wird eine Steigerung um fast 10 Prozent von heuer auf nächstes Jahr erfolgen.

Wir werden uns auch um kleine Dinge kümmern in diesem Lande. Ich zitiere hier den Tiergarten Schönbrunn, den wir rasch und schrittweise ausbauen werden, oder das Palmenhaus. 140 Millionen werden investiert werden, damit die Besucher beziehungsweise die Gäste aus dem Ausland diese schönen Stätten Wiens wieder besuchen können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Mit diesem Investitionsprogramm bin ich darüber hinaus einem Trend gefolgt, der sich im Entwurf zur Reform des Bundeshaushaltsrechtes findet, wo die Idee der mehrjährigen Budgetvorschau verwirklicht werden soll. Wir im Bautenministerium haben rasch geschal-

tet und bereits den ersten Schritt dazu gesetzt.

Hohes Haus! Im Straßenbau gehen zwar die Mittel zurück beziehungsweise bleiben diese gleich, aber es muß mehr für die Refinanzierung verwendet werden. Aber neue Initiativen tragen dazu bei, daß wir billiger bauen werden.

Wenn die Straßenmeistereien — es sind das gerade jene in den ÖVP-Bundesländern — in der Vergangenheit so breit und so groß gebaut wurden, daß sich dort Wohnungen für Landesbeamte befinden, dann, glaube ich, kann man sparen, weil Bundesstraßenmittel dafür nicht bestimmt sind. Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben. Es wird möglich werden, daß wir in Zukunft 30 Prozent der Kosten dabei einsparen, anstelle von 4,5 Milliarden werden wir bis 1992 nur 3 Milliarden für die Straßenmeistereien ausgeben.

Eine weitere Einsparung besteht darin, daß wir die Straßen nicht mehr so breit bauen. Ich darf hier diesen Sparquerschnitt sofort erwähnen, Herr Abgeordneter. Die 19,60 m sind für uns die erste Ausbaustufe. Wir lösen den Grund auf 24 m ein, und später, wenn sich die Notwendigkeit erweist, werden wir gerne bereit sein — links oder rechts —, eine Verbreiterung vorzunehmen. Nur, der Weg zwischen Hartberg und Gleisdorf: daß man dort einen Halbausbau vornahm, war sicher nicht glücklich; das möchte ich bei dieser Gelegenheit feststellen. Man soll aus Fehlern lernen.

Aber ich möchte jetzt nicht so viel ausgeben. Wir haben viele Umfahrungen zu gewährleisten. Aus diesem Grund: 19,60 m, und später, wenn sich allenfalls Verkehrsverlagerungen ergeben und eine Straße, die jetzt weniger belastet ist, dann stärker belastet sein wird, werden wir gerne den Vollausbau vornehmen. Professor Knoflacher hat eindeutig bestätigt, daß der Querschnitt 19,60 m der Sicherheit entsprechend ausreichend ist.

Wir werden natürlich einsparen durch die Verringerung der Schnellstraßen und Autobahnen in der Bundesstraßengesetznovelle, weil wir auf jeden Fall diese Schnellstraßen in der Zukunft hätten bauen müssen. Wir werden uns jetzt natürlich auf die Bundesstraßen konzentrieren, aber die hätten ja auch ausgebaut werden müssen.

Insgesamt gesehen, glaube ich, sind wir in der Lage, daß wir mit weniger Geld in Zukunft genausoviel oder sogar mehr bauen.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Herr Abgeordneter Keimel, weil Sie mir immer wieder vorwerfen, ich kündige an, ich gehe in die Öffentlichkeit, und es geschehe dann nichts: Ich darf einige Punkte zitieren. Es wurde in den letzten Monaten die Entscheidung, die oft jahrzehntelang anstand, über die Ortsumfahrung von Klagenfurt getroffen, über die von Zell am See getroffen, über die von Nassereith getroffen; ich könnte noch viele andere Beispiele zitieren. Es wird derzeit auch ein neues Investitionsprogramm für den Bundesstraßenbau erstellt. Das wird Ende Jänner vorgestellt. Hier gehen wir auch wieder den Weg der Ehrlichkeit. Wir sagen, welche Mittel wir haben, und wir werden uns in Verhandlungen mit den Ländern auch bemühen, daß Prestigeprojekte in Zukunft nicht mehr verwirklicht werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Das ist in der Vergangenheit geschehen!)*

Hier haben besonders die Länder einen gehörigen Anteil, weil ja die Länder immer wieder Forderungen an den Bund richten, und vielleicht hat der Bund, Herr Abgeordneter, seine Aufgabe, als Koordinator hier tätig zu sein, zu wenig wahrgenommen. Man soll auch offen zugeben, wenn man Fehler gemacht hat.

Aber jetzt, bitte, bin ich dafür, zu sagen — ein Musterbeispiel für den Herrn Abgeordneten Lußmann ist die Pyhrn Autobahn; hier war es notwendig, was ich klar zum Ausdruck brachte —: Wir haben die 4,5 Milliarden jetzt nicht zur Verfügung, wir müssen uns daher auf die Obersteiermark konzentrieren. Für einen Oberösterreicher ist das, glaube ich, eine Mutentscheidung, nämlich daß ich mich als Oberösterreicher in Oberösterreich für die Steiermark ausgesprochen habe. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Bei den Oberösterreichern sind Sie umgefallen!)*

Die Verkehrszahlen am Schoberpaß sind um 100 Prozent höher, die Zahl der Unfälle, die Zahl der Toten um 30 Prozent höher. Es war daher für mich eine Verpflichtung, dort zuerst zu bauen, wo die Menschen verunglücken, wo die Staus auftreten und wo sich die Urlauber und die Pendler tagtäglich ärgern. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Abgeordneter, es wurde aber verfügt, daß die Bundesstraße im Kremstal trotzdem dort ausgebaut wird — es werden 30 Millionen investiert —, wo Unfälle auftreten. So wird es nicht dazu kommen, daß sich die Toten von der Steiermark auf Oberösterreich verlagern werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

— *Abg. Dr. Zittmayr: Weg des geringsten Widerstandes!*

Das Investitionsprogramm im Straßenbau wird natürlich auch darauf Rücksicht nehmen, daß nicht nur die Quantität im Straßenbau entscheidend sein soll, sondern daß wir in Zukunft mehr auf die Qualität achten müssen. Es wird der Fremdenverkehr in unsere Planungen einbezogen werden. Hier findet bereits nächste Woche bei mir ein Gespräch mit den Landesfremdenverkehrsreferenten statt. Es wird einbezogen werden das Fahrrad, das in der Vergangenheit beim Straßenbau vernachlässigt wurde. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es fand am 4. September eine Radfahren-quete statt, und nun werden nächstes Jahr die Vorschläge der Länder kommen. Wir wollen gesicherte Radfahrwege — eine Forderung des ARBÖ, die damit in nächster Zeit verwirklicht werden kann. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir werden aber auch den Treppelweg entlang der Donau 150 km lang als Radfahrweg bis 1992 ausbauen, und wir werden uns überhaupt mehr bemühen, daß die Autobahn nicht verlockt, daß man durchrast durch Österreich, sondern wir wollen die Menschen verleiten, daß sie in Österreich bleiben. Wir planen eine Österreich-Panoramastraße und ähnliches mehr; wir werden das in Kürze präsentieren. Es müssen auch die Serviceeinrichtungen verbessert werden, und es ist mir gelungen, daß bereits die ersten Telephonzellen auf den Autoraststätten im Freien stehen, wo man zum Normaltarif telefonieren kann.

Es werden die Toiletteanlagen schrittweise verbessert; hier werden wir in einigen Tagen ein neues Konzept vorstellen. Es wird beispielsweise auch — ich denke an die Raststätte Mondsee — im nächsten Jahr ein Badeplatz am Mondsee unseren Autofahrern zur Verfügung stehen.

Das sind einige Kleinigkeiten, die aber beweisen sollen, daß wir uns im Straßenbau um die Menschen kümmern, nicht nur um die Österreicher, nicht nur um die Pendler, auch um die Urlauber, auch um unsere ausländischen Gäste. Sie sollen wieder gerne nach Österreich kommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir stark die Umwelttätigkeit in diesem Bautenministerium ist, beweist der Umstand, daß von allen Fraktionen in diesem Haus zwei Gesetze beschlossen wurden: das Wasserbauförderungsgesetz und das Marchfeldkanal-

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

gesetz. Diese beiden Gesetze sind Paradebeispiele. Und, Herr Abgeordneter Vetter, im nächsten Jahr wird mit dem Bau des Marchfeldkanales begonnen werden. 500 Arbeitsplätze werden dadurch gesichert, und 600 Millionen werden aus dem Wasserwirtschaftsfonds zur Verfügung gestellt — weil vorhin auch laut wurde, es gebe im Bereich des Wasserwirtschaftsfonds kein Konzept. Hier gibt es beste Konzepte, die dazu dienen, daß das Wasser in Zukunft sauber bleibt, daß die Seen gereinigt bleiben, daß die Flüsse in Zukunft — bis 1992, 1993 — Güteklasse 2 bekommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und die Beträge: 6 Milliarden Schilling — heuer sind es 5,5 Milliarden Schilling — stehen zur Verfügung. Hier kann man doch wohl von einer gewaltigen Steigerung sprechen, weil wir damit Investitionen in einer Größenordnung von rund 10 Milliarden Schilling auslösen. In den nächsten fünf Jahren werden 30 Milliarden Schilling allein für die Reinhaltung des Wassers aufgewendet. Ich glaube, es hat noch nie eine Bundesregierung gegeben, die derartiges für den Umweltschutz tut, und wir bemühen uns derzeit auch, Maßnahmen für die Luftverbesserung zu setzen. Ein Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen wird diskutiert, kommt in Kürze ins Parlament und wird auch in Zukunft Erleichterungen für die Menschen bringen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich darf nun noch auf einige spezielle Fragen eingehen. Herr Abgeordneter Keimel! Es gibt keinen Fall Sekanina im Bautenministerium, es wurde alles ordentlich untersucht und überprüft. Ich kann auch auf meine Beamten stolz sein und möchte ihnen bei der Gelegenheit besonders danken, daß sie diese Umbruchstimmung im Bautenministerium erzeugt haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das Gesamtverkehrskonzept ist ja seit Jahren im Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr in Ausarbeitung. Wir haben aber den Bereich Straßenbau praktisch vorweggenommen, indem wir dieses Investitionsprogramm Ende Jänner vorstellen werden, in dem klare Aussagen enthalten sind, wann wo gebaut wird.

Ich darf auch zum Abgeordneten Eigruber einiges sagen. Seine oberösterreichischen Projekte: Es geht insbesondere natürlich um die Frage von Traun. Die Umfahrung Traun ist ja schon ein Dauerbrenner, und ich bin der Meinung, wir sollten das genau prüfen. Ich kann mir schwer vorstellen, daß wir auf einer ebenen Fläche eine Untertunnelung vorneh-

men. Aber es wird hier in Kürze eine Entscheidung ergehen.

Und bezüglich der Pyhrn Autobahn darf ich nochmals feststellen: Es werden die Engstellen beseitigt. Bevor die Umfahrung Wels nicht geklärt ist, sollte man nicht mit dem Bau beginnen. Es sind viele Fragen noch offen. Es ergibt sich auch die Frage, wenn ich dann baue, ob ich nicht gleich bei Klaus baue, bei Windischgarsten. Es wird ja derzeit gebaut, nächstes Jahr wird ein Teilstück in Betrieb gehen.

Was die S 9 im Innviertel anlangt: Hier geht es darum, daß auf bayerischer Seite eine Entscheidung darüber, ob die A 94 gebaut wird, ja noch nicht getroffen ist. Es gibt dort größte Probleme. Die A 94 soll 1994 fertig werden. Und da müßte natürlich diese Schnellstraße von Braunau weitergehen. Wir werden das sehr sorgfältig beobachten, aber es werden sicher in nächster Zeit von uns keine Aktivitäten entwickelt werden.

Es wurde auch zitiert, daß es kein Gesamtbaukonzept des Bautenministers gibt. Dazu darf ich auch feststellen, daß wir bereits vor Monaten eine Arbeitsgruppe mit Post und Bahn gebildet haben, daß sehr wohl die ersten Erfolge bereits da sind. Im 23. Wiener Gemeindebezirk wird ein gemeinsames Projekt mit einem Postamt und mit einer Schule verwirklicht. Wir werden uns in der nächsten Zeit über die Unter- und Überführungen Schiene — Straße einigen. Hier gibt es zugegebenermaßen seit Jahren Probleme. Es wird viel zu lange geredet und zu wenig rasch entschieden. Aber diese Frage wird ebenfalls entschieden werden.

Wir bauen für die Österreichischen Bundesbahnen Terminals in Marchtrenk und Wörgl, damit die Verladung der Lkws ermöglicht wird, wie wir überhaupt jede Maßnahme der Österreichischen Bundesbahnen unterstützen, daß doch eine schrittweise Verlagerung von der Straße auf die Schiene erfolgt. Das gilt auch im Bereich der Grenzstationen, wo wir verschiedene Investitionen tätigen.

Eine Aussage zum Wohnbau. Ich darf die Frau Staatssekretär bitten, daß sie später näheres dazu sagt.

Die Wohnbautagung am 23. September war notwendig, weil sehr viele Diskussionen über die Frage stattgefunden haben: Entspricht der jetzige Stand der Wohnbaupolitik in Österreich den optimalen Gegebenheiten für die Menschen, für die Mieter, für die Eigentümer und so weiter und so weiter?

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Ich möchte, Herr Abgeordneter Keimel, zu Ihrer letzten Feststellung, wo Sie kritisierten — mit Recht —, daß Sie sich ohnedies in Krems dazu bekannt haben, daß Sie in diesen Arbeitskreis gehen . . . (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Ich möchte dazu erklären: Ich werde das noch überprüfen. Sollte sich herausstellen, daß ich im Unrecht bin, dann darf ich mich wirklich bei Ihnen entschuldigen.

Es wurde erwähnt, daß der Bautenminister sehr viel in der Öffentlichkeit steht. Aber, meine Damen und Herren, es ist mein Stil, daß ich mich an Ort und Stelle informiere — viele Abgeordnete konnten sich schon davon überzeugen —, man kann die Situation dann besser beurteilen. Diesen Stil werde ich fortsetzen. Ich glaube, daß die Bevölkerung ein Recht darauf hat, daß sie über die Aufgaben, über die Intentionen eines Ministers zeitgerecht und hautnah an Ort und Stelle informiert wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich damit die wichtigsten Fragen, die wichtigsten Grundsatzabsichten des Ministeriums erläutert habe, und bedanke mich fürs Zuhören. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{11.41}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haigermoser. Ich erteile es ihm.

^{11.41}

Abgeordneter Haigermoser (FPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Der Herr Abgeordnete Helbich hat in seinen Ausführungen die Bautätigkeit insgesamt beklagt. Ich meine, daß man sich natürlich damit auseinandersetzen hat, in welcher Form weitergebaut werden soll, auch unter dem Übertitel „weiterer Landschaftsverbrauch“.

Ganz interessant ist angesichts Ihrer Klagen, die Sie hier vom Pult aus gebracht haben, was Ihr Informationsdienst der „Bauindustrie aktuell“, dort sind Sie ja, meines Wissens, Mitglied, aussagt. Es heißt hier: „Begrüßt werden Maßnahmen gegen Winterarbeitslosigkeit“, wird hier als Überschrift kundgetan, mit Datum vom 12. November 1985. Als weiterer Punkt steht hier wörtlich: „Grundsätzlich aber tritt die Bauindustrie für die neue Linie des Bautenministers ein.“ — Ende des Zitats.

Ihre Bauindustrie, die Vereinigung industrieller Bauunternehmungen Österreichs, befürwortet also die Vorgangsweise des Bautenministers und der Bundesregierung.

Ich frage mich daher, ob Ihre Worte mit dieser Aussendung Ihrer eigenen Unternehmensvertretung konform gehen. Wieder einmal ein Beweis dafür, daß Sie hier vom Pult aus andere Worte sprechen, als sie draußen der Bevölkerung oder in den eigenen Kreisen mitgeteilt werden. Ein Beweis für eine doppelzüngige Politik.

Hohes Haus! Die Worte des Herrn Bundesministers zur Wasserreinhaltung waren Balsam auf mein Herz. Das Wort des griechischen Philosophen Thales, das etwa um 600 vor Christi geprägt wurde „Das Prinzip aller Dinge ist das Wasser, aus Wasser ist alles und in das Wasser kehrt alles zurück“, findet auch entsprechenden Eingang in die Politik der Bundesregierung, was die Reinhaltung des Wassers anbelangt. Bedauerlicherweise ist diese Weisheit noch nicht überall zur Kenntnis genommen worden. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch darauf zurückkommen.

Zuvor jedoch eine kurze Betrachtung des Ist-Zustandes der Gewässer in Österreich. Im 4. Raumordnungskonzept der Österreichischen Raumordnungskonferenz aus 1984 wurde sehr drastisch und eindeutig die Situation der Fließgewässer dargestellt.

Bei den Seen kann, wie wir gehört haben, das Sanierungsprogramm als nahezu abgeschlossen betrachtet werden. Mithin auch sehr erfreulich für den österreichischen Fremdenverkehr. Dieser Erfolg der „Aktion saubere und reine Seen“ kann nicht hoch genug eingeschätzt werden und ist auch von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen worden.

Bei den Flüssen ist in der Güteklasse IV, das ist die schlechteste Güteklasse, das nächste Stadium ist bereits die Verödung, leider Gottes noch vieles nachzuholen. Folgende wichtige Flußläufe sind in dieser schlechten Güteklasse IV: Die Mur ab Judenburg, die March, die Lavant, die Glan in Kärnten, Traun und Ager, Ybbs und nicht zuletzt die Salzach, um nur die wichtigsten zu nennen.

Nun war und ist das Parlament mit der Bundesregierung einer Meinung, daß die Flußreinhaltung ein eminent wichtiges Problem ist. Diese Notwendigkeit wird noch dadurch veranschaulicht, daß nach grober Abschätzung durch die Industrie jährlich eine Schmutzfracht von etwa 17 Millionen Einwohnergleichwerten in die Fließgewässer gelangt. Davon stammen 9 Millionen Einwohnergleichwerte, also mehr als die Hälfte, aus der

Haigermoser

Papier- und Zellstoffindustrie. Daraus folgt, daß gerade dort Sanierungsmaßnahmen vorrangig in Angriff zu nehmen sind.

Aus diesen Notwendigkeiten wurde die Novelle, die wir kürzlich im Hohen Haus beschlossen haben, zum Wasserbautenförderungsgesetz geschaffen, die folgende gravierende Verbesserungen finanzieller Art mit sich bringt, und zwar: Zusätzlicher Umweltschutzinvestitionsanreiz insbesondere bei den schon erwähnten Zellstoffbetrieben. Diejenigen, die bis 1990 ihre Schmutzfracht auf 10 Prozent des derzeitigen Wertes reduzieren, erhalten 20 Prozent des Wasserwirtschaftsfonds-Darlehens geschenkt. Auch schwer belasteten Gemeinden soll bei teuren Anlagen geholfen werden. Bis zu 30 Prozent des Darlehens kann als Beitrag bei besonders teuren Anlagen gegeben werden.

Das sind auszugsweise nur einige Maßnahmen, die damit in Gang gesetzt werden beziehungsweise die eine Hilfestellung bedeuten.

Die mit diesen Maßnahmen, die Gesetzeskraft erlangt haben, verbundene „Aktion saubere Flüsse“ beinhaltet, daß 57 Prozent aller in Bau befindlichen Wasserwirtschaftsfonds-Vorhaben der Fließgewässerreinigung dienen. Dafür werden von 1985, vom heurigen Jahr an, bis 1993 zirka 60 Milliarden Schilling Ausgaben flüssig gemacht.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich mich als Salzburger Abgeordneter, stellvertretend für die von mir bereits genannten Flußläufe der Güteklasse IV, mit der Situation der Salzach von Hallein bis zur Landeshauptstadt Salzburg befasse.

Vor nicht allzulanger Zeit wurden Demonstrationen abgeführt, eine sogenannte Bürgerliste — „grün“ nennt sie sich manchmal — unter dem Anführer „Guru“ Voggenhuber erklärte den Krieg, ohne auch nur ein einziges Konzept zur Verbesserung der Situation anbieten zu können. Das einzige Verdienst dieser sogenannten Bürgerliste, die mit Macht ins Parlament drängt, war es, einen Krieg zu erklären, Schützengräben auszuheben, Konzepte wurden keine angeboten.

Das gilt es auch einmal im Hohen Haus festzustellen, wenn man die Arbeiten dieser Gruppierungen in den Gemeinden, wo sie tätig sind, ganz objektiv beleuchtet. Zu bedauern ist aber auch, daß die Salzburger Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Haslauer, bis dato den Bürgerlisten-„Guru“ Voggenhuber noch übertroffen hat, nämlich

an Untätigkeit, was die Reinhaltung der Salzach angeht.

Landeshauptmann Haslauer ist aufzufordern, einen Salzach-Gipfel einzuberufen, um endlich daranzugehen, die Chancen, die der Bund mit der Novelle zum Wasserwirtschaftsfonds bietet, beim Schopf zu nehmen. Diese Verpflichtung hat der Landeshauptmann, und er kann diese Verpflichtung nicht an kleine Gemeindevertreter oder an die Bürgermeister der Anrainergemeinden der Salzach abschieben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Mit schönen Worten und Absichtserklärungen und dem kiloweisen Verteilen von Orden und Ehrenzeichen wird die Salzach nicht sauber, Herr Landeshauptmann Haslauer! Setzen Sie sich mit dem Bund an einen Tisch, werden Sie aktiv, Herr Landeshauptmann! Die Salzach hat dies mehr als nötig. Die finanziellen Voraussetzungen von seiten des Bundes sind geschaffen, genützt müssen diese vom Land Salzburg werden.

Oder — hier stellt sich die Frage — ist der Salzburger Landessäckel so geleert, daß Landesbeiträge für ein derart wichtiges Projekt, wie der Reinhaltung der Salzach, nicht flüssig gemacht werden können? Diese Frage muß man sich stellen.

In diesem Zusammenhang ist ganz interessant, daß im Budget des Landes Salzburg für Repräsentation 6 Millionen Schilling vorgesehen sind und für den Kampf gegen das Waldsterben nur 3 Millionen Schilling. Hier sieht man, welche Schwerpunkte in diesem Land gesetzt werden. Orden und Ehrenzeichen, entsprechende Buffets 6 Millionen Schilling, 3 Millionen Schilling für den Kampf gegen das Waldsterben. Der Schmutz in der Salzach wird überhaupt nicht bekämpft, dazu wird nichts beigetragen. *(Abgeordnete Dr. Helene Partik-Plabé: Wer ist schuld daran, wer macht das?)*

Ich meine, daß das der Herr Landeshauptmann von Salzburg ist, der Herr Haslauer, weil er eben die Budgethoheit in diesem Lande hat. Das tut der Österreichischen Volkspartei weh, wie man soeben aus ihrem Raunen hören konnte.

Herr Landeshauptmann Haslauer, schenken Sie den Bürgern wenigstens reinen Wein ein, wenn Sie schon nicht willens sind, für sauberes Wasser zu sorgen.

Hohes Haus! Damit gleich überleitend zu einem Trinkwasserproblem, das über die

10218

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Haigermoser

lokalen Grenzen hinaus in den Medien Platz gefunden hat und sicher stellvertretend für manch anderes Trinkwasserproblem in Österreich steht. Ich darf den „Kurier“ vom 8. November 1985 zitieren. Übertitel: „Altenmarkt: Wasser schwer vergiftet!“

Ich hoffe, daß bei den Bürgermeister der ÖVP die Trinkwasserleitung in den Orten in Ordnung ist. (*Abgeordneter Hofer: Ja, ja!*) Alles in Ordnung? Gratuliere dazu. Bessere Bürgermeister, besserer Landeshauptmann als hier offensichtlich.

Ich zitiere: „Alarmierende Perchloräthylen-Werte in einem Trinkwasserbrunnen in der Salzburger Fremdenverkehrsgemeinde Altenmarkt legten Mittwoch und Donnerstag die Trinkwasserversorgung in einem Altenheim, allen Schulen und der Gebärklinik lahm. In dem Brunnen waren 165 Mikrogramm „Perchlor“ pro Liter Wasser gemessen worden. Das ist die achtfache Menge des Grenzwertes. Perchlor steht als Krebserreger im Verdacht und bewirkt langfristig schwere Organschädigungen. Während noch am Donnerstag ein Blitz-Krisengipfel bei Landesrat Sepp Oberkirchner stattfand, offenbarte sich hinter den Kulissen ein Skandal gewaltiger Dimension: Dies, obwohl die Experten in der Landessanitätsdirektion seit langem befürchtet hatten, daß es einmal zu einem Desaster kommen könnte.“

Interessant ist der letzte Satz, soeben von mir zitiert: von „den Experten in der Landessanitätsdirektion seit langem befürchtet“. Warum sind die zuständigen Behörden — Bürgermeister, Bezirkshauptmann, Landesregierung und in letztendlicher Verantwortung Landeshauptmann Haslauer — nicht tätig geworden? Warum versucht man jetzt auf die kleinen Gemeindevertreter, die ehrenamtlich tätig sind, die Schuld abzuschieben, obwohl laut Landessanitätsdirektion schon seit langem — seit langem! — befürchtet wurde, daß es einmal zu einem Desaster kommen werde. Das fehlende Geld kann es nicht gewesen sein, diese faule Ausrede gilt nicht, denn wie ich aufzeigen konnte, bietet der Wasserwirtschaftsfonds für die Errichtung beziehungsweise den Umbau von Wasserversorgungs- und Abwasserbehandlungsanlagen vor allem den Gemeinden ausreichende Mittel.

Das heißt also, daß eindeutig die Salzburger Landesregierung, an der Spitze Landeshauptmann Haslauer, ihren Aufgaben nicht nachgekommen ist. Wahrscheinlich war zu wenig Zeit, denn wir haben gehört, 6 Millionen für Repräsentation, und das Ordenverteilen

braucht auch eine gewisse Zeit, um eben diese Orden an die Brust zu heften. (*Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé: Wieviel für Repräsentation? — Zwischenruf des Abgeordneten Vetter.*)

Herr Kollege, wir verstehen uns darin, daß nicht immer die Mehreren recht haben müssen. Sind wir uns einig? Nicht immer die Mehreren. (*Abgeordneter Vetter: Gilt das für die Bundesregierung auch?*) Da hätte es nie Philosophen gegeben, wenn man die Mehreren hätte fragen müssen, Herr Kollege. Wir behaupten auch nicht, daß immer die Bundesregierung recht hat und schon gar nicht ich, so vermessen bin ich nicht, aber der Herr Landeshauptmann Haslauer hat auch nicht immer recht, können wir uns da einigen?

In diesem Fall hat er versagt, wenn wir uns da einig sind, dann kann ich Ihnen nur zustimmen, Herr Kollege. Daher ist auch in diesem Zusammenhang der Herr Landeshauptmann aufzufordern, sämtliche Wasserversorgungsanlagen des Landes dahin gehend einer Untersuchung zu unterziehen, inwieweit Gefahr in Verzug ist, um diese Gefahr mit Hilfe des Wasserwirtschaftsfonds hintanzuhalten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum Schluß kommande stelle ich fest, daß gerade beim Flußreinhaltprogramm mit Hilfe der gesetzlichen Maßnahmen Arbeit geschaffen und gesichert wird, der Wirtschaft Impulse gegeben werden und nicht zuletzt die Ökologie zu ihren Rechten kommt.

Einen allerletzten Satz zur kürzlich erreichten Einstimmigkeit bei der Lösung der Frage Autobahnumfahrung Klagenfurt, ein Sprung nach Kärnten. Diese Lösung ist positiv im Sinne der betroffenen Bevölkerung. Der Herr Bundesminister hat die Aktivitäten Haiders und Candussis aufgenommen, damit wurde manifestiert, daß auch Straßenbau mit der Bevölkerung gemeinsam als Straßenbau mit Augenmaß praktiziert werden kann. — Wir Freiheitlichen stimmen dem Budgetkapitel Bauten gerne zu. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

11.56

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vetter. Ich erteile es ihm.

11.56

Abgeordneter **Vetter** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Vertreter der Regierungsparteien und der Herr Bundesminister selbst haben sich red-

Vetter

lich bemüht, aufzuzeigen und zu beweisen, daß es mit dem vorliegenden Budget auch im Kapitel Bauten gelungen ist, die angekündigten und die beabsichtigten Ziele zu erreichen, daß es gelungen ist, in den wesentlichsten Bereichen, wie Hochbau, Tiefbau, Wasserwirtschaftsfonds und Wohnbau, trotz eines sogenannten Sparbudgets die entsprechenden Mittel für eine investitions- und bauwirksame Maßnahme zu erreichen.

Ich möchte noch einmal versuchen, wie es mein Kollege Dr. Keimel bereits getan hat, an einigen Beispielen nachzuweisen, daß gerade in diesem so wichtigen Bereich Bauten, in dem wirtschaftspolitische und beschäftigungspolitische Gestaltungsmöglichkeiten ebenso enthalten sind wie wohnungs-, verkehrs- und umweltpolitische, von dem vorgeesehenen Budget die notwendigen und die erhofften wirtschaftlichen Impulse nicht ausgehen und daß die gerade in der heutigen Zeit höchst notwendigen wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Offensiven bedauerlicherweise nicht stattfinden können und nicht stattfinden werden.

Schon im Budgetausschuß wurde mit dem Hinweis auf die Anzahl der arbeitslosen Bauarbeiter, die im Vergleich 1985/1984 gesunken ist, versucht nachzuweisen, daß die angespannte Situation nicht so dramatisch sei, wie es die Österreichische Volkspartei behauptet. Diese Arbeitslosenzahlen bestreiten wir gar nicht, aber dem steht etwas gegenüber, was die dramatische Situation sehr wohl unter Beweis stellt, nämlich daß in der Bauwirtschaft ein drastischer Rückgang an Investitionen festzustellen ist und daß bereits seit dem Jahre 1975 insgesamt ein Beschäftigungsrückgang von rund 24 Prozent zu verzeichnen ist. Diese Rezessionsentwicklung im Bau muß sich auf die Gesamtwirtschaft äußerst nachteilig auswirken.

Herr Bundesminister! Sie haben noch einmal auf das vorgestellte fünfjährige Investitionsprogramm verwiesen. Es ist erstmalig ein solches Programm vorgelegt worden, es ist ein Bemühen festzustellen, dieser lange geforderten Kontinuität in der Auftragsvergabe zu entsprechen.

Aber selbst dieses Programm sieht einen drastischen Rückgang der Projekte vor, denn der Ansatz für 1990 ist ja nur mehr halb so hoch wie der für 1986. Das bedeutet weitere schrumpfende Umsätze, damit weniger Beschäftigte, also mehr als eine Ernüchterung und eine weitere Durststrecke für die Bauwirtschaft.

Ihr Hinweis, der sicherlich ehrlich gemeint ist, daß man sich um Budgetaufstockungen in den neunziger Jahren bemühen wird: Herr Bundesminister! Gerade das heurige Budget beweist ja, daß Sie für das Kapitel Bauten nicht mehr Mittel bekommen konnten; für ein Kapitel, das gesamtwirtschaftlich so enorm wichtig ist.

Sie haben den Marchfeldkanal erwähnt und mich namentlich zitiert. Herr Bundesminister, ich habe in meiner damaligen Rede zum Marchfeldkanal die Leistungen der betroffenen Bundesminister, der Bundesdienststellen und der Planungsgesellschaft entsprechend gewürdigt, das ist ein Jahrhundertprojekt und bleibt es, aber was ich kritisiere am Wasserwirtschaftsfonds, ist Ihre Feststellung im Budgetausschuß, daß die Finanzen in Ordnung seien. Faktum ist — und das ist den Unterlagen Ihres Ministeriums zu entnehmen —, daß lediglich ein Betrag von 1 Milliarde für 1986 neu zu vergeben ist und dem gegenüber ein Betrag von 2 Milliarden an neuen Anleihen und Krediten steht. Sollte der gesamte Ausgabenrahmen, so wie er im Budget, im Teilheft steht, ausgegeben werden, so sind 1,7 Milliarden Schilling an zusätzlichen Anleihen notwendig.

Durch die gesicherten Einnahmen des Fonds sind nur — und zwar ausschließlich — die bereits bis 1986 fälligen Vorbelastungen aus Darlehenszulagen der Vorjahre zu finanzieren. Für die Neuvergaben und für den gesamten Schuldendienst müssen neue Schulden aufgenommen werden. Das heißt, so sehen wir das, daß sich die Gesamtgebarung des Fonds wesentlich verschlechtert, und zwar in einem sehr raschen Ausmaß, und daß von einer gesicherten Finanzlage auf längere Zukunft gesehen sicherlich nicht die Rede sein kann.

Herr Bundesminister! Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß im Bereich Wohnbau neuerlich zu einem nationalen Konsens aufgerufen und Parteiengespräche angekündigt. Ich möchte noch einmal feststellen, daß dies ein altes Anliegen der Österreichischen Volkspartei ist, das wiederholt an die Regierung herangetragen wurde, aber bisher leider vergeblich.

Eine grundlegende Neuorientierung der Wohnungspolitik, sorgfältigst überlegt und mit den Ländern abgesprochen, müßte nach unserer Auffassung folgende grundsätzliche Ziele haben: Die Beendigung der ideologischen Diskriminierung des Wohnungseigentums, eine totale Reparatur des verunglück-

Vetter

ten Mietrechts. Die Regierungsparteien haben sich zwar bei den schlechtesten Grundsätzen dieses Mietrechts seit 1982 auf eine Neuerung geeinigt, aber ich glaube, das kann nur eine Reparatur sein. Es sollte versucht werden, das Förderungsrecht insgesamt zu vereinheitlichen und zusammenzufassen.

Man müßte auch auf Grund der finanziellen Lage versuchen, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Die Österreichische Volkspartei hat konkrete Vorschläge vorgelegt, wie zum Beispiel die Rückzahlungsbegünstigung bei Altdarlehen oder unser Eigentumsbildungsgesetz, wodurch optimal gesehen, wirklich Milliarden Schilling zusätzlicher Einnahmen möglich wären.

Sie werden uns im Interesse der betroffenen Familien, die unter der Explosion der Kosten, auch der Betriebskosten, heute mehr denn je zu leiden haben, auf jeden Fall und zu jeder Zeit Gesprächsbereit finden.

Herr Bundesminister! Sie haben über die bauwirksamen Budgetausgaben gesprochen, haben Detailbeispiele aufgezählt bis zum Schönbrunner Palmenhaus und zum Affenhaus, das umgestaltet werden soll. Nach Ihren eigenen Angaben im Budgetausschuß sind die bauwirksamen Budgetausgaben im Hoch- und Tiefbau, für Neubau und für Instandhaltung mit rund 18,1 Milliarden Schilling für 1986 gegenüber 1985 mit 19,8 Milliarden um rund 8 Prozent gesunken. Das bedeutet weniger Investitionen, das bedeutet gleichzeitig eine Verringerung des Beschäftigungseffektes, und das ist eine mehr als trübe Aussicht für das kommende Jahr, sowohl für die Unternehmer als auch für die Bauarbeiter in dieser Branche.

Da kann man sagen, was man will, das waren Ihre eigenen Angaben im Budgetausschuß, die muß man nur addieren und die Summen vergleichen.

Im Bereich Straßenbau wird von Ihnen vom Sparen gesprochen, vor allem durch billigeres Bauen. Herr Bundesminister! Faktum ist, daß es sich in diesem Bereich ausschließlich um zweckgebundene Einnahmen handelt, die seit Jahren mangels Valorisierung stagnieren, daß die Schuldenexplosion für die außerbudgetären Finanzierungen, die Sie gar nicht bestritten haben, via Sondergesellschaften immer mehr zweckgebundene Mittel blockiert und die bauwirksamen Mittel daher laufend drastisch verdünnt werden, während aber auf der anderen Seite der Bedarf für die seit langem unterdotierte Erhaltung der Stra-

ßen progressiv ansteigt. Ich glaube, da liegt das Problem, will man die Verkehrsinfrastruktur Straße leistungsfähig, umweltfreundlich und sicher verfügbar erhalten.

Das bedeutet, Hohes Haus, daß die bauwirksamen Mittel im Bundesstraßenbudget durch die überzogene Kreditfinanzierung, ist gleich Schuldenpolitik, in einem nicht mehr verantwortbaren Ausmaß verdünnt werden. Ich bestreite nicht, daß die Sondergesellschaften sehr effizient arbeiten, aber die Finanzierungsfrage ist eine Aufgabe, die vom Herrn Bundesminister zu lösen sein wird, soll nicht die Schuldenlast in wenigen Jahren, und das ist absehbar, das Bundesstraßenbudget nahezu aushungern.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Problematik des Kapitels Bauten liegt natürlich auch in der Gesamtbudgeterstellung. Ein Bundesbudget, das auch vom Bautenminister zu verantworten ist, bei welchem die gesamte Bundesinvestitionsquote von 6,7 auf 6,2 Prozent sinkt, bei welchem das Gesamtdefizit zum erstenmal die Schallmauer der 100-Milliarden-Schilling-Grenze durchbricht, bei welchem die Bundesschulden voraussichtlich bis Ende des Jahres den Betrag von 700 Milliarden übersteigen werden, bei welchem man in sieben bis acht Monaten mehr Schulden macht, als man seinerzeit in 25 Nachkriegsjahren gemacht hat, zwischen 1945 und 1970, bei welchem der Steuerzahler an Zinsen und Spesen 44 Milliarden und für Kapitalrückzahlung 38 Milliarden jährlich oder 225 Millionen täglich zu zahlen hat, welches 3,6 Milliarden Schilling an neuen Belastungen bringt, welches vom sozialistischen Weg nicht abgeht, sondern diesen fortsetzt, der jetzt in der Verstaatlichten-Krise seinen Höhepunkt gefunden hat, ein solches Budget ist fast am Ende der Leistungskraft angelangt, ein solches Budget hat keinen Spielraum mehr für wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Schwerpunktöffensiven für das Kapitel Bauten, für gesamtwirtschaftliche Impulse in diesem so investitions-trächtigen Bereich.

Also die Budgetkrise, so sehe ich das, verursacht auch zwangsläufig die Finanzierungs-krise im Kapitel Bauten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist der Grund, meine Damen und Herren, warum die Österreichische Volkspartei das Kapitel Bauten und Technik ablehnen muß. Es liegt in Ihrer Verantwortung, ob diese unzureichende, unterdotierte und zu keiner offensiven Vorgangsweise ausrei-

Vetter

chende Politik im Budgetkapitel Bauten fortgesetzt wird. Auch wenn Sie sich vielleicht heuer als Opfer des Finanzministers oder einer Budgetpolitik des Finanzministers bezeichnen können, Faktum bleibt, daß Sie Ihren Bemühungen und Ihren Verpflichtungen um konjunkturbelebende Maßnahmen in dieser schwierigen Zeit nicht in ausreichendem Maße nachkommen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.08

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer. Ich erteile es ihr.

12.08

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix **Eypeltauer**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 1986 wird der Bund 16,6 Milliarden Schilling Wohnbauförderungsmittel an die Länder überweisen, das sind um 1,5 Milliarden oder 9 Prozent mehr als im Jahre 1985. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte daran erinnern, daß im Jahre 1970, im ersten Jahr der sozialistischen Alleinregierung, nur ein Betrag in der Höhe von 4,1 Milliarden Schilling durch den Bund an Wohnbauförderungsmitteln zur Verfügung gestellt wurde, daß wir also seither — weit über die Geldentwertung hinaus — diese Mittel planmäßig immer wieder erhöht haben.

Zusammen mit den Darlehensrückflüssen und mit den Budgetmitteln der Länder werden es 1986 rund 21,3 Milliarden sein, die für Neubaudarlehen, für Annuitätenzuschüsse, für Eigenmittlersatzdarlehen und für Wohnbeihilfen zur Verfügung stehen werden. Das ist weit mehr als je zuvor.

In Ländern mit hohem Anteil an erneuerungsbedürftigen Altwohnungen, wie etwa in Wien, wird ein Teil dieser Beträge zweifellos, und das ist ja auch gut so, in die Wohnhaussanierung fließen. Zu dieser Umschichtung bietet das neue Wohnbauförderungsgesetz 1984 ohne Limit Gelegenheit.

Meine Damen und Herren! Noch fehlt der Überblick darüber, welche Auswirkungen die beiden am 1. Jänner dieses Jahres in Kraft getretenen Gesetze, das schon zitierte Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Wohnhaussanierungsgesetz, konkret haben werden, denn die Verordnungen der Länder sind erst wenige Monate in Kraft. Vor allem können wir noch nicht sagen, ob es hinsichtlich des relativ hohen Anteils an Wohnbeihilfe in einigen Bundesländern diesen Ländern gelingen

wird, die bauwirksamen Mittel künftighin ansteigen zu lassen. Es gibt zwar schon einige Untersuchungen darüber, ich kann mich aber den Schlußfolgerungen, die die Bearbeiter vorgenommen haben, nicht anschließen. Ich glaube, daß es zu früh ist, hier etwas auszusagen.

Die Chancen der Gesetze, die Förderung nach den Einkommensverhältnissen und nach der Familiengröße unterschiedlich zu gestalten und damit zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu gelangen, wurden — das kann man an Hand der Verordnungen heute schon sagen — leider nur sehr ansatzweise genutzt. Ich hätte gerade von diesen gesetzlichen Möglichkeiten viel erwartet. In einem sind die Länder allerdings durch die Bank den Absichten des Bundesgesetzgebers gefolgt: Sie haben für den Grund und Energie sparenden sogenannten verdichteten Flachbau überall ein bessere Förderung vorgesehen als für das freistehende Eigenheim.

Daß es in Zukunft genügend Projekte geben wird, bei denen die künftigen Bewohner die Endausstattung ihrer Wohnungen selbst werden durchführen können, muß ich leider bezweifeln, obwohl diese sogenannten Halbfertigwohnungen gerade bei den jungen Menschen sehr gut ankommen und großen Anklang finden. Durch intensive Kontakte der Bewohner untereinander schon in der Fertigstellungsphase wird nämlich das Zusammengehörigkeitsgefühl überaus gefördert. Es wird die Freude an den eigenen vier Wänden erhöht und schließlich auch eine gewisse Verbilligung erreicht, wenn bei der Ausstattung kein unvernünftiger Luxus getrieben wird, was leider hin und wieder auch vorkommt.

Überhaupt — und das gilt vor allem für die Adaptierung alter Häuser — halte ich angesichts der überaus hohen Bau- und Betriebskosten eine gewisse vernünftige Selbstbeschränkung zumindest bei einem Teil der Vorhaben, was die Ausstattung anlangt, für geboten.

„Einfach bauen“ nennt sich eine vielbeachtete und vielbesuchte Ausstellung, die gegenwärtig im Künstlerhaus zu sehen ist und die sich auf die Erste Republik bezieht. Aber „Einfach bauen“, meine Damen und Herren, sollte auch heute noch ein Motto sein, damit es nicht nur eine infolge der hohen Einkommensgrenzen praktisch für alle Österreicher offenstehende Wohnbauförderung gibt, sondern für die kleineren Einkommensbezieher auch wieder das, was wir gerne einen sozialen Wohnbau nennen würden.

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix Eypeltauer

Stadterneuerung ist ohne die Zustimmung der ortsansässigen Bevölkerung nicht möglich, ja sie bedarf sogar der aktiven Mitarbeit der in dem betroffenen Viertel wohnenden Menschen. Und da zeigt sich, daß von vielen Menschen eine perfekte oder sogar überperfekte Sanierung ebensowenig gewünscht wird wie der Abbruch alter Häuser und der Neubau, der dann meistens höher gezont ist, als es die abgerissenen Häuser waren.

Worauf es ankommt, ist eine einfühlsame Sanierung. Man spricht heute von einer „sanften Sanierung“, bei der auf die finanziellen Möglichkeiten der Bewohner mehr als bisher Rücksicht genommen wird und bei der auch ein gewisser Mut zum Unvollkommenen bewiesen werden muß, sonst explodieren die Kosten, und den bisherigen Mietern wird nicht geholfen, sondern sie werden aus ihren alten Wohnungen, aus ihren Quartieren vertrieben. Das soll und darf bei der Wohnhaussanierung und bei der Stadterneuerung, wie wir sie uns vorstellen, nicht geschehen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich darf in diesem Zusammenhang noch auf einen Aspekt hinweisen. Kaum hat die Gemeinde Wien ihre äußerst großzügige Finanzierung im Bereich der Wohnhaussanierung durch Verordnung kundgemacht, soll es, wie ich höre, schon wieder so etwas wie eine Sanierungsspekulation geben, die offenbar die Abbruchspekulation ablösen soll. Ich möchte heute von dieser Stelle aus bereits warnen und meine, daß die Verwaltung hier sehr wird aufpassen müssen und daß Vorsicht in jedem einzelnen Fall geboten erscheint.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Österreich wird ab den neunziger Jahren bei stagnierender, ja sogar abnehmender Bevölkerungszahl immer weniger Neubauwohnungen pro Jahr benötigen. Aber es wird auch dann noch einen großen Instandsetzungs- und Verbesserungsbedarf geben. Allein in Wien liegt er heute bei 120 Milliarden Schilling; dies trotz der erfreulichen Entwicklung, die es bei der Wohnungsverbesserung in der Vergangenheit gegeben hat. Waren im Jahr 1971 knappe 15 Prozent aller österreichischen Wohnungen mit Bad und Zentral- oder Etagenheizung ausgestattet, waren es im Jahr 1981 schon über 44 Prozent und sind es heuer aufgrund des Mikrozensus vom März dieses Jahres bereits über 52 Prozent. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Zahl der Substandardwohnungen hat entsprechend abgenommen. Waren es im Jahr 1971 noch 30,2 Prozent, im Jahr 1981

14,1 Prozent aller österreichischen Wohnungen, die nicht über Bad und WC in den eigenen vier Wänden verfügten, so waren es im Jahr 1985 nur mehr 9,2 Prozent, in Wien allerdings immer noch 14,2 Prozent. Das ist ein großer Erfolg, der nicht zuletzt auf das ausgefallene Wohnungsverbesserungsgesetz zurückzuführen ist, das sich wirklich sehr bewährt hat.

Meine Damen und Herren! Architekten, Bauwirtschaft und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft müssen sich zeitgerecht umstellen, und zwar in dem Sinn, den ich soeben beschrieben habe. Der Gesetzgeber hat durch das Wohnhaussanierungsgesetz die Weichen für die Zukunft bereits gestellt. Die Althausmilliarde wird sehr bald für Maßnahmen nach der Stadterneuerungsverordnung des Bautenministers zum Einsatz kommen. Startwohnungen in alten Häusern werden zunehmend populärer. Wir liegen derzeit bei etwa 1 600 in acht Bundesländern und in 70 österreichischen Gemeinden.

Ein paar Worte noch zur künftigen legislativen Tätigkeit im Bautenressort bezüglich der Wohnbaugesetze. Das Wohnhaussanierungsgesetz wird anlässlich der im Gang befindlichen sogenannten kleinen Mietrechtsreform in zwei Punkten geringfügig geändert, um Unklarheiten a priori aus der Welt zu schaffen. Weitere Änderungen kann ich nicht ausschließen, ohne daß sich derzeit schon etwas Konkretes sagen ließe.

Es gibt aber sehr konkrete Überlegungen, für die beiden Bundesfonds wieder eine begünstigte Rückzahlung einzuführen. Allerdings müßte der Wohnhauswiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds wenigstens einen Teil dieser Rückflüsse bekommen, damit tatsächlich verstärkte Akzente bei der Stadterneuerung gesetzt werden können.

Auch für das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz aus dem Jahre 1979 gibt es immer wieder Änderungswünsche von den verschiedensten Seiten, über die bisher noch nicht näher gesprochen wurde. Um ein Beispiel zu nennen: Sein § 17 mit der umfassenden, vielleicht zu umfassenden Verpflichtung zur Aufwertung der rückzuzahlenden Beträge an die ausziehenden Mieter schafft — wie ich höre — in der Praxis Probleme. Werden doch dadurch ältere Wohnungen, die man für kleine Einkommensbezieher brauchen würde wie einen Bissen Brot, teurer und teurer. Ziel unserer Wohnungspolitik, meine Damen und Herren, muß es sein, zu verhindern, daß die älteren, billigeren Wohnungen überhaupt verschwinden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix Eypeltauer

Meine Damen und Herren! Mehr als 1,6 Millionen Wohnungen wurden in Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges neu gebaut, davon rund eine Million Wohnungen mit Hilfe von Bundesmitteln. Bei einem Teil dieser Wohnungen waren auch Landesmittel im Einsatz. Bei den restlichen 600 000 Wohnungen waren zum Teil Mittel aus den verschiedenen Landesfonds im Einsatz, zum Teil wurden sie mit Bauspardarlehen erbaut, hinter denen wiederum die Prämienleistung des Bundes, die heuer etwa 3 Milliarden Schilling beträgt, steht.

Wenn wir also von einem frei finanzierten Wohnbau sprechen, dann ist dieser in Österreich sehr gering, dann hat er eine sehr untergeordnete Bedeutung. In Wirklichkeit stehen bei fast allen Wohnungen, die gebaut werden, Steuermittel in der einen oder anderen Form dahinter. Denn wir müssen auch noch daran denken, daß es eine Fülle von Befreiungen von der Grunderwerbsteuer gibt, daß es Abschreibemöglichkeiten von Baukreditrückzahlungen und energiesparenden Investitionen als Sonderausgaben gibt und daß es auch noch zahlreiche Abschreibemöglichkeiten als Werbungskosten nach dem Einkommensteuergesetz gibt.

In Summe, meine Damen und Herren, kann sich die Förderung des Wohnbaues und der Althausanierung in Österreich wirklich sehen lassen. Sie braucht den Vergleich mit keinem anderen Land zu scheuen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Vetter hat gerade auf das Eigentumsbildungsgesetz hingewiesen, das die Österreichische Volkspartei wieder eingebracht hat und über das noch zu sprechen sein wird. Ich möchte heute keine Details dazu sagen, weil ich schon mehrfach dazu Gelegenheit hatte, sondern nur eine Feststellung treffen: Warum der Staat reich werden soll, wenn viele Mieter ihre Wohnung kaufen, dafür ist die Opposition bisher noch jeden schlüssigen Beweis schuldig geblieben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Zum Herrn Abgeordneten Keimel und auch zum Herrn Abgeordneten Vetter noch ein paar Worte, was die gemeinsamen Rufe nach mehr Eigentum betrifft: Unter den in den letzten Jahren gebauten Wohnungen, nicht nur bei den geförderten, sind 72 Prozent Eigentumswohnungen, Eigenheime oder vom Hauseigentümer benützte Wohnungen gewesen. Nur 28 Prozent waren Mietwohnungen. Betrachten wir den Gesamtbestand an stän-

dig bewohnten Wohnungen in Österreich, so waren auf Grund der Häuser- und Wohnungszählung des Jahres 1981 damals 47,7 Prozent im Eigentum, nach dem Mikrozensus vom März 1985 waren es bereits 52,8 Prozent. Also 5 Prozent mehr in nur vier Jahren, in denen wir für die Wohnbaupolitik die Verantwortung tragen. Das ist eine durchaus erfreuliche Bilanz. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Was den sowohl vom Herrn Bautenminister als auch von den Herren Abgeordneten Keimel, Vetter und Eigruber angesprochenen nationalen Konsens in der Wohnbaupolitik anlangt, werden wir den eingeschlagenen Weg einer intensiven, einer noch intensiveren Zusammenarbeit fortsetzen, was sicherlich im Interesse des Gesamtwohles unserer österreichischen Bevölkerung gelegen ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.26

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weinberger. Ich erteile es ihm.

12.26

Abgeordneter **Weinberger** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Frau Staatssekretär! Bundesminister Übleis erklärte uns heute im Hohen Haus, aber auch schon im Budgetausschuß bei den Beratungen über das Kapitel Bauten und Technik, daß das vorliegende Budget ein Budget der Konsolidierung sei. Kollege Keimel führte aus — dazu muß ich als Tiroler etwas sagen, und ich darf das zitieren —: Von Konsolidierung zu sprechen ist eine ungeheure bewußte Irreführung. — Weiters: Bundesminister Übleis hätte bereits aufgegeben. Die Krone setzte aber Kollege Keimel seinen Ausführungen auf, indem er meinte, daß das Budget 1986 ein arbeitsplatzvernichtendes Budget sei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von den Regierungsparteien haben für solch unverständliche Aussagen kein Verständnis, und wir weisen diese Ausführungen auf das schärfste zurück. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Leitner: Es stimmt aber doch!)*

Das stimmt nicht, Kollege Leitner, und ich würde mich genieren, solche Zwischenrufe zu machen. Ich werde heute in meiner kurzen Debattenzeit auf Tiroler Probleme eingehen. Dann werden Sie feststellen, daß das nicht stimmt, was Sie in einem Zwischenruf jetzt gesagt haben.

Ich behaupte, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß gerade das Gegenteil

10224

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Weinberger

der Fall ist. Das hat auch die hervorragende Erwidernung des Herrn Bautenministers gezeigt. Ich glaube, daß sich die ÖVP — ich stehe das zehnte Jahr an diesem Rednerpult und spreche zum Kapitel Bauten und Technik — so lange nicht ändern wird, bis sie vielleicht, ich weiß nicht, in wie vielen Jahren, auch einmal Verantwortung tragen wird. (*Abg. Schemer: 2030!*) Aber bis dorthin muß sie sich noch sehr umstellen.

Meine Damen und Herren! Es gibt Steigerungsraten — gerade im Bereich der Wasserwirtschaft wurden sie schon angesprochen — im Wohnungsbau, wie die Frau Staatssekretär jetzt erklärt hat, aber auch ein besonderer Beitrag für die Reinhaltung unserer Fließgewässer für die nächsten Jahre muß Erwähnung finden.

Beim Straßenbau, es wurde bereits erwähnt, ist die Situation unterschiedlich. Billigeres bauen, etwas weniger bauen, dafür aber — wie Kollege Helbich richtig ausgeführt hat — wird die Straßenerhaltung von Jahr zu Jahr umfangreicher. Sie hat in den letzten Jahren um 100 Prozent zugenommen. Und das ist natürlich auch eine Ursache, warum uns die Mittel für Autobahnen, Schnellstraßen und dergleichen mehr fehlen, denn wir müssen die Straßen, die wir in den letzten 40 Jahren gebaut haben, auch erhalten.

Ich sagte schon eingangs, als Tiroler möchte ich gerade bei diesem Budget einige Beispiele in den Vordergrund stellen: Wir haben ein fünfjähriges Investitionsprogramm für den Bundeshochbau und diesen möchte ich erwähnen. Warum wohl? Weil durch dieses Investitionsprogramm neben den notwendigen Bauten, die damit erstellt werden, jährlich rund 16 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich für die Programmdauer gesichert werden können. Und das ist doch etwas.

Für 1986 stehen Mittel in Höhe von 9,1 Milliarden Schilling insgesamt für diesen Bereich zur Verfügung. Für den Tiroler Bereich ungefähr 1 Milliarde Schilling.

Für Schulen der Unterrichtsverwaltung, für Schulen der Wissenschaftsverwaltung, für Bauten der Landesverteidigung und sonstige Bundesgebäude sind insgesamt für die nächsten vier Jahre rund 1 Milliarde Schilling präliminiert, wobei für das Jahr 1986 356 Millionen Schilling vorgesehen sind. Der Herr Bundesminister ist momentan nicht da, aber ich möchte ihm im Namen aller Tiroler dafür herzlichst danken. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Darüber hinaus gibt es größere Bauvorhaben im Bundesstraßenbau, welche seit September/Oktober 1985 zur Bekämpfung — wie es geheißen hat — der Winterarbeitslosigkeit vergeben wurden. Auch für diesen Bereich stehen 637 Millionen Schilling zur Verfügung.

Hohes Haus! Ich möchte auch auf Tiroler Probleme zu sprechen kommen, die heute schon angeschnitten worden sind, und zwar auf die Probleme des Transitverkehrs. Der Verkehr auf der Nord-Süd-Route schadet nicht nur den Anrainern, sondern auch dem Fremdenverkehrsland Tirol und unserer Umwelt.

Ich darf aus der „Tiroler Tageszeitung“ zitieren, die vor kurzem eine Statistik herausgebracht hat, wie viele Autos überhaupt über Tiroler Straßen rollen. Die neuesten Zahlen dieses Durchschnittstagesverkehrs, gemessen an verschiedenen neuralgischen Punkten, ergeben, was den Schwerverkehr betrifft, daß Tirol zum Durchzugsland Österreichs geworden ist. Was den Lkw-Durchschnittstagesverkehr betrifft: Es rollen 4 594 Lkw — nicht 3 000, wie wir sagen — täglich über die Inntal Autobahn in der Nähe von Vomp. Die Schlußfolgerung aus dieser Situation muß die Setzung weiterer Schallschutzmaßnahmen verschiedenster Art sein, wie etwa der Übergang zu den bereits erprobten Flüsterbelägen, welche wir auf den Teilstrecken des Unterinntals angebracht haben und die, das dürfen wir feststellen, auch gute Erfolge gezeigt haben. Vor allem aber wollen wir — das ist auch eine Forderung der Kitzbühler — keine neuen Transitstrecken durch Österreich, insbesondere nicht durch Tirol. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der derzeitige Durchzugsverkehr reicht uns bei weitem, und ich möchte festhalten, daß dieser Ansicht auch unser verehrter Herr Bundesminister Übleis ist. Das gilt nicht nur für den Tiroler Bereich, sondern für ganz Österreich.

Auch die Güterverkehrsleistung spricht Bände. Während es noch im Jahre 1975 4,647 Milliarden Tonnenkilometer waren, so waren es 8 Jahre später, 1983, bereits 9,4 Milliarden Tonnenkilometer; das ist eine Verdoppelung innerhalb von 8 Jahren.

Es muß also für unsere Umwelt, für unsere Menschen etwas geschehen. Ein Nachtfahrverbot wird da nichts nützen — in der Zwischenzeit ist Kollege Keimel gekommen, der hat es im Budgetausschuß verlangt —, denn dann bekommen wir Krieg mit unseren Anrainernstaaten beziehungsweise mit jenen, die den Korridor durch Tirol benützen.

Weinberger

Wir Tiroler Sozialisten fordern seit vielen Jahren eine Umstrukturierung des Verkehrs. Wir wollen den Großteil des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene bringen, trotz der vom Kollegen Helbich heute gemachten gegenteiligen Aussage. Sicher wird das noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, jedoch einen Ansatz zur Verwirklichung dieser Forderung: Weg von der Straße, hin zur Schiene! gibt es bereits im Konzept der Österreichischen Bundesbahnen. Es handelt sich hierbei im besonderen um den Ausbau der Umfahrungsstrecke Hall—Innsbruck, worüber nächste Woche Vertreter der ÖBB mit den betroffenen Gemeinden sprechen werden. Ich freue mich, daß auch unser Landeshauptmann Wallnöfer für die Verwirklichung dieser Umfahrung ist.

Die Studie 1985, von der ich spreche, gibt wieder, daß im Rahmen des Aktionsprogrammes „Transitkorridor Brenner“ der österreichischen Bundesregierung vorgesehen ist, bis 1994 einen Teil des heutigen Straßengüterverkehrs auf die Bahn zu verlagern. Auf Grund der begrenzten Leistungsfähigkeit der derzeitigen Teilstrecke Hall—Innsbruck, aber auch im Falle eines mehrgleisigen Ausbaues, ist man doch darangegangen, eine neue Strecke zu suchen. Diese neue Strecke wird insgesamt 16,5 km lang werden, davon werden 12,7 km durch einen Tunnel führen, und zwar ab Baumkirchen über Aldrans, und wird am Garberbach Richtung Brenner wieder herauskommen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage: Die Bauzeit für dieses Objekt wird rund fünfzehn Jahre dauern, die Kosten, ausschließlich der Mehrwertsteuer, werden sich auf 2,4 Milliarden Schilling belaufen.

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zum Schluß kommend, möchte ich sagen: Diese Initiative der Österreichischen Bundesbahnen hilft uns bei der Bewältigung des Transitverkehrs — deshalb erwähne ich sie —, und wir Tiroler freuen uns heute schon auf den Tag, an dem diese Studie, von der ich soeben sprach, verwirklicht sein wird. Aber ebenso deponieren wir heute schon den Wunsch, den zweigleisigen Ausbau — heute nachmittag behandeln wir das Kapitel Verkehr — durch das Oberinntal zu forcieren, damit auch hier eine Entlastung der Straße erreicht wird.

Meine Damen und Herren! Es gäbe sicher noch vieles auszuführen, etwa über den Wohnbau, über die Wohnbausonderprogramme, über die Althausanierung, die Frau Staatssekretär hat aber dazu bereits Stellung genommen. Ich möchte aber doch erwähnen

— was auch Bautenminister Übleis getan hat — den Milsertunnel im Tiroler Bereich, den Siefenkopftunnel, die Umfahrung Landeck, den Ausbau der Bundesstraßen im Bereich des Zillertales, die Gerlos Bundesstraße und so weiter.

Eines steht jedenfalls fest: Das Budget 1986 gibt Impulse für die Wirtschaft und gibt Impulse für den Arbeitsmarkt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich stehe nicht an, hier abschließend dem Herrn Bundesminister, der Frau Staatssekretär, den Sachbearbeitern und Beamten, darüber hinaus aber auch allen Mitarbeitern, die mit dem Bautenministerium zu tun haben, sehr herzlich zu danken.

Meine Damen und Herren! Das Budget 1986 ist trotz Konsolidierungsmaßnahmen ein gutes Budget, und wir von den Regierungsparteien geben gerne hiezu unsere Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{12.37}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hofer. Ich erteile es ihm.

^{12.37}

Abgeordneter **Hofer** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Eingangs möchte ich zurückkommen auf die ersten Sätze der Frau Staatssekretär, in denen sie uns verkündet hat, daß im kommenden Jahr 16 Milliarden Schilling für die Wohnbauförderung bereitgestellt sein werden; ein Betrag, der in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie so hoch war.

Aber, Frau Staatssekretär: Glauben Sie nicht, daß das ein billiges Argument war? Sie wissen doch ganz genau, daß die Wohnbauförderungsmittel ausschließlich von der Lohn- und Einkommensteuer gesponsert werden. Damit haben Sie nichts anderes gesagt, als daß die Österreicher mit dieser Steuer noch nie so geschröpft worden sind wie in den vergangenen Jahren. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Das ist eine Logik!)*

In diesem Budget sind allein 98 000 Millionen Schilling an Lohnsteuereinnahmen eingeplant. Eine gigantische Ziffer! Und bei dieser gigantischen Schröpfungsaktion ist klarerweise das Bautenministerium verpflichtet, den nötigen Anteil der Mittel an die Wohnbauförderung abzuführen. *(Zwischenruf des Abg. S c h e m e r.)*

Hofer

Herr Kollege Schemer! Sie machen Zwischenrufe, und auf Sie werde ich jetzt im besonderen eingehen. (*Abg. Schemer: Das freut mich!*) Ich bin heuer erst zum drittenmal bei der Budgetdebatte dabei, weil ich ein junger Abgeordneter bin. Aber noch jedesmal haben Sie Ihre Rede mit der Bemerkung begonnen, daß die Redner der ÖVP — und Sie haben dabei verwiesen auf den Umstand, daß Sie schon zum zehntenmal dabei sind — immer wieder das Gesamtbudget, das Bautenbudget diffamieren, heruntermachen, schlechtmachen (*Abg. Schemer: Richtig!*), und nörgeln. Sie haben dann gesagt, sinngemäß: Das Budget ist Klasse, alles ist super, was wir, zuerst die Alleinregierung und jetzt die Koalitionsregierung an Wirtschaftspolitik machen.

Aber, Herr Kollege Schemer: Haben Sie es sich dabei nicht etwas zu billig gemacht? Seit 15 Jahren wird folgendes praktiziert: Sie verschweigen den Österreichern, um welchen teuren Preis all das kaschiert wird! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Schemer! Ich weiß, das tut euch weh. (*Abg. Schemer: Sie haben uns gewählt, und nicht Sie!*) — Wie hoch ist dieser teure Preis, mit dem Sie es bis zum heutigen Tag kaschieren konnten? Aber es bricht ja langsam auf und wird erkennbar für die Österreicher. (*Abg. Schemer: Sie haben ja keine Wahl gewonnen seit 15 Jahren! Seit 15 Jahren sitzen Sie in der Opposition!*) — Dieser Preis beträgt 600 000 Millionen Schilling Schulden, 337 000 Millionen Schilling weitere Verpflichtungen. (*Abg. Schemer: Das österreichische Volk hat uns recht gegeben, und nicht Ihnen!*)

Herr Kollege Schemer! An diesem Schuldenberg, den Sie den Österreichern und Österreicherinnen aufgeladen haben, werden die 40jährigen und die Kinder der 40jährigen weit über das Jahr 2000 hinaus noch blutig zu zahlen haben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Schemer: Trotzdem hat das österreichische Volk uns recht gegeben!*) Ja weil Sie es kaschiert haben, Herr Schemer.

Das Budgetdefizit, das Gesamtbudgetdefizit beträgt prognostizierte 103 Milliarden, und während wir darüber diskutieren, stimmt es schon in diesem Augenblick nicht mehr, durch das VOEST-Desaster werden wir sicher mehr als 110 Milliarden Schilling Budgetdefizit bekommen. Ich erwähne das als traurigen Zustand. (*Abg. Schemer: Mit dem Wort „Desaster“ sollten Sie vorsichtig sein! — Abg. Rechberger: Da sind ja auch ÖVP-Vorstände dabei!*)

Wo sind daher die Zeiten, als die SPÖ-Opposition im Jahre 1970 die ÖVP geprügelt und gesagt hat: 7 Milliarden Schilling Defizit in einem Jahr zu machen — das ist ein Wahnsinn! Dieses Defizit von rund 110 Milliarden Schilling im kommenden Jahr ist 16mal so groß, also 16facher Wahnsinn, wenn ich bei dieser Formulierung bleibe. (*Abg. Schemer: Aber die wirtschaftliche Lage ist doch ganz anders!*) Herr Kollege Schemer! Noch etwas — das ist vielleicht eine noch deutlichere Zahl —: Die Schuldenbelastung, die wir derzeit haben, beträgt 44 000 Millionen Schilling an Zinsen und 38 000 Millionen Schilling an Schuldentilgungen im Jahr. Wenn man nur die Zinszahlungen von 44 000 Millionen betrachtet: Es wären rund 44 000 Eigentumswohnungen, die man mit diesen Zinsen, die uns verloren gehen, finanzieren könnte. Wir könnten mit diesen Zinsen alleine den Wasserwirtschaftsfonds 7 Jahre lang finanzieren. Oder auf Tage umgelegt: Diese 44 Milliarden Schilling an Zinsen betragen pro Tag 122 Millionen. Eine gigantische Zahl! Pro Tag könnte man mit dieser Summe theoretisch ... (*Abg. Schemer: Bei der Landwirtschaft kann ich Ihnen diese Rechnung auch machen! Das sind doch Milchmädchenrechnungen, die Sie da vortragen! Das hat doch keinen ökonomischen Hintergrund, was Sie da sagen!*) Ja ich weiß, daß tut weh.

Das Landwirtschaftsbudget, Herr Kollege Schemer, ist im Vergleich zu diesen Horrorziffern ein Pappentstiel. Herr Kollege Schemer! Mit diesen Zinsbelastungen alleine könnten wir pro Tag etwa fünf Hauptschulen bauen, wenn es theoretisch möglich wäre, oder pro Tag 120 Eigentumswohnungen errichten. So gigantisch ist diese Zahl. Ich komme damit zum Schluß dieser Einleitung. Herr Kollege Schemer, bitte hören Sie jetzt zu! (*Abg. Schemer: Aber ja, natürlich!*) Herr Kollege Schemer! Wissen Sie, warum ich das so deutlich gesagt habe? — Ich möchte Ihnen das sehr ruhig sagen: In dieser Woche, Herr Kollege Schemer, ist etwas passiert, worüber wir alle, Sie, wir und alle Österreicherinnen und Österreicher zutiefst geschockt waren. In dieser Woche sind bei der VOEST-Alpine AG gravierende Fehlentwicklungen förmlich explosionsartig zutage getreten. Wir bedauern sehr, was da passiert ist. Genau dasselbe, befürchteten wir aber, wird eines Tages explosionsartig auch mit diesen Staatsfinanzen passieren. Bitte, denken Sie darüber nach! (*Abg. Schemer: Das können Sie doch nicht vergleichen! Das sind doch ganz andere Handlungen!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes

Hofer

Haus! Ich möchte jetzt auf das Budget 1986, im besonderen auf das Bautenbudget noch etwas näher eingehen. Wir sind der Meinung, aufgrund dieser allgemeinen Lage der Staatsfinanzen kann das Bautenbudget — hier ist der Herr Bautenminister tatsächlich ein Gefangener seiner gesamten Finanzumgebung — kein Konsolidierungs- und Arbeitsplatzsicherungsbudget sein. Es ist tatsächlich ein Arbeitsplatzreduzierungsbudget, und das geht aus den prozentuellen Ziffern doch eindeutig hervor.

Von 1980 bis 1986 ist der Gesamtanteil des Bautenbudgets von 8 Prozent auf 5,6 Prozent zurückgegangen. Das ist ein Verlust von sage und schreibe 30 Prozent. Die Ursachen für diesen katastrophalen Baubudgetrückgang liegen natürlich in der verfehlten Budgetpolitik.

Wir haben jenes Dilemma, daß wir für die Zukunft — das ist es, was ich eingangs mit der Belastung der Jugendlichen gemeint habe — immer weniger Geld haben, weil wir für die Vergangenheit immer mehr in Form von Schulden bezahlen müssen.

Diese Schuldenbelastung schlägt sich natürlich auch auf das Gesamtbudget nieder. Dennoch müssen wir feststellen: Ausgaben- ausweitungen plus 6,4 Prozent — Bautenbudget minus ein halbes Prozent. Und das gerade in jenem Budget, wo man direkt arbeitsplatzwirksam eingreifen könnte.

Die bauwirksamen Ansätze diese Bautenbudgets gehen um rund 8,5 Prozent zurück, nominell um 1 391 Millionen. Fast 1,4 Milliarden Rückgang nominell. Die Baupreissteigerungen sind da gar nicht einmal einkalkuliert. Warum? — Ich weiß schon: Weil wir auf der anderen Seite eine Fülle von Schuldtilgungen zu tragen haben, durch die ASFINAG etwa oder durch die Bauträger, wobei man natürlich damit das Baubudget kaschiert.

Zum Bundeshochbau noch einige Details. Herr Bundesminister, Sie haben ein 5jähriges Investitionsprogramm vorgelegt. Wenn man sich dieses Investitionsprogramm näher ansieht, dann kommt man drauf, daß dort im Jahr 1986 eine Steigerung zu verzeichnen ist. Damit hat man, weil man die Bauträgerückzahlungsbelastung in diesem Jahr relativ gering gehalten hat, sozusagen den Druck, der durch die Schulden, die wir dabei machen, entsteht, auf die späteren Jahre aufgeschoben. Das dicke Ende kommt dann in den darauffolgenden Jahren.

Es ist ja auch aus dieser Studie ersichtlich: Das Bauvolumen wird kraft dieses Investitionsprogramms bis 1990 um 1 783 Millionen zurückgehen. Wenn ich die Baupreissteigerungen einkalkuliere, die in den nächsten Jahren passieren werden, ist das ein Rückgang um 40 Prozent.

Was an dieser Studie, Herr Minister, auch noch interessant ist festzustellen: Daß Sie für alle weiteren Jahre von 1986 bis 1990 mit einer Budgeteinnahme von rund 6 480 Millionen rechnen. Was geben Sie damit zu? — Daß Sie schon froh sind, wenn es Ihnen gelingt, in den kommenden Jahren für den Bundeshochbau vom Budget her, vom Finanzminister, gleich hoch unterstützt zu werden. Sie haben sozusagen schon resigniert.

Die Baupreise steigen durch die Inflation. Sie bräuchten, damit Sie dasselbe Bauvolumen einhalten können, von Jahr zu Jahr zumindest in jenem Ausmaß, in dem das Gesamtbudget steigt, auch für diese Position mehr Geld. Aber nein, Sie haben resigniert und begnügen sich laut dieser Vorschau mit gleich vielen Einnahmen aus dem Bautenbudget.

Ein weiteres muß man hier noch zu den Instandhaltungen hinzufügen, weil die ja auch zum Bundesbautenbudget dazugehören. In Ihren Bereich, Herr Minister, fallen wertvollste Bauten — Keimel hat heute schon einmal kurz davon gesprochen —, wie etwa das Schloß Schönbrunn und die vielen anderen historischen Bauten, die wir von der Monarchie übernommen haben, Ministerien, Schulen und dergleichen mehr. Die Bausubstanz, das Bauvolumen dieser Gebäude beträgt ungefähr 61 Millionen Kubikmeter umbauten Raumes, also eine gigantische Baumasse. Der Rechnungshof hat vor einigen Jahren schon sehr drastisch aufgezeigt, daß, wenn man rund 20 S pro Kubikmeter dieses umbauten Raumes aufwendet, dies zuwenig sei, daß man vielmehr 50 bis 60 S pro Kubikmeter aufwenden müßte, damit man diese große, wertvolle Bausubstanz erhalten kann.

Was heißt das mit anderen Worten? — Wenn künftig nicht mehr für die Instandhaltung dieser wertvollen Bundesbauten getan wird, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß uns diese Bundesbauten auf Sicht gesehen verfallen werden.

Herr Bundesminister! Ich verfolge — ich habe das schon mehrmals erwähnt — Ihre Aussagen immer mit großer Akribie und Interesse. Dabei ist mir folgendes aufgefallen: Sie haben uns über die „AZ“ in einem Inter-

10228

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Hofer

view wissen lassen — ich zitiere Sie jetzt, es war am 6. April 1985 —: Unsere eigenen Bundesbauten befinden sich ja teilweise in einem katastrophalen Zustand. Das Image der Bundesbauten ist schlecht. Für Finanzämter, Schulen und Kasernen war immer zuwenig Geld vorhanden.

Herr Bundesminister, alles zu unterstreichen. Sie haben vollkommen recht. Nur leider, die Ziffern des Budgets sprechen bedauerlicherweise eine andere Sprache.

Ich komme, soweit es die Bundesbautenzuschüsse betrifft, schon zum Schluß. Ich möchte zu diesem Kapitel abschließend sagen: Hier wird es sicherlich notwendig sein, künftig mehr Gelder im Budget für diese Dinge vorzusehen. *(Zwischenruf des Abg. Elm e c k e r.)* Ja, durch Umschichtungen. Durch Umschichtungen, Herr Kollege, kann man hier sehr wohl etwas erreichen. *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Elm e c k e r.)* Das ist ja der Fehler. Herr Kollege! Wir sind fürs Sparen, aber Sparen ist beim Bautenbudget, wo alle Gelder, die in das Bauwesen gehen, direkt arbeitsplatzwirksam werden, am verkehrten Platz; sparen muß man bei den Verschwendungspositionen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zum Wasserwirtschaftsfonds auch einige Zahlen. Wir haben vor wenigen Wochen die Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz hier diskutiert und einstimmig beschlossen. Einhellig, quer durch alle Parteien, haben wir damals Werte anerkannt und gesagt, unsere Flüsse müssen sauber werden, die Seen sind es zum Teil Gott sei Dank schon, Deponien müssen wir absichern, damit durch Deponien nicht das Grundwasser verseucht wird. Wir haben erkannt: Wasser ist Leben, es ist lebensnotwendig. Das haben wir alles erkannt, und davon ableitend muß man klarerweise sagen: Der Wasserwirtschaftsfonds, also jene Fondseinrichtung, mir der wir all diese Maßnahmen fördern, wird daher im Bautenbudget entsprechend dick dotiert sein.

Gerade als oberösterreichischer Abgeordneter muß ich feststellen, daß ich die Ansätze für zu gering empfinde. Wir haben nämlich diese Probleme entlang der Ager und der Traun, wo unsere größten Industrieverbraucher sitzen. Ich glaube daher, daß es im Interesse der Oberösterreicher, insbesondere der Bewohner, die entlang dieser Herzflüsse unseres Landes leben, notwendig wäre, diesen Fonds noch besser zu dotieren.

Nun einige Zahlen zum Wasserwirtschafts-

fonds, weil hier doch auch Finanzkunststücke aufgeführt worden sind, und zwar auch wieder symptomatisch für die gesamte Budgetverschleierungspolitik, die wir haben. Auf der Einnahmenseite sind eingeplant 5,6 Milliarden Schilling und auf der Ausgabenseite haben wir schon Vorbelastungen mit rund 5,6 Milliarden Schilling. Die Einnahmen aus dem Budget sind damit also bereits verbraucht.

Weiters eingeplant ist eine Schuldentilgung, die wir machen müssen, von 1¼ Milliarden Schilling, dem gegenüber steht eine neue Anleihe von 2 Milliarden. Das heißt: Wir nehmen eine Anleihe auf, damit wir 1¼ Milliarden an Schulden zahlen können, und somit bleiben nur mehr 250 Millionen Schilling über. Auf der anderen Seite, Herr Bundesminister, wollen Sie 1 Milliarde für Neuvergaben geben.

Wir als Opposition fragen uns: Woher soll dieses Geld kommen? Uns ist schon klar, daß das neue zusätzliche Schulden sind. Aber warum schreiben Sie das nicht hin? — Wir fragen uns, da diese neuen Schulden irgendwo gemacht werden müssen: Mit welchen Ansatzmitteln finden sie ihre Deckung?

Ich komme nun zum Schluß und muß leider mit Bedauern feststellen, daß dieses Bautenbudget absolut nicht arbeitsplatzwirksam werden kann, weil eben bedauerlicherweise diese Ansätze größtenteils schrumpfen.

Ceterum censeo, Herr Bundesminister, ich habe mir vorgenommen, zum Schluß all meiner Reden zum Kapitel Bauten und Technik auf die B 129, die sogenannte Eferdinger Bundesstraße hinzuweisen. Herr Bundesminister! Für die Bundesstraße zwischen Eferding und Peuerbach ist, ich gestehe das, jetzt schon einiges geschehen. Aber ich möchte Sie wirklich bitten, diesem Straßenteilstück auch weiterhin die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Ich werde nicht locker lassen, immer wieder von diesem Teilstück zu reden, denn die vielen VOEST- und Chemie-Pendler haben es sich verdient, eine ordentliche Straße in absehbarer Zeit zu bekommen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.55

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Veleta. Ich erteile es ihm.

12.55

Abgeordneter **Veleta** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Alle bisherigen Redner zum Kapitel Bauten haben festgestellt, daß die

Veleta

Bauwirtschaft im erheblichen Maße von den Entscheidungen im öffentlichen Sektor abhängig ist. Trotz Sparmaßnahmen, und das wurde sowohl vom Herrn Bundesminister als auch von den Rednern der Regierungsfraktionen festgestellt, hat das Budget 1986 diese Aufgabe, nämlich der Förderung der Bauwirtschaft entsprechend nachzukommen, erfüllt. Das ist von allen Rednern festgestellt worden.

Trotz Sparmaßnahmen im Bereich des Bauministeriums wird es nicht weniger Investitionen geben als zuvor, und das mag eine Zahl beleuchten, nämlich die der Arbeitsplätze. Im Oktober des heurigen Jahres gab es in Österreich weniger Arbeitslose auf dem Bausektor als noch vor einem Jahr.

Nun zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Hofer, meines Vorredners. Er hat zu den Leistungen am Wohnbausektor, die von der Frau Staatssekretär bekanntgegeben worden sind, gemeint: Die Fonds, sowohl Wohnbauförderungs- als auch Sanierungsfonds, werden ja gespeist durch die Lohnsteuer und die Lohnsummensteuer. Das ist richtig, und ich möchte hier auch anerkennen, daß diese Mittel aus diesen Steuern von allen Steuerzahlern in unserem Land geleistet wurden und daß damit die Leistungen sowohl im Wohnbausektor als auch bei der Sanierung der Wohnungen in Österreich von allen Steuerzahlern erbracht worden sind. Aber für die Einsetzung der Mittel in diesem Bereich ist halt der sozialistischen Fraktion und nunmehr der Koalitionsregierung zu danken. Ich glaube, das müssen wir auch der Bevölkerung sagen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Zu seinen sehr mühevoll erstellten Rechnungen, welche Möglichkeiten sich aufgrund der Zinsenleistungen ergeben können, möchte ich doch auch feststellen — und das hat auch der Herr Bundesminister getan —, daß wir die Leistungen erbringen wollen für unsere österreichische Bevölkerung und daß die Lasten verteilt werden sollen, und zwar nicht nur auf eine Generation, sondern auf mehrere Generationen. Ich glaube, das sollte man anerkennen.

Aus den Wortmeldungen der Vertreter der Österreichischen Volkspartei ist zu ersehen, daß die ÖVP das Budget 1986, vor allem das Kapitel Bauten, ablehnt, obwohl wir, und das wurde von den Rednern hier auch einige Male betont, vor wenigen Wochen ein Jahrhundertprojekt beschlossen haben, nämlich die Errichtung des Marchfeldkanals. Wir haben dieses Projekt einstimmig beschlossen, und ich glaube, dieses Projekt ist auch ein Beweis

dafür, daß der Bundesminister für Bauten nicht nur Pressekonferenzen abhält, sondern daß hier auch echte Leistungen erbracht werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Obwohl wir dieses Projekt beschlossen haben und damals in der Debatte mein Kollege Strache die ÖVP dazu eingeladen hat, das Projekt nicht nur zu begrüßen, sondern auch die notwendigen Mittel dafür zu beschließen, wird die ÖVP gegen das Budget stimmen. Ich möchte diese Einladung des Herrn Abgeordneten Strache an die ÖVP wiederholen, daß sie das Projekt nicht nur begrüßt, sondern daß sie auch gemeinsam mit uns diese Mittel beschließt und zur Verfügung stellt.

Die Begründungen zur Ablehnung des Budgets haben wir gehört. Sie sind unterschiedlich. Einmal wird gemeint, das Gesamtbudget sei zu wenig sparsam, es zeige keine Konsolidierung und es gebe keinen Abbau des Defizits. Auf der anderen Seite sagt man, beim Kapitel Bauten seien zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt worden. Ich glaube, das ist ein Widerspruch, der von der Bevölkerung leicht durchschaut wird. Denn die Leistungen der Koalitionsregierung in der Baupolitik sind deutlich sichtbar.

Ich glaube, man muß immer wieder daran erinnern, daß in den vergangenen 15 Jahren, in denen die Österreichische Volkspartei das Budget abgelehnt hat, unter sozialistischen Bautenministern mehr Leistungen im Bausektor erbracht worden sind als in der Zeit von 1918 bis 1970. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Ich möchte dafür als Beispiel für diesen Zeitraum nur die im ganzen Bundesgebiet neu errichteten Bundesgebäude erwähnen. Der Herr Bundesminister hat heute hier mitgeteilt, daß im vergangenen Jahr 44 neue Bundesgebäude eröffnet worden sind. Im gleichen Zeitraum wurden auch unzählige Bundesgebäude renoviert und instandgesetzt. Und der Investitionsplan sieht für 1986 für den Neubau und für die Erhaltung von Bundesgebäuden einen Betrag von 4,1 Milliarden Schilling vor. Diese Leistungen sind, glaube ich, für die gesamte Bevölkerung unseres Staates deutlich sichtbar.

Aber gestatten Sie mir eine Bemerkung dazu. Neue Amtsgebäude sollen nicht nur gebaut werden, um neue Schreibtische unterzubringen, sondern sie sollen dazu dienen, das Service und die Betreuung unserer Bürger zu verbessern und zu erleichtern. *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Veleta

Damit verbunden sollen auch die Arbeitsbedingungen der Beamten und Mitarbeiter im öffentlichen Leben verbessert werden. Diese Verbesserungen im Interesse der Bürger sollen laut dem Investitionsplan, der vom Herrn Bundesminister vorgelegt worden ist, in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Noch einige Bemerkungen zum Beitrag des Bundesministeriums für Bauten und Technik für eine saubere Umwelt. Es wurde schon einige Male erwähnt, aber ich möchte hier konkret noch einmal daran erinnern, daß wir am 7. November 1985 ebenfalls einstimmig die Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz beschlossen haben. Durch diese Novelle wird es möglich sein, die Investitionen gerade auf dem Kanal- und Kläranlagensektor zu steigern und unsere Fließwässer zu verbessern.

Es werden 1986 Zahlungen des Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe von 6 Milliarden Schilling erwartet. Mit diesem Betrag werden Bauinvestitionen von über 9 Milliarden Schilling ausgelöst werden. Das bedeutet, daß 18 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man dazu noch die Zulieferindustrie nimmt, dann erhöht sich die Zahl der Arbeitsplätze auf 30 000. Ich glaube, daß das eine stolze Leistung des Bautenministeriums und des -budgets ist.

Hohes Haus! Ich darf vielleicht einige grundsätzliche Bemerkungen zum Wiener Wohnbau machen. Hier muß ich zuerst die Frage und die Auseinandersetzung darüber voranstellen, ob Stadterweiterung oder Stadterneuerung.

Ich glaube, daß es hier eine klare Feststellung zu treffen gibt, nämlich jene, daß Stadterweiterung nur dort vorgenommen werden soll, wo eine entsprechende Aufschließung ohne Beeinträchtigung der Umwelt möglich ist. Stadterneuerung soll dort erfolgen, wo eine Verbesserung der Wohnsituation, aber auch der Wohnumwelt erzielt werden kann. Dadurch wird auch eine bessere Wohnqualität in bestimmten Stadtteilen erreicht. Mit diesen Maximen hat es in Wien immer eine erfolgreiche Wohnbautätigkeit für die Wiener Bevölkerung gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber Stadterneuerung ist nicht nur konservative Erhaltungsideologie, sondern dort, wo die Bausubstanz eine Erneuerung nicht zuläßt, wird man um einen Neubau nicht herumkommen. Besonders entscheidend und

wichtig ist bei der Stadterneuerung ein entsprechender Grundstücksverkehr. Wert und Preis der Grundstücke müssen sich der Bedeutung der Stadterneuerung unterordnen und dürfen nicht Gegenstand von Spekulationen sein.

Besondere Bedeutung bei der Wohnbautätigkeit in ganz Österreich, speziell in Wien, kommt den neuen Wohnbaugesetzen zu. Mit der Änderung und mit der Beschlußfassung der beiden Wohnbaugesetze im vergangenen Jahr, nämlich dem Wohnbauförderungsgesetz 1984 sowie dem Wohnhaussanierungsgesetz 1984, wurde dazu ein entscheidender Schritt getan.

Den Bundesländern wurde in diesen beiden Gesetzen die Möglichkeit eingeräumt, Regelungen zu schaffen, die den spezifischen Erfordernissen sehr weit entgegenkommen.

Die Stadt Wien hat in sieben Verordnungen diese Möglichkeit einer Ausformung der Bundesgesetze auf Wiener Verhältnisse wahrgenommen. In diesen sieben Verordnungen wird der Stadterneuerung vorrangiger Stellenwert eingeräumt.

Beim Wohnungsneubau, aber auch bei der Stadterneuerung haben die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen eine besonders wichtige Aufgabe zu erfüllen. Deshalb hat die Stadt Wien mit Verordnungen das Förderungssystem möglichst unbürokratisch ausgestaltet und fördert so nicht nur die zur Verfügungstellung von Mitteln, sondern auch die rasche Zuteilung solcher Mittel. Sie bietet damit eine breite Palette von Möglichkeiten besonders günstiger Konditionen.

Hohes Haus! Noch einige Bemerkungen zur Stadterneuerung. Die Stadterneuerung ist die Summe aller Maßnahmen zur Be- und Wiederbelebung des städtischen Lebensraumes und der Wohnumwelt. Der Weg der sanften Stadterneuerung soll konsequent fortgesetzt werden, ich betone aber unter Ausschaltung jeder Art von Spekulation, sowohl von Grund als auch — wie von der Frau Staatssekretär bemerkt wurde — von Sanierungsspekulation.

Die Stadt Wien hat ein solches Instrument, das die Spekulation weitestgehend ausschaltet, geschaffen. Die beiden großen Parteien in der Wiener Stadtverwaltung, im Wiener Gemeinderat, haben gemeinsam den Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds geschaffen. Seine Gründung wurde im vorigen Jahr von diesen beiden großen Parteien

Veleta

beschlossen. Obwohl dieser Fonds erst kurz tätig ist, konnte bereits jetzt eine sehr entscheidende Beruhigung auf dem Grundstücksmarkt erreicht werden.

Eine Senkung von durchschnittlich 20 Prozent bei den Grundpreisen macht den Erfolg dieses Fonds deutlich sichtbar, ein Erfolg, der den Wohnungssuchenden und vor allem jenen Menschen zugute kommt, die ihre Wohnung verbessern und sanieren wollen. Ich glaube, das ist eine sehr entscheidende Maßnahme der beiden großen Parteien im Wiener Gemeinderat gewesen.

Hohes Haus! Im Zusammenhang mit der Forcierung der Stadterneuerung möchte ich aber auch dem Bundesministerium für Bauten und Technik einen Wunsch der Stadt Wien oder auch der Wiener Bevölkerung bekanntgeben und mitteilen.

Er betrifft die Fernwärme. Ich möchte den Herrn Bundesminister ersuchen, daß er sein Bemühen um mehr Anschlüsse der Bundesgebäude an die Fernwärme noch mehr als bisher forciert, weil durch einen solchen Anschluß nicht nur ein entscheidender Beitrag zur Stadterneuerung geleistet wird, sondern weil dadurch auch erreicht wird, daß Energie gespart und daß damit auch die Umwelt weitestgehend verbessert wird.

Dankend darf ich vermerken, daß Bundesminister Übleis zugesagt hat, daß schon in der nächsten Zeit ein Grundbenützungsbereinkommen über das Areal Rennwegkaserne im 3. Wiener Gemeindebezirk geschlossen wird. Dieses Bemühen, ein solches Grundbenützungsbereinkommen zu erreichen, geht schon sehr lange. Ich bin daher sehr dankbar dafür, daß dieses Grundbenützungsbereinkommen schon in der nächsten Zeit abgeschlossen werden soll. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Gestatten Sie mir noch, einige Bemerkungen zum Straßenbau. Obwohl beim Straßenbau das Ende der Expansion schon absehbar ist und der Erhaltung mehr Augenmerk geschenkt werden müßte, besteht im Osten unseres Staates und im besonderen in der Stadt Wien auf dem Bundesstraßensektor noch ein großer Nachholbedarf. Bei Erfüllung dieses Nachholbedarfes könnte ein entscheidender Beitrag zur Lösung der besonderen Problematik im Großstadtverkehr geleistet werden.

Ich glaube, man muß den Durchzugsverkehr aus den Siedlungs- und Wohngebieten verbannen und in leistungsfähigen Bundes-

straßen bündeln, wie das schon der Herr Abgeordnete Schemer festgestellt hat.

Diese leistungsfähigen Straßen müßten aber mit umweltfreundlichen Einrichtungen ausgestattet sein. Dies ist auch die Begründung, warum im städtischen Gebiet im Gegensatz zum ländlichen Raum gänzlich andere Anforderungen an den Straßenbau gestellt werden.

Die Bundesstraßen B haben im städtischen Gebiet eine Vielfalt von Verkehrsfunktionen zu erfüllen. Neben den Belangen des Durchzugsverkehrs ist es auch der Erschließungsverkehr, dem diese Straßen dienen müssen, wobei auch noch der Fuß- und Radverkehr in ausreichendem Maße berücksichtigt werden müssen.

Deshalb möchte ich den Wunsch der Stadt Wien hier im Hohen Haus zum Ausdruck bringen, daß im Zusammenhang mit der Novellierung des Bundesstraßengesetzes der Begriff „Durchzugsverkehr“ mehr als bisher auf die speziellen Bedürfnisse der städtischen Gebiete oder der Ballungsräume Rücksicht nimmt.

Im Bereich der städtischen Gebiete gibt es bei der Realisierung und Errichtung von Straßenprojekten natürlich viel mehr Schwierigkeiten als im ländlichen Raum. Dies ist mitunter auch die Antwort auf manche Feststellungen, die vor allem im Bautenausschuß durch Vertreter der Österreichischen Volkspartei getroffen wurden, daß die Stadt Wien Bundesmittel nicht erschöpfend in Anspruch genommen hat.

Ich glaube, daß diese Schwierigkeiten durch die Errichtung einer eigenen Errichtungs- und Planungsgesellschaft für Straßen für die Stadt Wien vermieden werden können. Diese Gesellschaft hat bereits sehr erfolgreich ihre Arbeit aufgenommen. Ich glaube, das ist mit entscheidend dafür, daß künftig die Straßenbautätigkeit in Wien forciert werden kann.

Alles in allem kann man erkennen, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik bemüht ist, den Bedürfnissen der Bevölkerung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land entsprechend Rechnung zu tragen.

Ich darf meinen Beitrag mit dem Dank an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik und an die Frau Staatssekretär schließen. Ich möchte ihnen für ihre Initiativen meinen Dank aussprechen. *(Beifall bei*

10232

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Veleta

der SPÖ.) Ich darf diesen Dank erweitern an die Mitarbeiter des Bundesministeriums. (Beifall bei der SPÖ.) 13.11

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Übleis.

13.11

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte doch noch einmal zu einigen in der Zwischenzeit aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Ich darf zu der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Haigermoser, was die Grundwasserproblematik im Orte Altenmarkt anlangt, folgendes feststellen: Es hat sich die Wasserwirtschaftsfondsverwaltung sofort nach Bekanntwerden des Problems mit der Gemeinde in Verbindung gesetzt, und bereits am 14. 11. wurde die Zustimmung zum Projekt gegeben. Damit ist die Förderungstätigkeit durch den Wasserwirtschaftsfonds ungeachtet des sofortigen Baubeginnes gegeben. Die Projektierung betrifft eineinhalb Kilometer Ortsnetz plus 15 Hausanschlüsse, das vorerst an einen Wasserverband angeschlossen wird. Die Kosten betragen 5,5 Millionen Schilling.

Um die Arbeiten noch weiter zu beschleunigen, habe ich persönlich am 25. November die Zustimmung erteilt, daß nur beschränkt auszuschreiben ist, die Angebotsfrist auf eine Woche herabgesetzt wird und die kleinen Arbeiten, die Hausanschlüsse, freihändig vergeben werden. Auf diese Weise habe ich rasch und unbürokratisch geholfen, damit dort eine rasche Lösung für die Menschen kommt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Es wurden verschiedene Fragen bezüglich des Wasserwirtschaftsfonds aufgeworfen. Ich darf auch hier einige Auskünfte geben. Laut Wirtschaftsplan 1986 sind 1 Milliarde für Neuzugaben vorgesehen. Mehr einzusetzen hätte keinen Sinn, da die Förderungstätigkeit viel höher sein wird. Es wurden nämlich 5,4 Milliarden Schilling bereits zugesichert, diese werden im nächsten Jahr abberufen, sodaß insgesamt 6,4 Milliarden benötigt werden.

Aus schon aufgenommenen Anleihen sind derzeit Schulden in einer Größenordnung von 3,6 Milliarden Schilling vorhanden. Diese werden wie folgt getilgt: Im nächsten Jahr 1,3 Milliarden, 1987 1,2, 1988 900 Millionen, 1989 600 Millionen, 1990 300 Millionen und 1991 ebenfalls 300 Millionen.

Was besonders, glaube ich, beweist, daß keine Überschuldung des Wasserwirtschaftsfonds vorliegt, ist die Darstellung des Verhältnisses Eigenkapital zu Fremdkapital. Im Jahre 1972 war das Verhältnis Eigenkapital zu Fremdkapital 2 zu 1, und im Jahre 1984 ist es bereits auf 4 zu 1,1 angewachsen. Das beweist mit aller Deutlichkeit, daß hier gut gewirtschaftet wurde.

Ich möchte allen danken, auch den Gemeinden, den Obmännern der Verbände, daß sie sich bemühen, ordentlich abzurechnen und auch die Annuitäten zu tragen. Gerade dieses Wasserbautenförderungsgesetz in der neuen Novellierung hat doch für Österreich in den nächsten Jahren große Auswirkungen. Das wurde immer wieder betont. Denn wir wollen eines: daß die Seen sauber bleiben, die Flüsse sauber werden und das Grundwasser auch erhalten bleibt, daß die Trinkwasserversorgung in Österreich in Zukunft gesichert ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es wurde auch viel bezüglich der Straßenerhaltung gesagt. Ich möchte umgekehrt argumentieren, Herr Abgeordneter Helbich; nämlich daß mir die ständig steigenden Beträge für die Straßenerhaltung Sorgen bereiten. Es war im Jahre 1984 für die Straßenerhaltung ein Betrag von 5 620 Millionen zur Verfügung. Heuer sind es bereits 6 445 Millionen, und im nächsten Jahr werden es 6,6 Milliarden sein. Das heißt, wir müssen etwas tun.

Es wurde schon etwas getan. Es wurde eine Studie an die beiden Professoren Wojda und Oberndorfer in Auftrag gegeben. Diese Studie liegt nun vor und zeigt mit aller Deutlichkeit, daß in den Ländern verschieden vorgegangen wird, daß leider in den Straßenmeistereien ein zu großes Eigenleben entstanden ist, daß zu viele Arbeiten in Eigenregie gemacht werden. Dagegen protestieren ständig die Innungen aller Bundesländer und aller Fraktionen.

Wir müssen daher in Zukunft sicherstellen, daß die Straßenmeistereien sich auf jene Arbeiten beschränken, die zu ihrem Aufgabenbereich gehören: Schneeräumung, Mähen und ähnliches mehr. Wir müssen auch bei der Zuteilung der Geräte, die zum Teil größer und schöner sind als bei kleinen Baufirmen, in Zukunft sparen. Es wird nächstes Jahr um 10 Prozent weniger derartige Geräte geben.

Wir arbeiten derzeit an einem EDV-Programm, womit wir in Zukunft sicherstellen, auf ganz Österreich verteilt, daß überall einheitlich vorgegangen wird.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Aber eines auch hier: Es muß auch hier in Zukunft stärker gespart werden, meine Damen und Herren.

Eines möchte ich auch noch kurz erwähnen, weil immer wieder kritisiert wird, daß zu viele Mittel da und dort hinwandern und in den nächsten Jahren nicht vorhanden sind. Wir werden unser Ziel, 1992 die Autobahnen fertigzustellen, erreichen, mit Ausnahme der Pyhrn Autobahn.

Hier, Herr Abgeordneter, auch ein Wort. Es wäre für mich undenkbar gewesen, wenn 4, 5 Milliarden nicht zur Verfügung stehen, eine positive Entscheidung für einen Neubaubeginn Sattledt—Kirchdorf zu treffen, weil die Umfahrung von Wels noch nicht gesichert ist und es keiner versteht, wenn er westlich von Wels 1989 mit der Innkreis Autobahn auf die Bundesstraße 1 auftrifft und es dann keine Weiterfahrt nach Sattledt gibt.

Aus diesem Grund ist ja der Bau der Pyhrn Autobahn in Oberösterreich nicht aufgeschoben, es ist hier nur eine Verhandlungspause eingetreten. Man wird in der Zwischenzeit alle Probleme klären. Wir werden in Zukunft dadurch in der Steiermark Unfälle und Tote vermeiden. Das ist unsere Politik, und wir sind daran interessiert, daß das durchgehende Autobahnnetz rasch fertiggestellt wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

1989 werden wir die Autobahn durchgehend von Wien bis Klagenfurt befahren können, wir werden 1989 durchgehend auf der Autobahn von Wien nach Vorarlberg fahren können mit Ausnahme des Stückes Pians—Flirsch. Es wird die Tauern Autobahn zu Beginn 1989 fertig werden. Und wir werden auch mit dem Bau des Karawankentunnels beginnen. Wenn auf jugoslawischer Seite begonnen wird, dann werden wir ein Jahr später ebenfalls mit dem Bau einsetzen. Die Mittel sind in der ASFINAG-Novelle gesichert.

Wir werden noch im Dezember zwei Teilstücke der Schnellstraßen in der Obersteiermark dem Verkehr übergeben. Auch hier wird es möglich sein, 1989 durchgehend, mit Ausnahme der nicht zu bauenden Stücke, aber zumindest von Mürzzuschlag bis Judenburg, die vierspurige Schnellstraße zu benutzen.

Es wird, glaube ich, alles getan. Und in dem fünfjährigen Programm, das jetzt erstellt wird, werden wir weitere Aufschlüsse darüber haben, was wann wo gebaut wird.

Aber eines ist klar: Viele Projekte, die noch vorgesehen waren, werden aufgeschoben werden, weil unsere neue Politik darin besteht, daß wir dort zuerst bauen, wo sich die meisten Unfälle ereignen, damit die Pendler in der Früh und am Abend weniger Zeit brauchen. Wir müssen an die Pendler Routen und -strecken denken. Da denke ich besonders an den Ausbau im Mühlviertel, im Waldviertel und im Burgenland. Ich glaube, das sind wichtige Projekte. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Es wurde auch immer wieder das fünfjährige Investitionsprogramm für den Bundeshochbau kritisiert. Es ist richtig, wir konnten nur von 6 480 Millionen des nächstjährigen Budgets ausgehen. Wir werden aber — und das beweist die Praxis — mehr bekommen, Herr Abgeordneter. Wir haben heuer 6 262 im Budget, haben nächstes Jahr 6 480. Das heißt, es ist eine Steigerung enthalten. Nur kann man das Budget allein nicht nehmen, man muß wissen — das ist im Investitionsprogramm klar zum Ausdruck gebracht —, welche Beträge durch Bauträger aufgebracht werden. Es sind in dem Budget weder Budgetsteigerungsraten enthalten — obwohl klar ist, daß ja das Budget jedes Jahr zwischen 3 und 5 Prozent sicher steigen wird —, es sind aber auch keine Neubaubeginne für Bauträgerbauten ab 1988 vorgesehen. Die wird es sicher auch geben.

Ich war und bin nach wie vor der Meinung, daß eine ehrliche Ad-hoc-Information erfolgen soll. Dieses Programm wird ständig fortgeschrieben, ständig verbessert und es wird sicher auch in Zukunft 1989/90 mehr gebaut werden, als jetzt in diesem Programm vorgesehen ist.

Wir werden natürlich billiger bauen. Ein Beispiel dafür ist das Projekt der Veterinärmedizinischen Universität. 3 Milliarden hätte das Projekt gekostet. Es wurde durchbesprochen unter meinem Vorsitz, und jetzt wird es 2,5 Milliarden kosten. Wir werden aber den Vorentwurf noch einmal überprüfen. Wir wollen sparen, wir brauchen keine teuren Fassaden, wir brauchen keine klimatisierten Räume. Wir müssen uns aber auch um andere Probleme kümmern.

Erst vor einigen Tagen klagten Studenten bei mir, daß bei den Universitätsbauten die Hörsäle meist nicht direkt belichtet sind. Auch um diese Menschen, um die Jugendlichen, müssen wir uns in Zukunft verstärkt kümmern. Das heißt, wenn wir billiger bauen, dann können wir mit dem gleichen Geld genausoviel bauen, aber wir werden in Zukunft mehr Geld haben.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Übleis

Die Instandsetzung, die Sanierung der Bundesbauten hat großen Vorrang. Heuer stehen dafür 1,7 Milliarden zur Verfügung, im nächsten Jahr werden es bereits 1,9 Milliarden sein. Wir werden uns um die Schulen und Kasernen in Zukunft verstärkt kümmern.

Und weil auch diese Sondergesellschaften im Straßenbau erwähnt wurden: Ich bejahe die Gründung, die Schaffung dieser Sondergesellschaften durch meine Vorgänger, denn nur dadurch, daß diese ASFINAG geschaffen wurde, war es möglich, daß wir so viel bauen konnten.

Das Beispiel, das Kollege Veleta jetzt angeschnitten hat, daß die Wiener Bundesstraßen-Aktiengesellschaft gegründet wurde, zeigt ja, wie dringend notwendig das ist. Es war innerhalb von sechs Wochen möglich, daß dieser teure Bau in Wien, insgesamt 1 Milliarde für die Strecke zwischen Kaisermühlen und Reichsbrücke, diese Verlängerung der A 22, begonnen werden konnte.

Wir konnten die Planung für eine Verlängerung der Südost-Tangente von Kaisermühlen und weiter nach Süßenbrunn bis zur Bundesstraße B 8 aufnehmen. Wir sind derzeit dabei, uns um die Planungen für den Gürtel zu kümmern, weil die Menschen, die am Gürtel in Wien wohnen, seit Jahrzehnten unter dem Lärm und unter dieser Belastung leiden. Gerade für diese Menschen müssen wir auch kleine Lösungen finden, wir können nicht 20 Milliarden hinlegen. Aber ich glaube, daß man schon dankbar vermerkt, daß in Wien in Zukunft rascher und mehr gebaut wird. Und dafür ist diese Gesellschaft maßgeblich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Steinbauer: Eine Frage, Herr Minister! Für welche Menschen setzen Sie sich eigentlich nicht besonders ein? — Abg. Graf: Für alle! — Abg. Steinbauer: Für alle!)*

Der Aufgabenbereich des Bautenministeriums ist so groß und umfassend. Wir sind sicher eines der größten Umweltministerien. Wir sind für die Bauten in diesem Land zuständig, wir sind für das Wasser, für die Luft zuständig, wir sind für so viel zuständig, Herr Abgeordneter. Aus diesem Grund mögen Sie ja merken, daß man auch da und dort einmal sparen kann. Es muß nicht immer von Jahr zu Jahr jede Budgetpost fortgeschrieben werden. Man kann ruhig einmal einsparen.

Deshalb verstehe ich es nach wie vor nicht, daß Sie als Opposition dieses Sparbudget 1986 so negativ beurteilen. — Danke. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Aber*

doch nicht bei den Investitionen! Wir haben in einem Jahr 8 Prozent weniger Bauinvestitionsvolumen!) 13.25

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Auer. — Bitte um Ruhe! *(Präsident Dr. Stix gibt das Glockenzeichen.)*

13.25

Abgeordneter Auer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Jahr 1985 sollte in die Geschichte Österreichs eingehen als das Jahr der nationalen Feiern, des Stolzes, der Besinnung und letztlich auch des Gedenkens an die Aufbauleistung. Das Jahr 1985 wird aber in die Geschichte Österreichs als das Jahr der nationalen Katastrophe und des Finanzdebakels eingehen.

Meine Damen und Herren! Es wird auch in die Geschichte Österreichs als das Jahr der größten Flops und der meisten Rücktritte eingehen. Den Beginn setzte am 22. Februar 1985 Bautenminister Sekanina. Als sein Rücktritt bekanntgegeben wurde, waren viele erleichtert, manche erschüttert und wenige überrascht. Ich gehörte zu jenen, die erleichtert waren. Ich hoffte, daß nun ein Nachfolger kommen würde, der anstelle großer Sprüche, anstelle leerer Versprechungen das Ministerium wieder so führen würde, wie wir uns das vorstellen, wieder im Sinne eines Ministers und letztlich im Sinne der Vorstellungen der Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Heute, am 29. November, behandeln wir im Rahmen der Budgetdebatte das Kapitel Bauten und Technik; jenen Budgetteil, der nach dem Kapitel Landwirtschaft zu den beschäftigungswirksamsten Kapiteln zählen könnte. Ich sagte: zählen könnte. Aber das Budget dieses Kapitels ist genauso wie das Gesamtbudget eine Enttäuschung, ein Versagen angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit. Das wurde schon von verschiedenen Kollegen ausgeführt.

Herr Bundesminister! Ich gestehe Ihnen zu, daß auch Sie mit dem Erbe Sekaninas keine Freude haben. Ihre Aussagen anlässlich Ihrer ersten Pressekonferenzen gingen ja in diese Richtung. Man verkündete, daß man beweisen würde, daß man als Sozialist das Ministerium anständig und sauber zu führen imstande sein werde. Man würde beweisen, daß man jedem Schilling nachlaufen werde, sich selbst ans Telephon klemmen werde, um dieses oder jenes zu hinterfragen und dergleichen mehr.

Auer

Herr Bundesminister! Was ist von den Aussagen auf Ihren Pressekonferenzen geblieben? Was wurde in die Tat umgesetzt von Ihren Aussagen? (*Bundesminister Dr. Übleis: Alles!*) Was wurde beim Wasserwirtschaftsfonds geändert, Herr Bautenminister? Einige Sätze dazu: Mein Kollege Hofer hat diesen Wasserwirtschaftsfonds bereits erläutert. Sie meinten einmal, Sie würden jedem Schilling nachlaufen, Herr Bundesminister. Das kann schon sein, daß Sie jedem Schilling nachlaufen, den Millionen aber nicht. Was haben Sie unternommen, Herr Bundesminister, bei jenen 60 Millionen, die beim Wasserwirtschaftsfonds an Schaden zusammengekommen sind durch eine falsche Veranlagung, wie der Rechnungshof nachgewiesen hat? Mit 60 Millionen könnte man sehr vielen Gemeinden, Wasserverbänden und dergleichen auf dem Sektor der Abwasserbeseitigung helfen. Man hätte zusätzlich 60 Millionen Schilling zur Verfügung.

Allein in Oberösterreich verfügen 230 Gemeinden über eine eigene Abwasserbeseitigungsanlage, 180 Gemeinden von 445 haben sich zu Wasserverbänden zusammengeschlossen. In diesem Bereich — das werden auch Sie bestätigen — wurde Gewaltiges investiert und ist noch sehr viel zu investieren. Hier wurden Arbeitsplätze geschaffen, Herr Kollege Elmecker, beziehungsweise erhalten.

Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, könnte man aber auch im Bereich der Dorferneuerung schaffen. Die Sanierung überalterter Wohn- und Wirtschaftsgebäude und der Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum, Herr Minister, wären eine vordringliche Aufgabe, wenn man Beschäftigungspolitik ernst nimmt. Machen Sie etwas! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie sagten vorhin, Sie würden lieber etwas machen mit weniger Geld, wo mehr herauschaut, als etwas mit viel Geld, wo weniger herauschaut. Hier wäre ein Bereich, wo Sie tätig werden könnten, Herr Bundesminister! Gerade die Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland zeigen eindeutig den positiven Effekt, der hier von ausgeht.

Viele Kollegen haben heute im Verlauf der Debatte darauf hingewiesen, welche positive Auswirkungen, welche positive Leistungen von diesem Budgetkapitel ausgehen sollten. Von allen Seiten wurde das Aufgabengebiet durchleuchtet.

Auch Sie, Herr Minister, haben zweimal dargestellt, wie viele Bauvorhaben, wie viele

Straßen, welche Baumaßnahmen im Hoch- und Tiefbau, welche Wasserversorgungsanlagen oder Entsorgungsanlagen damit finanziert werden. Die positiven Leistungen der Ingenieure, der Arbeiter der Firmen sind erwähnt worden.

Aber wenn man diese Leistungen aufzählt, meine Damen und Herren, sollte man auch an die Landwirtschaft, an die Grundbesitzer denken, denn diese sind es, die sehr oft durch derartige Baumaßnahmen Nachteile erleiden müssen.

Meine Damen und Herren! Unsere Grundbesitzer sind oft durch derartige Maßnahmen im Bereich ihrer Arbeitsplätze gefährdet, weil für viele Bauten jedes Jahr Tausende von Hektar Grund benötigt werden. Viele bäuerliche Familien verlieren ihre Existenz oder werden in der Bewirtschaftung schwer benachteiligt. Darüber wird hier sehr wenig gesprochen.

Und, Herr Bundesminister, eine Bitte an Sie — ich habe dieses Ersuchen bereits vor einigen Jahren an Bautenminister Sekanina herangetragen —: Es müßte doch möglich sein, um derartige Fälle lindern zu können, im Wege des Naturalaustausches, des Naturalersatzes, wie er im Starkstromwegegesetz, im Luftfahrtgesetz vorgesehen ist, Grundtäusche vorzunehmen und Ersatzgrundstücke zur Verfügung zu stellen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es müßte doch möglich sein, derartige Maßnahmen durchzuführen.

Sekanina hat es zwar versprochen, aber nicht gehalten. Ich ersuche nun Sie als Nachfolger und heutigen Bundesminister für Bauten und Technik, mit Ihren Ministerkollegen eine Vereinbarung zu treffen, damit ein derartiger Flächenaustausch tatsächlich durchgeführt werden könnte.

Es wäre für Minister Haiden sicherlich nicht von Nachteil, wenn aus dem Besitz der Bundesforste Grundstücke für diese Sicherung bäuerlicher Existenzen zur Verfügung gestellt werden könnten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auch Herr Minister Haiden hätte sicherlich weniger Schwierigkeiten, weil damit jenen Bauern geholfen werden würde, die im Interesse der Allgemeinheit Grund und Boden opfern, was man bei der Tochter des Ministers Haiden nicht sagen kann, meine Damen und Herren. (*Abg. Dr. Reinhart: Das ist die sachliche Arbeit!*)

Auer

Herr Bautenminister! Sie haben anlässlich einer Pressekonferenz in Wels erklärt, Sie würden den Bauern ganz besonders helfen. Ich hoffe, daß Sie Ihre Versprechen tatsächlich einlösen werden, daß es nicht so ist wie bei Ihrem Vorgänger.

Herr Bautenminister: Wels, die Welser Westspange. Ein ärgeres Kapitel an Fahrlässigkeit, Planlosigkeit und Sorglosigkeit zum Nachteil der Siedler in Waidhausen, zum Nachteil der Landwirte in den Gemeinden Steinhaus, Fischlham und Steinerkirchen gibt es nicht.

„Eine Grotteske“, schreibt hier die „Presse“, „um Straßenplanung in Wels“. Ich nehme nicht an, daß das, was hier im Untertitel steht, tatsächlich der Grund ist für eine Ausschwenkung, nämlich daß der Bürgermeister der Stadt Wels nahe an der alten Trasse wohnt.

Herr Minister! Ich fage Sie nun — ich habe Sie im Ausschuß schon gefragt —: Was sagen Sie zu der Meinung von Verwaltungsjuristen, die behaupten, daß man auf einer alten Trasse, auf der Grundstücke enteignet wurden, nicht eine neue Trasse praktizieren könne, wo wiederum Enteignungen notwendig sind.

Und weil Sie heute, Herr Minister, die Ehrlichkeit so oft angesprochen haben: Ich sage Ihnen, daß Sie in dieser Angelegenheit im Ausschuß zu mir die Unwahrheit gesagt haben! Ich betone: die Unwahrheit! (*Bewegung bei der SPÖ.*) Und ich werde den Beweis antreten, meine Damen und Herren! (*Abg. Schieder: Halten Sie sich zurück! Das ist ein Stil!*) Ich werde den Beweis antreten!

Der Reihe nach. Im Februar 1984, meine Damen und Herren, wurde im Welser Gemeinderat einstimmig beschlossen, dem Minister für Bauten und Technik eine Resolution zu übermitteln, daß die Welser Westspange (*Abg. Samwald: Das ist eine Schlamm Schlacht!*) — ich werde den Beweis antreten (*Beifall bei der ÖVP*) — sobald als möglich gebaut werden möge. Herr Bürgermeister Bregartner bezeichnete damals die vorgesehene Autobahnverbindung auf der Amtstrasse als erfreulichen Meilenstein auf dem Weg zu einer raschen Realisierung der Verbindung Wels—Sattledt.

Ein dreiviertel Jahr später soll nun die Autobahnverbindung einen halben Kilometer ausgeschwenkt werden, zum Nachteil der Siedler in Waidhausen, die im guten Glauben in dieser Ortschaft ihre Eigenheime errichtet

haben, denen man am Magistrat Wels immer wieder glaubhaft versichert hat, daß in ihrem Ortsteil die Autobahn nicht kommen wird, sondern daß sie so gebaut wird, wie es seit 40 Jahren in Wels bekannt ist.

Meine Damen und Herren! Sie soll jetzt wieder ausgeschwenkt werden zum Nachteil von 50 betroffenen bäuerlichen Familien, die mit viel Schweiß und Arbeit ihre Bauernhöfe modernisiert haben, mit großem finanziellem Einsatz ihre Grundstücke arrondiert haben.

Es ist auch zum Nachteil, Herr Bundesminister, des Umweltgedankens, weil damit das Naturschutzgebiet Entenstein gefährdet ist.

Meine Damen und Herren! Hier benötigt man plötzlich eine 80 m hohe Stelzenbrücke, sichtbar auf -zig Kilometer soll sie in die Landschaft „geschnalzt“ werden, einen Kilometer lang. Auf zwölf Kilometer Autobahn sind zwei Bergstrecken zu überwinden, steile Hänge. Vermehrte Abgase, Gestank, Schmutz und so weiter sollen die Anrainer schlucken müssen.

Zum Nachteil der Steuerzahler: Wer wird denn die Mehrkosten von 500 Millionen Schilling dieses SPÖ-Vorschlages tragen, Herr Bundesminister? Ich frage Sie: die Stadt Wels als Verursacher, der Bürgermeister der Stadt Wels oder die Stadtplaner der Stadt Wels? Oder Sie, Herr Bundesminister? Wer wird den Betroffenen helfen? Wer soll für 500 Millionen Schilling Mehrkosten aufkommen? Wiederum locker 500 Millionen, eine Milliarde.

Und jetzt komme ich zum Wahrheitsbeweis. Ich habe Sie im Ausschuß gefragt, Herr Minister, ob Sie allen betroffenen Gemeinden, so wie Sie es in der Pressekonferenz gesagt und im Ausschuß wiederholt haben, das Gutachten übermittelt hätten. Sie haben mir die Namen genannt. Sie stehen auch hier darauf, ich habe dieses Gutachten in Kopie. Es wurde übermittelt dem Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, der Stadt Wels, den Gemeinden Steinhaus, Weißkirchen und Steinerkirchen. Und wenn Sie hier sehen (*öffnet das Gutachten und entfaltet den Plan*), Herr Bundesminister, auf fünf Planvarianten ist auch die Gemeinde Fischlham betroffen, und diese Gemeinde bekommt kein Gutachten zur Stellungnahme übermittelt, dann frage ich mich, wie Sie hier vorgehen. Wie wird hier geplant in Ihrem Ministerium, daß man nicht einmal mehr Gemeindegrenzen erkennen kann, Herr Bautenminister? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auer

Ich frage mich, Herr Bautenminister: Wie wird hier vorgegangen? Es steht hier: „Im Auftrag des Herrn Bundesministers wird Ihnen dieses Gutachten übermittelt.“ Mir läuft es kalt über den Rücken, wenn man heute von Gesprächen spricht. Ich bin entsetzt über eine derartige Vorgangsweise! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wo bleibt hier der Wahrheitsgehalt Ihrer Pressekonferenzen, wo von Gesprächsangeboten, vom Verhandeln und dergleichen die Rede war? Nicht als luftleere Phrasen.

Wo bleibt denn der angekündigte Umweltschutz, wenn in diesem Gutachten nachweisbar — auf Seite 8 ist es zu lesen, Herr Bundesminister — erwähnt wird, daß hinsichtlich der Lärmbelastigungen für die betroffenen Bewohner entsprechende Schutzmaßnahmen vorerst außer acht gelassen wurden? Ihre Gutachter planen also eine Autobahn mitten durch die Ortschaft Waidhausen, und das im Jahre 1985, und lassen den Gedanken des Umweltschutzes und des Lärmschutzes außer acht, meine Damen und Herren!

Hier werden betroffene Gemeinden nicht gefragt. Sie erklären, was Sie alles machen werden, Sie werden mit jeder Gruppe reden. — So einfach geht das nicht, Herr Bautenminister!

Ich habe den Auftrag, Ihnen heute namens der Interessentengemeinschaft gegen die Abänderung des Autobahnteilstückes Wels—Sattledt 1 400 Unterschriften zu überreichen, Unterschriften von Bürgern, die protestieren gegen eine derartige Vorgangsweise, die protestieren gegen eine derartige Willkür, Unterschriften von Menschen, die sich im guten Glauben darauf verlassen haben, meine Damen und Herren — 1 400 Unterschriften! —, daß die Autobahn dort gebaut wird, wo es seit 40 Jahren bekannt war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich protestiere namens der Unterzeichneten, ich protestiere auch namens meiner eigenen Gemeinde (*Abg. Schieder: Hier sind Sie Abgeordneter!*), und ich bringe Ihnen nun die Solidaritätserklärung zur Kenntnis: Wir sind gegen die vom Bürgermeister der Stadt Wels vorgeschlagenen Trassenführung des Autobahnteilstückes Wels—Sattledt. Wir fordern den vernünftigen Ausbau der derzeit verordneten gesetzlichen Trasse unter Berücksichtigung des Lärm- und Umweltschutzes. (*Abg. Schieder: Sie müssen sich in den Gemeinderat wählen lassen!*) Wir sind gegen politische Machtkämpfe, die auf Kosten einer Minderheit ausgetragen werden.

Herr Bautenminister! Ich fordere Sie namens der Unterzeichneten auf: Beherrzen Sie diese Resolution! Stellen Sie das Vertrauen in die Politik wieder her! Stellen Sie sie auf eine bessere Basis! Geben Sie der Gerechtigkeit eine Chance! Geben Sie dem Steuerzahler eine Chance! Geben Sie ihm wieder den Glauben, daß Politik kalkulierbar, daß Aussagen von Politikern wieder glaubhaft sind — im Interesse von uns allen und Interesse der Demokratie. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{13.39}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatte ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoranschlags 1986. Diese umfaßt das Kapitel 64 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in 740 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Präsident Dr. Stix: Die Abgeordneten Dr. Michael Graff und Genossen haben gemäß § 33 Absatz 1 der Geschäftsordnung beantragt, zur Feststellung der politischen Verantwortung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für das VOEST-Debakel einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Die Durchführung einer gesonderten Debatte wurde nicht verlangt.

Gemäß § 33 Absatz 2 der Geschäftsordnung findet die Abstimmung nach Erledigung der heutigen Tagesordnung statt.

Spezialdebatte

Beratungsgruppe X

Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

10238

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Präsident Dr. Stix**Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen
(einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

Präsident Dr. Stix: Wir kommen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe X: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Spezialberichtersteller ist der Herr Abgeordnete Posch. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichtersteller **Posch**: Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zur Beratungsgruppe X

Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe X zusammengefaßten Kapitel 65 (Öffentliche Wirtschaft und Verkehr), 78 (Post- und Telegraphenverwaltung) und 79 (Österreichische Bundesbahnen) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 in seiner Sitzung am 15. November 1985 in Verhandlung gezogen.

Mit Gesamtausgaben in der Höhe von 83 110,0 Millionen Schilling und Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 66 459,5 Millionen Schilling wird in dieser Beratungsgruppe über etwa ein Sechstel der gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes für das Jahr 1986 entschieden.

Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:

Im Kapitel 65 sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sowie der nachgeordneten Dienststellen veranschlagt.

In die Zuständigkeit dieser Verwaltungsbeiräte fallen die zusammenfassende Behandlung der Angelegenheiten der Strukturpolitik, die Koordination in Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung, die Angelegenheiten der verstaatlichten oder staatseigenen Unternehmungen, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, und der

Erwerb von Anteilsrechten an Gesellschaften und Genossenschaften, soweit sie auf Sachgebieten tätig sind, die dem Ministerium zur Besorgung zugewiesen sind, sowie die Verwaltung solcher Anteilsrechte des Bundes.

Die Regierungsvorlage enthält im Kapitel 65 „Öffentliche Wirtschaft und Verkehr“ Ausgaben in der Größenordnung von 11 488,951 Millionen Schilling, denen Einnahmen in Höhe von 719,895 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Bei Kapitel 78 „Post- und Telegraphenverwaltung“ sind im Grundbudget Gesamtausgaben in der Höhe von 35 730,035 Millionen Schilling und Einnahmen in der Höhe von 38 634,581 Millionen Schilling veranschlagt. Die Gegenüberstellung der Betriebsausgaben und der Betriebseinnahmen ergibt einen Überschuß von 2 634,546 Millionen Schilling.

Gegenüber dem Grundbudget des Bundesvoranschlages 1985 sind Ausgabenerhöhungen von insgesamt 2 113,787 Millionen Schilling veranschlagt, davon im Personalaufwand 1 603,540 Millionen Schilling und im Sachaufwand 510,247 Millionen Schilling.

Die Mehrausgaben im Sachaufwand gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 in Höhe von 510,247 Millionen Schilling ergeben sich aus der Saldierung der Mehrausgaben von insgesamt 576,388 Millionen Schilling und der Minderausgaben von 66,141 Millionen Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1986 sieht bei Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ Betriebsausgaben in Höhe von 33 925 Millionen Schilling und Betriebseinnahmen von 27 236 Millionen Schilling vor.

Der Betriebsabgang wird mit 6 689 Millionen Schilling ausgewiesen.

Von diesen Ausgaben entfallen bei einem um 311 Planstellen verminderten Stellenplan 20 428 Millionen Schilling oder 60,2 Prozent auf den Personalaufwand und 13 497 Millionen Schilling oder 39,8 Prozent auf den Sachaufwand.

Die Betriebseinnahmen betreffen mit 23 628 Millionen Schilling beziehungsweise 86,8 Prozent die Verkehrseinnahmen und mit 3 608 Millionen Schilling beziehungsweise 13,2 Prozent die übrigen Einnahmen. Im Rahmen der „Sonstigen Gebarung“ sind bei den Ansätzen „Nahverkehr“, „Nahverkehr-Schienenverbundvertrag“, „Transitkorridore Len-

Posch

dorf und Brennerroute“ sowie „Nebenbahnen“ Ausgaben von zusammen 1 967 Millionen Schilling und Einnahmen von 139 Millionen Schilling veranschlagt.

Für die Erneuerung bestehender Anlagen bzw. Investitionen enthält das Grundbudget beim Ansatz „Anlagen“ eine Vorsorge in Höhe von 6 054 Millionen Schilling. Für alle drei Budgetkapitel der Beratungsgruppe X sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag Ausgabenbeträge präliminiert, und zwar

bei Kapitel 65 „Öffentliche Wirtschaft und Verkehr“ 40,770 Millionen Schilling, bei Kapitel 78 „Post und Telegraphenverwaltung“ 131,100 Millionen Schilling und bei Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ 1 000,000 Millionen Schilling, die im Falle der Freigabe bei dem Ansatz „Anlagen“ verwendet werden sollen.

An der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß beteiligten sich 24 Abgeordnete, ebenso der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr. Bei der Abstimmung am 22. November 1985 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe X zusammengefaßten Kapitel unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich daher den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr,

dem Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung und

dem Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 (740 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Dr. **Stix**: Danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Michael Graff. Ich erteile es ihm.

13.48

Abgeordneter Dr. **Graff** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Klubobmann Wille, ich habe gestern im „Inlandsreport“ des ORF

Ihr Interview gesehen, und ich stehe nicht an Ihnen zu sagen, daß es mich tief beeindruckt hat in der Offenheit und Fairneß, in der es geführt wurde, ohne jede Bemühung um billige Effekte und mit einer Aufrichtigkeit, die man von einem Parteipolitiker nicht immer — oder sogar nur sehr selten — gewohnt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte zu Beginn aus diesem Interview wörtlich zitieren.

Es fragt der Chefredakteur Rabl: „Sie haben jetzt nicht ganz meine Frage beantwortet, ob das nicht den drei Stufen — VOEST-Aufsichtsrat, ÖIAG, verstaatlichten Ministerium —, ob das denen nicht auffallen hätte müssen. Das fällt ja jedem Laien in die Augen, daß hier eine Explosion an Umsätzen im Ölgeschäft stattgefunden hat.“

Wille: „Ich bin davon überzeugt, daß das aufgefallen ist, daß es auffallen mußte.“

Rabl: „Das heißt, es hat da irgendwo jemand weggeschaut.“

Wille: „Na ja, man hat vielleicht selbst auch unterstellt . . .“

Rabl: „Man hat die Hoffnung geteilt . . .“

Wille: „Man hat die Hoffnung möglicherweise geteilt.“

Rabl: „Wie hoch hinauf glauben Sie das? Nach der fachlichen Kompetenz müßte es eigentlich jeder von diesen Ebenen gemerkt haben.“

Wille: „Das nehme ich an.“

Herr Klubobmann Wille! Noch einmal, gerade bei dem Respekt für diese offenen Ausführungen, mit denen Sie auch dem Minister sagen, daß er es gemerkt haben müßte: Ich gehe davon aus und ich hoffe, daß Sie sich im Zuge des heutigen Nachmittags — die Meinung Ihrer Fraktion kann ja noch gebildet werden — noch überlegen werden, ob Sie nicht doch unserem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der politischen Verantwortung für die Finanzkatastrophe der VOEST zustimmen wollen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einer nationalen Katastrophe, die das größte Unternehmen dieses Landes und damit die ganze Republik trifft. Wir stehen aber auch vor dem Scherbenhaufen der Verstaatlichten-Politik dieser Regierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

10240

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Dr. Graff

In der „Presse“ hat Karl Graber heute geschrieben: „Die Grundfesten der Ersten Republik wurden vom Zusammenbruch der Phönix-Versicherung und der Creditanstalt erschüttert, jene der Zweiten Republik von demjenigen der VOEST-Alpine.“

Hohes Haus! Auch wir von der ÖVP sehen die Bereinigung dieser Katastrophe als eine nationale Aufgabe an. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind bereit, bei der Sanierung zu helfen, mitzuarbeiten, aber vorher müssen die Karten auf den Tisch!

Jeder Bürger dieses Landes fragt sich angesichts dieser Katastrophe, wozu wir einen Verstaatlichten-Minister haben, wozu wir einen Bundeskanzler haben.

Herr Klubobmann Wille! Die Tatsache, daß Sie zugeben, daß von dieser Entwicklung alle Verantwortungsebenen bis zum Minister gewußt haben mußten, die gibt mir die Hoffnung, daß Sie zu unserem Antrag doch noch dazukommen und ihm zustimmen werden. Ich lade Sie dazu ein.

Ich weiß, daß Sie sehr viel von politischer Verantwortung halten, und es hat, meine Damen und Herren, unserer Affassung nach die Stunde der politischen Verantwortung geschlagen — für den Verstaatlichten-Minister Lacina und für den Bundeskanzler Sinowatz.

Meine Damen und Herren! Es war dramatisch, wie in den letzten Tagen die Verluste der VOEST, von denen man gehört hat, explodiert sind. Von Tag zu Tag neue Ziffern. Zuerst waren es 2,4 Milliarden, dann 3 Milliarden, dann 4,2 Milliarden, dann 5,7 Milliarden. Und der Chef der ÖIAG, Grünwald, sagt, er könne nicht garantieren, daß die Verluste bei 5,7 Milliarden Schilling bleiben. Die Regierungsparteien selber schreiben in ihre Anträge, in denen sie von diesen 5,7 Milliarden Schilling sprechen, dazu: „aus heutiger Sicht“.

Meine Damen und Herren! Wir haben eine Sonderprüfung nach § 118 Aktiengesetz durch unabhängige Wirtschaftsprüfer zur Klärung der Verantwortung in der Geschäftsführung der VOEST beantragt. Sie haben diesen Antrag abgelehnt.

Sie haben eine Prüfung durch die ÖIAG beantragt, obwohl sich mehr und mehr herausstellt, daß die zutiefst selber mit drinnen hängen.

Heute beantragen Sie eine Prüfung der Geschäftsführung der VOEST durch den Rechnungshof. Auch dagegen haben wir nichts. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Der Rechnungshof soll die VOEST ruhig prüfen.

Aber die politische Verantwortung des Ministers und des Bundeskanzlers, die kann der Rechnungshof nicht prüfen, die muß das Parlament, die muß ein Untersuchungsausschuß dieses Parlamentes prüfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Was haben wir nicht in den letzten Tagen alles erlebt. Der Bundeskanzler hat im Fernsehen einen neuen Generaldirektor für die VOEST designiert, und gestern haben wir ebenfalls im Fernsehen, im „Club 2“ — einer, wie ich hier einfügen möchte, brillanten journalistischen Leistung, zu der ich dem ORF und dem Diskussionsleiter Peter Rabl gratulieren möchte —, erfahren, daß dieser neue Generaldirektor im dringenden Verdacht steht — ich weiß ja nicht, ob der Herr dort die Wahrheit gesagt hat, aber es klang glaubhaft —, er habe bei der Chemie-Linz gleichartige Spekulationsgeschäfte mit Umsätzen von 80 Milliarden Schilling durchführen lassen, und zwar nach Absprache mit demselben Generaldirektor Apfalter, den Sie jetzt in die Wüste geschickt haben.

Kreisky nennt das „verbrecherische Spekulationen“ und eine Ärzteguppe aus Schärding, wie ich aus einer APA-Meldung sehe, hat bereits Strafanzeige erstattet.

Ich gehe nicht so weit. Ich fälle kein Urteil über strafbare Tatbestände. Ich sage aber, meine Damen und Herren: Ein Parlament, das sich um die politische Verantwortung für eine solche Entwicklung nicht kümmert, ist nicht wert, als Volksvertretung bezeichnet zu werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dieser Vorstand, der die Verantwortung dafür trägt, daß die Milliarden des Steuerzahlers verpulvert werden, tritt nicht ohneweiters zurück, wie es der Bundeskanzler voreilig verkündet hat, sondern da wird gewürgt und verhandelt. Diese Verhandlungen sind vielleicht jetzt noch im Gange, der alte Vorstand scheint immer noch im Amt zu sein. Genau weiß ich es nicht, am Vormittag war er es jedenfalls noch. Dieser Vorstand verlangt jetzt die laufenden Bezüge von 160 000 S im Monat, die Abfertigung und 80 Prozent dieser Bezüge als Pensionen.

Dr. Graff

Meine Damen und Herren! Was sollen denn die Bürger dieses Landes dazu sagen? Was sollen Arbeitnehmer sagen, die bei der Verstaatlichten ihre Stelle verloren haben, die auf die Straße gesetzt wurden, man nennt das jetzt „freigestellt“? Die Verantwortlichen für diese nationale Katastrophe stehen da und halten die Hand auf und wollen Riesenbezüge, dazu die Abfertigung und auch noch die Pension in der Höhe von 80 Prozent, die man nach dem ASVG nicht bekommt.

Meine Damen und Herren! Das halbe Grundkapital der VOEST ist weg. Noch heute muß eine Kapitalzufuhr aus Steuermitteln von 4,5 Milliarden Schilling beschlossen werden. Die Art, wie diese Operation über die Bühne geht, ist unglaublich dilettantisch. Man schickt einen neunköpfigen Vorstand über Nacht nach Hause, ohne Rücksicht auf das Unternehmen. Am Vormittag verkündet der Bundeskanzler im Fernsehen die Designierung des neuen Generaldirektors Kirchweger, am Nachmittag soll ein Gespräch mit dem ÖVP-Parteiobmann Dr. Mock über Zusammenarbeit stattfinden und findet auch statt. Das ist Zusammenarbeit à la Sinowatz! Meine Damen und Herren! So geht das nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man gestern noch von einer Finanzkatastrophe allein sprechen konnte, dann hat der „Club 2“ uns die Augen geöffnet in einer Weise, daß wirklich jedem das kalte Schauern über den Rücken rinnen muß, wie hier mit dem Eigentum des österreichischen Volkes gewirtschaftet worden ist. Da gibt es eine Intertrading, eine Tochtergesellschaft der VOEST, seinerzeit notwendig geworden durch diverse Kompensationsgeschäfte. Aber jetzt wird schon lange nichts mehr kompensiert. Es wird keine Ware mehr tatsächlich von Ort zu Ort verführt. Es wird mit Öl gehandelt, aber mit Öl auf dem Papier in Form von Termin- und Differenzgeschäften. Die Umsätze der Intertrading schnellen an: 1982 2,3 Milliarden, 1983 22 Milliarden, 1984 90 Milliarden, 1985 130 Milliarden Schilling. Meine Damen und Herren, der Umsatz der ganzen VOEST mit allen Töchtern beträgt 100 Milliarden Schilling!

Und noch immer haben nirgends die Alarmglocken geläutet. Und da sitzt ein Herr Mayerhofer, den ich nicht kenne, im „Club 2“ und sagt, als er bei der Intertrading begonnen hat, hatte er „keine Ahnung“, was das Ölgeschäft überhaupt ist. Dieser Mann verfügte über Milliarden für Rechnung des österreichischen Steuerzahlers.

Anfang 1983 hat man bereits mit Öl zu spekulieren begonnen. Apfalter und Kirchweger haben abgesprochen — das ist das Unfaßbare! —, Kirchweger, der angeblich neue Generaldirektor, der jetzt die VOEST übernehmen soll wegen der Katastrophe, für die Apfalter verantwortlich ist, dieser selbe Kirchweger stimmt zu, daß gleichartige Spekulationsgeschäfte — Kreisky sagt „verbrecherische Spekulationen“ — bei der Chemie-Linz durch die Tochtergesellschaft Merx mit einem Umsatz von 80 Milliarden Schilling durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren! Die Merx, so sagte gestern Herr Mayerhofer, macht zu 98,4 Prozent ihres Gesamtumsatzes Geschäfte mit Öl, davon sind 100 Prozent reine Spekulationsgeschäfte. Genau dieselben Spekulationsgeschäfte, wie sie bei der VOEST stattgefunden haben, was zu diesen horrenden Verlusten geführt hat. Dieses Lotteriespiel — muß man fast sagen — wird bei der Chemie-Linz ebenso gehandhabt wie bei der VOEST unter der Ägide eben jenes Mannes, der jetzt bei der VOEST Generaldirektor werden soll. Anfang August dieses Jahres, sagt Mayerhofer, sei er bei der ÖIAG gewesen und habe sie informiert, und dann habe er nichts mehr gehört.

Meine Damen und Herren! Wenn ein Konkursant nicht mehr ein und aus weiß, wenn ihm hinten und vorne die Mittel fehlen, dann geht er ins Kasino und fängt an zu spielen, weil er glaubt, daß ihn das Spielglück vielleicht noch retten wird. Genau diesen Eindruck — und das ist erschütternd — macht das Management verstaatlichter Unternehmungen, das die wirtschaftlichen Abgänge durch Spekulationsgeschäfte kompensieren wollte, durch Glücksgeschäfte, durch Lufttransaktionen, die Verluste in einer Größenordnung herbeiführten, die heute eine Abstimmung über Budgetansätze zum Thema Verstaatlichte illusorisch und lächerlich machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Seit 1981 wurden der verstaatlichten Industrie durch den Nationalrat Finanzierungszuschüsse in der Höhe von 26,1 Milliarden Schilling gewährt. Genützt hat diese Politik à la Kreisky nichts — 17 000 Arbeitsplätze sind verlorengegangen.

Die Regierung, die politisch verantwortlich ist, hat versprochen, daß mit diesem Mitteln — vom Stahlbereich abgesehen, dort sei die Krise strukturell — alle Bereiche saniert werden könnten. Siehe da, das einzige, was bei

Dr. Graff

der VOEST in Ordnung ist — ich drücke mich jetzt überspitzt aus —, ist der Stahlbereich. Die Verluste sind ganz woanders und aus ganz anderen Gründen — nicht aus der Stahlkrise! — entstanden.

Wir stehen heute wegen solcher Spekulationsgeschäfte — ich sage noch einmal: nach Kreisky „verbrecherische Spekulationsgeschäfte“ — vor der größten Finanzkatastrophe der Zweiten Republik. Milliarden von Steuergeldern sind durch Fehlinvestitionen wie Bayou, Pöls, AMI verschwendet worden, eine Sanierung des ÖIAG-Konzerns ist überhaupt nicht in Sichtweite. Im Gegenteil! Die VOEST hat heute 4,5 Milliarden Schilling bekommen, damit sind die 16,6 Milliarden vom vergangenen Jahr aufgebraucht, gegen die sich die ÖVP gewendet hat, weil zielführende Konzepte nicht vorgelegt worden sind.

Es werden, wenn man den Schätzungen von Fachleuten glaubt, noch weitere 20 Milliarden Schilling notwendig sein. Das bedeutet eine extreme Belastung des Staatshaushaltes, des Steuerzahlers, eine Verschärfung der Budgetkrise, weil natürlich immer mehr Geld für die Rückzahlung bereits verbrauchter — ich muß sagen: verpulverter — Subventionen und für Zinsen benötigt wird.

Allein der heuer zu erwartende Verlust der VOEST — das sind die vorläufigen Zahlen, man weiß ja nicht, wie es wirklich ausschauen wird — entspricht den Kosten einer halben Steuersenkung, wie sie die ÖVP verlangt. Und die Belastung aus den bereits verbrauchten Subventionen wird in den kommenden Jahren beinahe die Hälfte des Ertrages an Körperschaftsteuer verschlingen. Angesichts solcher Entwicklungen schlägt jetzt, wie ich schon gesagt habe, die Stunde der politischen Verantwortung.

Viele der Großprojekte, die sich jetzt als Flops herausgestellt haben, waren politische Projekte, die von der Regierung gefördert und den Medien stolz vorgestellt wurden.

Ein Indiz, wie sorglos und leichtfertig mit Steuermilliarden in Österreich umgegangen wird, ist die mißlungene, bislang jedenfalls mißlungene Ansiedlung des OKI-Projekts. Hier erfolgten vom Finanzminister, vom Verstaatlichten-Minister Förderungszusagen in Milliardenhöhe, noch bevor man das Projekt geprüft hat, bevor man gewußt hat, ob man an diesem Standort überhaupt bauen kann. Die Förderung ist zugesagt worden, für eine seriöse Durchführung hat man nicht gesorgt. Übriggeblieben ist eine Blamage vor der

internationalen Industriewelt, für die auch der Verstaatlichten-Minister die Verantwortung trägt.

Und zum Pöls-Engagement, das heute dem früheren Bundeskanzler Kreisky angelastet wird — wieder eine politisches Projekt —, muß man anmerken, daß der Berater des Bundeskanzlers Kreisky schon damals Ferdinand Lacina geheißen hat und daß man gerade die Sachkenntnis dieses jetzigen Ministers immer wieder gerühmt hat. Heute zeigt sich, wie die Geschäftsführung dieses Ministers gelaufen ist, und zu welchen Ergebnissen sie geführt hat.

Und schließlich das Ärgste, die Intertrading. Diese Intertrading und nicht nur sie, auch die Merx, eine Tochter der Chemie Linz, macht gleichartige Geschäfte mit Hunderten Milliarden Schilling in der Ölpekulation, und dem Minister kommen trotz der Explosion der Umsätze keine Bedenken. Das ist zumindest grobe Fahrlässigkeit im Umgang mit Steuergeldern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Minister, wie er im „Club 2“ gesagt hat, erst jetzt davon erfahren hat, daß auch die Chemie Linz Ölpekulationen gigantischen Ausmaßes betreibt, so zeigt das, daß er mit der Wahrnehmung der politischen Verantwortung und Kontrolle zumindest überfordert war. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister Lacina! Es war keine Marotte unseres Wirtschaftssprechers Robert Graf, daß er bei jeder Diskussion über Finanzierungshilfen für die verstaatlichte Industrie immer darauf bestanden hat, politische Informationen vom Minister, vom verantwortlichen Politiker zu bekommen, und nicht unter der Hand von irgendwelchen Direktoren informiert zu werden. Es geht eben — so ist das in der Demokratie — letztlich um den Minister, der trägt die Verantwortung, der hat dafür zu sorgen, daß in seinem Aufgabenbereich alles ordentlich funktioniert, und der hat auch die entsprechenden Kontrollen einzurichten und vorzunehmen, wenn er selbst nicht alles überschaut.

Es wäre auch, Herr Minister Lacina, Ihre Aufgabe als zuständiger Ressortminister gewesen, die seit langem bestehenden extremen Reibungsverluste zwischen der ÖIAG einerseits und dem VOEST-Vorstand andererseits wahrzunehmen und daraus rechtzeitig Konsequenzen zu ziehen. Sie müssen gewußt haben, daß es zumindest im letzten Jahr in diesem Bereich nicht mehr Kooperation, sondern nur mehr Konfrontation und ein gegen-

Dr. Graff

seitiges Ausspielen sogar über die Medien gegeben hat.

Wenn man aber sieht, daß eine Holding und deren Tochtergesellschaft überhaupt nicht harmonieren, dann muß man als Eigentümer in irgendeiner Richtung Konsequenzen ziehen! Sie haben keine Konsequenzen gezogen! Sie und der früher direkt zuständig gewesene Bundeskanzler Sinowatz haben damit dem österreichischen Steuerzahler Milliardenverluste zugemutet und aufgebürdet, die Sie derzeit selbst noch nicht abschätzen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und die Bestätigung, daß das ganze System nicht funktioniert hat, daß Fehlentwicklungen letztlich immer wieder politisch abgedeckt wurden, obwohl man sie kannte oder zumindest ahnte, die hat nicht zuletzt die Antwort des Herrn Bundeskanzlers in diesem Haus an Dr. Mock und Dr. Taus geboten, als der Bundeskanzler den verräterischen Ausspruch tat — ich zitiere sinngemäß —: Aufgrund der VOEST-Entwicklung und der dadurch ausgelösten Ereignisse hat man jetzt die Chance, Dinge durchzusetzen, die man bis jetzt nicht durchsetzen konnte. — Das heißt doch, daß der Eigentümer, der die politische Verantwortung trägt, bis jetzt Dinge gemacht oder zugelassen hat, die er eigentlich nicht hätte zulassen dürfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Genau das ist die politische Verantwortung, die wir untersucht haben wollen!

Hohes Haus! Wir von der ÖVP sind bereit zu helfen — im Interesse der VOEST, der 70 000 Arbeitnehmer, der österreichischen Wirtschaft und des ganzen Landes. Aber bevor wir über die Rahmenbedingungen der künftigen Verstaatlichten-Politik miteinander diskutieren, müssen wir über die politische Verantwortung für die Vergangenheit reden. Die muß klargestellt werden, damit man einen neuen Anfang machen kann.

Herr Minister Lacina! In der Vergangenheit war es Bundeskanzler Kreisky, und als sein Berater waren es auch Sie, die die verstaatlichten Unternehmungen als ein Instrument sozialistischer Beschäftigungssicherung eingesetzt haben, die damit die Umstrukturierung eines im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmens wie der VOEST auf Jahre aufs schwerste blockierten und so die jetzige tragische Entwicklung einleiteten.

Es hat sich auch gezeigt — und das ist das Scheitern dieser Politik —, daß auf Dauer gegen den Markt und ohne entsprechende

Produktivität Arbeitsplätze nicht gesichert werden können.

Heute sind die scheinbar gesicherten Arbeitsplätze verloren, und wir stehen vor einer Finanzkatastrophe der VOEST und damit der ganzen Republik. Es müssen Milliarden Schilling für Verlustabdeckungen aufgewendet werden, die man sich erspart hätte, wenn man früher, wenn man rechtzeitig gehandelt hätte, wenn man neue Produktionen mit Hand und Fuß in Angriff genommen hätte.

Herr Bundeskanzler Sinowatz! Herr Minister Lacina! Es ist zu billig, nur den Vorstand zurücktreten zu lassen, mit dem heimlichen Wunsch, sich auf diese Weise als Sanierer profilieren zu können, obwohl man selber an der Misere durch schwere Versäumnisse und Nichthandeln mit Schuld trägt. Lassen Sie mich einige Indizien dafür aufzählen.

Warum haben Sie, Herr Minister Lacina, nicht via ÖIAG gehandelt, als bereits klar erkennbar war, daß sich die Vierteljahresbilanz vor allem im VOEST-Bereich verschlechtern und die optimistischen Zahlen des ÖIAG-Konzeptes 1983 nicht eingehalten werden können?

Warum haben Sie, Herr Minister Lacina, ignoriert, daß trotz relativ günstiger Konjunktur die Unternehmensentwicklung bei der VOEST-Alpine, und zwar gerade nicht im Stahlbereich, immer schlechter wird?

Ein privater Eigentümer hätte in dieser Situation, nachdem die Dramatik einigermaßen abschätzbar gewesen wäre, gehandelt und sofort Änderungen im Management oder in der Organisation vorgenommen, aber nicht so plump und überfallsartig, wie Sie das getan haben, indem Sie über Nacht die Ölspekulanten durch einen anderen Ölspekulanten ersetzt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich füge noch einmal ein: Ich stütze mich hier auf die gestrigen Mitteilungen vom „Club 2“, die noch einer Überprüfung bedürfen.

Ein privater Eigentümer hätte sich auch nicht damit begnügt, daß, wie im Fall INTER-TRADING, bei dieser gigantischen Ausweitung des Umsatzes, und zwar des Umsatzes nicht vorhandener Waren, der Vorstand beruhigende Erklärungen über eine angebliche Risikobegrenzung abgibt. Ein privater Eigentümer hätte kontrolliert und wäre der Sache auf den Grund gegangen. Sie aber haben die ÖIAG nicht dazu veranlaßt. Sie haben der ÖIAG auch nicht gegenüber der VOEST den

10244

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Dr. Graff

Rücken gestärkt, und wenn man die Potenz der VOEST und die Potenz der ÖIAG anschaut, dann weiß man, wie hier die Stärkeverhältnisse liegen.

Sie haben der Holding-Gesellschaft, für die Sie verantwortlich sind, nicht so die Autorität gesichert, daß sie die notwendigen Einschnitten durchführen konnte, obwohl man sich das bei der letzten Mittelzuführung sogar hat verbrieft lassen. Wahrscheinlich eben deshalb, weil man mit Widerständen gerechnet hat, und obwohl Sie, Herr Minister Lacina, als Insider genau wissen mußten — genauso wie es der frühere Generaldirektor Geist im „Club 2“ sagte —, daß der VOEST-Vorstand die ÖIAG und damit den Eigentümer nicht ernst nimmt. Sie haben nicht gehandelt und tragen damit zumindest Mitschuld am jetzigen Debakel der verstaatlichten Industrie.

Einem wirklich kompetenten Minister, Herr Minister Lacina, wären rechtzeitig, zumindest seit Bekanntgabe des OECD-Berichtes, der nachgewiesen hat, daß seit 1975 die Produktivität im Bereich der Verstaatlichten stagniert, während sie in der privaten Industrie um durchschnittlich 45 Prozent gewachsen ist, ärgste Bedenken gekommen. Die schon länger absehbare Erosion des Eigenkapitals im Bereich der VOEST und der VEW, etwa der brutale Verdrängungswettbewerb zwischen VOEST und SIMMERING-GRAZ-PAUKER — Beispiel Dürnrohr — hätten bei Ihnen und bei ÖIAG-Chef Grünwald längst die Alarmglocken schrillen lassen müssen.

Sie hätten diesem Parlament einen offenen, ehrlichen Bericht über die Lage geben müssen, statt immer wieder Fehlentwicklungen zu beschwichtigen, zu kaschieren und damit jeder vernünftigen Sanierung die Basis zu nehmen. Sie hätten Konsequenzen behutsam, aber rechtzeitig einleiten müssen, aber nicht mit einem so übertönenden Paukenschlag wie jetzt, zu spät und auf einmal. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nach Auffassung der ÖVP hätten Sie die sinkende Investitionskraft, die extrem rückläufige Entwicklung des Eigenkapitals und die Probleme im Bereich der Finalindustrie und der Umstrukturierung längst zum Anlaß nehmen müssen zu einer Bestandsaufnahme und zu einem Kurswechsel in der verstaatlichten Industrie. Wir, die ÖVP, haben die Verstaatlichte 1970 mit Gewinn übergeben, heute ist sie ein Scherbenhaufen. Aber, meine Damen und Herren, ich habe es gestern schon

gesagt: Eine kleine Koalition kann keine großen Probleme lösen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das müssen Sie, das müssen wir alle heute zu unserem tiefen Leidwesen erfahren.

Diese Regierung hat den notwendigen Kurswechsel versäumt, und sie trägt dafür die politische Verantwortung. Deshalb stellen wir den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klarstellung dieser politischen Verantwortung, damit auf der Basis dieser Erfahrungen und Ergebnisse ein wirklicher Neubeginn Platz greifen kann — ein neuer, gemeinsamer Beginn für die VOEST, für ihre Arbeitnehmer, für die österreichische Wirtschaft und für die ganze Republik. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{14.16}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Wille.

^{14.16}

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben in der Generaldebatte zur Sache selbst bereits Stellung genommen und werden dies heute im Laufe des Nachmittags durch eine Reihe von Kollegen und durch den Bundesminister weiter tun. Ich möchte jetzt nur einige Erklärungen abgeben, die mir wichtig erscheinen, weil ich glaube, daß begründet werden soll, warum wir uns zu dieser Art der Prüfung entschieden haben.

Zuerst eine Feststellung: Ich glaube, die Staatsindustrie steht im Zwielficht. Im Zwielficht stehen die politischen Parteien, und in den Betrieben arbeitet man im Zwielficht. In den Unternehmen, in den Töchterbetrieben und in der ÖIAG sitzen Vertreter der SPÖ und der ÖVP an einem Tisch und ziehen an einem Strang. Das geht solange gut, solange Erträge erwirtschaftet und Gewinne vermeldet werden. Aber es wird unerträglich, wenn es um Verluste geht und wenn Niederlagen verzeichnet werden. Da erinnert sich die ÖVP dann plötzlich an die ganze Verantwortung der Bundesregierung, und plötzlich gibt es politische Projekte wie Pöls.

Nur ein Hinweis: Pöls wurde von der VOEST errichtet. Daran beteiligt haben sich der Bund und das Land Steiermark. Der zuständige Vorstandsdirektor für den Anlagenbau ist ein Vertreter Ihrer Partei. Aber Minister Lacina wird daran erinnert, daß er dafür die Verantwortung zu tragen hat.

Ich glaube, wenn man in den Betrieben brüderlich teilt, die Arbeit teilt, den Einfluß teilt, die Macht teilt, und wenn man glaubt, das sei

Wille

Partnerschaft, dann sollte man sich auch die Verantwortung teilen. Immer wieder werden ja Betriebsräte und Gewerkschafter in der Frage der Mitbestimmung daran erinnert, daß man nicht nur mitbestimmen kann, sondern daß zweifelsfrei mit der Mitbestimmung auch die Mitverantwortung wächst.

Ich glaube aus diesem Grunde, daß die Frage nach der Verantwortung vor allem in den Vorständen und Aufsichtsräten aller Tochtergesellschaften und aller Einzelgesellschaften und besonders auch der Muttergesellschaft gestellt werden soll, weil alle Konzepte und alle Vorschläge und alle Berichte über diese Tochtergesellschaften und über die Muttergesellschaft an die Bundesregierung herangetragen werden. Ich finde es nicht redlich, wenn man täglich in den Unternehmen Zusammenarbeit und dann bei Verlusten nur von der Verantwortung der Bundesregierung redet. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Heute zu den Verlusten der VOEST-Alpine: Vieles wissen wir seit einigen Jahren, einiges ist uns unerklärlich, und vieles ist aber auch unvertretbar. Das hat zum Rücktritt des Vorstandes geführt, da sonst die Abberufung notwendig geworden wäre.

Die erste Frage, die zu beantworten ist, heißt: Wie soll das Unternehmen geführt werden? Wer soll das Unternehmen führen?

Die zweite Frage lautet: In welchem Zustand befindet sich das Unternehmen, in dem es an einen neuen Vorstand übergeben wird?

Es ist daher eine Untersuchung der Organe des Unternehmens und der Muttergesellschaft eine Voraussetzung, daß eine vernünftige Beurteilung erfolgen kann.

Wir haben aus diesem Grunde die Bundesregierung aufgefordert, Untersuchungen einzuleiten, auf welche Umstände und auf welche Entscheidungen die Verluste zurückgehen, und wir haben die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat darüber schließlich zu berichten. Es wird an der ÖIAG liegen oder gegebenenfalls auch am Vorstand der VOEST-ALPINE, Wirtschaftsprüfer und entsprechende Berater beizuziehen.

Zweitens: Wir beantragen heute eine Sonderprüfung durch den Rechnungshof. Es gibt in unserem Lande keine kompetentere und keine unabhängigere Institution wie den Rechnungshof, und aus den Untersuchungen des Rechnungshofs wird nicht nur ersichtlich

sein, wo der Vorstand geirrt oder gefehlt hat, sondern es wird auch ersichtlich sein, wo politische Parteien oder wo politische Organe tätig geworden sind.

Im übrigen müßte das auch sichtbar geworden sein den Organen der einzelnen Unternehmungen, in denen die ÖVP oder die Opposition ja immer nahezu paritätisch vertreten ist. Sie haben uns bis heute nicht einen konkreten Fall genannt, in den die Bundesregierung eingegriffen hätte zum Nachteil des Unternehmens. Wir sind aus diesem Grunde der Auffassung, daß es künftig in einer noch strengeren Weise notwendig ist, daß parteipolitische Einflüsse auf die Unternehmen unterbleiben, daß der Parteienproporz verhindert wird, aber ebenso der Proporz der Regionen. Es ist nicht denkbar, daß sich bereits Vertreter der Bundesländer recht massiv und recht unverblümt melden und gleich wieder Vorstandswünsche an uns herantragen.

Wer glaubt, Vorstände in der geeigneten Qualifikation zur Verfügung zu haben, der soll die entsprechende Bewerbung beim Aufsichtsrat hinterlegen.

Ich bin zudem der Auffassung, daß Vorstandsverträge zu überdenken sind. Einerseits ist sicherzustellen, daß Vorstände in ihrer Arbeit genügend motiviert sind, und es ist mit Vorstandsverträgen auch sicherzustellen, daß die besten Führungskräfte unseren Unternehmungen zur Verfügung stehen.

Es ist aber andererseits auch richtigzustellen oder sicherzustellen, daß im Falle von Fehlentscheidungen Konsequenzen auf die Vorstandsverträge hin möglich sind; und zwar in einer vertretbaren Weise.

Ich bin darüber hinaus der Auffassung, daß wir einfach eine klarere Trennung brauchen zwischen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und Aufgaben und volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten und Aufgaben; und ich kann den Vorständen nur empfehlen, hier mit uns Formeln zu finden, wie wir diese verschiedenen Notwendigkeiten auseinanderhalten, weil ich wieder sage: einfach zuzusperren ohne Alternativen ist die dümmste Lösung für die Politik wie auch für die Unternehmensführung! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich komme daher schon zum Schluß und möchte sagen: Wenn das Flaggschiff Österreichs auf hoher See in Schwierigkeiten gerät, dann sollten nicht nur die betroffenen Belegschaften voll im Einsatz stehen, sondern auch die entsprechenden Politiker. *(Beifall*

Wille

bei SPÖ und FPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Dann werden Sie unserem Antrag ja sicherlich zustimmen! Ich bin überzeugt, daß Sie es werden!) 14.25

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lichal.

14.25

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Unzweifelhaft ist die Situation, sind die Ereignisse rund um die VOEST das beherrschende Thema der Innenpolitik. Die Medien befassen sich damit in außerordentlicher Weise, wir hören die Ausdrücke Krise, Skandal, Zusammenbruch, und der einzelne Österreicher, glaube ich, hat ein Recht darauf, informiert zu werden als Bürger dieses Staates und als Steuerzahler, was da eigentlich geschehen ist.

Herr Generalsekretär Dr. Graff hat den Ablauf schon skizziert, ich kann daher nur nochmals in Erinnerung rufen: Zuerst hat es geheißen, alles in Ordnung. Es ist alles okay. Wir werden uns in der verstaatlichten Industrie sogar verbessern. Dann hat es geheißen, es wird bei der VOEST einen Abgang geben von 2,5 Milliarden Schilling, kurz darauf 3 Milliarden Schilling, dann 4,2 und einen Tag später 5,7 Milliarden Schilling, und heute heißt es, eigentlich gibt es gar kein Limit. Ja selbst — und das ist interessant, meine sehr verehrten Damen und Herren — im Antrag der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei für eine Prüfung durch den Rechnungshof heißt es, daß aus heutiger Sicht Verluste in der Höhe von rund 5,7 Milliarden Schilling zu erwarten sind. Das heißt, daß in Ihrem Antrag bereits darauf hingewiesen wird, daß diese 5,7 Milliarden Schilling ja gar nicht als realistisch bezeichnet werden müssen, daß es also noch wesentlich mehr werden kann.

Und der „Kurier“ hat heute eine Auflistung der letzten Jahre gebracht, wo es heißt, 1977 — 560 Millionen Abgang, 1978 — 1,095 Milliarden, 1979 — 33 Millionen, 1980 — 1,019 Milliarden, 1981 — 2,683 Milliarden, 1982 — 1,615 Milliarden, 1983 — 2,552 Milliarden, 1984 — 2,4 Milliarden. Das heißt also, bis zum Jahr 1984 11 Milliarden 867 Millionen Schilling Abgang.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube schon, daß es bei dieser Gelegenheit angebracht ist, darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1970 die Österreichische Volkspartei der neugewählten Regierung damals die ver-

staatlichte Industrie mit einem jährlichen Erlös von 1,4 Milliarden Schilling übergeben hat.

Was haben Sie eigentlich aus diesen Betrieben, meine Damen und Herren, die Sie die Verantwortung tragen, in diesen letzten fünfzehn Jahren gemacht? (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn der einzelne Österreicher erschüttert ist, so glaube ich, wenn man gestern den „Club 2“ verfolgt hat, mußte man wirklich erschüttert sein. Nicht nur, daß dabei erwähnt wurde, daß das Management eigentlich noch gar nicht zurückgetreten ist. Das hieße also, Herr Minister, daß Sie das Parlament und die Öffentlichkeit falsch informiert haben vorgestern, weil da hat es geheißen, der Vorstand ist zurückgetreten, er ist gefeuert worden und alles mögliche, und jetzt heißt es, es wird noch verhandelt, der Vorstand hat Bedingungen gestellt, zu denen er bereit ist zurückzutreten.

Glauben Sie mir, Herr Minister Lacina, weil sehr viele Menschen und auch ich von Ihnen eine sehr hohe Meinung haben und Ihre Fachkenntnis eigentlich unbestritten war, für diese Menschen war das Erschütterndste, als Sie in dieser „Club 2“-Diskussion lakonisch erklärt haben, „ich habe nichts gewußt“.

Meine Damen und Herren! Der zuständige Minister erklärt zu dieser gesamten katastrophalen Situation: „Ich habe nichts gewußt“. Da müssen Sie, Herr Minister, sich die Frage gefallen lassen, wenn Sie als verantwortlicher Ressortchef überhaupt nichts gewußt haben, sind Sie dann der richtige Mann am richtigen Platz? Oder geben Sie das nur vor, daß Sie nichts gewußt haben und ist das eine Verantwortung, die man gar nicht glauben kann, obwohl wir ja einen Rechtsgrundsatz in Österreich haben, nämlich: Unkenntnis schützt vor Strafe nicht. Das heißt, Unkenntnis schützt auch nicht vor Verantwortung, also in diesem Fall auch nicht vor politischer Verantwortung, die Sie ganz einfach als zuständiges Regierungsmitglied zu tragen haben.

Abgeordneter Dr. Taus hat schon in den letzten Tagen festgestellt: Sie waren in der Arbeiterkammer mit der Materie befaßt, Sie waren Abteilungsleiter in der ÖIAG, Sie waren Kabinettchef, Sie waren Staatssekretär und sind jetzt Minister. Und dann erklären Sie der Öffentlichkeit: Sorry, ich habe nichts gewußt! Man hat mir nichts gesagt!

Da darf ich auch noch einmal wiederholen,

Dr. Lichal

was schon Dr. Graff gesagt hat: Es war sehr interessant, daß der Klubobmann der Sozialistischen Partei Wille gestern gesagt hat, auf drei Ebenen hätte es auffallen müssen. Auf drei Ebenen, nämlich im Aufsichtsrat, in der ÖIAG und im Ministerium.

Na bitte, an der Spitze des Ministeriums steht Ihr Minister, Herr Klubobmann! Das heißt, Ihrem Herrn Minister hätte es auffallen müssen, was dort geschehen ist, wenn man heute zurückverfolgen kann nicht nur die Spekulationsgeschäfte mit dem Aufblähen der Bilanzen, sondern auch in den anderen Bereichen die ständigen Verluste.

Es hat auch gestern so durchgeklungen, Herr Minister, daß Sie mehr oder weniger ausschließlich den Spekulationsgeschäften hier die Schuld geben wollen. Das möchte ich schon klarstellen, daß die natürlich nur einen Teil dieser katastrophalen Situation darstellen.

Ich glaube, den Österreicher hat gestern noch etwas erschüttert: Nicht nur die Unwissenheit des zuständigen Ministers, sondern den Österreicher hat erschüttert, daß es geheißt hat, daß stündlich, in jeder Stunde, die VOEST einen Verlust von 700 000 S erwirtschaftet hat.

Meine Damen und Herren! Wie viele Arbeitnehmer in diesem Staat müssen ihre Lohnsteuer dafür entrichten, daß eine Stunde dieser Verlustproduktion abgedeckt werden kann. Wie viele Gewerbetreibende müssen hier arbeiten, wie viele Bauern, wie viele Menschen in diesem Staat müssen ihr erwirtschaftetes Geld zur Verfügung stellen mit ihrer Steuerleistung, daß dort die Folgen dieses Verwirtschafens wieder ins Lot gebracht werden können.

Und da muß sich der Österreicher fragen: Was ist da los? Jetzt haben wir erst gehört, 7,3 Milliarden Schilling benötigen die CA-Konzerne, und jetzt auf einmal soll es 6 Milliarden Schilling Verlust geben bei der VOEST.

Und wissen Sie, Sie brauchen sich gar keine Rede schreiben, Sie brauchen jetzt nur mit dem Taxi fahren oder in Geschäfte einkaufen gehen, sich eine Semmel kaufen gehen zum Bäcker, Herr Klubobmann. Da habe ich zwei Frauen gehört, wie sie sich unterhalten haben über dieses Thema. Und wissen Sie, was das Erschütternde war? Daß die eine zur anderen gesagt hat: Na ja, wahr-

scheinlich greifen sie wieder auf unser Sparbuch!

Das heißt, daß heute schon in der Bevölkerung die Sorge besteht, ja irgendwie soll das abgegolten, muß ja das bezahlt werden, daher werden sie irgendwie auf unser Sparbuch greifen.

Oder ein Taxichauffeur hat erklärt: Na ja, dann gibt es halt wieder eine neue Sondersteuer.

Ist das eigentlich nicht entsetzlich, wenn in der Bevölkerung ein solcher Vertrauensschwund festzustellen ist? Auf der einen Seite gibt es für eine Steuerreform überhaupt kein Geld, gibt es für jene Arbeitnehmer, die unter dem Steuerdruck stöhnen, keine Entlastung von diesem Steuerdruck. Und mit seinem Geld muß er etwas abdecken, muß eine schlechte Wirtschaft in Ordnung gebracht werden. Ich glaube, daß hier das Entsetzen der Bevölkerung sicher zu Recht besteht, und daß auch — ich glaube, in der „Presse“ ist diese Umfrage gestanden — wieder das Vertrauen in die Politik und in die Politiker sinkt.

Da wäre es nur angebracht, daß alle Politiker versuchen, wieder das Vertrauen der Bevölkerung in diese Politik herzustellen, in vollem Umfange herzustellen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Da darf es keinen Pardon geben, da soll jede Prüfung im gesellschaftsrechtlichen Bereich, im handelsrechtlichen Bereich stattfinden. Da werden wir nichts dagegen sagen, wenn auch von uns nominierte Mitglieder in diese Vorstände entsandt worden sind, die dann letztendlich ja nur dem Unternehmen verantwortlich sind und nicht einer politischen Partei, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist vielleicht auch die unterschiedliche Auffassung, vielleicht ist es das, was uns trennt, daß wir hier verlangen, daß auch jemand, der als Manager in einen Konzern entsandt wird von unserer Partei, dort seinen Verpflichtungen nachkommt.

Aber darüber hinaus, meine Damen und Herren, ich glaube, es ist unbestritten, gibt es auch eine politische Verantwortung. (*Abg. Teschl: Kollege Lichal, soll ich Ihnen ein paar Fälle nennen, wo Ihre Vorstandsdirektoren zum Rapport gerufen wurden von Ihrer Partei, weil sie zuwenig politischen Einfluß nahmen? Ich kann es beweisen.*)

Herr Abgeordneter Teschl! Ich möchte dar-

Dr. Lichal

auf gar nicht eingehen, wer zum Rapport gerufen wurde. Man spricht sogar davon, daß Ruhaltinger den Herrn Bundeskanzler einmal zum Rapport befohlen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich wirklich nicht einlassen darauf, welche Einflüsse oder Rapporte es gegeben hat.

Aber wissen Sie, worauf ich mich einlassen möchte? Darf ich noch einmal wiederholen. *(Abg. Teschl: Jetzt putzen Sie sich ab!)* Nein, jetzt hören Sie mir zu: Die Österreichische Volkspartei bekennt sich dazu, daß eine Prüfung stattfindet. Es wurde ein Antrag von uns eingebracht, niedergestimmt, wie viele Anträge im Hinblick auf die verstaatlichte Industrie, von Ihnen, in den letzten 15 Jahren, niedergestimmt worden sind. Vielleicht kommen nachher die Redner darauf zu sprechen, wie es mit der Fusion geschehen ist und all den Dingen, die sich heute auf einmal als schlecht herausgestellt haben. Das ist die Verantwortung des Konzerns. Da gibt es Organe nach dem Handelsrecht und da gibt es Prüfungen danach.

Und wenn Sie wollen, das soll der Rechnungshof prüfen, dann soll uns das auch recht sein und Sie werden die Zustimmung kriegen. Der Herr Parteiboss Dr. Mock hat erklärt: Jawohl, wir sind Gesprächsbereit.

Aber nur, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei und von den Freiheitlichen, wenn volle Aufklärung erfolgt und daraus auch die Konsequenzen gezogen werden! *(Beifall bei der ÖVP.)* Volle Aufklärung muß es auch geben im politischen Bereich, in der politischen Verantwortung.

Meine Damen und Herren! Alle Zuschauer, alle Zuhörer, alle Österreicher wissen, daß die verstaatlichte Industrie der Republik Österreich gehört. Und diese Menschen haben eine Regierung gewählt, und Vertreter der Republik Österreich ist die gewählte Bundesregierung, ganz gleich, welche es ist. Und diese gewählte Bundesregierung trägt auch die politische Verantwortung für die Vorkommnisse in diesem Bereiche! Darüber gibt es gar keinen Zweifel! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wer regiert, trägt die Verantwortung. So einfach ist das.

Und jetzt zu sagen, die ÖVP ist ja mit schuld, bitte, das ist zu billig. Die ÖVP ist nicht in der Regierung. Jetzt brauchen Sie die ÖVP, wo Sie jemanden für die Schuld brau-

chen. Sonst haben Sie immer gesagt, wir brauchen die ÖVP nicht. Ja wie oft wurden denn Vorstöße von unserem Bundesparteiobmann in diese Richtung abgeschmettert und wurde uns erklärt: Regieren tun wir allein. Gespräche können wir ja führen, aber wir tragen die Verantwortung in diesem Staate.

Dann bekennen Sie sich jetzt dazu vor den Österreichern und tragen Sie die Verantwortung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn wir heute einen Untersuchungsausschuß fordern, meine Damen und Herren, es gibt ja auch verschiedene Haftungen, nicht den Dolus, das ist die Absicht, wir unterstellen keine böse Absicht, es gibt die culpa lata, die grobe Fahrlässigkeit.

Aber wissen Sie, was es noch gibt? Es gibt auch die culpa in eligendo, die Fahrlässigkeit, die Schuld bei der Auswahl einer Person.

Um das alles zu klären, soll eben ein Untersuchungsausschuß vom Nationalrat im Parlament eingesetzt werden, dort, wo die Menschen ihre Volksvertreter nach ihrem Gutdünken entsandt haben. Ja was ist denn da im Sinne der Demokratie dabei, wenn man erklärt, in einem solchen Untersuchungsausschuß soll jetzt restlos aufgeklärt werden, ob und in welchem Umfang es eine politische Verantwortung bei diesem Desaster, bei dieser wirklich größten Katastrophe in finanzieller Hinsicht in der Zweiten Republik gibt.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren, dieser Demokratie einen Dienst erweisen wollen, wenn Sie nicht nur verbal, sondern auch wirklich mithelfen wollen, daß das Ansehen der Politik, der Gestaltung des Zusammenlebens in unserer Republik und das Ansehen der Politiker wieder gestärkt werden soll, dann überlegen Sie es sich noch. Ich glaube, daß ein solcher parlamentarischer Untersuchungsausschuß der richtige Weg dazu wäre, neben allen anderen Prüfungen im gesellschaftsrechtlichen Bereiche. Erweisen Sie dieser Republik einen Dienst und stimmen Sie diesem Untersuchungsausschuß zu. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.39

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Gugerbauer.

14.40

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Die Freiheitliche Partei ist an einer rückhaltlosen Aufklärung, auch an durchgreifenden Konsequenzen interessiert, was dieses Debakel beim mit Abstand größten Industrie-

Dr. Gugerbauer

konzern Österreichs betrifft. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Endlich!)* Wir glauben aber, Kollege Dr. Blenk, daß wir alle miteinander, unabhängig welcher Fraktion wir uns zuzählen, gut daran tun, wenn wir das Pferd nicht vom falschen Ende her aufzäumen.

Zunächst wird es notwendig sein, daß die Gebarung überprüft wird, daß kontrolliert wird: Wie sind die betriebsinternen Entscheidungsabläufe tatsächlich gewesen. Dazu wird, glaube ich, am kompetentesten der Rechnungshof Stellung nehmen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* In weiterer Folge, Kollege Dr. Blenk, wird dann die Frage der politischen Verantwortung zu prüfen sein, und ich sage hier gleich vorweg und ohne Vorbehalt, daß wir dieser Frage zum gegebenen Zeitpunkt offen gegenüber stehen werden. Wir glauben, daß die politische Verantwortung zu prüfen ist, aber zum gegebenen Zeitpunkt. *(Abg. Dr. Blenk: Sehr gut! Das ist ja heute! Der gegebene Zeitpunkt ist heute!)*

Heute ist nicht der gegebene Zeitpunkt, Herr Kollege Dr. Blenk. Wir haben ja nicht das erste Mal die Situation, daß wir uns fragen, ob wir einen Untersuchungsausschuß einsetzen sollen. Es hat einen Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit den Vorfällen beim AKH gegeben. Es hat einen Untersuchungsausschuß gegeben im Zusammenhang mit den Vorfällen bei der WBO. *(Abg. Dr. Keimel: Sogar neben dem gerichtlichen Verfahren!)* In beiden Fällen haben wir aber miterleben müssen, daß es durch diese Konkurrenzierung von Untersuchungsausschüssen auf der einen Seite und Gerichtsverfahren auf der anderen Seite zu einer teilweisen Behinderung der Arbeit kommt. *(Abg. Dr. Blenk: Haben wir Gerichtsverfahren jetzt?)* Ich kann ein Gerichtsverfahren nicht ausschließen, Kollege Dr. Blenk, nach dem, was ich bisher an Informationen erhalten habe, kann ich es wirklich nicht ausschließen. Das muß man, wenn man rechtsstaatlich denkt, zunächst den Staatsanwälten und dann den Gerichten überlassen, zu entscheiden, ob derartige Verfahren tatsächlich eingeleitet werden. *(Abg. Dr. Keimel: Das hat mit dem parlamentarischen Ausschuß doch nichts zu tun!)* Natürlich hat es mit dem parlamentarischen Ausschuß nichts zu tun, denn wir müssen jetzt einmal einen Kassensturz machen. *(Abg. Dr. Keimel: Um Himmels willen! So weit werden wir ja doch noch nicht sein bei dieser Firma, daß wir einen Kassensturz machen müssen!)* Der parlamentarische Untersuchungsausschuß kann bei der VOEST nicht überprüfen, wie groß der Verlust tat-

sächlich ist, wie es bitte einer der Punkte verlangt, die in Ihrem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses enthalten sind. *(Abg. Dr. Keimel: Das ist doch für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß egal, wie viele Milliarden auf oder ab...!)* Kollege, lesen Sie, bevor Sie Zwischenrufe machen, doch einmal den Antrag, den Ihre eigene Fraktion eingebracht hat. Das würde das Gespräch zwischen uns wesentlich erleichtern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist gegenwärtig eine routinemäßige Überprüfung der VOEST anhängig. Diese Überprüfung ist abgeschlossen, wenn auch der Rohbericht noch nicht vorliegt. Aber wir verlangen jetzt im Antrag der Regierungskoalition, daß zusätzlich eine Sonderprüfung durchgeführt wird. *(Abg. Bergmann: Das ist eine Bewußtseinsänderung!)* Eine Sonderprüfung, die die Ergebnisse des Rechnungshofes bringt, betreffend die VOEST-Alpine-Intertrading, das Engagement der VOEST-Alpine in den Vereinigten Staaten von Amerika, beim Zellstoffwerk in Pöls, bei der AMI, in der Steiermark und im Bereich der Finalindustrie. *(Abg. Bergmann: Das habt ihr ja vorgestern abgelehnt! Er weiß nicht was er will!)* Ich glaube, daß diese Untersuchung des Rechnungshofes für uns alle, die guten Willens sind — ich weiß nicht, ob ich das bei Ihnen voraussetzen darf — wesentlich mehr an konkreten Ergebnissen bringen wird, als der von Ihnen gestellte Antrag herbeiführen könnte. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Was hätte der Peter vor drei Jahren dazu gesagt?)* Kollege Keimel! Sie können die Zeit nützen, setzen Sie sich nieder und lesen Sie einmal den Antrag, den die ÖVP eingebracht hat... *(Abg. Dr. Keimel: Was hätte Peter vor drei Jahren dazu gesagt?)* Polemisieren Sie nicht herum, sondern lesen Sie den eigenen Antrag, dann reden wir gerne weiter. *(Abg. Bergmann: Warum decken Sie alles?)* Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Es steht ganz eindeutig im Artikel 53 des Bundes-Verfassungsgesetzes, daß der Untersuchungsausschuß nur dazu dient, Angelegenheiten zu untersuchen, die in den Bereich der Vollziehung des Bundes fallen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wäre daher von vornherein und a priori schon dadurch behindert, daß die VOEST nach dem Aktiengesetz organisiert ist und daß im Bereich des Untersuchungsausschusses einfach nicht jene Nachforschungen durchgeführt werden können, die auch für die Frage der politischen Verantwortung von entscheidender Bedeutung sind. *(Abg. Dr. Blenk: Das mit dem Aktiengesetz ist eine verwordakelte Argu-*

10250

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Dr. Gugerbauer

mentation! — Abg. Bergmann: Kommt in dem Antrag der Regierung das Wort „politische Verantwortung“ vor? — Abg. Dr. Graf: Gugerbauer! Machen Sie doch dem Stand keine Schande!

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP! Man kann es sich natürlich — ich gebe es zu — so einfach machen wie der Abgeordnete Lichal von der Volkspartei. Er hat hier ganz locker hingesagt, ich zitiere ihn wörtlich: Wer regiert, trägt die Verantwortung — so einfach ist das. Das sind die Worte des Abgeordneten Lichal. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) So einfach wird es wohl nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! So einfach wird es nicht sein, denn da wird man wohl, wenn man an die politische Verantwortung für dieses Debakel denkt, etwas tiefer kratzen müssen. Da wird unter dem Staub, der jetzt auf manchen Dingen liegt, mancher schwarze Lack sichtbar werden, Kollege Dr. Blenk. Die Österreichische Volkspartei setzt sich jetzt einfach hin und argumentiert nach dem Motto: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“. — So einfach können wir es uns doch nicht machen. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Sie desavouieren Ihren Minister Lacina, der sagt, er weiß von nichts!*) Sie müssen eine politische Verantwortung ... (*Heftiger Widerspruch bei der ÖVP.*) Beruhigen Sie sich doch, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Es gibt keinen Grund zur Aufregung, Sie müssen zu Ihrer politischen Verantwortung auch stehen. Es ist hier nicht getan mit einer einfachen Schuldzuweisung. Denn, wenn die Bevölkerung verlangt, daß überprüft wird, ob auch eine politische Schuld vorliegt, dann hat die Bevölkerung Interesse daran, daß diese Frage komplett und umfassend untersucht wird.

Es müßte nämlich der Frage nachgegangen werden, worauf ist überhaupt in der verstaatlichten Industrie im allgemeinen und im Bereich der VOEST im besonderen Einfluß genommen worden, auf personelle Entscheidungen und auf operative Entscheidungen. Ich glaube, daß man das sehr genau prüfen und abwägen muß, weil das auch für die Beantwortung der politischen Schuldzuweisung eine notwendige Voraussetzung ist.

Es muß gefragt werden: Wie weit haben denn die Parteien, wie weit hat gerade die Österreichische Volkspartei auf personelle Entscheidungen Einfluß genommen. Wie weit hat sie bei Anstellungen mitgewirkt, etwa in den Organen der VOEST-Alpine? Im Bereich des Vorstandes? Hat es da Vorstandsdirektoren

gegeben, die von der Österreichischen Volkspartei nominiert worden sind, oder sind die zufällig hineingekommen? (*Abg. Dr. Blenk: Wollen Sie untersuchen oder nicht — das ist die einzige Frage!*)

Es wird natürlich auch der Frage nachgegangen werden müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Volkspartei, ob die Österreichische Volkspartei auf operative Entscheidungen der VOEST-Alpine AG Einfluß genommen hat oder zumindest Einfluß nehmen wollte. Ich denke an die Standortfragen, die die ganze Steiermark sehr bewegt haben, wo es wiederholt ganz deutliche und unwiderrufbare Erklärungen etwa des Landeshauptmannes Krainer gegeben hat. Sie können sich doch nicht so einfach aus der Verantwortung davonestehlen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Es gibt einfach eine Stufenleiter der Verantwortung im Zusammenhang mit diesem Debakel. (*Abg. Dr. Blenk: Sehr richtig!*) Es ist zu prüfen — gar keine Frage —, ob auch eine Schuld bei der Bundesregierung vorliegt. Ich bin der letzte, der sich dem entgegenstellen würde. Aber im gleichen Atemzug muß natürlich die Frage gestellt werden, haben Landes ... (*Abg. Dr. Blenk: Darf man das untersuchen? — Sie sagen ja nein!*) Sie dürfen alles untersuchen, Herr Kollege Dr. Blenk, Sie können sich hinsetzen und können alles untersuchen, was Sie wollen. Ich bin sogar sehr daran interessiert, daß Sie mir dann über das Ergebnis Ihrer Untersuchungen etwas berichten. Ich weiß nicht, ob etwas Gescheites herauskommt, aber ich sehe dem mit Interesse entgegen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Es ist die Frage zu prüfen: Hat die Bundesregierung in die verstaatlichte Industrie hineinregiert?

Es ist das auch die Frage bei den Landesregierungen der Steiermark, Niederösterreichs und Oberösterreichs. (*Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Keimel.*) Ja natürlich, großartig. Ich werde irgendwann darauf zurückkommen, falls tatsächlich noch einmal ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestellt werden sollte. Dann werden Sie halt die Fragen etwas breiter anlegen müssen. (*Abg. Dr. Blenk: Der ist ja schon gestellt!*) Dann geht es nicht allein um die Frage nach der Verantwortung der Bundesregierung, sondern dann müßte natürlich auch die Verantwortung der Landesregierungen mit hineingenommen werden, dann müßte die Verantwortung der Bürgermeister und der Betriebsräte mit hineingenommen werden.

Dr. Gugerbauer

Selbstverständlich. *(Beifall bei der FPÖ. — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Blenk: Jetzt zwingt man Sie zur Prostitution!)* Kollege Dr. Blenk! Da orientiere ich mich schon lieber an einem Fachmann, den die Österreichische Volkspartei mit Fragen der verstaatlichten Industrie befaßt hat. Es handelt sich dabei um den der Österreichischen Volkspartei angehörenden Vorstandsdirektor Raidl. Ich glaube, Sie haben sich bisher noch nicht mit der Verstaatlichten beschäftigt, Sie polemisieren nur ein bißchen. Das ist Ihr gutes Recht. Aber Herr Raidl von der Österreichischen Volkspartei ist ein Fachmann. Vielleicht hören Sie sich einmal an, was er zu der Frage, ob die Bundesregierung in die verstaatlichte Industrie hineinregiert, sagt. *(Abg. Dr. Blenk: Das wollen wir ja untersuchen! Warum sind Sie dagegen?)* Na hören Sie doch zu, Herr Kollege! Es wird für Sie sehr aufklärend sein und Ihnen sicher ein bißchen auf die Sprünge helfen, wenn Sie meiner Rede mehr zuhören und weniger Zwischenrufe machen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Ich höre leider zu genau zu!)*

Also dieser nicht Allrounder — wie der Kollege Dr. Blenk —, sondern dieser Fachmann der verstaatlichten Industrie, Vorstandsdirektor Raidl, hat laut eines Berichtes der Tageszeitung „Presse“ vom 15. Februar 1984 erklärt — ich zitiere ihn —: „Der Regierung Sinowatz kann seit der letzten Wahl nicht vorgeworfen werden, punktuelle Eingriffe in den Bereich der verstaatlichten Industrie unternommen zu haben.“ — Zitatende. Das heißt, einer, der etwas davon versteht, erklärt ganz ausdrücklich, die Bundesregierung habe keine Eingriffe unternommen. *(Abg. Dr. Blenk: Wissen Sie, was sich seither alles getan hat? Das war vor zwei Jahren!)* Ja, vor zwei Jahren, Kollege Dr. Blenk. Sie können mir aber ein aktuelleres Zitat vorlegen, und wir werden auch darüber sprechen.

Die Österreichische Volkspartei hat im Zuge der vergangenen Debatten — es gab ja mittlerweile mehrere — am Mittwoch, glaube ich, mit dem langen Finger auf den Betriebsratsobmann der VOEST-Alpine AG, den Kollegen Ruhaltinger, gezeigt nach dem Motto: Na ja, der Ruhaltinger hat einen Löwenanteil an der Verantwortung zu tragen und müßte eigentlich auch seine Konsequenzen ziehen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Blenk.)* Ich bin bereit, Kollege Dr. Blenk, irgendwann auch über diese Frage mit Ihnen gemeinsam nachzudenken. Das wäre aber auch eine Sache, die nicht von Ihrem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erfaßt ist. *(Weitere Zwischenrufe des Abgeordneten*

Dr. Blenk.) Ich verstehe gar nicht, wieso Sie sich so echauffieren, es gibt doch keinen Grund, so die Fassung zu verlieren, Kollege Dr. Blenk. *(Abg. Resch: Je weniger man zu sagen hat, umso lauter wird man!)* Umso lauter ist er! Es weiß doch ohnedies jeder in diesem Haus, daß Sie zur Sache nichts vorzubringen haben. Sie brauchen sich nicht zu bemühen, durch Lautstärke darüber hinwegzutäuschen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: So viel wie Sie verstehe ich von Wirtschaftspolitik auch!)*

Kommen wir noch einmal auf den Betriebsrat Ruhaltinger zurück. Mir ist da ein ähnlicher Fall auf den Schreibtisch gekommen, und zwar betrifft es ebenfalls einen großen Betrieb der verstaatlichten Industrie, nämlich die Vereinigten Edelstahlwerke. Im Frühjahr 1984, genau im Jänner 1984, ist nach Erstattung eines sehr ausführlichen Professorengutachtens dem Aufsichtsrat der VEW ein neues Strukturkonzept vorgelegt worden. Dieses Strukturkonzept ist dann auch beschlossen worden — einstimmig, das sage ich für all jene, die es nicht wissen oder nicht wahrhaben wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, das heißt also auch mit den Stimmen der von der ÖVP in diesen Aufsichtsrat delegierten Mandatare.

Was hat sich aber nach diesem einstimmigen Beschluß über ein neues Strukturkonzept für die VEW abgespielt? Es hat sich ein Betriebsrat bemüht, dazu eine sehr lautstarke, eine sehr demagogische Wortmeldung abzugeben; aber nicht ein Betriebsrat der hier so frontal angegriffenen Sozialistischen Partei, sondern ein Betriebsrat, der der Österreichischen Volkspartei zugehört. Es handelt sich um den Ihnen nicht ganz unbekanntesten Kollegen Paul Burgstaller. Er hat verkündet — ich zitiere jetzt aus dem „Volksblatt“ vom 27. Jänner 1984, das ist ja Ihr Jubelorgan —:

„Die Regierungskoalition hat nun nach jahrelanger Entscheidungsschwäche lediglich ein Kündigungskonzept für die VEW zusammengebracht, das 3 500 Arbeitnehmern ihre Existenz kosten wird.“ Zitatende. *(Abg. Dr. Blenk: Immerhin schon sehr viel!)*

Das ist eine Aussage, die von Ihnen akzeptiert wird, wenn sie von einem schwarzen Gewerkschafter kommt, die aber von Ihnen nicht akzeptiert werden würde, käme sie von einem sozialistischen Gewerkschafter. Ich glaube, daß sich, wie in vielen anderen Beispielen, auch hier zeigt, daß die Österreichische Volkspartei, was die Sanierung der verstaatlichten Industrie betrifft, eine doppelböckige Politik betreibt, die nicht unsere Zustim-

Dr. Gugerbauer

mung finden kann. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Das stimmt ja, das Zitat!)* Stimmt das Zitat? *(Abg. Dr. Blenk: Natürlich stimmt's!)* Prima.

Wir haben den Minimalkonsens, der für das demokratische Zusammenarbeiten immer notwendig ist, erzielt. Ich freue mich darüber und hoffe, daß wir auch noch in einigen anderen wesentlichen Dingen diese Übereinstimmung herbeiführen können, Herr Kollege Dr. Blenk.

Der Aufsichtsrat der VOEST-Alpine hat sich Aufgaben gegenüber gesehen, die eigentlich kaum in den Griff zu bekommen waren. Und hier stellt sich die Frage, die man jetzt doch auch ohne parteipolitischen Hintergedanken beantworten kann und muß: Gibt es künftig bessere Lösungen, daß für die 70 000 Beschäftigten in der VOEST-Alpine betriebliche Voraussetzungen geschaffen werden, um ihre Arbeitsplätze, um ihr Fortkommen sicherzustellen?

Es hat sich gezeigt, daß etwa der Aufsichtsrat im betrieblichen Ablauf den ganzen Weiterungen nicht gewachsen ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Ich kann Ihnen dies am Beispiel der Struktur der Kontrolle der Intertrading aufzeigen. Die VOEST-Alpine Intertrading GesmbH gehört ja zu den größten Verlustbringern. Ungefähr 2 Milliarden Schilling werden gegenwärtig für das Jahr 1985 an Verlusten prognostiziert. *(Abg. Dkfm. Gorton: 2,4!)* 2,4, möglicherweise.

Wir finden aber die Kontrollen in diesem Bereich der Intertrading statt, meine sehr geehrten Damen und Herren? Es gibt da einen Geschäftsführer, Dr. Preschern, und einen zweiten Geschäftsführer, überraschenderweise — oder weniger überraschenderweise — von der Österreichischen Volkspartei gestellt. *(Rufe bei der ÖVP: Nein, das stimmt nicht!)* Natürlich! Wie werden diese beiden Geschäftsführer jetzt kontrolliert? Es gibt, weil die Intertrading als GesmbH organisiert ist, keinen Aufsichtsrat, sondern es gibt nur ein Arbeitskomitee. Dieses Arbeitskomitee setzt sich zusammen aus verschiedenen Vorstandsleitenden und Direktoren der VOEST und berichtet wiederum an den Vorstand der VOEST, und der Vorstand berichtet an den Aufsichtsrat. Was da aber berichtet worden ist, läßt natürlich manche Zweifel offen, wie ernst die Kontrollaufgaben genommen worden sind.

Ich darf nur auf eines der letzten Protokolle des Aufsichtsrates der VOEST-Alpine AG hin-

weisen. Bis zuletzt war der Optimismus vorherrschend, daß es bei den Spekulationsgeschäften der Intertrading zu keinen tiefgreifenden Verlusten kommt. Generaldirektor Apfalter hat noch vor wenigen Wochen im Aufsichtsrat der VOEST-Alpine AG erklärt, daß sich eine Risikoobergrenze mit etwa 400 Millionen Schilling halten lassen werde. Wir wissen alle, daß das allenfalls ein frommer Wunsch gewesen ist und daß da offensichtlich die Kontrolle nicht funktioniert hat.

Ich erhalte gerade ein Telex des zurückgetretenen Vorstandes der VOEST-Alpine. Darin wird behauptet, daß ein weisungswidriges Verhalten eines Geschäftsführers der VOEST-Alpine Intertrading GesmbH Ursache für die dramatische Verschlechterung des Beteiligungsergebnisses der VOEST gewesen sei.

Herr Bundesminister Lacina! Ich kann nur, wie bereits am Mittwoch, wieder darauf hinweisen, daß es ganz offensichtlich mit dem Rücktritt — wenn man einmal von anderen Konsequenzen absieht — des Vorstandes der VOEST-Alpine AG nicht getan sein wird, sondern daß Sie als Bundesminister dafür Sorge tragen sollen, daß auch personell bei der Intertrading für entsprechende Konsequenzen gesorgt wird.

Ich glaube auch, daß gerade, was diese Spekulationsgeschäfte der Intertrading betrifft, der Frage nachgegangen werden muß: Gibt es eine strafrechtliche Verantwortung? Wurde gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstoßen? Aber gerade diese Frage wird wohl am ehesten korrekt gelöst werden, wenn der Rechnungshof seine Überprüfung aufnimmt und zu einem baldigen Ergebnis kommt. Denn der Rechnungshof ist ja auch in anderen Fällen bereits darangegangen, wenn die Voraussetzungen vorliegen, eine Strafanzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft zu stellen.

Ich möchte im Gegensatz zum Kollegen Dr. Graff der Beurteilung des Rechnungshofes nicht vorgehen, aber ich möchte das Interesse der Freiheitlichen Partei deponieren, daß alle diese Vorfälle rückhaltlos aufgeklärt werden sollen *(Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Stimmen Sie mit uns!)* und daß, wenn es sich als notwendig erweist, natürlich auch vor strafrechtlichen Schritten nicht zurückgeschreckt werden soll. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Kollege Dr. Blenk spricht von einem Eieranzug. Er hat offensichtlich nicht nur den eigenen Antrag nicht gelesen, den die Österrei-

Dr. Gugerbauer

sche Volkspartei heute eingebracht hat, sondern er hat auch der Rede seines Parteikollegen Dr. Taus nicht zugehört. Dr. Taus hat am Mittwoch hier von diesem Pult über die Vorfälle bei der VOEST-Alpine gesprochen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Dieser Dr. Taus hat im Hinblick auf persönliche Verantwortung offensichtlich eine ganz eigene Vorstellung. Ich möchte hinzufügen, eine ganz eigenartige Vorstellung. Ich darf aus dem Redeprotokoll des Kollegen Dr. Taus zitieren:

„Ungeheuerliches! Ich brauche das hier nicht zu übertreiben. Das ist so. Die werden alle aufmucken. Moment! Jetzt haben wir gerade die CA gehabt. Jetzt hauen sie den VOEST-Vorstand hinaus. Ich sage das. Alle neune auf einmal an einem Tag.“

Das war Originalton Josef Taus: „Alle neune hauen sie hinaus.“ Weiter — ich zitiere wörtlich —:

„Der Bundeskanzler löst den Vorstand ab. Ja, Himmel Herrgott! Kennen Sie denn nicht die Regeln, die hier in der Wirtschaft des Westens gelten? Was muß dort los sein? Wenn ich schon so was mache, mache ich es langsam. Das sage ich Ihnen auch. Nicht in 24 Stunden.“ *(Abg. Dr. Stummvoll: Recht hat er gehabt!)* — Zitatende dieser denkwürdigen Rede des Kollegen Dr. Taus.

Dabei ist Kollege Dr. Taus ja gar nicht so weit gegangen wie ein weiterer Kollege der Österreichischen Volkspartei, Herr Dr. Kohlmaier. Auch Dr. Kohlmaier hat es für notwendig gefunden, hier von dieser Stelle aus seine Anmerkungen über personelle Konsequenzen und deren Berechtigung vorzutragen. Ich zitiere Sie, Herr Dr. Kohlmaier, aus Ihrer Rede vom vergangenen Mittwoch:

„Aber wir sollten diese Aktion ‚Sinowatz‘ nicht isoliert sehen, sie fügt sich ja in ein Gesamtbild ein, in dem auch andere Personen aufscheinen, die mehr oder weniger über Nacht eliminiert wurden. Denken wir an den Fall Dr. Nenning, der sicher nicht unser politischer Freund ist, aber der als Außenseiter irgendwo gegolten und auf einmal seinen Sessel vor der Tür gefunden hat — genauso wie die neun Vorstandsdirektoren“. — Zitatende.

Das heißt, hier haben wir einen ganz seltsamen, einen ganz skurrilen Vergleich zwischen dem persönlichen Schicksal des Dr. Nenning auf der einen Seite und dem Schicksal des VOEST-Alpine-Vorstandes auf der anderen Seite.

Wie haben Sie denn am vergangenen Mittwoch die politische Verantwortung gesehen, wie haben Sie denn die persönliche Verantwortung des VOEST-Vorstandes gesehen, wenn Sie von dieser Stelle derartige Ausführungen gemacht haben? *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wissen Sie, daß man einzelne behalten will? Wissen Sie, daß man einzelne des Vorstandes behalten will, daß man jetzt draufgekommen ist, daß man vielleicht den einen oder anderen wieder brauchen kann?)* Aber natürlich weiß ich das, Kollege Kohlmaier. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Dann können Sie nicht so reden!)* Aber aus dem Antrag, den die Österreichische Volkspartei hier eingebracht hat, ist ja klar abzulesen, daß die Österreichische Volkspartei bis jetzt noch nicht einmal genau weiß, was vorgefallen ist. Ist jetzt der VOEST-Vorstand zurückgetreten oder ... *(Abg. Dr. Kohlmaier: Na wissen es?)* — Ja natürlich! *(Abg. Dr. Lichal: Dann erklären Sie es uns! — Weitere Rufe bei der ÖVP.)*

Diese Beurteilungen habe Sie gemacht, Herr Kollege Dr. Lichal. Ich kann Ihnen natürlich zustimmen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Sie sind eben nicht informiert!)* Sie sehen doch die Entwicklung überholt, Kollege Dr. Kohlmaier, Sie sehen doch die Entwicklung einfach überholt, denn tatsächlich hat in der Zwischenzeit eine Eigentümersammlung stattgefunden und ist der Rücktritt des VOEST-Vorstandes angenommen worden. Das sind die Tatsachen, von denen auch Sie ausgehen müssen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Wann war der Aufsichtsrat?)*

Sie wissen aus den Medien auch, Kollege Dr. Lichal, ich glaube, daß Sie ... *(Abg. Dr. Lichal: Wann war der Aufsichtsrat? Können Sie mir sagen, wann?)* Heute um 14 Uhr ist er zusammengetreten. *(Abg. Dr. Lichal: Die sind schon fertig?)* Aber offensichtlich müssen Sie sich mit Ihren Mitgliedern im Aufsichtsrat in ein besseres Einvernehmen setzen *(Abg. Dr. Lichal: Sie sagen die Unwahrheit!)*, dann werden Sie diese Informationen auch bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Dieses ganze Spektakel, das hier in diesen Stunden abläuft, wird inszeniert, um vergessen zu machen, daß die Österreichische Volkspartei einen erheblichen Anteil am Verschulden für die negative Entwicklung des VOEST-Alpine-Konzerns hat. Die Österreichische Volkspartei will das nicht wahrhaben. Ich kann Ihnen dazu aus einigen internationalen Medien zitieren, damit Sie das vielleicht doch etwas ernster prüfen.

10254

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Dr. Gugerbauer

Es hat einen Bericht in der „Neuen Zürcher Zeitung“ gegeben, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Sie zitieren ja dieses Blatt sonst ganz gerne, es steht Ihnen der wirtschaftspolitische Kommentator nicht ganz fern.

Wörtlich schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ heute — ich zitiere —:

„In der Tat waren sich die Politiker, von den Regierungschefs angefangen über die Landeshauptleute beider Großparteien bis hin zu den Betriebsräten, immer einig, wenn es darum ging, Standorte, Produktionen, Arbeitsplätze, betriebliche Sozialleistungen und Lohnniveaus gegen Eingriffe des Vorstandes mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.“ — Zitatende.

Es bleibt der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ — auch einem Blatt eher konservativen Zuschnitts — vorbehalten, die wahren Ursachen noch ein bißchen deutlicher anzusprechen, ebenfalls in einem Bericht vom heutigen Tag. Ich zitiere wiederum:

„Die österreichische verstaatlichte Industrie ist politisch ruiniert worden, weil mit ihr Beschäftigungs- und Regionalpolitik betrieben wurde, die normale unternehmerische Zielsetzung der Gewinnorientierung jedoch abgelehnt worden ist. Die sozialistische Regierung und die der Volkspartei angehörenden Landeshauptleute von Oberösterreich und der Steiermark agierten hier durchaus im gleichen Sinne.“ — Zitatende.

Vielleicht glauben Sie diesen beiden international renommierten Blättern, was heute in Österreich ja jedes kleine Kind weiß: So einfach kann man es sich mit der Schuldzuweisung nicht machen, daß man auf die Bundesregierung zeigt, daß man die verstaatlichte Industrie jetzt von seiten der Österreichischen Volkspartei fallenläßt wie eine heiße Kartoffel, sondern selbstverständlich muß für die Fehlentwicklungen auch und gerade die Österreichische Volkspartei geradestehen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayer: Verantwortlich ist die Regierung, und die muß halt auch einmal nein sagen, auch wenn ein Landeshauptmann etwas anderes sagt! — Heiterkeit und weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es erübrigt sich wohl, auf diesen Zwischenruf eine Antwort zu geben. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayer: Na, was! Sie hätten ja nein sagen können!)* Es ist so, daß wir die Entwick-

lung des VOEST-Alpine-Konzerns nicht in dem Maße bagatellisieren können, wie das hier durch Zwischenrufe der Österreichischen Volkspartei versucht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen uns alle gemeinsam — und das gilt durchaus auch im Sinne der Rede von Dr. Graff für die Österreichische Volkspartei — an die Arbeit machen. Wir müssen versuchen, die VOEST-Alpine AG und mit ihr die gesamte verstaatlichte Industrie wieder auf Vordermann zu bringen. Wir müssen dabei aber auch ehrlich genug sein, daß, von persönlichen Verfehlungen abgesehen, von parteipolitischen Eingriffen abgesehen, eine internationale Strukturkrise gegeben ist, die uns dieses Werk nicht gerade leichter macht.

Auch heute wieder sind in einigen Medien Berichte erschienen, die klar in Erinnerung rufen, daß es im Bereich der Stahlindustrie international tatsächlich die größten Probleme gibt. Das gilt sowohl für die Vereinigten Staaten von Amerika wie für die Bundesrepublik Deutschland, Stichwort ARBED-Saar-Stahl, wie auch für Japan, was schon weniger geglaubt würde.

Ich zitiere aus einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom heutigen Tag: „Der Aderlaß der amerikanischen Stahlhersteller hielt an und die Hoffnung auf eine Gesundung der Branche rückt immer weiter in die Ferne. Die Gründe sind Überkapazität auf dem internationalen Markt, fallende Preise, wachsende Importe und der nachlassende Stahlverbrauch der Autohersteller.“

Weiters der Wallstreet-Analyst Denis Healy: „Die Zahlen sprechen dafür, daß es wahrscheinlich ratsam ist, aus dem Stahlgeschäft auszusteigen oder das Engagement in diesem Bereich einzuschränken.“

Wir haben in den Vereinigten Staaten von Amerika festgestellt, daß diesmal auch der größte amerikanische Stahlproduzent, die US-Steel-Corporation in Pittsbourgh, mit Verlusten abschließt. Das gilt auch für den drittgrößten Stahlkocher der Vereinigten Staaten für die Bethlehem-Steel-Corporation. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayer: Warum ist die VOEST eingestiegen in das amerikanische Stahlgeschäft?)*

Mein sehr geehrter Kollege Dr. Zittmayer! Das ist sicher eine der Fehlentscheidungen, der wir jetzt sicher auf den Grund gehen werden *(Abg. Resch: Das ist halt nicht so leicht wie Milch und Käse verkaufen!)*, aber doch

Dr. Gugerbauer

nicht durch einen Untersuchungsausschuß des Parlaments, dessen Ergebnis von vornherein feststehen soll.

Wenn, dann müssen wir uns ernsthaft alle miteinander an eine Untersuchung machen, ohne Vorgaben, was dabei herauskommt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Wer hat das am Gewissen?)* Dann müssen Sie einem Untersuchungsausschuß auch dann zustimmen, wenn — wie zu erwarten — herauskommt, daß die Österreichische Volkspartei deutlich Mitverantwortung zu tragen hat. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Mag. Schäffer: Herr Gugerbauer! Das ist eine ungeheuerliche Aussage! Ihre Methoden da sind unwahrscheinlich!)*

Kollege Schäffer! Ich habe hier nur Ihren Vorredner, den Abgeordneten Lichal zitiert. Abgeordneter Lichal hat wortwörtlich erklärt: Die Verantwortung liegt bei der Bundesregierung. — So einfach ist das. *(Abg. Dr. Lichal: Wer regiert, trägt die Verantwortung!)* Aber, Kollege Lichal, wenn das so einfach ist, dann ersparen wir uns doch den Untersuchungsausschuß. Dann haben Sie doch den Mut, einen Mißtrauensantrag zu stellen. Dann haben Sie doch den Mut, hier offen zu sagen: Wir brauchen gar nichts mehr zu untersuchen, weil für uns, die ÖVP, schon das Ergebnis feststeht. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wir geben Ihnen noch eine Chance!)*

Aber so einfach ist es eben nicht, ist es nicht für die Regierungsparteien. Wir wollen untersuchen, wir wollen überprüfen, wir wollen die Ursachen feststellen, und dazu brauchen wir zunächst den Bericht des Rechnungshofes. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Aber mit den Konsequenzen der Österreichischen Volkspartei hat es ja so seine eigene Bewandnis. Es wird immer wieder versucht, Schaukämpfe darzustellen, Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung hochzuschaukeln und an den eigentlichen Sachauseinandersetzungen vorbeizusehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein ganz typisches Beispiel: Heute im „Morgenjournal“ wurde Ihr Parteiobmann Dr. Mock gefragt, wie er... *(Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Beschäftigen Sie sich mit der VOEST, auch wenn Ihnen das noch so unangenehm ist!)*

Ich weiß nicht, ob Sie das „Morgenjournal“ heute gehört haben, Frau Kollegin. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Helga Rabl-Stad-*

ler.) Das werden wir jetzt hinterfragen müssen, Frau Kollegin.

Dr. Mock hat in diesem ORF-Interview ausführlich Gelegenheit gehabt, zu Fragen der VOEST Stellung zu nehmen. Dann war die abschließende Frage, die ich Ihnen zitieren darf: „Und wenn sie so eindeutig ist, die politische Verantwortung, wäre dann nicht ein Neuwahlantrag die logische Konsequenz?“ So heute morgen die Frage des Journalisten an Dr. Mock. Die Antwort des Dr. Mock: „Das kann durchaus die Konsequenz sein.“ *(Abg. Graf: Na und!)*

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, Herr Kollege Graf, da darf ich Ihnen eines in Erinnerung rufen. Am 8. Mai dieses Jahres, zwei Jahre nach dem Amtsantritt der Regierung Sinowatz-Steger, haben Sie, die Österreichische Volkspartei, hier in diesem Haus einen Antrag auf vorzeitige Beendigung der XVI. Gesetzgebungsperiode und somit auch Neuwahlen eingebracht. *(Abg. Bergmann: Das war sehr gescheit! — Abg. Dr. Frizberg: Da hätten wir uns vieles erspart!)* Warten Sie nur ab, es kommt schon noch das dicke Ende, Kollege Bergmann.

Einen Tag später wurde dieser Antrag, wie dies in der Geschäftsordnung des Nationalrates vorgesehen ist, dem Verfassungsausschuß zugewiesen, und dort liegt er seither, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Leider!)* Es hat keine einzige Initiative der ÖVP gegeben, im Verfassungsausschuß für eine Behandlung dieses Antrages auf Neuwahlen einzutreten. Sie lassen den eigenen Antrag dort einfach verkümmern *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wir?)*, nach dem Motto: „Nicht einmal ignorieren!“ *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Wer ist denn der Obmann des Verfassungsausschusses? — Abg. Bergmann: Was rechtfertigt das den Lacina?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgeordneter Graff hat seine Einschätzung der negativen Entwicklung bei der VOEST-Alpine AG so zusammengefaßt: Eine kleine Koalition kann keine großen Probleme lösen. — Wiederum das alte Lied der Österreichischen Volkspartei, diesmal nach dem Motto: „So hätten wir es gerne.“

Diese Feststellung, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß variiert werden. Es wird sicher für dieses Debakel der VOEST-Alpine AG — und ich stehe nicht an, es als

Dr. Gugerbauer

Debakel zu bezeichnen — Konsequenzen geben müssen. Aber eines steht mit Sicherheit fest, und dafür habe ich Ihnen ja eine Reihe von Hinweisen und Zitaten gebracht: daß die kleine Koalition zwischen Sozialistischer Partei und Freiheitlicher Partei die Schwierigkeiten, die großen Probleme bei der VOEST-Alpine AG sicher nicht herbeigeführt und verschuldet hat. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer ist an der Regierung?*)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regierungskoalition wird nach Vorliegen des Rechnungshofberichtes alle notwendigen Konsequenzen ziehen. Wir sind dafür, daß alle Konsequenzen gezogen werden, daß dann gegebenenfalls auch ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unterstützt wird. Aber wir werden eines auf jeden Fall nicht zulassen: daß die Österreichische Volkspartei so wie heute versucht, sich aus der Verantwortung davonzustehlen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 15.16

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Burgstaller.

15.16

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! — Herr Dr. Gugerbauer! Sie hätten es uns nicht beweisen müssen, aber Sie haben es eindeutig Ihrem Regierungspartner vor Augen geführt, daß eine kleine Koalition keine großen Probleme lösen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie meinen, es wird von den Ländern hineinregiert. — Meinen Sie das Hineinregieren der steirischen Landesregierung, die 850 Millionen Schilling in den letzten Jahren beschlossen hat für diese verstaatlichten Unternehmungen? Meinen Sie dieses Hineinregieren? Oder was meinen Sie? Das werden Sie wahrscheinlich nicht wissen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Er kann ja das nicht wissen! Er kommt aus Schwanenstadt! — Abg. Haigermoser: Das ist ja keine Fragestunde! — Abg. Scheucher: Wann ist das beschlossen worden? Geben Sie eine Aufklärung!*)

Herr Klubobmann Wille! Ich darf mich an Sie wenden, bezugnehmend auf Ihre Ausführungen, wonach bereits wieder regionale Anmeldungen für die Besetzung von Vorstandsposten gemacht worden sind. (*Abg. Dr. Kohlmaier: So ist es ja!*) Es ist mir klar, daß Sie dem Kollegen Ruhaltinger von Ihrer Fraktion vielleicht mehr glauben als mir, der gestern gemeint hat, wir von der Steiermark hätten bereits eine Anmeldung für die Beset-

zung von Vorstandsposten in der Form vorgenommen, daß es Steirer sein müßten.

Das stimmt nicht, sondern ich habe gemeint, im Zusammenhang mit dem, was man daraus machen kann, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Hälfte der neu zu bestellenden Vorstände in der Steiermark angesiedelt würde, weil wir am Beispiel der VEW sehr deutlich sehen, wie wichtig es ist, daß die Vorstandspositionen an den einzelnen Werken, dort, wo die Arbeit, die Hauptarbeit passiert, angesiedelt werden. Das habe ich gemeint, das möchte ich dazu sagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Ein schwarzer muß es sein!*)

Und noch etwas, Herr Klubobmann Wille, wenn Sie mir Ihr Ohr leihen würden. Sie haben also gemeint, niemals hat irgend jemand Fehlinvestitionen aufgezeigt oder rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht.

Es hat im Jahre 1982 eine „Club-2“-Diskussion gegeben, wo neben anderen Herren auch der Herr Generaldirektor Apfalter und der Herr Generaldirektor Grünwald anwesend waren. Ich habe damals dezidiert darauf aufmerksam gemacht, daß die geplante Drahtweiterverarbeitung in Ferlach eine Fehlinvestition ist. Und trotzdem wurde sie durchgezogen! Ich bin hier im Parlament von Ihren Rednern verurteilt worden. Und heute sehen wir, daß diese Investition, die der Eigentümer und der Vertreter der Eigentümer veranlaßt haben, eine dreiviertel Milliarde Schilling gekostet hat, meine Damen und Herren! Tun Sie das nicht so wegwischen.

„Das Entsetzen über die Entwicklung der VOEST-ALPINE ist allgemein“, so ein Hinweis in der Zeitung „Die Presse“ von heute. Im ganzen Land unserer Republik beschäftigen sich Menschen mit der Frage: Wie ist es zu diesen unglaublichen Entwicklungen gekommen? Wie hoch sind die Verluste tatsächlich? Wie groß ist der Schaden für das Unternehmen? Wie hoch sind die Kosten für eine Reparatur? Was kann überhaupt noch repariert werden?

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Schaden durch die gigantischen Verluste ist eine Seite. Es werden die Schuldigen zu suchen sein. Diese Verluste werden von uns allen in dieser Republik große Opfer abverlangen. Der Schaden durch die Verluste, durch den Verlust von Ansehen, von Image im In- und Ausland, aber vor allem — ich möchte das unterstreichen — im Ausland, ist in erster Linie durch mangelnde Sorgfalt dieser Bun-

Burgstaller

desregierung entstanden. Dieser Imageverlust dieses großen, weltweiten Unternehmens ist für mich fast irreparabel, meine Damen und Herren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Daß ein Unternehmen von dieser Größe, von dieser für die Republik enormen Bedeutung durch eine Panikreaktion über Nacht führungslos geworden ist, daß führende Manager, die weltweit wirtschafts- und industriepolitische Verpflichtungen haben, Termine zu absolvieren haben, plötzlich — ohne vorher informiert worden zu sein — ohne Geschäftsführung dastehen, das hat der VOEST-ALPINE beinahe den Todesstoß versetzt.

Dieser Schaden, der durch eine stümperhafte, durch eine hektische, durch eine amateurhafte — ohne Beachtung der Tragweite dieser Entscheidung — Handlung entstanden ist, ist mindestens so groß wie die Verluste, die heute hier auf dem Tisch liegen. Diese unglaubliche Vorgangsweise, gespickt mit Mißachtung von Gesetzen, mit Äußerungen über Verluste, die sich über Nacht um 1 500 Millionen erhöhen, mit Vorständen, die ihren Rücktritt eingereicht haben, vom Minister und vom Kanzler verkündet zu einem Zeitpunkt, zu dem diese weder eingereicht noch ihren eigenen schon verkündeten Rücktritt gewußt haben, ist hinsichtlich der Schadenshöhe, die angerichtet wurde, unzumutbar.

Aber auch das, was es in diesem Bereich hinsichtlich der Verunsicherung der Arbeiter und der Angestellten, der Techniker und der Kaufleute, der Spezialisten, die es zu Tausenden in diesen Unternehmungen gibt, ist bis heute nicht abzusehen.

Die Fragen der politischen Verantwortung für die Verluste einerseits als auch für die Reaktionen, die zu diesen Verlusten geführt haben: Für diesen Umstand tragen der Bundeskanzler und der Minister die volle Verantwortung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Jahre 1970 hat die ÖVP-Alleinregierung nach einer international sehr schwierigen Zeit die Eisen- und Stahlindustrie, die verstaatlichte Industrie mit einem Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling an eine sozialistische Regierung übergeben. Nach 15 Jahren sozialistischer Industriepolitik, nach beinahe 15 Jahren sozialistischer Strukturpolitik befinden sich die Unternehmungen der ÖIAG-Gruppe seit vielen Jahren in einem bedauernden Zustand.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Jetzt liegt die VOEST-ALPINE in der Inten-

sivstation im Vorzimmer des sozialistischen Ministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr. Der Minister weiß nicht, wie sie dort hingekommen ist, er hat keine Ahnung, wie das passiert ist. *(Abg. Hochmaier: Und Du bist der Leichenträger!)* Daß du eine solche Behauptung in so einer dramatischen Situation noch aufstellen kannst, zeigt nur, welches Verständnis du für diese Industrie hast. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die dramatische Entwicklung der letzten Monate und Jahre ist für den Minister völlig überraschend gekommen. Er war sich der Tragweite dieser Entscheidung gar nicht bewußt.

Herr Minister! Schauen Sie sich die Aufsichtsratsprotokolle an! Seit Jahren wird gerade von den ÖVP-Aufsichtsräten immer wieder Aufklärung über jene Geschäfte verlangt, die sich jetzt als die großen Verlustbringer herausstellen. Schauen Sie sich die Aufsichtsratsprotokolle vom 22. März 1984, vom 4. Juli 1984, vom 3. Oktober 1984, vom 12. Dezember 1984, vom 14. März 1985 an! Gerade Sie als krenzierter Angestellter der ÖIAG, der wissen müßte, wie die verstaatlichte Industrie auch hinsichtlich der Kontrollorgane funktioniert, gerade Sie, Herr Minister, hätte rechtzeitig reagieren und eingreifen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Bundesminister weiß aber von dieser Entwicklung nichts.

Seit Jahren wird von Abgeordneten der Volkspartei, vor allem von unserem Industriesprecher Taus, aber auch vom Wirtschaftssprecher Graf hier im Parlament eine Änderung der Verstaatlichten-Politik, eine Änderung der Industriepolitik, eine Änderung der Wirtschaftspolitik verlangt. Es wurde eindringlich hier im Hohen Haus vor verschiedenen Geschäftspraktiken in diesen Unternehmungen gewarnt.

Es wurde Aufklärung verlangt über jene Geschäfte im In- und Ausland, die gewaltige Verluste einbringen, während die Arbeiter und Angestellten in der Verstaatlichten mehr leisten als je zuvor in der Geschichte dieser Unternehmungen. Nur der verantwortliche Minister weiß davon nichts, nur der verantwortliche Bundeskanzler weiß von dieser Entwicklung nichts.

Der Bundeskanzler und der Minister sprechen jetzt von „nationalen Anstrengungen“, wenn es um die Reparatur der Fehler und der Versäumnisse der Vergangenheit geht, von jener nationalen Kraftanstrengung, von

10258

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Burgstaller

denen Abgeordnete der Volkspartei hier im Parlament vor Jahren bereits gesprochen haben, von diesem nationalen Konsens in diesen schwer getroffenen verstaatlichten Unternehmen. Zwei Jahre danach ist es so, wie es immer wieder von den Sozialisten gemacht wird.

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Notwendigkeit einer nationalen Kraftanstrengung für Österreichs größtes Unternehmen, für die Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten, für die Arbeiter und Angestellten. Diese Arbeiter und diese Angestellten wollen aber auch wissen, wer die Schuldigen für diese Misere, die sie letztlich um die Früchte ihrer schweren Arbeit gebracht haben, sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen eine Klärung dieser Fragen im wirtschaftlichen, im unternehmerischen, im kontrollierenden, aber auch im politischen Bereich.

Ich fordere daher nochmals Sie von der Sozialistischen Partei und von der Freiheitlichen Partei auf: Stimmen Sie diesem von uns verlangten und beantragten Untersuchungsausschuß zu! *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.30

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lacina. Bitte.

15.30

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst zur Behauptung des Herrn Abgeordneten Graf — ich glaube, ein ähnlicher Vorwurf wurde auch vom Herrn Abgeordneten Lichal erhoben —, ich hätte das Hohe Haus falsch informiert.

Ich darf darauf hinweisen — ich zitiere aus den Manuskripten meiner beiden Erklärungen von vorgestern —, daß ich folgendes dem Hohen Haus mitgeteilt habe:

Ich habe nach Erhalt dieser Informationen — das war meine Erklärung am Morgen dieses Tages — den Vorsitzenden des VOEST-ALPINE-Aufsichtsrates Präsident Dr. Fuhrmann, den Vorsitzenden des ÖIAG-Aufsichtsrates Dr. Staribacher und Mitglieder des Vorstandes der ÖIAG konsultiert und von ihnen erfahren, daß angesichts der dramatischen Verlusterrhöhung Generaldirektor Apfalter seinen Rücktritt angeboten hat. Ich habe den von Generaldirektor Apfalter angebotenen Rücktritt akzeptiert und ihm mitgeteilt, daß

der Rücktritt des gesamten Vorstandes erwartet wird.

Im Verlauf des 26. November wurde mir von Generaldirektor Apfalter telefonisch mitgeteilt, daß alle sich in Österreich befindlichen Vorstandsmitglieder diesen Schritt vollziehen werden.

Und ich habe noch hinzugefügt: Ich bin sicher, daß die beiden sich im Ausland befindlichen Vorstandsmitglieder dieselben Konsequenzen ziehen werden.

Auf die dringliche Anfrage der Österreichischen Volkspartei, die am Nachmittag zur Debatte stand, habe ich folgendermaßen geantwortet:

Zur Frage 4: Der Generaldirektor der VOEST-ALPINE hat mir gegenüber sein Rücktrittsangebot mit dem Vertrauensverlust von seiten des Eigentümers begründet. Er hat mir weiters gestern mitgeteilt, daß sich die anderen Vorstandsmitglieder seinem Schritt anschließen.

In Beantwortung der Frage 5 habe ich es ganz deutlich gesagt: Da der Rücktritt des Vorstandes erst mit der Annahme durch den Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE rechtskräftig wird, wird der gegenwärtige Vorstand bis zu diesem Zeitpunkt in Funktion bleiben. In der Aufsichtsratsitzung, die für 29. 11. 1985 — das ist also heute — einberufen wurde, ist die Bestellung eines neuen Generaldirektors vorgesehen. — Das zu Ihrem ersten Vorwurf.

Zum zweiten hat der Herr Abgeordnete Graf gemeint, daß es sich bei zahlreichen Projekten der verstaatlichten Industrie, insbesondere der VOEST-ALPINE, um politische Projekte gehandelt habe. Er hat unter anderem die Projekte OKI, AMI und Pöls erwähnt. Ich darf darauf hinweisen, daß es in allen diesen Fällen tatsächlich zu einer politischen Zusammenarbeit gekommen ist, und zwar zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Unterstützung dieser Projekte.

Wenn damit gemeint war, daß das politische Projekte in dem Sinn seien, daß es darum geht, die Umstrukturierung in der Steiermark voranzutreiben, dann bekenne ich mich dazu. Ich bekenne mich auch dazu, daß es eine Reihe weiterer solcher Projekte gegeben hat, die allerdings vom Herrn Abgeordneten Graf nicht erwähnt worden sind, wahrscheinlich deswegen nicht, weil sie durchaus erfolgreich sind, wie etwa Leoben-Hinterberg oder auch Kindberg.

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

Ich glaube, daß es durchaus in Ordnung ist, daß solche Projekte durchgeführt werden. Die Politik, die hier betrieben wurde, war keine Parteipolitik, sondern das war Beschäftigungspolitik, Regionalpolitik, und dazu bekenne ich mich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich nehme aber an, daß der Herr Abgeordnete Graf eigentlich gemeint hat, daß das parteipolitisch gefärbte Projekte seien. Ich glaube nicht, daß ich ihm sagen muß, wer in der Steiermark Landeshauptmann ist und welcher Partei dieser angehört. Es kann sich daher nicht um, wie er gemeint hat, die „Politik der sozialistischen Beschäftigungssicherung“ handeln, sondern ganz im Gegenteil — und das ist in der Öffentlichkeit bekannt; wir haben darüber einige Male, der Herr Abgeordnete Burgstaller weiß das, hier im Hohen Hause diskutiert —: Gerade die Frage der Arbeitsplatzgarantie — meiner Ansicht nach ein verfehltes Konzept — wurde von mir immer abgelehnt. Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete Graf damit recht haben kann, wenn er sagt, wir hätten eine parteipolitische Linie in der verstaatlichten Industrie durchgesetzt.

Hohes Haus! Insgesamt, glaube ich — und erlauben Sie mir, dazu einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen —, hat der Herr Abgeordnete Graf gemeint, daß es eigentlich darum ginge, daß ich Dinge durchzusetzen hätte. Und ich gebe ihm da recht, allerdings — und das muß ich auch dazu sagen — im Rahmen der mir gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten. Das heißt, meine Möglichkeit ist folgende: Ich bin Eigentümerversorger des Bundes bei der ÖIAG, das heißt, ich habe dort das Eigentum der Republik Österreich in der Hauptversammlung zu vertreten. Mir steht nicht das Recht zu — wie etwa einem Eigentümer in einer privaten Aktiengesellschaft oder in anderen öffentlichen Unternehmungen —, zum Beispiel die Mitglieder des Aufsichtsrates auszuwählen, denn es ist bekannt, daß durch das ÖIG-Gesetz erstens die Mitglieder des Aufsichtsrates von den im Parlament vertretenen politischen Parteien nominiert werden und zweitens, daß dieser Aufsichtsrat so zusammengestellt ist, daß er die Kräfteverhältnisse dieses Hohen Hauses widerspiegelt.

Dazu kommen zwei Vertreter der Bundesregierung: ein Vertreter des Finanzministeriums und ein Vertreter des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr. Es sind zwei Beamte, die in diesen Aufsichtsrat von der Bundesregierung entsandt werden. So liegen die Dinge.

Aber zweifellos habe ich als Eigentümerversorger eine hohe Verantwortung zu tragen, eine hohe politische Verantwortung, und ich bekenne mich zu ihr, Herr Abgeordneter Lichal. Und deswegen verstehe ich folgendes nicht: Auf der einen Seite verlangen Sie von mir, Dinge durchzusetzen. Wenn es aber — und ich glaube, daß das tatsächlich in diesem sehr schwierigen Fall notwendig war — rasch zu handeln und etwas zu tun gilt, was zweifellos, ich bekenne mich dazu, Entscheidungen in den Organen präjudiziert, etwa die Designierung eines Generaldirektors, dann wird das von Ihnen auch nicht akzeptiert. Da sagt dann der Herr Abgeordnete Taus: Das ist zu schnell gegangen, das ist nicht ruhig genug gegangen, das hätte man langsamer machen müssen.

Ja wenn man das langsamer gemacht hätte, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, so wäre ich der letzte gewesen, der nicht verstanden hätte, daß Sie dann — mit gutem Recht — gesagt hätten: Wo ist denn hier der Eigentümer? Ja warum wird denn nicht gehandelt? — Daher bekenne ich mich zu dieser Handlungsweise. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich darf zur Frage der Konsequenzen, das ist auch eine Frage der bestehenden Verträge, sagen: Ich habe heute mit Herrn Professor Kastner gesprochen, und er hat mir gesagt, daß das, was die Rücktrittserklärungen enthalten, die strengstmögliche Formulierung ist, die angewendet werden kann.

Es wird in jedem Fall untersucht werden, und zwar nicht nur bei der VOEST-ALPINE, sondern auch bei ihren Tochtergesellschaften, insbesondere bei der Intertrading, ob es hier schuldhaftes Verhalten gegeben hat. Es ist doch keine Frage, daß auch die Unternehmensorgane, die neu berufen werden, sich selbst schuldhaft verhalten würden, wenn sie nur einen Groschen mehr an Vorstandsmitglieder zahlen, als gerechtfertigt ist; an Vorstandsmitglieder, die sich entweder nicht schuldhaft oder eben auch schuldhaft verhalten haben.

Hohes Haus! Ich ersuche darum, bevor diese Prüfungen, die keine ganz einfachen sind, nicht abgeschlossen sind, nicht ein vor schnelles Urteil zu fällen. Und ich möchte dieses Ersuchen insbesondere deswegen stellen, weil der Herr Abgeordnete Graf, und zwar völlig undifferenziert, vom Management der verstaatlichten Industrie insgesamt sprechend, das Wort „Konkursanten“ gebraucht hat. Dieser Pauschalvorwurf, meine sehr ver-

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

ehrten Damen und Herren, muß von mir zurückgewiesen werden! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Dieser Pauschalvorwurf, der in seiner Rede enthalten war, muß von mir zurückgewiesen werden im Interesse der 100 000 Beschäftigten in jenen Unternehmen, die von Managern geleitet werden, die der Herr Abgeordnete Graf hier als „Konkursanten“ bezeichnet hat.

Ganz egal, welcher Partei sie angehören, oder ob sie keiner Partei angehören, ich ersuche, daß wir auch in dieser schwierigen Situation den sachlichen Ton nicht verlassen und nicht zu einer pauschalen Diskreditierung von Vorstandsmitgliedern, von Aufsichtsratsmitgliedern der verstaatlichten Unternehmen kommen.

Ein noch ernsterer Vorwurf, der von Herrn Abgeordneten Graf erhoben wurde, war der, daß er gemeint hat, es werde mit einem Wechsel im Management an der Spitze der VOEST-ALPINE ein Ölspekulant durch einen anderen ersetzt. Er hat sich dabei bezogen auf eine Mitteilung, die gestern im „Club 2“ von einem Mann gemacht worden ist, der von seinem Unternehmen fristlos entlassen wurde. Nicht daß ich aus dieser Tatsache allein eine Unglaubwürdigkeit dieses Mannes herleiten würde — überhaupt nicht —, ich habe das auch gestern nicht getan, und diese Überraschung, sehr geehrter Herr Abgeordneter Bergmann, die war tatsächlich da, und zwar aus dem Grund, weil mir das, was dort gesagt wurde, neu war. (*Abg. Dr. Lichal: Die hat ja Bilanzen gelegt!*)

Herr Abgeordneter Lichal, darf ich Ihnen das erläutern. (*Abg. Pechtl: Ab nach Niederösterreich! — Abg. Dr. Lichal: Sagen Sie dem Pechtl, er soll ruhig sein! — Abg. Pechtl: Sei ruhig, sonst sage ich dir die Müllner-Geschichte!*)

Es ging darum, daß ich heute die dafür Zuständigen, nämlich den Generaldirektor der Chemie Linz AG, Herrn Dr. Kirchweger, das Vorstandsmitglied Nisslmüller und den Geschäftsführer der Merx, Herrn Scheichl, bei mir zu einer Besprechung hatte und mir von ihnen eine Darstellung ihrer Geschäftstätigkeit geben ließ.

Da wurde mir das bestätigt, was in allen Berichten an den Aufsichtsrat, in allen Berichten der ÖIAG ganz klar herausgekommen ist, nämlich — und da darf ich Sie doch darum bitten, in diesen komplizierten Zusammenhängen, die gar nicht so leicht darzustel-

len sind, den Unternehmen, die hier tätig sind, im Sinn der Erhaltung von Arbeitsplätzen, im Sinne der Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen —:

Dieses Unternehmen, die Firma Merx, hat Tauschgeschäfte, Bartergeschäfte durchgeführt wie die Firma Intertrading, allerdings mit der Ausnahme, daß sie nur das Service zur Verfügung gestellt hat. Es wurden also etwa Lastwagen österreichischer Provenienz gegen ... (*Abg. Dr. Lichal: Das Öl interessiert uns!*) Herr Abgeordneter, mein nächstes Wort wäre „Öl“ gewesen.

Es wurden Lastwagen österreichischer Provenienz gegen Öl oder andere Produkte getauscht, allerdings auf Risiko des Verkäufers der Lkws. Aber kein Zweifel, das ist im Umsatz der Merx mitenthalten, Herr Abgeordneter Lichal, weil Sie immer davon ausgehen, ein hoher Umsatz bedeutet schon das hohe Risiko. (*Abg. Dr. Lichal: 80 Milliarden Schilling, haben wir gehört!*) Einen Augenblick, Herr Abgeordneter Lichal! (*Abg. Dr. Lichal: Daß das alles kompliziert ist, Herr Minister, glaube ich, aber es fehlen 6 Milliarden Schilling, und die muß der Steuerzahler zahlen! — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Lichal, entschuldigen Sie, ich gewinne den Eindruck, daß Sie an einer wirklichen Aufklärung nicht interessiert sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Zielsetzung des Unternehmens ist vor allem die Unterstützung der Produktion und des Verkaufs der Produkte der Chemie Linz AG. Es ist dies eine nicht ganz unkomplizierte Sache, denn es geht hier zum Beispiel um Vorprodukte aus der Petrochemie, das heißt, es geht auch darum, ganz wichtige Herzbereiche der Chemie Linz durch solche Handelsgeschäfte, durch einen solchen Warenaustausch abzudecken.

Ein dritter sehr wesentlicher Unterschied zwischen dem, was VOEST-ALPINE Intertrading offenbar gemacht haben dürfte — ich sage das sehr vorsichtig, weil ich tatsächlich keinem Ergebnis, keinem Prüfungsergebnis vorgreifen will und kann —: Nach meinen bisherigen Informationen wurden dort tatsächlich nicht die gesamten Umsätze, sondern nur die Spannen in den Umsatzbereich mit hineingenommen, sodaß ein Vergleich zwischen Merx und Intertrading nur von den Umsatzzahlen her allein in die Irre führen muß.

Schließlich: Es ist das Geschäft der Merx

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

ausschließlich am Standort des Unternehmens durchgeführt worden, nicht an anderen Standorten, also etwa nicht in London und nicht in New York, und daher konnte — auch überprüfbar — das Risiko so minimal gehalten werden, wie das dem Aufsichtsrat berichtet worden ist. Es konnte so minimal gehalten werden, daß gesagt werden kann, daß es 40 Millionen Schilling nicht überstiegen hat. Es sind Geschäfte so abgeschlossen worden, daß kein höheres Risiko dabei entstehen kann. Genau das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, wurde auch berichtet von der VOEST-ALPINE Intertrading an den Aufsichtsrat, und an genau das haben sich ganz offenbar die Manager der VOEST-ALPINE Intertrading nicht gehalten.

Erlauben Sie mir eines: Es gibt zwischen dem Eigentümer-Vertreter, dem Aufsichtsrat und dem Vorstand ein Vertrauensverhältnis. Es ist vollkommen klar, daß Vertrauensverhältnisse allein nicht genügen, sondern daß auch Kontrolle notwendig ist.

Aber eines, glaube ich, sollte man doch akzeptieren: daß — Herr Abgeordneter Burgstaller hat darauf hingewiesen — mehrfach, vielfach gefragt wurde. — Die Fragen waren nicht nach Fraktionen geteilt, Auskünfte nach Verlusten werden nie nach Fraktionen eingeholt, die Verluste sind ja auch leider nicht bestimmten Fraktionen zuzuschreiben, sondern die müssen leider vom Steuerzahler getragen werden. — Das bedeutet, es wurde gefragt, es wurde untersucht, es wurden Berichte angefordert, es hat Protokolle gegeben über Besprechungen, es hat den Versuch gegeben, gerade diese sehr empfindlichen Geschäfte ganz genau zu kontrollieren.

Offenbar wurde bewußt oder unbewußt falsch informiert, es wurde bewußt oder unbewußt Kontrolle verhindert, so daß tatsächlich für alle ein überraschendes Ergebnis, nämlich ein Ergebnis, das nicht zu rechtfertigen ist, ein Ergebnis, das Konsequenzen nach sich ziehen muß, erzielt worden ist. Ich glaube, das ist es, was wir in Zukunft zu vermeiden haben, das ist es, was sicherlich nicht vorkommen darf und was strafrechtliche Konsequenzen haben muß, zu denen ich mich voll bekenne.

Es wird die Aufgabe der Organe sein, die entsprechenden Verantwortlichen in diese Verantwortung zu nehmen und auch die entsprechenden Schritte zu setzen. Anders kann es nicht gehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Schließlich, sehr verehrter Präsident, Hohes Haus, möchte ich ausdrücklich anerkennen, daß hier die Vertreter der Oppositionspartei eine Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Probleme angeboten haben. Zu dieser Zusammenarbeit muß es geradezu kommen, denn es sitzen die Vertreter, die von den politischen Parteien entsandt worden sind, die natürlich nicht den politischen Parteien verantwortlich sind, Gott sei Dank, sondern den Unternehmen, in den Gremien; die müssen ja zusammenarbeiten. Ich bin davon überzeugt, daß sie das tun werden.

Ich kann Ihnen heute auch davon berichten, daß ein solches gutes Beispiel der Zusammenarbeit heute gesetzt wurde. Ich darf aus einer Presseaussendung zitieren, die der Aufsichtsrat der ÖIAG heute herausgegeben hat, und ich glaube, daß die Aktualität die Verlesung dieser Presseaussendung rechtfertigt.

„In seiner heutigen Sitzung hat der Aufsichtsrat der ÖIAG den Vorstand beauftragt, in Zusammenarbeit mit in- und gegebenenfalls ausländischen Wirtschaftsprüfern so schnell wie möglich einen konsolidierten Status der VOEST-ALPINE zu erarbeiten und dem Aufsichtsrat umgehend vorzulegen.“

Unter „konsolidiert“ ist hier die Einbeziehung aller in- und ausländischen Konzern- und Beteiligungsgesellschaften und damit zusammenhängender Verpflichtungen zu verstehen.

Ferner wurde der Vorstand beauftragt, im Sinne des einstimmigen Beschlusses des Nationalrates vom 28.11. die betreffenden Prüfungen im Zusammenhang mit der Geschäftsführung der VOEST-ALPINE AG durchzuführen und die Ergebnisse umgehend dem Aufsichtsrat vorzulegen.

Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat über die Angelegenheit VOEST-ALPINE-Verlust und insbesondere Verluste der Intertrading eine chronologische Darstellung gegeben.

Die vom Vorstand der VOEST-ALPINE erteilten Auskünfte geben keinen Anlaß zum Einschreiten. Der Aufsichtsrat der ÖIAG hat sich darüber informiert, daß im Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE regelmäßig nach der Entwicklung und der Situation der Firma Intertrading eingehende Auskünfte verlangt wurden.

In diesem Zusammenhang wurde ferner berichtet, daß der Vorstand der VOEST-

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

ALPINE AG gegenüber dem Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE AG wiederholt Erklärungen hinsichtlich der strengen Limitierung von Termingeschäften der VOEST-ALPINE Intertrading abgegeben hat, wobei der maximale Risikorahmen angegeben wurde.

Der Aufsichtsrat der ÖIAG stellt also fest, daß er alles veranlaßt hat, was in seiner Kompetenz liegt, und weist pauschale diskriminierende Äußerungen bezüglich der Qualifikation seiner Mitglieder zurück.

Der Aufsichtsrat hat dem Antrag des Vorstandes bezüglich der Eigenkapitalzuführung in der Höhe von 3 635 Millionen Schilling an die VOEST-ALPINE einstimmig zugestimmt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Fragen, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben, sind nunmehr beantwortet, wie ich glaube, mit diesem einstimmig gefaßten Beschluß des Aufsichtsrates der Österreichischen Industrieverwaltungs AG.

Ich erachte es als äußerst positiv, daß es zu dieser schnellen Reaktion gekommen ist. Es zeigt, daß die Organe der verstaatlichten Industrie — aber insbesondere die Art, wie wir das versucht haben — versucht haben, den Schaden einzugrenzen in Verantwortung für die 70 000 Beschäftigten der VOEST-ALPINE, für viele andere, die mit diesem Konzern direkt oder indirekt verbunden sind, als Kunden, als Lieferanten, und damit auch im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft, um Schaden, um noch größeren Schaden von ihr abzuwenden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.53

Präsident: Zum Wort kommt der Abgeordnete Resch.

15.53

Abgeordneter Resch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auf die Ausführungen des Kollegen Burgstaller einzugehen, glaube ich, ist sinnlos, aber auch überflüssig. Ich habe noch nie einen Betriebsrat erlebt, der so das eigene Nest beschmutzt, der ein so gestörtes Verhältnis zum eigenen Unternehmen hat, aber man kennt ja sein Miniformat, und deshalb hält sich der Schaden noch in Grenzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abgeordneter Dr. Blenk: Primitiv!)*

Herr Kollege Blenk, ich darf Ihnen auch eines sagen, gerade Ihnen einmal, bei dieser Gelegenheit: Ich gehöre dem Parlament seit 1982 an, und außer von Ihnen sind noch von niemandem in diesem Haus so überflüssige

Zwischenrufe gekommen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn wir uns heute hier im Hohen Haus zum zweiten Mal in dieser Woche mit der verstaatlichten Industrie beschäftigen, dann ist bei mir noch immer Betroffenheit, dann ist bei mir noch immer Nichtbegreifen vorherrschend.

Als ich von der Situation in der VOEST-ALPINE erfuhr, war mein erster Gedanke nicht, Herr Kollege Burgstaller: Wie wird es meiner Partei, der SPÖ, gelingen, das als etwas nicht mit Parteipolitik Verbundenes hinzustellen, oder wird es uns gelingen, den Anteil an Verantwortung, den die ÖVP-Vertreter am Desaster haben, klar herauszustreichen?

Nein, meine Damen und Herren! Mein erster Gedanke war: Was bedeutet dies für die Familien der über 70 000 dort Beschäftigten? Wie kann man diesen Menschen die Angst vor dem Verlust ihrer Arbeit, Ihres Arbeitsplatzes nehmen? Ich bin davon überzeugt, daß das eine wesentliche Aufgabe für uns Politiker ist, und ich hoffe, daß uns das bisher wenigstens teilweise gelungen ist.

Bundeskanzler Sinowatz und Minister Lacina haben Ihre positive Haltung zur verstaatlichten Industrie klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich bin aber froh, daß dies auch der Abgeordnete Taus, trotz einiger Vorbehalte, getan hat, aber nicht verstehen kann ich hingegen die Versuche der anderen Redner der Opposition, die nach Eintritt dieser furchtbaren Situation über Nacht behaupteten, sie hätten den Stein der Weisen gefunden oder schon immer besessen, dieses angebliche Besserwissen mit dem Schlagwort „Kurswechsel“ dann aber wieder bewenden ließen.

Aber auch der Zynismus, der vielfach durchklang, war nicht nur für mich erschreckend. Ich habe mit Enttäuschung die Rede des ÖVP-Wirtschaftsbundsekretärs Schüssel vernommen, der sagte: Abfalter geht, Ruhaltiger bleibt! Wollte er damit den Betriebsräten ihr Engagement für die Belegschaft vorwerfen? Was erwartet Schüssel von einem Belegschaftsvertreter? Soll er seine Aufgabe nicht wahrnehmen? Soll er nur Arbeitgeberinteressen vertreten? *(Abg. Dr. Blenk: Nein, aber mitverantworten!)* Das, was Betriebsräte bei der Kollektivvertragsverhandlung erreichen, Herr Kollege Blenk, ist Ihnen wahrscheinlich fremd, ist ein gemeinsam ausge-

Resch

handeltes Ergebnis, zu dem sich bisher alle Partner bekannt haben.

Schauen wir uns doch die Durchschnittsverdienste in der verstaatlichten Industrie an. Wie liegen die Verdienste in diesen Betrieben im Bereich der Schwerindustrie mit kontinuierlichem Schichtdienst, härtester körperlicher Anstrengung? — Diese Verdienste liegen nicht höher als in anderen Betrieben mit normalem Achtstundentag.

Allein daraus, Herr Kollege Blenk, erkennt man das Verantwortungsbewußtsein, das für die Vertreter der Arbeitnehmer darüber hinausgehende Verständnis für die wirtschaftliche Situation der Unternehmen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn man die Medien verfolgt, dann überwiegt leider die Sensationslust, sachliche Berichterstattung erscheint manchem Journalisten fremd.

Aber was wir brauchen, Hohes Haus, ist, daß wir nach Diskussionen zu Ergebnissen, nach Ergebnissen zu Entscheidungen und nach Entscheidungen zu Taten kommen. Wenn heute die Opposition wiederum einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangt, dann ist das sicher ihr gutes Recht. Wenn die ÖVP dies aus Sorge um die Betriebe täte, dann wäre es verantwortungsbewußt. Wenn die ÖVP dies täte, weil ihr Informationen fehlen, dann wäre es verständlich. Wenn die ÖVP dies täte, um weiteren Schaden zu vermeiden, dann wäre es sinnvoll.

Aber die ÖVP tut dies nicht aus all diesen Gründen, und deshalb ist es auch abzulehnen. Uns, Herr Kollege Bergmann, erscheint eine Prüfung durch den Rechnungshof wesentlich sinnvoller. Mein Klubobmann Wille hat dies, glaube ich, ausführlich begründet. Die ÖVP hat die volle Information.

Kollege Taus hat die Vertreter im Aufsichtsrat im „Club 2“ gestern „Laienspieler“ genannt. Hier muß auch ich ihm widersprechen. Für mich sind das hochrangige, auch politisch tätige Wirtschaftsmanager, denen man sicherlich nichts vormachen kann. Die ÖVP hat die volle Information aus dem Vorstand, denn dieser ist nicht, wie zum Beispiel bei der SAKOG, monokolor besetzt, und ich befürchte, wenn wir einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß hätten, würde der angerichtete Schaden nur noch größer werden, weil der eingetretene internationale Prestigeverlust durch dauernde Medienpräsenz auf lange Zeit zementiert würde. Notwendige

Maßnahmen würden durch politisches Hickhack behindert, wenn nicht gar verhindert.

Wir sind deshalb der Überzeugung, daß die zu bestellenden Manager unsere volle Unterstützung brauchen, nicht aber unsere Einmischung. Wir sind davon überzeugt, daß die über 70 000 Beschäftigten der VOEST-ALPINE und ihre Familien unser Verständnis brauchen, nicht aber eine dauernde Präsenz in den Medien.

Wenn die ÖVP ihren Beitrag zur Sanierung leisten will, dann soll sie ihre besten Leute entsenden. Wenn sie die Verantwortung scheut, dann soll sie auf die Macht verzichten. Für unsere Betriebe, für die gesamte Wirtschaft ist das Miteinander das Allerwichtigste. Stellen wir das Trennende klar in den Hintergrund!

Hohes Haus! Die Eigentümerversorger, der Bundeskanzler und der zuständige Minister, haben schnell gehandelt, nicht in Panik, wie die Opposition das behauptet, sondern so, wie es in einer Ausnahmesituation notwendig ist.

Untersuchungen: Ja, auch über die Berechtigung von Entgeltfortzahlungen an unfähige, grob fahrlässige Manager, denn diese bringen die gesamte Bevölkerung zu Recht in Wut.

Porzellan ist genügend zerschlagen, versuchen wir gemeinsam den Schaden zu begrenzen. Beweisen wir als Politiker, daß uns mehr gelingt als parteipolitisches Hickhack, daß uns mehr gelingt als politisches Alltagsgeplänkel. Beweisen wir als Politiker, daß wir hinter den Beschäftigten stehen. Setzen wir aber auch ein Signal für die Kunden der VOEST-ALPINE, daß dieser Betrieb ein guter Partner war, ist und bleibt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Mittelzuführung macht uns Sorgen, das geben wir offen zu. Wir bekennen uns dazu genauso wie zur Bereitstellung von jährlich weitaus höheren Beträgen für die Landwirtschaft.

Lassen Sie mich aber heute die Gelegenheit benützen, einmal etwas Positives aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie zu berichten.

So ist es unter anderem gelungen, die AMAG, die frühere VMW-Ranshofen, aus der Verlustzone zu bringen. Dies ist — ich glaube, das doch feststellen zu müssen — ein Verdienst der dort Beschäftigten, die zum Teil schmerzliche Einkommenseinbußen hinnah-

10264

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Resch

men, eines guten Managements, eines entsprechenden Weltmarktpreises, des Einstiegs in die Hochtechnologie und einer bereits abgeschriebenen, jedoch veralteten Elektrolyse.

Doch eines wird auch diesem Unternehmen nicht gelingen: den in erster Linie aus Umweltgründen vorzuziehenden erforderlichen Neubau einer Elektrolyse selbst zu finanzieren. Erlauben Sie mir, einige Gedanken dazu auszusprechen.

Die Wirtschaftlichkeit einer neuen Elektrolyse steht und fällt mit dem Strompreis. Wie könnte man diesen günstig gestalten, ohne daß jemand von versteckter Subvention spricht? — Durch einen Rückkauf der für das Werk Ranshofen errichteten Anteile an den österreichisch-bayrischen Kraftwerken, durch eine Beteiligung der E-Wirtschaft an der Elektrolyse selbst oder durch eine Beteiligung der AMAG an einem der zu bauenden Donaukraftwerke?

Um von verbalen Zusagen des oberösterreichischen Landeshauptmanns zur direkten finanziellen Beteiligung des Landes zu kommen, sollte ein Staatsvertrag nach § 15 a mitüberlegt werden.

Ich benütze heute gerne die Gelegenheit dazu, dem zuständigen Minister Lacina für sein in den bisherigen Gesprächen immer wieder gezeigtes großes Verständnis und seine positive Einstellung zum Neubau der Elektrolyse zu danken. Wir brauchen für diese Region, aber auch für die österreichische Wirtschaft überhaupt eine neue Elektrolyse, nur damit ist der Standort aufrechtzuerhalten, nur dann haben wir auch das moralische Recht, mehr von den benachbarten bayrischen Betrieben an Umweltschutz zu verlangen. Wenn wir zusammenfassend, meine sehr verehrten Damen und Herren, die allgemeine Situation der verstaatlichten Industrie, trotz dieses uns alle überraschenden Desasters bei der VOEST-ALPINE, betrachten, dann sollten wir trotzdem vorsichtigen Optimismus haben. Diesen Zweckoptimismus mit guten Ergebnissen zu bestätigen, wird bei den Managern liegen. Wir Sozialisten bekennen uns zu einer gemischten Wirtschaftsform, zu einem Nebeneinander von privater und verstaatlichter Industrie und werden alles dazu beitragen, damit diese Wirtschaft floriert, in Interesse der dort Beschäftigten, aber auch im Interesse der gesamten Bevölkerung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.05

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter König.

16.05

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister Lacina hat sich heute, — und ich sage: erfreulicherweise — zu seiner Verantwortung als Eigentümervertreter der verstaatlichten Industrie innerhalb der Bundesregierung bekannt.

Und so, wie er in seinem Bericht hier festgehalten hat, daß Generaldirektor Apfalter deshalb seinen Rücktritt angeboten hat, weil die Vertrauensbasis nicht mehr gegeben war, Apfalter jedoch als der Generalverantwortliche für die VOEST-ALPINE auch das Vertrauen des Eigentümers und des Eigentümervertreter besitzen muß, so ist die Frage legitim, inwieweit der zuständige Eigentümervertreter, also der Herr Bundesminister, dem Vertrauen, das er empfangen hat, gerecht oder nicht gerecht geworden ist, weil die Aufrechterhaltung dieser Vertrauensbasis auch für ihn die entscheidende Frage ist, inwieweit er der geeignete Mann dafür ist, die Sanierung einzuleiten. *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Nun haben die beiden Regierungsfraktionen einen Antrag auf Prüfung durch den Rechnungshof eingebracht, der hinsichtlich der politischen Verantwortung nichts enthält. Das kann auch der Rechnungshof schwer prüfen; ich stelle aber fest, daß auf Grund des Antrages überhaupt kein Ansatzpunkt dafür besteht, denn der Antrag enthält nichts hinsichtlich der politischen Verantwortung.

Der Antrag, den wir vorgelegt haben, auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sollte genau diese Lücke füllen. Dadurch sollte festgestellt werden, ob die Bundesregierung, insbesondere der Herr Bundeskanzler als der früher Verantwortliche und der Herr Bundesminister Lacina als der derzeit verantwortliche Eigentümervertreter, ihrer politischen Verantwortung nachgekommen sind oder nicht. Denn die Tatsache, daß sie die Verantwortung tragen, heißt noch nicht, daß sie dieser Verantwortung auch nachgekommen sind. Das kann nur im Rahmen eines Untersuchungsausschusses festgestellt werden.

Nicht nachgekommen, Herr Bundesminister, wären Sie zweifelsohne etwa dann, wenn Sie von den Ereignissen bei der VOEST-ALPINE gewußt und nicht gehandelt hätten.

Dkfm. DDr. König

Ob das der Fall war, will ich nicht beurteilen, denn das zu klären, ist legitimes Anliegen des Parlaments. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie wären gut beraten, wenn Sie dem Parlament diese Aufgabe auch zuweisen würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch einmal, ich will von Haus aus hier nicht behaupten, daß der Herr Bundesminister dieser seiner Verantwortung, nämlich zu handeln, sobald er davon gewußt hat, nicht nachgekommen ist. Aber es gibt immerhin einige Fakten, die nachdenklich stimmen und die doch Zweifel aufkommen lassen, ob Sie, Herr Bundesminister, tatsächlich nichts von den Dingen gewußt haben, wie Sie heute angeführt haben.

Am 15. November 1985, also erst vor 14 Tagen, erklärten Sie, Herr Bundesminister, im Finanz- und Budgetausschuß laut Parlamentskorrespondenz folgendes: „Die VOEST Intertrading ist in ihren Aktivitäten außerordentlich angewachsen und konnte bisher Gewinne verzeichnen.“ — Vor 14 Tagen. — „Durch die Turbulenzen auf dem Ölmarkt hat sich allerdings die Situation verschlechtert.“

Ich billige Ihnen durchaus zu, daß Ihnen, wahrscheinlich auch dem Aufsichtsrat und dem Vorstand, zu diesem Zeitpunkt nicht bewußt war, wie dramatisch sich die Dinge verschlechtert haben. Aber diese Erklärung läßt den Schluß zu, daß Sie über die gewaltigen Ölgeschäfte doch nicht uninformiert gewesen sind; Ölgeschäfte, die in dieser Größenordnung nur spekulativ auf dem Terminmarkt durchgeführt worden sein konnten, weil dafür jede reale Basis fehlte.

Und, Herr Bundesminister, diese meine Auffassung wird von Ihrem Klubobmann Wille geteilt. Denn wenn Wille im Gespräch mit dem ORF sagt: „Ich bin überzeugt davon, daß das aufgefallen ist, daß das auffallen mußte!“, dann teilt er diese Vermutung. Er meinte dann auch, man habe die Hoffnung möglicherweise geteilt, nämlich die Hoffnung, auf diese Weise andere Verluste wettmachen zu können.

Und auf die Frage des Reporters Rabl hat er erklärt, es müßte das eigentlich jeder von diesen Ebenen gemerkt haben, das nehme er an. Also auch Wille nahm an, daß Sie, Herr Bundesminister, das gemerkt haben müssen, daß Sie davon gewußt haben müßten, nicht von dem Umfang des Debakels, aber wohl von dem Umfang und der Tatsache der Termingeschäfte.

Und wenn hier spekuliert wurde — und das scheint ja vorgelegen zu sein nach Ihren Ausführungen — und Sie davon gewußt und nicht gehandelt haben, dann, Herr Bundesminister, hätten Sie schuldhaft Ihre Aufgaben verletzt. Das feststellen kann nur ein Untersuchungsausschuß. Und deshalb, meine Damen und Herren, haben wir den Antrag gestellt. Ich glaube, es ist recht und billig und Verpflichtung der Volksvertretung gegenüber den Steuerzahlern, die jetzt für das, was Abgeordneter Resch zu Recht als Debakel bezeichnet hat, mit ihren Steuergeldern durch Jahre hinaus geradestehen werden müssen, daß dieses Haus hier volle Aufklärung schafft.

Herr Bundesminister! Sie haben vorgelesen, daß sich der Aufsichtsrat der ÖIAG heute in einer Aussendung zu einer entsprechenden Untersuchung bekannt hat. Das ist ja wohl selbstverständlich, und das kann man nur bejahen.

Sie haben aber auch einen Passus vorgelesen, in dem es heißt, daß eine Limitierung der Risikosummen bei Termingeschäften vorgeesehen gewesen wäre.

Nun bitte, das heißt also, daß Termingeschäfte offensichtlich der ÖIAG bekannt waren. Ihnen nicht? — Das ist meine Frage.

Also der Aufsichtsrat der ÖIAG spricht laut Ihrer Erklärung von Termingeschäften und von einer Risikobegrenzung. Sie selbst sprachen nun im Zusammenhang mit dem Gespräch der Herren von der Chemie Linz davon, daß auch dort immer vorgesorgt gewesen wäre, daß eine Risikobegrenzung mit 40 Millionen vorgenommen worden wäre. Bei dem Umsatz der Chemie Linz mit 18 Milliarden entsprechen die 40 Millionen Risikobegrenzung frappanterweise genau den 400 Millionen, die man bei Intertrading genannt hat bei einem zehnfach höheren Umsatz.

Es scheint also doch wohl eher so zu sein, daß der Risikobegrenzung die Annahme zugrunde lag, daß das Risiko darüber hinaus nicht steigen würde, keineswegs aber impliziert dies, daß da wie dort nicht doch Termingespekulationsgeschäfte gemacht wurden.

Es ist also sehr wohl zu prüfen — und wir werden das sicher auch bei der Behandlung Ihres Rechnungshofauftrages noch prüfen müssen —, der Rechnungshof wird auch bei der Firma Merx feststellen müssen, ob es dort spekulative Termingeschäfte gegeben hat oder nicht.

Dkfm. DDr. König

Hat es aber spekulative Termingeschäfte gegeben, dann, Herr Minister, wäre Ihr Vorschlag der Neubestellung für die ÖIAG unannehmbar; denn dann würde tatsächlich hier der Vorwurf zu Recht erfolgen, daß mit dem von Ihnen vorgeschlagenen neuen Mann, der praktisch dieselbe Vorgangsweise wie bei der VOEST-ALPINE praktiziert hat, der eine Vorstand abberufen, der andere aber berufen worden wäre. Wie gesagt, das bleibt zu prüfen.

Ausgeräumt wurde das durch Ihre Erklärung nicht, und es ist daher Nummer eins einmal zu klären, was bei Merx wirklich der Fall war, und zwar im ganzen Umfang. Was heißt Risikobegrenzung mit 40 Millionen? Gab es Termispekulationsgeschäfte, wie behauptet wurde in der gestrigen „Club 2“-Sendung, wo Sie gesagt haben, Sie seien überrascht, oder gab es die nicht? Nicht nach der Schadensbegrenzung ist zu fragen, sondern danach, ob es durch materielle Güter nicht gedeckte spekulative Termingeschäfte bei Merx gab: ja oder nein? Das wird zu klären sein.

Und die zweite Frage, die der Untersuchungsausschuß zu klären hat, ist: Da es offensichtlich auch nach Ihrer Meinung solche spekulativen Termingeschäfte bei der Intertrading gab, die zu den gewaltigen Verlusten führten: Wußten Sie zu dem Zeitpunkt, vor 14 Tagen, also am 15. November, als Sie dem Finanz- und Budgetausschuß erklärten, daß die VOEST Intertrading in ihren Aktivitäten außerordentlich angewachsen ist und bisher Gewinne verzeichnen konnte, und dann auf Turbulenzen auf dem Ölmarkt verwiesen, bereits, daß hier spekulative Termingeschäfte gemacht wurden, oder wußten Sie das nicht? Haben Sie dem Parlament zu diesem Zeitpunkt die volle Wahrheit gesagt oder haben Sie das nicht? Das ist in einem Untersuchungsausschuß zu klären.

Und, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, wenn Sie Ihre Zustimmung zum Untersuchungsausschuß in dem von uns beantragten Umfang verweigern, schränken Sie den Tatbestand, der untersucht werden soll, ein auf diesen Tatbestand. Aber wenn Sie das auch verweigern, dann, meine Damen und Herren, werden Sie den Anschein nicht loswerden, daß Sie hier etwas decken, etwas vertuschen wollen, was eine Untersuchung scheut. Das, meine Damen und Herren, überlegen Sie sich, bevor Sie den Antrag ablehnen.

Wenn Sie zur gemeinsamen Verantwortung aufrufen bei der Bewältigung dieses Desa-

sters, dann ist es Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, auch dafür zu sorgen, daß dem österreichischen Staatsbürger reiner Wein über die Verantwortung eingeschenkt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß in der letzten Nummer des „trend“ vom November 1985 der Merx-Geschäftsführer Dkfm. Helmut Scheichl unter Führungszeichen folgendes erklärt hat: „Nun werden uns wohl auch die letzten Zweifler akzeptiert haben.“ Und Chemie Linz-Generaldirektor Dr. Richard Kirchwegger assistiert: „Über die Merx lasse ich nichts kommen, da halte ich wie schon seit Beginn meine Hand darüber.“

Es wird zu klären sein, in welcher Art und Weise die Merx tatsächlich ihre Geschäfte gemacht hat. Erst dann kann man sagen, ob diese Dinge in Ordnung waren oder nicht. Vor vorschnellen Entscheidungen, bevor das geklärt ist, würde ich Sie, Herr Bundesminister, warnen. Denn wenn Sie nun — wie Sie ja gesagt haben — eingreifen in die Organkompetenz, die einzig und allein die Aufgabe hat, einen geeigneten Vorstand zu bestellen, indem Sie die Vorstandsbestellung praktisch politisch vorgeben als Eigentümervertreter, und sich nachher herausstellen sollte, daß es doch auch bei der Merx spekulative Termingeschäfte gegeben hat, dann hätten Sie die volle Verantwortung, da Sie dem Aufsichtsrat einen Vorstand aufgezwungen haben, der dafür nicht geeignet wäre.

Herr Bundesminister! Überlegen Sie, ob es hier nicht tatsächlich einer vorherigen ausgiebigen Prüfung bedarf, und lassen Sie es nicht dabei bewenden, daß Sie hier ein Gespräch führten, in dem, meiner Meinung nach, jedenfalls gemäß Ihrer Mitteilung, die Fragen nicht geklärt werden konnten.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute das Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe zu behandeln. Und durch das gewaltige Debakel der VOEST-ALPINE soll nicht in Vergessenheit geraten, daß im Bereich des Herrn Bundesministers für Verkehr und öffentliche Betriebe bei den Österreichischen Bundesbahnen eine Entwicklung zu verzeichnen ist, die alles andere als ein Ruhmesblatt für Sie nach einem Jahr Amtsführung ist, Herr Bundesminister.

Meine Damen und Herren! Diese Österreichische Bundesbahn hat in einem Konzept, in einem zehnjährigen Unternehmenskonzept,

Dkfm. DDr. König

das 1985 auslaufen sollte und daher mit dem heurigen Jahr ausgelaufen ist und das von der Bundesregierung abgesegnet war, versprochen, den Reinverlust bei den ÖBB zu beseitigen. Das ist nicht nur nicht geschehen, sondern der Reinverlust ist auf 5 Milliarden explodiert. Seit Sie, Herr Bundesminister, im Amt sind und als der große Sanierer auch bei der Bahn vom Herrn Bundeskanzler vorgestellt wurden, ist dieser Verlust um weitere 20 Prozent höher budgetiert worden — ich spreche vom betrieblichen Reinverlust —, nämlich auf 6 Milliarden Schilling im Budget 1986 gestiegen. Und dabei ist das gar nicht der echte bedgetierte Reinverlust, weil ja bereits eine zehnprozentige Tarifierhöhung der Frachtgebühren — mit 300 Millionen Schilling — zur Verlustminderung im Budget eingeplant ist.

Herr Bundesminister! Eine solche Explosion des Reinverlustes ist ja eine Bankrotterklärung nicht nur des gescheiterten Bundesbahnkonzeptes, für das Sie nicht verantwortlich waren, sondern des einen Jahres Ihrer Verantwortung bei den Österreichischen Bundesbahnen. Das ist zusätzlich 1 Milliarde Schilling, die der österreichische Steuerzahler für den Reinverlust der Österreichischen Bundesbahnen und damit für Ihren Verantwortungsbereich zahlen muß.

Eine solche Entwicklung, Herr Bundesminister, ein solches Budget hier vorzulegen und dann von Konsolidierung zu sprechen, ist ein Hohn gegenüber dem österreichischen Steuerzahler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wir haben Ihnen eine ganze Reihe von Vorschlägen auf den Tisch gelegt. Sie haben keinen dieser Vorschläge aufgegriffen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, daß man wenigstens, was für jedermann einsichtig ist, bei den Nebenbahnen den Parallelverkehr einstellt, daß man nicht Autobusse und Züge gleichzeitig im Personenverkehr fahren läßt, die Autobusse halbwegs voll, die Personenzüge völlig leer, sondern daß man entweder Busse einsetzt oder auf der Schiene mit einer Dieselgarnitur fährt, wobei der Fahrer dann gleichzeitig kassieren muß wie ein Autobuschauffeur, um in kurzen Intervallen einen rentablen Personenverkehr aufrechtzuerhalten.

Nicht das Einstellen der Nebenbahnen haben wir empfohlen, denn wir wissen um die regionale Bedeutung dieser Bahnen im Güterverkehr. Aber nachdem zwei Drittel der Kosten der Nebenbahnen Personalkosten sind und der Personenverkehr der personalin-

tensivere Bereich ist, haben wir gesagt, daß diese Doppelgleisigkeit bei den Nebenbahnen, die jetzt schon mit 2,2 Milliarden Schilling zu Buche stehen, davon 1,2 Milliarden für das nächste Jahr allein, einfach ein Luxus ist, den man dem österreichischen Steuerzahler nicht zumuten kann. Seit Jahren fordern wir das!

Sie werden vom Bundeskanzler immer als der Wirtschaftsfachmann hingestellt, der die Dinge beseitigen wird, und in Ihrer Zeit — Lausecker sprach immer von 1 Milliarde — steigen die Kosten gleich um 20 Prozent. 1,2 Milliarden Verlust in diesem Bereich! Sie haben eine einzige Bahnlinie anzupacken begonnen; eine einzige Nebenbahnstrecke von 44. Herr Bundesminister, das ist geradezu lächerlich! Das ist nicht das, was man sich erwartet hat von Ihnen. Sie sind jemand, der sicher die intellektuelle Kapazität hat, um die Dinge zu erfassen, der aber offensichtlich nicht die politische Bereitschaft und Durchschlagsfähigkeit hat, das auch gegenüber Herrn Abgeordneten Prechtl und den anderen sozialistischen Herren von der Gewerkschaft durchzusetzen. Denn man kann wirklich nicht davon sprechen, daß es da um eine Demontage der Bahn geht. Wenn man die Doppelgleisigkeit von Bus- und Bahnverkehr beseitigt, in vielen Relationen wahrscheinlich zugunsten der Bahn, dann müßte auch der Herr Abgeordnete Prechtl dafür sein. Da sollten Sie sich an die eigene Brust klopfen und feststellen: Auf dem Gebiet habe ich in diesem Jahr versagt.

Wir haben bei den Bundesbahnen die Rekordsumme von 10 Milliarden Schilling an Zuschüssen für die Pensionisten. Wir wissen, daß das darauf zurückzuführen ist, daß bei den Bundesbahnen die Möglichkeit besteht, nach 35 Dienstjahren in Pension zu gehen. Wir von der ÖVP halten mit dem Rechnungshof fest — das haben wir immer gesagt —, daß nicht dieses langjährig erworbene Recht der Eisenbahner, so würde der Kollege Prechtl sagen, der Grund für diese Misere ist, sondern die Tatsache, daß auch alle davon Gebrauch machen. Das Durchschnittspensionsalter liegt bei 52 Jahren. Deshalb schlagen wir seit langem vor, man solle doch den Dienstnehmern mit 35 Dienstjahren eine nicht pensionsbemessungspflichtige Zulage geben in einem Ausmaß, das interessant genug ist, daß sie länger im Dienst bleiben, damit das mittlere Pensionsalter ansteigt und endlich diese gewaltigen Zuschüsse von 10 Milliarden Schilling, die der Steuerzahler zahlen muß, gesenkt werden können. Aber nicht mit einem Ohrwaschl wurde gewackelt! Nichts ist geschehen!

Dkfm. DDr. König

Bitte, Herr Minister, jetzt frage ich Sie: Wie lange wollen Sie noch zuschauen, wie dieser Zuschuß explodiert? Ich sage Ihnen nämlich heute eines voraus: Durch Ihre Untätigkeit und durch die Hinderung seitens der Herren Prechtl und Co. wird es noch dazu kommen, daß die Pensionsregelung der Eisenbahner früher oder später echt gefährdet ist, weil sie sich der Staat angesichts des drohenden Staatsbankrotts nicht mehr leisten können. Das ist die traurige Wahrheit! Die Schuld daran träge Sie, Herr Prechtl, und Ihresgleichen, also all jene, die sich gegen eine vernünftige Lösung, solange es noch Zeit ist, wehren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben in Ihre Regierungserklärung endlich aufgenommen, daß Sie Bahn- und Postautobusse zusammenlegen wollen, was in Deutschland längst geschehen ist. Aber Sie haben bis jetzt keinen Schritt gesetzt, zusammenzulegen, um die Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. *(Abg. Prechtl: Zur Eisenbahn!)* Es kann ja auch eine eigene Gesellschaft sein. Sie haben, bitte, keinen Schritt dazu unternommen! Die Doppelgleisigkeiten bestehen weiter!

In allen wesentlichen Defizitbereichen haben Sie die Dinge laufen lassen, Herr Minister. Das führt zu 25 Milliarden Schilling Steuergeldern, die im kommenden Jahr zugesprochen werden müssen, ohne daß die geringste Hoffnung auf Sanierung besteht. Wir warten heute noch auf das neue Unternehmenskonzept, das uns versprochen wurde. Bislang ist nichts vorgelegt worden. Sie legen dem Parlament heute ein Budget vor mit 6 Milliarden Reinverlust und 25 Milliarden Steuermitteln als Staatszuschuß, und das ohne Hinweis, wo Sie nun tatsächlich eine Sanierung anpacken wollen. Herr Bundesminister! Das ist nach einem Jahr Regierungszeit eine wirklich unqualifizierbare Leistung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie werden sich entscheiden müssen! Mit dem intellektuellen Erfassen der Dinge ist es nicht getan.

Es gibt ein neues Konzept für die DDSG. Dieses Konzept sieht für die Personenschiffahrt namhafte Investitionen vor. Diese Investitionen können in Österreich oder im Ausland getätigt werden. Sie haben erklärt, daß die österreichischen Werften, da auf der ganzen Welt eine Überkapazität besteht, nicht mithalten könnten mit ausländischen Werften, die zu Grenzkosten verkaufen. Diese Analyse ist richtig. Aber welche Schlußfolge-

rung ziehen Sie daraus? Welche Aktion werden Sie davon ableiten?

Der Herr Finanzminister hat erklärt, daß er 1 Milliarde Schilling Bundeshaftung der DDSG zur Verfügung stellen wird. Das hat er im Finanz- und Budgetausschuß gesagt. Ich frage Sie nun, Herr Bundesminister: Wird dieses Geld an ausländische Werften gehen, weil Sie nicht in der Lage sind, die inländischen Werften in dieser Frage abzustützen? Wenn ja, dann wird man sich überlegen müssen: Werden diese Werften aufrechtzuerhalten sein? Auch darauf werden Sie Antwort geben müssen.

Oder will man den Vorstand der DDSG verantwortlich machen, daß er zu teuren Konditionen einkauft und damit von Haus aus wieder defizitär werden muß in der Gebarung der Personenschiffahrt? Ja das ist doch eine Unmöglichkeit! Hier gilt es, politische Verantwortung auch wahrzunehmen, und vor dieser politischen Verantwortung können Sie sich nicht drücken.

Zu den Austrian Airlines. Herr Bundesminister! Der Finanzminister, der dafür zuständig ist, hat erklärt, daß die finanziellen Erfordernisse für die Kapitalaufstockung der Austrian Airlines von einer halben Milliarde Schilling von der Republik Österreich im Wege der Dividenden geleistet werden, die man von den Austrian Airlines erwartet. Das ist eine ungeheure Leistung! Es ist eine ungeheure Leistung, daß der Staat seine Kapitaleinzahlungen nicht aus Steuergeldern leisten muß, sondern aus den Dividenden leisten kann, die ein aktiv gebarendes Unternehmen dem Staate bringt.

Was aber haben Sie getan? — Sie haben — gegen den anerkanntswerten Widerstand auch Ihrer eigenen Fraktion und gegen unseren Widerstand — eine Konzession für eine Gesellschaft erteilt, die vordergründig eine Privatgesellschaft ist. Ich sage „vordergründig“ eine österreichische Privatgesellschaft, weil ein prominenter Österreicher dafür seinen Namen hergegeben hat. Es handelt sich um die Lauda Air. Nun sind wir die letzten, die etwas gegen ein Privatunternehmen haben. Aber es wird mir kein Mensch weismachen können, daß die Großflugzeuge, die jetzt um 1 Milliarde Schilling gekauft werden, Herrn Lauda persönlich gehören oder seinem Teilhaber. Das ist doch nichts anderes, als daß ein Österreicher als Aushängeschild verwendet wird, um Finanzinteressen zu dienen, denn 1 Milliarde Schilling ist sicher nicht von den Mitinhabern der Firma aufgetrieben worden.

Dkfm. DDr. König

Nun haben Sie auf einem weltweit reglementierten Markt, jedenfalls aber auf einem europäisch reglementierten Markt, mit Ihrer Entscheidung eine zweite Gesellschaft geschaffen. Sie haben das getan, weil damals behauptet wurde, daß diese Gesellschaft Touristen hereinbringen werde, den Incoming-Verkehr ankurbeln werde. Heute wissen wir, daß das nicht der Fall ist. Was geschieht? — Es wird Charterverkehr betrieben. Es werden also Österreicher ins Ausland geführt.

Jetzt wird in einer der wichtigsten Destinationen, nämlich in Griechenland, seitens der Regierung verlangt, daß Österreich und Griechenland wie anderwärts auch ein 50:50-Abkommen schließen, das heißt, den Charterverkehr pari aufteilen. Herr Bundesminister! Ich frage Sie jetzt: Was heißt denn das? — Das heißt, daß sich die österreichische Fluglinie, die Austrian Airlines, diesen Anteil teilen muß mit einer Fluglinie, die Sie durch Ihre Konzession geschaffen haben, was notgedrungenweise dazu führen muß, daß die Austrian Airlines die Erträge nicht mehr erwirtschaften können, die der Staat braucht, damit er seine Kapitalzahlungen leisten kann.

Der Herr Finanzminister hat im Finanzausschuß schon erklärt, er könne einen solchen Einschnitt nicht hinnehmen. Wenn es aber dazu kommt, daß man einen solchen Einschnitt nicht hinnimmt seitens der Bundesregierung, dann wird die Lauda Air pleite gehen, und dann haben Sie sie in ein Abenteuer hineingelassen, für das dort Private zur Kasse gebeten werden. Aber was so typisch ist: daß man seitens der Regierung hergeht und wider besseren Ratschlag eines großen Kreises von Fachleuten Entscheidungen trifft und sich dann, wenn die Dinge ihre Auswirkungen zeigen, abputzt und sagt: Dafür bin ich nicht verantwortlich.

Wir stellen überhaupt fest, Herr Bundesminister, daß Ihre Entscheidungen von sehr eigenartigen Rücksichten geprägt sind. Sie haben in der Bundesregierung den Beschluß durchgesetzt, für die Untersuchung der Hochleistungsstrecken einen Ausländer zu betrauen. Sie haben in dieser Ausschreibung im Auftrag der Bundesregierung ausdrücklich Österreicher ausgeschlossen mit dem — das sage ich — fadenscheinigen Argument, daß nur ein Ausländer Objektivität garantieren kann. Wir haben drei Hochschulinstitute, die auf diesem Verkehrsgebiet tätig sind. Die sind alle nicht objektiv? — Wir haben beedete Zivilingenieure. Die sind alle nicht objektiv? — Für Sie sind nur Ausländer objektiv und just ein Unternehmen, in dem der Herr

Kunze als Geschäftsführer für Österreich tätig ist, der bekanntlich immer noch in den Prozeß um die Leodoltermillionen verwickelt ist, die bis heute nicht zurückgezahlt sind.

Herr Bundesminister! Ich muß mich schon wundern, wie ein österreichischer Minister einen Beschluß erwirken kann, der Österreicher von einem 27-Millionen-Auftrag ausschließt, der mit Steuergeldern vergeben wird, und der alles an Ausländer vergibt mit dem fadenscheinigen Argument, ein Österreicher sei nicht objektiv genug. Das ist unerträglich! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Angesichts dieser Tatsache können Sie sich nicht herstellen und sagen, Sie treten ein für österreichische Arbeitsplätze. Das können Sie nicht vertreten! Noch viel weniger dann, wenn sich herausstellt, daß der Herr Finanzminister der Meinung ist, man könne überhaupt noch nicht davon reden, ob eine Finanzierung für eine solche Hochleistungsstrecke gefunden werden kann, das könne man heute gar nicht sagen, man werde das halt jetzt einmal nur studieren. Das ist ebenso zweifelhaft wie die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers im letzten Wahlkampf, man solle Tunneln bauen, obwohl man noch gar nicht gewußt hat, ob diese Hochleistungsstrecken überhaupt sinnvoll sind. Und heute erst geben Sie den Auftrag, das zu untersuchen.

Das ist die Art und Weise, wie diese Bundesregierung immer wieder in das Wirtschaftsgeschehen politisch eingreift, und wenn dann die Pleiten herauskommen, sagt: Wir waren es nicht, das waren die Vorstände, die sind verantwortlich dafür.

Das ist eine Haltung, Herr Bundesminister, die wir Ihnen nicht durchgehen lassen können, denn hier sind ausschließlich Sie verantwortlich. Für diese Auftragsvergabe sind nur Sie verantwortlich. Es würde mich sehr interessieren, was Sie uns antworten würden auf die Frage: Wieviel von den 27 Millionen Schilling ist an österreichische Institute gegangen, die sich mit Verkehrsfragen beschäftigen, und wieviel ist an österreichische Zivilingenieure gegangen, und warum gibt es in Österreich überhaupt niemanden, der dazu in der Lage ist?

Ich will gar nicht ausschließen, daß bei einer Ausschreibung auch ein Ausländer zum Zuge kommen kann, wenn er besser ist. Aber ich kann doch nicht schon vorher hergehen und sagen: Auch wenn ein Österreicher besser ist, darf er gar nicht zum Zuge kommen. Das ist ja die verkehrte Welt! Das ist etwas,

10270

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Dkfm. DDr. König

was einen österreichischen Minister disqualifiziert! Das sage ich Ihnen ganz offen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie werden auch mit den Maßnahmen, denen Sie geneigt sind zu folgen und die der Abgeordnete Wolf das letzte Mal im Ausschuß in entwaffnender Offenheit festgestellt hat, die Bahn nicht fördern. Wenn Sie, anstatt die Zusammenarbeit mit der Straße zu suchen, die Frächter, die Spediteure, die private Wirtschaft, die mit ihren Steuern all das bezahlen muß, was diese Wirtschaftspolitik der Bundesregierung an Zuschüssen für den Staat erfordert, neu belasten wollen, wenn Sie sie in ihrer Tätigkeit behindern wollen, wenn Sie hergehen und ihnen die Genehmigungen im grenzüberschreitenden Verkehr herabsetzen wollen, damit sie weniger Geschäfte machen können, wenn Sie ihnen in der internationalen Konkurrenz durch Nachtfahrverbote, Tonageverbote und alle möglichen anderen Schikanen, die Sie auf der Liste des Kollegen Wolf finden, die Hände binden wollen, dann werden Sie die Bahn nicht aktiv machen, sondern werden nur wieder einen österreichischen Wirtschaftszweig zugrunde richten. Sie können dann nicht hergehen und Ihre Hände in Unschuld waschen, sondern dann werden Sie hier auch zur Verantwortung gezogen werden!

Ich kann Sie nur warnen vor diesem Weg. Es ist ein un guter Weg, wenn Sie den Konsens in der Verkehrspolitik verlassen und beginnen, sich radikalen Parolen zu verschreiben.

Sozialistische Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die Konkurrenz auszuschalten, wird nie und nimmer ein Erfolg werden. Sie können nur dann Erfolge haben, wenn Sie in Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft, in Zusammenarbeit mit der Straße die Bahn zu modernisieren versuchen. Für ein Konzept des Miteinander, für ein Konzept, das in der Lage ist, die Bundesbahn zu einem modernen und leistungsfähigen Unternehmen zu machen, dem der Steuerzahler nicht zuviel zuschießen muß und auf das auch die Beschäftigten stolz sein können, Herr Kollege Prechtl, wenn sie dort arbeiten, für ein solches Unternehmen werden Sie unsere Zustimmung finden. Für das, was Sie uns vorgelegt haben, werden Sie sie nicht finden, und daher lehnen wir das Budget ab. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{16.35}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Prechtl.

^{16.35}

Abgeordneter **Prechtl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir führen nun schon eine sehr lange Debatte über die größten Betriebe der Republik Österreich, die durch das Management einiger Unternehmungen ausgelöst wurde. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man sich etwas besinnen soll darauf, daß im Rahmen des Ersten Verstaatlichungsgesetzes zunächst einmal die Grundindustrie und die Elektroindustrie verstaatlicht worden sind und im Rahmen des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes dann auch die großen Banken.

Wenn wir zurückblicken in die Zeit — es sind sehr viele hier, die diese Zeit erlebt haben —, als Österreichs Industriebetriebe fast zur Gänze zerstört, als sie Industriefriedhöfe gewesen sind, dann sehen wir, daß es trotz vierfacher Besetzung Österreichs für diese Zeit bezeichnend war, daß sich der Nationalrat einig gewesen ist — auch mit Zustimmung der Österreichischen Volkspartei —, die Grundindustrie, die Elektroindustrie, aber auch die Banken in Österreich zu verstaatlichen.

Ich möchte heute nicht die Höhen und Tiefen, die die verstaatlichte Industrie erlebt hat, ausloten, ich will auch keine Namen nennen und erzählen, was es da in den Industriebetrieben alles gegeben hat. Aber vielleicht zeigt gerade das letzte Beispiel sehr deutlich, daß man nicht immer jeden Menschen restloses Vertrauen schenken kann.

Wir leben heute in einer materialistischen Welt, in der sehr viele Menschen und auch Manager anscheinend die Situation in bestimmten Unternehmungen nicht überblicken können. Dazu kommt noch, daß sich die gesamte Weltwirtschaft geändert hat, die gesamte Weltwirtschaft ist von einer enormen Krise erschüttert, insbesondere die Stahlindustrie.

Ich will dem Rechnungshofbericht nicht vorgreifen, aber ich glaube, man muß in diesem Zusammenhang doch überlegen, daß man erst dann ein endgültiges Urteil fällen kann, wenn die Berichte vorliegen, denn sonst würden wir genau den gleichen Fehler machen, den wir Ihnen vorhalten, nämlich innerhalb von wenigen Tagen mit vorgefaßter Meinung Urteile zu fällen.

Aber ich glaube, es ist trotzdem notwendig, daß wir den Menschen in diesen Betrieben für die gigantische Wiederaufbauleistung, die Sie für Österreich erbracht haben, danken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Prechtl

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es zu einer objektiven Beurteilung der Lage sehr wichtig ist, die Dinge genauer zu betrachten.

Erst nach dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages hat in Österreich die Möglichkeit bestanden, frei zu wirtschaften.

Das Schienennetz der Österreichischen Bundesbahnen, eines der großen Betriebe der Republik Österreich, war total zerstört, die Russen hatten den Fuhrpark in den Osten verschleppt, die Menschen sind in den Betrieb gekommen, ohne zu fragen, welchen Lohn sie bekommen, und haben für 150 S begonnen, die Lebensadern Österreichs wieder aufzubauen, Verkehrsverbindungen herzustellen.

Genauso ist es bei der Post gewesen. Es sind auch jene Menschen, Beamte, gekommen, die man oft etwas in das schiefe Licht zu stellen versucht, die an Österreich und an die österreichische Wirtschaft geglaubt haben.

Wenn es hier um Probleme geht, meine sehr geehrten Damen und Herren — das hat gestern der Abgeordnete Wille gesagt —, dann soll man nicht das Unternehmen diskriminieren, sondern jene zur Verantwortung ziehen, die dafür verantwortlich sind. (*Abg. Dr. Graff: Jawohl! Jawohl, die Regierung!*) Das muß man einem Ausschuß vorbehalten, dem Rechnungshofausschuß. Herr Abgeordneter Dr. Graff! Ich habe schon Ihren Zwischenruf erwartet. Ich glaube, Sie sind so ungefähr ein Jahrgang 1943. (*Abg. Dr. Graff: 1937!*) Sie kennen ja diese Zeit nicht. Darum ist Ihre Unkenntnis verständlich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang vielleicht noch etwas sagen, was, wie ich glaube, auch sehr wesentlich ist. Ich komme dann noch auf KWD, Parallelverkehr, was auch immer wieder kommt, zu sprechen. Aber ich möchte nun charakterisieren, wie wankelmütig die Haltung der Österreichischen Volkspartei ist. Ein klassisches Beispiel — der Abgeordnete König kennt es genau — ist die Frage der Ultraleichtflugzeuge. Er bemüht sich redlich um einen Konsens. Wir haben eine Industrie, die weltbekannt ist — man kann unterschiedlicher Meinung sein —, und dann bekommen wir Briefe von allen Landeshauptleuten, die grundsätzlich dagegen sind.

Was will ich damit sagen? Daß manchmal Menschen bei Entscheidungen überfordert sind. Das sage ich auch sehr offen. Es ist jetzt Aufgabe des Politikers, dies in das rechte Licht zu rücken.

Weil Sie jetzt gesagt haben, die Österreichischen Bundesbahnen haben hier Reinverlust, der exorbitant gestiegen ist, dann darf ich Ihnen die Zahlen sagen: Im Jahr 1983 betrug der Reinverlust 5,9 Milliarden, im Jahre 1984 5,7 Milliarden — das ist richtig —, für das Jahr 1985 beträgt er 6,1 Milliarden Schilling.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Regierung, die uns sicherlich politisch nicht nahesteht, die den besten Manager aus einem IBM-Konzern geholt hat, ihn an die Spitze der Deutschen Bundesbahnen gestellt und geglaubt hat, einen Wunderknaben entdeckt zu haben. Aber das Defizit der Deutschen Bundesbahnen beträgt im Jahre 1981 — das ist der Zeitschrift „Der Manager“ entnommen — 4 Milliarden D-Mark.

Herr Abgeordneter Dr. König, in dem Parteiprogramm oder -konzept, das Sie haben — ich weiß nicht, was das ist —, sprechen Sie immer von Aktiengesellschaften und anderen Rechtsformen. Ich möchte Ihnen sagen, daß die Deutschen Bundesbahnen in Form einer Aktiengesellschaft geführt werden und so die Möglichkeit haben, auf den Kapitalmarkt zu gehen.

Wissen Sie, wie hoch der Schuldenberg der Deutschen Bundesbahnen ist? 34,4 Milliarden D-Mark! Das sind rund an die 300 Milliarden Schilling. (*Abg. Dr. Graff: Das macht die VOEST an einem Tag!*) Es leben davon die Banken, die die Verzinsung bekommen, und man ist nicht in der Lage, die Rückzahlungen zu tätigen. Das ist das Produkt einer Aktiengesellschaft!

Sie werfen uns in Österreich vor, daß wir auf diesem Gebiet sehr zurückhaltend sind, wir wissen auch, warum. Das, was Sie als Zuschüsse bezeichnen und sagen, 10 Milliarden bekommen sie Zuschüsse, jawohl, Herr Dr. König, das stimmt. Aber ich werde Ihnen jetzt einmal die Zuschüsse dahin gehend analysieren, wer von diesen Zuschüssen in Österreich lebt. Nicht der Eisenbahner lebt in Österreich davon, sondern letzten Endes leben davon sehr beachtlich die Fahrzeugindustrie, die Elektroindustrie und darüber hinaus das Gewerbe.

Es gibt noch weitere Bereiche, die vielleicht interessant wären, in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, denn die sogenannten Sanierungspläne der Herren Dr. Mock, Graf, König und Gorton erinnern so fatal an die dreißiger Jahre, als die Möglichkeit bestand, die Eisenbahn zu sanieren, oder man sie sanieren wollte.

10272

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Prechtl

Was ist damals geschehen? Damals hat man gerade das Umgekehrte von dem gemacht, Herr Abgeordneter Dr. König, was man heute tun will. Man hat die Menschen mit 40, 42 Jahren in Pension geschickt, und nach 1945 mußten wir für diese Menschen noch die Pensionen bezahlen. Das heißt, vom Personalkonzept her allein kann es nicht gehen.

Ich möchte Ihnen vielleicht noch etwas sagen, was, glaube ich, auch sehr wesentlich ist, nämlich etwas zur Bundeswirtschaftskammer. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat gestern der Abgeordnete Rechberger schon erwähnt, wie hoch die Beiträge der verstaatlichten Wirtschaft an die Bundeswirtschaftskammer sind: 150 Millionen im Jahr zahlt die verstaatlichte Industrie an die Bundeswirtschaftskammer! Und Sie gehen hier herunter und machen gegen die verstaatlichte Industrie Propaganda!

Dann kommt noch das zweite: Überall — und wir haben angeblich eine Sektion Schienenverkehr, wo Private sind — ist eine Gesetzesänderung hier im Hause für die Bundeswirtschaftskammer erfolgt. Im Jahre 1980 betrug der Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen an die Bundeswirtschaftskammer 1,4 Millionen. Im Jahre 1985 sind es 44,8 Millionen gewesen, der 44fache Beitrag. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der einen Seite nimmt man und auf der anderen Seite schimpft man. Sie müssen sich auch zu einem Konzept bekennen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich möchte so gerne den Abgeordneten Gorton etwas fragen, er kann es dann beantworten. (*Abg. Dkfm. Gorton: Was denn? Was denn?*) Ich will zum Beispiel fragen — mir ist da ein Brief zugegangen —, ob es stimmt, daß Sie bei Auflassung der Gurktalbahn 600 000 S für den Ankauf eines LKW erhalten haben. Ich weiß es nicht, Sie müssen es wissen.

Das zweite ist, daß wir in Hirt um 600 000 S für eine Verladestelle umgebaut haben, und das dritte ist, daß Sie im Auftrage der Österreichischen Bundesbahnen fahren und pro Tonne 115 S bekommen. Und, Herr Abgeordneter Gorton, gar freundlich sollen Sie auch nicht zu den Österreichischen Bundesbahnen eingestellt sein. Ich weiß das nicht. Anscheinend ist irgendein Mann verärgert im Gurktal in der Nähe von Straß, der mir diesen Brief geschrieben hat. Sie haben die Möglichkeit, dann darüber hier Rede und Antwort zu stehen. Denn das muß man dem kleinen Eisenbahner in diesem Zusammenhang auch sagen.

Da der Herr Abgeordnete König über die Leistungen gesprochen hat, die die Österreichischen Bundesbahnen erbringen, möchte ich Ihnen sagen, daß wir im heurigen Jahr eine Spitzenleistung von 58 Millionen Tonnen erbringen werden. Das hat es in der Geschichte der Österreichischen Bundesbahnen noch nie gegeben! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Auf der anderen Seite rechnen wir damit, wenn es so weitergeht, auf 60 Millionen zu kommen.

Es fehlt mir leider der Herr Abgeordnete Zittmayr; den hätte ich jetzt gerne hier gehabt und vielleicht auch ein paar andere, denn ich sage das eine oder andere nicht gerne in Abwesenheit der Betroffenen.

Die Ausnahmetarife zum Beispiel, die wir haben. — Es fehlt auch der Herr Abgeordnete Keimel, der gestern über die Zementindustrie gesagt hat: „Das verstehen Sie nicht!“ — In einem Jahr hat die Zementindustrie von den Österreichischen Bundesbahnen Subventionstarife in der Höhe von 50 Millionen bekommen! (*Bewegung bei der SPÖ.*)

Dazu kommt noch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Milch, Rahm und Buttermilch mit 83% Ermäßigung transportiert wird. Und wenn Sie dem Eisenbahner die Regiekarte vorhalten, möchte ich Ihnen sagen, daß der Eisenbahner für die Regiekarte wesentlich mehr zahlt, als für den Transport der Milch gezahlt wird. Aber die Milch ist nicht billiger geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Abg. Fachleutner: Wein trinken!*)

Ich möchte Ihnen vielleicht noch eines sagen, was meine Vermutung ist. Die hohen Tarifssubventionen der ÖBB, die aus Umweltgründen gegeben werden, kommen nicht den Konsumenten zugute, sondern letzten Endes den Milchgenossenschaften, die höhere Profite abwerfen.

Es macht ja noch viel mehr aus: Bei der Zementindustrie geht es bei den Transporten in loser Schüttung schon an die 80 Millionen heran, die wir zu Ausnahmetarifen durchführen.

Und sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist genau das, was Sie als Zuschuß erklären, und das ist genau das, was, wenn Sie die Österreichischen Bundesbahnen zu einer Aktiengesellschaft machen, nicht gemacht werden kann, denn Sie können nur den gesamten Betrieb in eine Aktiengesellschaft umwandeln — aber dann können Sie

Prechtl

keine gemeinwirtschaftlichen Leistungen mehr erbringen.

Ich sage Ihnen noch einige Zahlen. Das sind die Zuschüsse. Seit dem Jahre 1980 sind die Sozialtarife im Personenverkehr von 2,3 Milliarden, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf 3,8 Milliarden gestiegen. Da fahren nicht die Eisenbahner! Das sind die Wochenkarten, das sind die Maßnahmen, die gesetzt werden. Im Güterverkehr sind die Subventionstarife von 720 Millionen auf 1 174 Millionen gestiegen.

Und jetzt kommt noch etwas. Sie reden von kaufmännischer Betriebsführung. — Jawohl, wir sind dafür. Aber kann es die Österreichische Volkspartei, der Herr Dr. Mock, der Herr Dr. Graff, können es die Abgeordneten Gorton und König verantworten, daß die österreichische Industrie nach Deutschland oder in die Welt geht und dort diese Produkte dann kauft? Denn eine Elektrolokomotive und ein Autobus sind dort um ein Drittel billiger. Es würden aber dann in diesem Zusammenhang letzten Endes mehr als 20 000 Arbeitsplätze verlorengehen.

Ich weiß schon, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Nicht alle Mitglieder Ihrer Partei teilen diese Meinung. Die Leute, die aus Ihren Gremien kommen und von der Eisenbahn etwas verstehen, haben eine ganz andere Meinung. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß es ein propagandistisches Konzept ist.

Dazu kommt folgendes: Die Eisenbahnen müssen den Fahrweg, die Schienen, alles erhalten.

Man spricht soviel vom Rhein-Main-Donau-Kanal. Auf der Donau wird zum Nulltarif gefahren! Kein Schiff zahlt einen Groschen! Der Personalaufwand für die Schiffserhaltung auf der Donau ist 170 Millionen, die Aufwandskredite belaufen sich auf 60 Millionen. Insgesamt wird auf der Donau der Fahrweg — Sie können das im Budget nachlesen — vom Staat erhalten mit Mitteln in der Höhe von 288 Millionen.

Und nun hat der Herr Abgeordnete König gefragt — er ist ja ein Verfechter des Rhein-Main-Donau-Kanals —: Was geschieht mit der DDSG?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es würde zuweit führen, die gesamte Problematik der Donau zu erklären, weil wir die

mächtige sowjetische Flotte haben, die unter den Tarifen fährt und so unsere Gesellschaft in Schwierigkeiten, in die größten Schwierigkeiten bringt. Ich glaube daher, daß das das einzige ist, wo der Fahrweg letzten Endes zur Gänze erhalten wird.

Ich komme nun zur Post; nur ganz kurz, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Post — das ist auch gesagt worden — soll in eine andere Rechtsform, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Sagen Sie es doch offen: Sie wollen haben, daß das Telefon eine Aktiengesellschaft wird. Der Postautodienst und der Postdienst, die defizitär sind, sollen gemeinwirtschaftlich geführt werden. — Was bedeutet das? Das bedeutet, daß der Steuerzahler letzten Endes den Differenzbetrag zu bezahlen hat.

Ich weiß nicht, wer Ihnen die Konzepte in diese Richtung erstellt hat. Es ist sicherlich für den einfachen Bürger nicht leicht zu durchschauen. Aber was Sie hier geschrieben haben, das ist ja Grimms Märchen in Reinkultur, das keiner sachlichen Prüfung in irgendeiner Form standhält.

Und komischerweise: Plötzlich erfolgen die Angriffe auf die Austrian Airlines. Ich glaube aber nicht, daß das damit zusammenhängt — ich will das dem Abgeordneten König gar nicht unterstellen —, daß er auf Grund der Politikerklausel aus dem Aufsichtsrat ausscheiden mußte. Ich weiß es nicht. Aber er hat hier immer sehr positiv für die Austrian Airlines gesprochen. Heute habe ich die ersten kritischen Bemerkungen gehört, und plötzlich erfolgt der Schwenk zur Lauda Air. Wer ein bißchen etwas von diesem Geschäft versteht, weiß, wie schwierig so ein Unternehmen zu führen ist.

Und jetzt sage ich Ihnen eines — es ist soviel diskutiert worden über Aktiengesellschaften —: Solange die Austrian Airlines privat geführt worden sind, waren sie das defizitärste Unternehmen der Republik Österreich. Erst im Jahre 1969, als das geändert wurde, ist es im Laufe der Zeit gelungen, die Austrian Airlines aktiv zu gestalten. Wir freuen uns darüber, daß die Austrian Airlines einen Gewinn von 550 Millionen und einen Devisenüberschuß von fast 900 Millionen haben.

Was wollen Sie? Jetzt kommt der Abgeordnete König und sagt, da hätten wir einen Überschuß, den wolle er weghaben. Und dann spricht er über die VOEST. Also es gehören auch in der Österreichischen Volkspartei,

Prechtl

glaube ich, diese Dinge überlegt, denn in all diesen Unternehmungen sind ja letzten Endes Menschen beschäftigt.

Wir freuen uns darüber, daß die Austrian Airlines, deren Flugzeuge nun etwa fünf Jahre alt sind, ein sehr modernes Unternehmen sind.

Aber wir freuen uns über noch etwas. An der Spitze dieses Unternehmens stehen seit mehr als 15 Jahren zwei Menschen. Eines freut mich besonders: Der eine ist ein Eisenbahner, der gehört sogar Ihrer Fraktion an, und der andere ist Dr. Heschgl, der auf der anderen Seite ist. Und das kritisiert man? Wir sind glücklich darüber, daß dieses Unternehmen in diesem Zusammenhange so gut funktioniert.

Natürlich, liebe Freunde, werden harte Zeiten kommen; im nächsten Jahr wird es im gesamten Weltluftverkehr große Probleme in dieser Richtung geben. Es wird sehr, sehr schwierig werden, diese aktiven Unternehmen noch aktiv zu halten.

Natürlich sind in diesem Zusammenhang dann auch noch die gesamten Sicherheitseinrichtungen in der Zivilluftfahrt sehr wesentlich, die exorbitante Beträge verschlingen, ob es das Anflugradar in Wien ist, ob es das neue Radar in Linz ist oder ob es das Wetterradar ist. Aber wir haben in Österreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, die geringsten Unfälle. Wir dürfen eines nicht vergessen: daß wir nicht nur ein Transitland sind auf der Straße, sondern auch in der Luft mit mehr als 250 000 Flugbewegungen. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich komme jetzt noch ganz kurz zurück zu den Eisenbahnern, weil es mir am Herzen liegt, das noch auszusprechen. Es wird davon gesprochen, daß parallel gefahren wird, und alles mögliche.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen Sie das nicht? Es gibt in Österreich Gesetze. In Oberösterreich gibt es eine Straße, das ist eine Einlandlinie, wo der Herr Landeshauptmann bewilligt hat, daß zehn Linien parallel fahren.

Wir haben eine ähnliche Situation auch im Burgenland. Es ist auch völlig unrichtig, daß parallel gefahren wird, weil ja die Straße ganz anders verläuft als die Schiene. Aber scheinbar fahren Sie zuwenig mit der Bahn und zuviel mit dem Auto, um das zu erkennen.

Außerdem haben wir auch in dieser Hinsicht schon viele Lösungen besprochen.

Der Abgeordnete König hat gesagt: Na, die Gewerkschaft sowie Prechtl und Co sind dagegen. Herr Abgeordneter König, ich sage Ihnen eines: Wir werden uns sehr, sehr freuen, und wahrscheinlich wird sich auch der Bundesminister darüber freuen, wenn wir moderne Verschiebebahnhöfe haben werden. Wir werden Kledering, Villach haben, wir werden Tunnels haben, Lokwechsel-Bahnhöfe, alles werden wir haben, aber eines wird uns fehlen: die automatische Kupplung, weil sie international nicht durchsetzbar ist.

Gestern hat der Abgeordnete Hobl es bedauert, daß die Gendarmerie zwei Tote hat. Ich möchte Ihnen dazu folgendes sagen. (*Abg. Teschl: Die Polizei hat drei, also insgesamt fünf!*) Die Polizei drei, und die haben sich selber erschossen. Wir haben heuer schon bis zu diesem Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren, 16 Tote und 9 Vollamputierte im Vershubdienst. Vollamputiert bedeutet, daß sie keine Füße und keine Hände mehr haben.

Herr Abgeordneter König, wenn Sie von einem Anreiz sprechen und sagen, die Bahnbediensteten sollen länger bleiben, wir haben ja dafür die zweite Altersdienstzulage; aber ich würde Ihnen vergönnen, dem Tag- und Nachtdienst sowie jeder Witterung ausgesetzt zu sein. Ein Reporter vom „profil“, der derzeit in Amerika ist, hat sich einmal das Vergnügen gemacht und wollte sich das anschauen. Er hat in Oberösterreich bei Enns einen Mann gefragt: Wie lange wollen Sie noch bleiben, und wie alt sind Sie? Darauf hat der gesagt: 53 Jahre. Als wir jetzt in Oberösterreich waren, war dieser Mann bereits tot.

Herr Abgeordneter König, der Eisenbahndienst ist ein schwerer Dienst; und wenn Sie sagen: Zentraldienst, so ist auch der Eisenbahndienst ein komplizierter Dienst, denn alle, die großteils im Zentraldienst sind, müssen ja Streckenerfahrungen haben und kommen letzten Endes auch vom Außendienst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Scheinbar, glaube ich, honoriert das auch das Personal. Auch wenn es schlecht ist, für sich selbst Reklame zu machen: Die letzten Personalvertretungswahlen haben gezeigt, daß wir mit 86,5 Prozent das Vertrauen des Personals erreicht haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir haben auf der einen Seite, was so kritisiert wird, die Briefwahl — bei uns gibt es da gar nichts — und wir haben auf der anderen

Prechtl

Seite den amtlichen Stimmzettel. Es ist alles geregelt, man kann nichts unterstellen. Es ist Ihnen nur ein Malheur bei einer Dienststelle passiert; ich sollte es nicht, muß es aber trotzdem sagen: Wir haben drei profilierte ÖVPLer bei einer Dienststelle gehabt und nachdem sie abgestimmt hatten, waren wir 100 Prozent. Also, auch die haben uns gewählt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Das ist an und für sich etwas, was, wie ich glaube, auch sehr bezeichnend ist. *(Abg. Dkfm. Gorton: In Kärnten haben Sie ein Mandat verloren!)*

Ja, in Kärnten sind wir ein bisserl umgefallen, gar keine Frage. Das werden wir schon reparieren. Da haben wir nur zu wenig den Gorton hinuntergeschickt, muß ich sagen.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja in dieser sehr knappen und sehr ernst geführten Debatte nicht möglich, über alle Probleme zu diskutieren und die Problematik konkret aufzuzeigen, aber ich glaube, daß sich die Österreichischen Bundesbahnen und ihr Vorstand bemühen, ein gutgeführtes Unternehmen zu haben.

Was passierte dem Herrn Bundesminister, der speziell bei den Investitionen sehr effizient arbeitet? Der Herr Bundesminister fährt nach Tirol, bespricht mit dem Landeshauptmann, daß ein Tunnel von Hall durch den Brenner gebaut wird. Wie mein Kollege Weinberger heute schon gesagt hat, ist der Herr Landeshauptmann dafür und die Bundeswirtschaftskammer dagegen. Die Bundeswirtschaftskammer erklärt, sie fahre von Hamburg in 3 bis 4 Tagen nach Wien. An einem Tag fährt der Zug von Hamburg bis Wien. Es gibt keine Grenzaufenthalte und ähnliches mehr.

Ich möchte diese Debatte zum Anlaß nehmen, dem gesamten Verkehrspersonal, ob bei der Zivilluftfahrt, Post, Eisenbahn oder Schifffahrt, recht herzlich zu danken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Nicht zuletzt möchte ich dem Herrn Bundesminister für Verkehr danken. Dieses Budget, das wir jetzt beschließen, sichert nicht nur die Existenz der Eisenbahn und aller Verkehrsunternehmen, sondern auch die Arbeitsplätze in Gewerbe und Industrie. Deshalb geben wir diesem Budget unsere Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.05

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hintermayer. Ich erteile es ihm.

17.05

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir behandeln heute die Kapitel 65: öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Post- und Telegraphenverwaltung, und Kapitel 79: die Österreichischen Bundesbahnen.

Wenn ich mich zunächst dem Kapitel öffentliche Wirtschaft und Verkehr zuwende, so glaube ich, man kann mit Freude zum Ausdruck bringen, daß die Budgetierung für dieses sehr wesentliche und wichtige Kapitel um 3,2 Milliarden Schilling aufgestockt werden konnte. Wir wissen allerdings durch die Nachrichten in den letzten Tagen, die sicherlich wie eine Bombe eingeschlagen haben, daß große Anstrengungen notwendig sein werden, hier wieder Ordnung zu schaffen.

Die Regierung, der Herr Bundesminister, die ÖIAG, das Management in der Verstaatlichten, aber auch die Belegschaft wird Hand anlegen müssen, um wiederum auf Vordermann zu kommen. *(Abg. Dr. Maria Hosp: Die Steuerzahler werden es sein!)* Es wird über dieses Problem mein Kollege Probst sicher mehr sagen.

Wenn ich mich dem Verkehr zuwende, so möchte ich als sehr positiv erwähnen, daß es gelungen ist, im letzten Jahr die Verbundregion Ost im Raume Wien—Niederösterreich zu installieren, die eine sehr nachahmenswerte Einrichtung für Ballungsräume ist, auch in den übrigen Bundesländern. 700 Millionen Fahrten für Zeitkartenbenützer wird es heuer in diesem Bereich geben.

Sehr erfreulich gerade für uns Freiheitliche ist die Mitteilung des Verkehrsministers, daß man auch daran denkt, ab dem Fahrplan 1987 private Busunternehmen einzubeziehen.

Ein Wermutstropfen in der Verbundregion Ost ist die einseitige Tarifierhöhung der Wiener Verkehrsbetriebe, die mit den Intentionen des Verkehrsverbundes Ost-Region sehr schlecht zu vereinbaren ist, und es wird notwendig sein, daß hier sehr rasch Gespräche geführt werden.

Ein sehr wesentliches Problem für ganz Österreich ist der Transitverkehr. Der Herr Bundesminister und einige Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen waren vorige Woche in Paris bei der Tagung der Europäischen Verkehrsminister, wo sehr ausführlich und intensiv Lösungsvorschläge des Transitverkehrs gerade durch und in Österreich besprochen worden sind.

10276

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Hintermayer

Es ist sehr erfreulich, daß ich gestern von meinem Kollegen Probst noch ein Mitteilungsblatt „EURO ECHO“ bekommen habe, das hier erwähnt, daß am 17. und 18. Oktober in Mayrhofen in Tirol das Interalp-Verkehrsforum 1985 getagt hat. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments war eingeladen und hat dort versichert, daß die EG noch immer daran denke, da sie den Österreichern letztlich sehr viel schulde, hier helfend einzuspringen. Wir hoffen, daß das nicht nur ein Versprechen bleibt, sondern daß diese Verhandlungen auch positiv abgeschlossen werden können und uns Österreichern damit bei der Lösung dieses leidigen Transitproblems, das ja vor allem die Tiroler Kollegen immer wieder aufzeigen, geholfen werden kann.

Vielleicht auch noch ein Wort zum Tempolimit. Sie wissen, daß man sich in der Bundesrepublik darauf geeinigt hat, keine Limitierung des derzeitigen Tempos zu beschließen. Man bleibt auf der Autobahn bei 130 km/h Richtgeschwindigkeit und auf den Bundesstraßen bei 100 km/h. Ich erfreue mich diesbezüglich in der guten Gesellschaft des Herrn Bautenministers, der in Salzburg bei einer Verkehrstagung der gleichen Ansicht war wie ich, daß wir nämlich auf den Autobahnen und auf den gut ausgebauten Bundesstraßen diese Geschwindigkeiten beibehalten sollten, denn wir haben doch letztlich viele Milliarden Schilling in ein sehr leistungsfähiges, österreichisches Straßennetz investiert.

Vergleicht man immer wieder die Gutachten, so stellt sich heraus: Es steht hier Gutachten gegen Gutachten. Ich glaube, daß zum Beispiel der Großversuch in Hessen nicht das Ergebnis gebracht hat, das manche wollten, nämlich daß eine Geschwindigkeitsbegrenzung dem Wald wesentlich nützen könnte. Ich glaube, daß der Katalysator doch die beste Lösung dieses Problems sein wird. Einige Parlamentarier hatten im Vorjahr die Gelegenheit, in Japan an Ort und Stelle zu sehen und zu spüren, daß, seit es Katalysatoren gibt, die Probleme mit der Gesichtsmaske in Tokio beseitigt sind, daß man sich dort zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Gasmaske bewegen kann.

Vielleicht sollte man in Österreich, um den Katalysator noch attraktiver zu gestalten, doch noch verschiedene Überlegungen anstellen. Zum Beispiel — das ist nicht geprüft, sondern nur ein Gedanke von mir — könnte man demjenigen, der mit einem „schmutzigen“ Auto fährt und nicht bereit ist, sich ein Katalysatorauto oder ein Dieselfahrzeug anzu-

schaffen, gesetzlich Tempo 100 vorschreiben, währenddessen dem anderen, dem Umweltbewußten, die Geschwindigkeit von 130 km/h auf Autobahnen oder 100 km/h auf Bundesstraßen erlaubt ist. In Italien gibt es wiederum eine andere Regelung des Tempos, nämlich nach Kubikinhalte. Wir sehen also, daß in verschiedenen Ländern Europas verschiedene Überlegungen angestellt wurden, und ich glaube, wir sollten auch weiterhin überlegen.

Österreich war auch nicht untätig. Wir waren die ersten, die das grüne Picklerl eingeführt haben. Wir waren die ersten, die den Katalysator eingeführt haben, und Österreich ist das erste Land Europas, das ein sehr umfassendes Umweltschutzpaket beschlossen und erlassen hat. Andere europäische Staaten müßten und sollten hier noch nachziehen. Vielleicht müssen wir auch die Autoindustrie noch etwas mehr motivieren und animieren, der Umwelt ebenfalls entgegenzukommen. In Österreich kann zwar der Katalysator nicht so Fuß fassen, da das Dieselfahrzeug doch begehrter ist, aber auch das Dieselfahrzeug trägt wesentlich dazu bei, die Umwelt zu entlasten.

Ein Wort noch zum Alkohol am Steuer. Verfolgt man immer wieder die Medien, sieht man, daß uns Parlamentariern vorgeworfen wird, daß seit geraumer Zeit eine Regierungsvorlage ruht, die das Kraftverkehrsgesetz und die Straßenverkehrsordnung wieder ins richtige Lot bringen sollte. Es wird vor allem immer wieder gefordert, auch in der Regierungsvorlage, daß man dem Alkohol am Steuer stärker den Kampf ansagt.

Es gibt im Unterausschuß, der dieses Problem behandelt, immer Auseinandersetzungen. Herr Dr. König möchte hier sehr milde vorgehen. Wie ich aber in den letzten Tagen gelesen habe, hat sich Herr Generalsekretär Dr. Graff darüber beschwert, daß man gerade im Linzer Raum nicht wesentlich schärfer und stärker gegen die Leute vorgeht, die alkoholisiert am Steuer sitzen. Ich hoffe also, daß sich der Herr Generalsekretär gegenüber Herrn Dr. König durchsetzt und daß es uns sehr bald gelingen wird, diese beiden sehr wichtigen Gesetzesmaterien zum Abschluß zu bringen.

Nun zum Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen. Auch hier kann man sagen, daß mit einem Plus von 1,6 Milliarden Schilling budgetiert wird. Es freut uns, daß, seit diese Regierung am Werke ist, in der ÖBB eine gewisse Konsolidierung eingeleitet wurde. Es

Hintermayer

wurde zunächst der Vorstand von vier auf zwei Herren reduziert, und ich glaube, daß sich diese beiden Herren im Vorstand wirklich bemühen, ein attraktives Konzept zu erarbeiten, und sich auch bemühen, es in die Tat umzusetzen.

Man müßte auch sagen, daß es bei der Bundesbahn seit geraumer Zeit Rationalisierungsmaßnahmen gibt, denn man hat 1946 mit 90 000 Bediensteten begonnen und hält heute bei 70 000. Hier ist also schon ein beträchtlicher Abbau passiert. Auch 1986 werden wiederum 311 Personen eingespart.

Ich habe eine größere Anzahl von Freunden und Kollegen, die bei der Bundesbahn Dienst versehen, die mir zugestehen, daß sie noch und noch Überstunden machen müssen, um alle Anforderungen erfüllen zu können. Es wurden auch 13 höhere Dienststellen, also nicht nur bei den kleinen Eisenbahnern, eingespart. Der Betriebsabgang 1985/86 wird um 2 Milliarden verringert, der Gesamtabgang um rund 1,6 Milliarden Schilling, und der Reinverlust wird ebenfalls um etwa 0,75 Milliarden Schilling reduziert sein.

Die Pensionen, die ja immer wieder das Schlagwort gegen die Bundesbahn bilden, sind sicherlich eine sehr alte Last, die die Bundesbahn hier mitzuschleppen hat. Aber es ist eben so. Ich glaube, daß es sich viele Menschen verdient haben, in Ruhe ihre Pension zu genießen. Und wenn man weiß, daß es bei der Bahn immer wieder Phasen der Zwangspensionen gegeben hat, so darf man sich nicht wundern, daß es dort eben mehr Pensionisten gibt als in anderen Bereichen. 1934 gab es Zwangspensionierungen, ebenso 1938 und 1945. Diese Menschen leben heute noch und haben das Recht, ihre Pension in Anspruch zu nehmen. Wir Freiheitlichen begrüßen sehr, daß die Trennungsrechnung fortschreitet. Sie dient der Herstellung der Transparenz des kaufmännischen und des gemeinwirtschaftlichen Teiles. Kurios finde ich es immer wieder, daß gerade hier von der Opposition sehr vehemente Angriffe gegen die Bundesbahn gestartet werden. Wenn man draußen in den Ländern und in den Gemeinden herumhorcht, wo die Bahn irgendwo einmal zur Kassa gebeten werden kann, dann betrachtet man sie als Melkkuh. In meiner eigenen Gemeinde sind einige Bahnübergänge aufgelöst worden. Dies wurde mit Millionen Schilling den Gemeinden abgegolten. Die Gemeinde hat einige Jahre im außerordentlichen Budget von diesem Geld zehren können.

Kollege Prechtel hat bereits erzählt, daß die

Bundesbahn in großer Anzahl Ausnahmetarife gewährt. Er hat sogar einige Beispiele zitiert. Es ist doch bekannt, daß es hier in großer Zahl Sozialtarife gibt und daß die Bundesbahn in manchen Bereichen wirklich eine Aschenbrödel-Funktion erfüllen muß.

Wir Freiheitlichen anerkennen das leistungsbewußte Denken des Managements und wir unterstützen und begrüßen auch, daß die Strategie der offensiven Eisenbahn und der offensiven Unternehmenspolitik fortgesetzt und immer stärker herausgestellt wird. Ich möchte die Herren auch bitten, weiterhin zur Imageverbesserung beizutragen und nicht zu vergessen, daß die Österreichischen Bundesbahnen im Gesamtverkehrskonzept Österreichs immer wieder vertreten sind und bleiben und dort ihren adäquaten Stellenwert bekommen.

Wir haben bei der Tagung in Paris von niemand anderem als dem bundesdeutschen Verkehrsminister, der nicht einer sozial-liberalen Regierung angehört, erfahren, daß sie alles daransetzen werden, die Hochgeschwindigkeitsstrecken auszubauen, daß sie sich schon in den nächsten Monaten mit den Franzosen, mit den Belgiern, mit den Holländern zusammensetzen werden, um das in die Tat umzusetzen, was die Franzosen mit dem TGV bereits vorexerzieren. Wir hatten das Vergnügen, dort 450 Kilometer in zwei Stunden zurückzulegen. Wir waren eingeladen, kurze Zeit am Führerstand zu stehen und die Landschaft an uns vorbeiflitzen zu sehen.

Ich glaube, daß sich auch Österreich hier nicht abkoppeln kann. Es sind ja bereits Gutachten eingeholt, und wenn diese Gutachten ergeben, daß Österreich diesen Weg einschlagen soll, dann sollten wir auf jeden Fall zugreifen. In erster Linie müssen wir aber zunächst an die rollende Landstraße, an den kombinierten Verkehr denken. Österreich darf sich hier nicht abkoppeln.

Vom Luftverkehr ist schon gesprochen worden — heute auch eine sehr wichtige Verkehrseinrichtung, die man nicht mehr wegdenken könnte. Es ist sehr gut, daß es dort tüchtige Manager gibt, und ich freue mich immer wieder, wenn ich alle Jahre die Bilanz bekomme und aus dieser herauslesen kann, daß Austrian Airlines, die freundlichste Fluglinie, positiv abschließt und noch einen Gewinn zu verzeichnen hat.

Und nun zuletzt noch zum Kapitel 78, zur Post. Ich hatte vor einigen Tagen Gelegenheit, bei der Postgebührenfestsetzung schon sehr

10278

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Hintermayer

viel Positives über diesen sehr großen Staatsbetrieb sagen zu dürfen. Ich möchte nur noch erwähnen, daß auch hier der Budgetansatz um 2,1 Milliarden Schilling auf 35,7 Milliarden Schilling aufgestockt wird. Und es ist erfreulich, daß die Post für 1986 einen Reingewinn von 3,8 Milliarden Schilling präliminiert und im Voranschlag vorsieht.

Es ist erfreulich, daß diesem Unternehmen nach einem sehr erfolgreichen Manager wieder ein hervorragender Generaldirektor vorsteht, der mit seinen 55 000 Mitarbeitern und einem auf Dienst und Leistung abgestellten Dienstleistungsbetrieb den Bürgern dieses Landes dient und der Staatskasse Gewinne bringt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Dafür allen im Postbereich, aber auch im zuständigen Ministerium herzlichen Dank.

Die Freiheitliche Partei wird den Kapiteln 65, 78 und 79 die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 17.23

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Felix Bergsmann. Ich erteile es ihm.

17.23

Abgeordneter **Bergsmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Lassen Sie mich zu Beginn ganz kurz auf die Ausführungen des Abgeordneten Hintermayer eingehen, denn ich glaube, man sollte so eine Art abfällige Bemerkung über den in Vorarlberg durchgeführten Geschwindigkeitsbeschränkungsversuch in Hinsicht auf das Waldsterben nicht im Raum stehen lassen.

Dazu muß gesagt werden, daß sehr wohl auf Antrag von Vorarlberg, aber doch mit Genehmigung und zuletzt im Auftrag des Innenministers — es gehört übrigens die Sache gar nicht heute hier debattiert, weil sie nicht zur Sache Verkehr oder verstaatlichte Industrie gehört, ist aber egal... *(Ruf bei der SPÖ: Da ist der Verkehrsminister zuständig!)* Aber nicht für diese Dinge! Und außerdem kann es eine Privatmeinung des Abgeordneten Hintermayer sein, daß er das für nicht gut hält. Die jetzt schon vorliegenden Zwischenergebnisse dieser Geschwindigkeitsbeschränkungen geben mir doch Anlaß, sie sehr positiv zu beurteilen.

Nun aber zu meinen Ausführungen, die ich speziell zum Bundeshaushaltskapitel 79, Österreichische Bundesbahnen, machen möchte. Es wird voraussichtlich das letzte Mal sein, daß dieses Bundeshaushaltskapitel in der üblichen, jahrzehntelang üblichen

Form vorliegt. Es wird im nächsten Jahr voraussichtlich in Berücksichtigung der Trennungsrechnung kaufmännisch und gemeinwirtschaftlich getrennt und sicherlich um etliches klarer werden. Das nehme ich jedenfalls an.

Einige allgemeine Bemerkungen dazu, die ich voranstellen möchte, einige spezielle. Ich möchte diese allgemeinen Bemerkungen einleiten mit einem Zitat von Generaldirektor-Stellvertreter Dipl.-Ing. Helmuth Hainitz, das er im Sommer dieses Jahres abgegeben hat, wo er im ÖBB-Journal Nr. 7 sagt: „Die Österreichischen Bundesbahnen sind ein Dienstleistungsunternehmen, deren Zweck der Transport von Personen und Gütern ist. Diese Zweckbestimmung ist von zwei grundlegend einwirkenden Komponenten gekennzeichnet: Erstens von der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung, die außerhalb der Einflußnahme der Unternehmensleitung liegt, wie Beförderungspflicht und Tarifpflicht. Zweitens: Von den betriebswirtschaftlichen Aufgabenstellungen, die auch nur teilweise im Einflußbereich der Unternehmensleitung liegen, verursacht dadurch, daß die infrastrukturellen Voraussetzungen von Geldmitteln abhängen, deren Aufbringung außerhalb des Unternehmens erfolgt, so etwa die Wegekosten Schiene — Straße.“

Ich halte diese Aussage des Generaldirektor-Stellvertreters für völlig richtig, und ich meine, daß es bei einem Bundeszuschuß von 25 140 Millionen Schilling — eine wahnsinnige Geldsumme, die sich kaum jemand vorstellen kann — sehr wichtig ist, diesen Riesenbrocken einmal von einer sehr großen Warte her zu betrachten, worum es denn da überhaupt geht. Das möchte ich an einem sehr einfachen Beispiel versuchen.

Es ist, anders als bei etlichen anderen Bundeshaushaltskapiteln, die Österreichische Bundesbahn ein Dienstleistungsbetrieb für alle Bürger dieses Landes. Man muß sich nun fragen, was die Bürger wollen, was ein Volk will, ob es überhaupt eine Bahn will — es gibt Länder wie Afghanistan, die überhaupt keine Bahn haben —, und wenn es eine Bahn will, dann welche Bahn. Die Bahn, der Generaldirektor, sein Stellvertreter, die Mitarbeiter der Bundesbahn und auch der Minister, sind gerne bereit, wenn ein Volk will, daß die Bahn die Waggons mit Samt und Seide auskleidet und die Türschnallen vergoldet, das zu tun, wenn das Volk sich das leisten kann und das Geld da ist.

Was will ich damit sagen? Verglichen mit

Bergsmann

einer Familie, der Urzelle eines Volkes, wäre es von der ganz großen Budgetsicht her ungefähr so, wie wenn eine Familie beschließt, sich ein Transportmittel, ein Verkehrsmittel, sprich: ein Auto, anzuschaffen. Die Familie ist — angenommen — finanziell mittelmäßig oder gut situiert und kann entscheiden: Soll sie sich ein kleines zweckmäßiges Kombiwägelchen, ein etwas luxuriöseres Sportauto oder größeres Auto anschaffen?

Wir nehmen an, es wäre beispielsweise ein Preisunterschied von 50 000 S, und die Familie beschließt jetzt, sich das komfortablere Auto zu kaufen, weil sie meint, es wäre der Lebensqualität zuträglich, das zu tun. Aber niemals wird die Familie, auch nicht bei vernünftigstem und auch nicht bei kompliziertem Denken, auf die Idee kommen, die 50 000 S Mehrkosten als Defizit zu bezeichnen. Das sind wohl Mehrausgaben, aber bitte sehr Mehrausgaben, die die Lebensqualität der Familie steigern. Und die Familie, Herr und Frau Österreicher insgesamt, müßte und sollte es eigentlich mit der Bahn genauso halten.

Die Bahn, die man im Rahmen der möglichen finanziellen Leistungsfähigkeit haben will, sollte man nicht nur im Zusammenhang mit ihrem Zuschußbedarf von 25 000 und mehr Millionen Schilling sehen. Das ist nur eine Betrachtungsweise der Medaille. Ich glaube nicht, daß Herr und Frau Österreicher, für die ja die Bahn da ist, sehr gerne mit alten Rumpelkisten herumfahren wollen oder die Frächter in alten Güterwaggonen, die baufällig sind. Niemand will heute noch mit einer derart veralteten Bahn fahren oder will gar keine Bahn haben. Das ist es: was ein Volk will und was es sich leisten will. Das ist aber nur die eine Seite.

Die für uns jetzt wichtige Seite und der Kritikpunkt der ÖVP liegt aber dort, bei diesen sechs Milliarden des wirklichen Betriebsabganges. Sogar die Eisenbahner selber, lieber Kollege Prechtl, haben ein Anrecht darauf, und sie haben auch den Wunsch, daß dort sorgfältig geplant und sorgfältig gewirtschaftet wird.

In diesem Zusammenhang vielleicht einige positive und einige negative Punkte. Ich meine, daß es gut und richtig ist, auch ein paar positive Dinge zu nennen.

Es wurde schon vom Kollegen Hintermayer die „Rollende Landstraße“ erwähnt. Ich will darauf ein bißchen eingehen. Die Strecke „Graz—Regensburg“ ist seit 2. Oktober 1984

in Betrieb und hat allein bis heuer im Sommer, in den ersten 10 Monaten, den Transport von 5 000 LKW-Zügen von Graz nach Regensburg ermöglicht. Manchmal gibt es nur eine Auslastung von 40, 50, 60 Prozent, aber wenn man die Summe zusammenrechnet, dann weiß man, was da für die Umwelt geleistet wird.

Oder ein weiterer positiver Beitrag: Am kommenden Montag, dem 2. Dezember, wird eine „Rollende Landstraße“ von Wels nach Mainz in Betrieb gehen, hinaus in die Gegend des Ruhrgebietes, wo es Geschäftsverbindungen zum oberösterreichischen Zentralraum gibt.

Es wird in Tirol das Ausschremmen der Tunnel zügig vorangetrieben, das Herrichten der Strecken — alles positive Dinge. Obwohl uns klar sein muß und auch mir klar ist, daß die „Rollende Landstraße“ lediglich eine — nicht ideale — Übergangslösung ist, die zur Zeit aber tatsächlich eine Notwendigkeit darstellt. Die Zukunft wird bei Wechselaufbauten und beim Containertransport liegen.

Oder ein zweites: Die Kleingutreform. Es ist bekannt und schon oft in der Budgetdebatte erwähnt worden, daß ein Abgang von annähernd 2 Milliarden Schilling beim sogenannten Stückgutverkehr, also beim Paketverkehr der Bundesbahnen besteht. Ich möchte da auch ein Zitat dazu sagen, bevor ich darauf noch eingehe. Generaldirektor Dr. Ernst Gollner hat zu dieser Kleingutreform folgendes gesagt, und zwar an seine Mitarbeiter, an die Mitarbeiter des kommerziellen Dienstes gerichtet:

Für uns — so sagt er — als modernes Dienstleistungsunternehmen wird es notwendig sein, uns auch im Stückgutverkehr noch mehr den Bedürfnissen unserer Kunden anzupassen. Unsere Situation am Markt wird umso besser sein, je marktgerechter wir produzieren, je mehr wir verkaufen, desto besser werden die Österreichischen Bundesbahnen am Markt bestehen. Daß die Entwicklung eines Unternehmens untrennbar mit dem beruflichen und privaten Werdegang seiner Mitarbeiter verbunden ist, braucht man hier nicht gesondert zu erwähnen.

Herr Generaldirektor! Ich bin ganz Ihrer Meinung, nur glaube ich, daß die heute schon erwähnten, vorgestern und gestern durchgeführten Personalvertretungswahlen bei den Bundesbahnen nicht Anlaß genug waren, die voraussichtlich 500 bis 600 Mitarbeiter, die auf Grund dieser Kleingutreform ihren

10280

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Bergsmann

Arbeitsplatz verlieren respektive wechseln werden müssen, nicht rechtzeitig davon zu verständigen. Ich glaube nicht, daß man noch nicht weiß, wer oder bei welchen Dienststellen sie sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Grundsätzlich ist das aber eine absolut positive Maßnahme. Es wird tatsächlich möglich sein, in Wien ein Paket aufzugeben, und dieses Paket ist in vier Stunden in Salzburg. Das wird schon mit nur einem Teil dieser Reform, mit der Einführung des Kuriergutes, möglich sein. Das gehört, wie gesagt, bald durchgeführt. Geplant ist es für das nächste Jahr.

Einige negative Beispiele, die zu erwähnen, glaube ich, von dieser Stelle aus notwendig sind: So erfreulich die kundenfreundliche Entwicklung der Mitarbeiter im ausführenden Verkehrsdienst ist — zunehmend hört man Berichte von Menschen, wie freundlich die Schaffner sind, wie freundlich die Fahrdienstleiter sind, wie freundlich die Kassenbeamten sind — dort wurde viel getan —, so negativ ist, Herr Bundesminister, in diesem Ressort immer noch in manchen Teilen der Verwaltung die Haltung der dort beamteten Mitarbeiter.

Ich möchte dazu ein Beispiel, das mir irgendwo signifikant erscheint, kurz schildern: Ein Omnibuslenker, wohnhaft in Niederösterreich, stellt vor zirka fünf Jahren fest, daß bei seinem Autobus die Vorderräder früher blockieren als die Hinterräder, was bei nasser, glatter Fahrbahn, etwa bei Schnee, sehr, sehr gefährlich ist und zum Austriften des Fahrzeuges führt. Er läßt das Auto untersuchen, er führt Fachgespräche, er meldet das. Was geschieht? — Der Mann wird infolge seines Vorschlages, etwas zu ändern, wegen des Aufzeigens dieses Mißstandes von seinem Dienst abgezogen, zum Wagenwaschen verpflichtet, kommt in die Putzgrube. — Er kämpft weiter bis heuer im Sommer. Er muß zwei psychiatrische Gutachten bringen, um zu zeigen, daß er im Gehirn noch richtig ist. Die Gutachten bringt er. Sie sind sehr positiv, ich habe eines der Gutachten hier, wenn es jemand sehen möchte, sie sprechen vom Verantwortungsbewußtsein dieses Mannes. Die Vorgesetzten aber sagen: Der Mann kann doch nicht — so wie seinerzeit in der k. u. k. Zeit gesagt wurde: „Durf er denn des überhaupt“ — etwas kritisieren, was wir angeordnet haben. Da herrscht ein Geist, der inzwischen, glaube ich, längst der Vergangenheit angehören müßte.

Wenn man von „Mitarbeitern“ spricht, dann muß ich ihn auch wirklich mitarbeiten lassen. Wenn jemand einen Vorschlag macht, kann ich ihn nicht derartig behandeln. Seit vergangener Woche Donnerstag fährt der Mann wieder als Lenker. Eine schwierige Prozedur, die er über sich ergehen hat lassen müssen!

Solche Beispiele machen Schule! Dann traut sich keiner mehr, mit einem ordentlichen Vorschlag herauszukommen, da traut sich der Mitarbeiter, der etwas weiß, nicht mehr zu kritisieren, weil er von seinen Vorgesetzten als blöd hingestellt wird und zum Psychiater geschickt wird. Das ist keine Haltung in dem Betrieb. (*Abg. Kuba: Das ist schon ein bißchen übertrieben!*) Ich nenne nicht die gesamte Verwaltung, sondern Teile der Verwaltung. Das Beispiel ist nicht übertrieben. Ich habe die Gutachten hier. Das ist jetzt untertrieben. Teile der Verwaltung, nicht die ganze, das habe ich ausdrücklich betont. Teile der Verwaltung arbeiten heute noch in diesem Geist, der meiner Meinung nach schon seit der kaiserlich-königlichen Zeit überwunden sein müßte.

Oder ein zweiter Punkt. Es ist noch nicht so lange her, als mir — Kollege Roppert ist gerade nicht da — aus Kärnten ein Schreiben in die Hand gefallen ist, in dem es geheißen hat, als Beilage zu einem Aufnahmeansuchen: Die Eltern des Aufnahmewerbers sollen angeblich der ÖVP nahestehen. Von einer Aufnahme wird daher abgeraten. (*Abg. Dr. Schranz: Und wie schaut es in Niederösterreich aus?*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das Original dieses Schreibens. Was will ich damit sagen? — Objektivierung der Personalaufnahmen, Objektivierung auch der Beförderungen.

Kollege Precht! Der Kollege Precht hat gestern im Zusammenhang mit den Personalvertretungswahlen erklärt: Die Intelligenz hat uns Sozialisten gewählt, nur draußen in den Außenstellen, in den niedrigen Diensten, wo sich die Leute nicht recht auskennen, dort haben sie auch christliche Gewerkschafter und ÖAAB gewählt. Ja, das stimmt schon. Aber wer kommt denn ohne sozialistisches Parteibuch in die Zentralstellen? Das ist meine Gegenfrage. So schaut es aus. Das muß gesagt werden, und das gehört zum Budget. (*Abg. Rechberger: Und wie schaut es in Niederösterreich aus? — Ruf bei der SPÖ: Der Generaldirektor! Frag den Hainitz!*)

Bergsmann

Leute zum Ins-Schaufenster stellen kann man dort überall haben, das weiß ich schon. Aber wie sieht es in der Masse aus? Wie es in Niederösterreich ausschaut, interessiert mich nicht, ich bin auf der Eisenbahn, ich bin dort Vertreter! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch ein Wort dazu genau in diesem Zusammenhang, weil Sie diesen Zwischenruf machen. Ich bin mit großer Leidenschaft Personalvertreter und setze mich mit großer Leidenschaft ein für die Leute. *(Abg. Nürnberg: Das Ergebnis haben wir bei den Wahlen gesehen!)* Die sozialistische Fraktion hat um 1 300 Stimmen weniger, und wir haben um 180 Stimmen weniger, und die Prozentsätze sind gleich geblieben. Was soll das? *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Haltet den Kollegen nicht auf, er will ja schon zum Ende kommen!)* Eben. Ich will ja schon zum Ende kommen. Nur weil ich aufgefordert bin, will ich noch etwas sagen.

Der Zentralsekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner — das sage ich jetzt mit tiefstem Ernst, auch das gehört zum Budget und zum Geist, der in diesem Betrieb herrscht — hat jetzt vor den Personalvertretungswahlen in einer Informationsschrift der sozialistischen Eisenbahnergewerkschafter unter anderem einen Satz geschrieben, den man sich auf der Zunge zergehen lassen muß:

„Grundsätzliche Bemerkungen:

2. Durch notwendige Reformen bei den Österreichischen Bundesbahnen soll es zu keinem Verlust von Mandaten im Zentralausschuß und im Personalausschuß kommen.“

Ich weiß, wie wichtig eine Personalvertretung ist, aber diese Haltung geht dahin: Wenn wir auch gar keine Mitarbeiter mehr haben, Hauptsache ist, wir haben noch Personalvertreter.

So geht es bitte sehr auch nicht!

Ich komme jetzt wirklich zum Schluß. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß keinem Betrieb und auch nicht einem Staatsbetrieb wie den Österreichischen Bundesbahnen eine Verpolitisierung guttut. Die Bahn ist für ihre Eigentümer, nämlich für die Bürger des Staates da und nicht für eine Partei und schon gar nicht für die Sozialistische Partei. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{17.41}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Rechberger. Ich erteile es ihm.

^{17.41}

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ja, wie bekannt, am Freitag eine Sondersitzung stattfindet, kann ich meine Ausführungen heute sehr kurz halten und eigentlich nur das Angekündigte bringen, den aktuellen Stand der Realisierung des Konzeptes VEW 2000, also eines Bereiches der verstaatlichten Industrie, der in den letzten Jahren auch sehr oft zur Debatte gestanden ist. Dieses Konzept wurde im Einvernehmen mit dem Eigentümer, den Gewerkschaften und den Belegschaftsvertretern sowie den Vorständen erstellt. Ich möchte also die bisher gesetzten Maßnahmen hier darlegen:

Im Gesamtunternehmen:

Verlagerung der Unternehmensleitung zu den Produktionsstandorten,

neue Organisation des Unternehmens seit 1. 1. 1985 (Einführung einer marktorientierten Strukturorganisation durch Schaffung eigenständiger — für Produktion, Vertrieb und Ergebnis verantwortliche — Geschäftsbereiche);

Ausgliederungen von Unternehmungen:

Bohr- und Druckluftgeräteerzeugung, Federnproduktion,

Böhler Ybbstalwerke: Maßnahmen zur Kostensenkung, Reduzierung des Personalstandes, was sicher für Belegschaftsvertreter nicht immer leicht, aber doch notwendig gewesen ist, im VEW-Konzern 1984 um minus 5 Prozent und 1984 in der VEW-AG um minus 12 Prozent.

Maßnahmen für die einzelnen Unternehmensbereiche:

Hütte:

Für Konzentration der Rohstahlerzeugung in Kapfenberg.

Verlagerung des Lichtbogenofens samt Vakuumanlage von Ternitz nach Kapfenberg. Installierung einer Vakuum-Standentgasungsanlage für Schmelz- und Großbetrieb vorgesehen.

Für Konzentration der VEW-Schmiedeerzeugung in Kapfenberg:

Überstellung der Langschmiedemaschine SX 26 aus Ternitz, Probelauf August 1985, Projektabschluß Mitte 1986.

10282

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Rechberger**Walzwerkskonzeption:**

Die grundsätzliche Genehmigung für den Neubau des Mehrlinienwalzwerkes in Kapfenberg. Erzeugung höchstwertiger Walzprodukte (schwerstverformbare Basislegierungen), Ausweitung der Dimensionspalette.

Begleitende Maßnahmen: Ausarbeitung eines Konzeptes zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Judenburg, Modernisierung des Blockstahlwerkes in Kapfenberg.

Geschäftsbereich Blech: Eigenverantwortlicher Geschäftsbereich wurde in Mürzzuschlag geschaffen. Zur Ergebnisverbesserung weitere Veränderung im Produktmix geplant.

Geschäftsbereich Rohr: Maßnahmenpaket zur Effizienzsteigerung des Vertriebes und länderspezifisches Verkaufsprogramm, Kostensenkungsmaßnahmen.

Finalbereich: Ausbau von Ternitz als zentralen Finalstandort. Konkrete Projekte: Fließdruckfertigung (Kaltverformungsverfahren), Projekt Kunststofffertigung Ternitz: Zusammenbau von Spritzgießmaschinen; damit werden die ersten Schritte zum Finalstandort in Ternitz gesetzt.

Geschäftsbereich Ölfeldtechnik: Forschung und Entwicklung: Verstärkte Aktivitäten zur Entwicklung neuer Verfahren, Werkstoffe und Produkte mit hoher Wertschöpfung (höchstwertige Legierungen, Beschichtungstechnologie und nichtoxydische Hochleistungskeramik).

Dann kann man hier durchaus ergänzen, was heute noch in Gesprächen zustande gekommen ist, die aktuelle Ergebnissituation der VEW Oktober 1985.

„VEW 2000“ ist nicht nur ein Schlagwort, welches man, glaube ich, in ganz Österreich kennt, sondern ein Konzept, dessen Realisierung positiv verläuft. Der Betriebserfolg der VEW vom Oktober 1985 ist das beste Ergebnis unseres Unternehmens seit 1980.

Das, meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte als Zeichen dafür, daß man in der verstaatlichten Industrie sehr wohl strategisch ausgerichtete Konzepte nicht nur erstellen kann, sondern auch realisiert. Sicherlich mit der dafür manchmal notwendigen Härte, aber immer im beiderseitigen Einvernehmen zwischen der Unternehmensleitung und der Belegschaftsvertretung.

Bei der Durchführung unseres Konzeptes hat uns sicherlich die 1984 eingetretene Marktbelebung geholfen. Aber ganz entscheidend für die sehr deutliche Ergebnisverbesserung sind die durchgeführten organisatorischen Veränderungen und die Maßnahmen zur Kostensenkung.

Überaus erfreulich ist die Ergebnisentwicklung im Hüttenbereich, wo wir noch 1983 über 1,5 Milliarden Schilling Verluste hinnehmen mußten, das waren fast 130 Millionen Schilling pro Monat, und im vergangenen Monat ist die Hütte im Monatsergebnis ausgeglichen.

Wir schreiben schwarze Zahlen in Produktbereichen, die noch nie positiv waren, seit es die VEW gibt.

Der nächste deutliche Schritt zur Verbesserung der Kostensituation kommt im nächsten Jahr mit der Konzentration der Stahl- und Schmiedeerzeugung, und wir wissen, daß wir dann zumindest ausgeglichen sind.

Das alles gelingt nur, wenn das gegenseitige Vertrauen zwischen Unternehmensleitung und Belegschaftsvertretung vorhanden ist. Wir mußten einen bedeutenden Abbau unserer Belegschaft durchführen. Allerdings gelang es uns durch Frühpensionierungen, die mit großartiger Hilfe der Bundesregierung und des Herrn Sozialministers zustande kamen und von ihnen mitgetragen wurden, soziale Härten weitgehend zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Die VEW hat bedeutende Mittel von der Bundesregierung als Umstrukturierungshilfe erhalten. Wir benötigen auch noch weitere begrenzte Mittel. Aber meine Ausführungen zeigen Ihnen, daß wir diese finanziellen Mittelzuschüsse richtig angewendet haben, das sollte in diesem Hohen Haus auch einmal gesagt werden.

Zur Ergänzung möchte ich noch einen Vergleich bringen: Im Oktober 1984 war im Hüttenbereich der VEW noch ein Minus von 100 Millionen Schilling zu verzeichnen, der Oktober 1985 ist mit plus minus Null ausgeglichen.

Zum Abschluß darf ich nur noch erwähnen, was heute schon vom Herrn Bundesminister gesagt wurde: Der Aufsichtsrat der ÖIAG hat dem Antrag des Vorstandes bezüglich Eigenkapitalzuführung in Höhe von 3,635 Milliarden Schilling an die VOEST-ALPINE einstimmig zugestimmt und damit die erste Voraussetzung geschaffen, daß hier diese Hilfe auch

Rechberger

tatsächlich erfolgt. Er hat dazu auch eine Milliarde Strukturhilfe für die VEW beschlossen.

Ich möchte mich von dieser Stelle im Namen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer herzlichst bedanken, auch beim Herrn Bundesminister, bei seinen Beamten, und erbitte für die Zukunft die gleiche tatkräftige Unterstützung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.49

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter **Wimmersberger**. Ich erteile es ihm.

17.49

Abgeordneter **Wimmersberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sie können mir glauben, die letzten 14 Tage waren für mich, der 33 Jahre in der VOEST-ALPINE beschäftigt ist, wohl die schwersten meines Lebens. Jahrzehntlang habe ich mich bemüht, aufklärend zu wirken, Verständnis für die Probleme der verstaatlichten Industrie zu wecken und an einem positiven Image dieses unseres Betriebes zu arbeiten. Jetzt stehe ich, so wie mehr als 70 000 Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien und 22 000 Pensionisten, also rund 200 000 Menschen vor einem Scherbenhaufen. Dazu kommt das inländische Einkaufsvolumen der VOEST-ALPINE mit zirka 10,1 Milliarden Schilling mit einem Beschäftigungseffekt von 20 000. Es geht also um 220 000 Menschen.

Es ist erschütternd, in welcher dilettantischen Art und Weise die politisch Verantwortlichen, sprich die sozialistische Koalitionsregierung und auch der verantwortliche Minister Lacina, auf das Bekanntwerden der VOEST-ALPINE-Verluste reagiert haben. Wir erleben jetzt den Versuch der Bundesregierung und des Ministers, sich aus der Verantwortung davonzustehlen. Den gesamten Vorstand über Nacht zu killen, ist zwar einfach, für das betroffene Unternehmen jedoch, wenn es noch dazu von dieser Größenordnung und internationalen Verflechtung ist, von noch nicht abzusehenden Folgen.

Die Situation, die durch die Unfähigkeit des Eigentümers hervorgerufen wurde, kommt einem Dolchstoß gleich. Die VOEST-ALPINE verfügt über 153 Produktions-, Handels- und sonstige Gesellschaften in der ganzen Welt. Lieferungen von Produkten in 120 von rund 170 Ländern der Erde werden getätigt und mehr als 1 000 Mitarbeiter sind ständig im Auslandseinsatz. Die internationale Reputation in der ganzen Welt wurde damit zerstört.

Herr Minister! Haben Sie überprüft, ob die von Ihnen verlangte freiwillige Funktionszurücklegung des VA-Vorstandes so blitzartig und in einer solchen Nacht- und Nebelaktion notwendig war?

Wenn wir uns das Geschäftsergebnis der AG — ohne VEW — 1984 ansehen: minus 400 Millionen, 1985 wahrscheinlich minus 1,2 Milliarden, aber bitte bei den Rohstoffpreiserhöhungen, die da drinnen sind.

Das Geschäftsergebnis bei den Organschaften und Beteiligungen: 1984 minus 3,6 — das berühmte Bayou und so weiter teilweise schon drinnen —, 1985 minus 4,5. Das ergibt für 1984 4 Milliarden und für 1985 5,7 Milliarden, also 1,7 Milliarden schlechter als 1984. — Und das wurde — man kann das ja jetzt feststellen — eindeutig durch die Geschäftsführung einer Tochter verursacht, die gegen schriftliche Anweisungen gehandelt hat.

Herr Minister! Sie und die ÖIAG — das ist heute schon des öfteren besprochen worden — mußten von diesen Geschäften gewußt haben. Denn letzten Endes — das ist bis jetzt noch nicht gesagt worden — müssen Sie und Ihr Ministerium ja auch den Wirtschaftsprüferbericht bekommen haben, auch aus den vergangenen Jahren, wo doch auf diese Geschäfte schon eindeutig hingewiesen worden sein müßte.

Aber noch etwas anderes, meine sehr geschätzten Damen und Herren: Alle Verantwortlichen im Bereich der verstaatlichten Industrie haben gewußt, daß von den neun Vorständen vier über 60 Jahre alt sind. Monatlang geht die Diskussion hier darum, weil der Eigentümer von dem Unternehmen verlangt hat, sich eine andere Struktur zu geben, daß sich personell etwas ändert und ein neuer Vorstand mit einer neuen Struktur, einer neuen Organisationsform arbeiten soll.

Ich kann mir daher nicht vorstellen, daß es unbedingt notwendig war, alle Neune in die Wüste zu schicken und dieses riesige Unternehmen plötzlich ohne Kopf dastehen zu lassen. Ich darf vielleicht noch eines feststellen: Wenn gesagt wird, erst am 19. November habe der VOEST-Vorstand sich zum Eingeständnis bezüglich dieser Rohölspekulationen bequemt, dann möchte ich aber denn doch fragen: Warum hat denn die ÖIAG die gefeuerten Geschäftsführer Dr. Preschern und Lettner schon am 8. Oktober zu sich beordert? Ja was haben Sie denn die beiden Herren Geschäftsführer gefragt? Und was haben denn die geantwortet? Am 8. Oktober, Herr

10284

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Wimmersberger

Minister. (*Ruf bei der ÖVP: Heuer!*) 8. Oktober, heuer!

Aber ich komme jetzt noch zu einem ganz entscheidenden Thema, das mich die ganze Zeit über immer bewegt hat in den zehn Jahren, die ich hier in diesem Haus bin: da geht es auch um die politische Verantwortung, aber da geht es um die politische Verantwortung des seinerzeitigen Bundeskanzlers, des Herrn Dr. Kreisky, der eindeutig einer der Totengräber dieser verstaatlichten Industrie ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Nowotny: Unerhört!*)

Jetzt spricht der Herr Dr. Kreisky von verbrecherischen Spekulationen bei der VOEST.

Meine Damen und Herren! Wenn man heute die Zeitungen anschaut über das Interview des Herrn Dr. Kreisky, da verlangt er eine VOEST-Untersuchung, übt harte Kritik an Generaldirektor Apfalter. Das ist die größte Frechheit, die mir jemals untergekommen ist.

Der Dr. Kreisky, der die ganze Zeit in diese Betriebe hineinregiert hat. (*Abg. Nürnberger: Warum Sie so schreien, wissen Sie selber nicht! — Abg. Dr. Nowotny: Daß er das Südafrikaengagement verhindert hat, das danken sie ihm heute noch!*)

Wer dankt ihm? (*Abg. Dr. Nowotny: Die VOEST!*) Die VOEST? — Herr Professor, Sie vielleicht. Die VOEST, das überlassen Sie bitte uns. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber bitte, man versteht, daß ich hier heute sehr emotional bin. (*Abg. Wille: Ja natürlich. Er soll reden!*) Ich weiß, Kollege Wille, du wirst es verstehen. Aber dazu muß ich ja auch noch sagen, es sind doch all die Dinge, die hier gesprochen worden sind, meine Damen und Herren, bekannt. Die Intertrading geht doch auf eine Lieblingsidee des ehemaligen Bundeskanzlers zurück, der eben die Kompensationsgeschäfte damit abwickeln wollte und so weiter, und so weiter. Ich könnte noch viel, viel mehr aufzählen.

Und diese Ära will ich jetzt auch noch hier dokumentieren mit den verschiedenen widersprüchlichsten Aussagen dieses Herrn, der jetzt glaubt, er muß Schmutzkübel über die VOEST schütten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Blicken wir noch einmal zurück in die Vergangenheit. In der Periode von 1966 bis 1970, also während der ÖVP-Alleinregierung, wurde der Grund-

stein für die heutige Form der Führung des Industriekonzerns gelegt. Dem seinerzeitigen jungen Staatssekretär Dr. Taus ist es gelungen, die verstaatlichte Industrie außer Streit zu stellen und durch die Gründung der ÖIG beziehungsweise ÖIAG eine Konstruktion zu schaffen, die allen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aspekten Rechnung trägt. Sie überdauerte 13 Jahre SPÖ-Alleinregierung und die jetzige Koalitionsregierung.

Ich muß feststellen, nachdem ich heute hier vom Herrn Minister und auch vom Kollegen Rechberger die erfreuliche Nachricht bekommen habe, sie funktioniert also auch, weil der ÖIAG-Aufsichtsrat hier in dieser Form auf die Vorkommnisse reagiert hat.

Meine Damen und Herren! Taus war es auch, der schon damals die strukturellen Schwächen der Eisen- und Stahlindustrie erkannt und daher die Gutachten der Leobner Hochschule bei Booz-Allen in Auftrag gab. (*Abg. Nürnberger: Wer ist denn dafür verantwortlich, daß die VOEST nicht in die Finalindustrie einsteigen konnte?*)

Bitte, laßt doch den alten Hut. Bitte ich komme doch aus dem Betrieb. Wir haben uns ja gar nichts gepfiffen, wir haben schon 1945 angefangen mit Finalprodukten. (*Zwischenrufe.*)

Unverständlicherweise aber setzte die SPÖ-Regierung in der Zeit der Hochkonjunktur, die beim Stahl eben von 1970 bis 1974 währte, die von der ÖVP-Regierung begonnene Strukturpolitik nicht fort — das haben Sie selbst schon zugegeben „Arbeit und Wirtschaft“ —, obwohl gerade damals die Zeit hierfür bestens geeignet gewesen wäre.

Anstelle echter Strukturreformen wurden bloße Alibihandlungen in Form der Fusionsgesetze ohne notwendige Bereitstellung der finanziellen Mittel gesetzt.

Erinnern Sie sich noch, wie oft ich diese Morgengabe, diese 2 Milliarden verlangt habe und wann die dann endlich einmal gekommen sind.

Die Regierung wischte die Probleme vom Tisch und bürdete sie — wie zum Beispiel bei der Stahlfusion — der ehemaligen VOEST auf.

Ich darf Ihnen jetzt zwei Auszüge aus zwei Zeitungen bringen, weil wir ja immer reden,

Wimmersberger

das sei erst jetzt aktuell geworden, jetzt wüßte man erst, wie es aussieht, wie es steht in diesen Betrieben.

Ich zitiere aus den „Salzburger Nachrichten“ vom 17. Juni 1983:

„Schon am Ende der sechziger Jahre war klar, daß die Betriebe der früheren Alpine nicht konkurrenzfähig sind. Statt eine Sanierung vorzunehmen, forcierte Kreisky die Fusion mit der VOEST und lud die Sorge für die steirischen Betriebe auf das Linzer Unternehmen ab. Die VOEST hinderte der Altkanzler an der Sanierung mit der Erklärung, ‚das hielte er politisch nicht aus‘ und ‚die VOEST würde das schon verkraften‘.

Schon in den siebziger Jahren hat die VOEST die Belastung nur mit Mühe verkraftet. Heute steckt auch das Paradeunternehmen der Verstaatlichten in einer tiefen Krise. Eine Bereinigung in der Zeit der Hochkonjunktur hätte die Firma für die aktuelle Rezession widerstandsfähiger gemacht.

Hier werden keine Weisheiten im Nachhinein verkauft: Die Direktoren der betroffenen Firmen haben rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen ergriffen und wurden durch persönliche Interventionen des früheren Bundeskanzlers daran gehindert.“ (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich werde Ihnen gleich noch weiteres vorlesen, dann werden Sie wieder ruhiger sein.

Weiters heißt es hier:

„Diese jahrelangen Versäumnisse der SPÖ-Regierung, die schlechte Wirtschaftspolitik, die dauernd neuen Belastungen, die Indexkosmetik, sowie das Aufbürden unternehmensfremder Aufgaben brachte einen fatalen Substanzverlust. Dazu der gesamte VA-Vorstand in einer offiziellen Unterlage aus dem Jahre 1977 wörtlich:

‚Der in den letzten drei Jahren beschrittene Weg der finanziellen Auszehrung hat nun zu Finanzierungsrelationen geführt, die keine weiteren Belastungen mehr zulassen, ohne daß die Unternehmungen in finanzielle Existenzkrisen geraten. Die bislang erfolgte Wahrnehmung übergeordneter Aufgaben im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft kann unter diesen Umständen nicht mehr aufrechterhalten werden.‘

Das wurde bereits 1977 vom gesamten VOEST-Alpine-Vorstand, egal, ob schwarz oder rot, unterschrieben.

Vielleicht ist Herr Dr. Kreisky dem Apfalter jetzt so böse, weil er ihn damals 1977 auf die bedenkliche Situation aufmerksam machte.“

Aber ich habe noch einen Auszug aus der „Kronen-Zeitung“ vom 18. Juni 1983. Überschrift: „Trümmerhaufen Verstaatlichte“ — „Auf Kreiskys Scherben“.

„Der Stolz der Nation, die Flagge der Sozialisten in der heimischen Wirtschaftslandschaft brennt: Die verstaatlichte Industrie, der größte einzelne Arbeitgeber, der sich am Markt bewähren muß, hat bereits Milliarden zum Überleben gebraucht und wird viele, viele weitere Milliarden brauchen. Tausende Menschen bangen um ihren Arbeitsplatz ...“

Meine Damen und Herren! Das sind Aussagen, die bitte schon 1983 gemacht wurden, und heute tun wir so, als ob alles neu wäre, als ob alles über Nacht ausgebrochen wäre. Tatsache ist, daß es nur bei der Intertrading zu einer Überraschung gekommen ist, und zwar durch diese sicherlich nicht zulässigen Spekulationsgeschäfte. Der beste Beweis für das Hineinregieren des Exkanzlers in die verstaatlichten Betriebe sind seine eigenen Aussagen.

Am 23. Juni 1972, anlässlich der Fusion VOEST-Alpine, sagte Dr. Kreisky wörtlich: „Wir werden uns bemühen, gemeinsam mit den Gewerkschaften aus dem neuen Konzern einen Musterbetrieb zu machen.“

Was ist aus diesem Musterbetrieb geworden, meine Damen und Herren?

Am 22. Februar 1973 stand in der „Sozialistischen Korrespondenz“:

„Eine gute Regierung müsse Probleme voraussehen!“

Am 31. Dezember 1975 meinte Dr. Kreisky: „Ich sehe da vieles, was mir sehr ernst vorkommt, als das noch vor einem Jahr ausgesehen hat.“

Im Parlament sagte Dr. Kreisky am 1. Dezember 1981:

„Ich als Eigentümer habe, wie Sie wissen, eine durch das Gesetz außerordentlich eingeschränkte Stellung.“ — Bitte, wo hat der Eigentümer eine eingeschränkte Stellung?

Am 29. Oktober 1972 aber sagte Kreisky: „So leicht können es sich die Herrn Direktoren in der verstaatlichten Industrie nicht

10286

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Wimmersberger

machen, daß sie verfügen, wie viele zu entlassen sind, uns nicht einmal etwas davon sagen als dem Eigentümer, und noch dazu über unsere Mittel zu verfügen, indem sie sagen, sie müssen alle in Pension gehen.“ (Aktion 57/52)

Und weiter:

„Sicher wird manches geschehen müssen, wird es sicher bittere Entscheidungen geben.“

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. September 1979 sagte Kreisky:

„Als zuständiger Ressortchef für die verstaatlichte Industrie werde ich mich ganz entscheidend für die Sicherung der Arbeitsplätze einsetzen, darauf kann man sich verlassen.“

Ein Jahr vorher sagte laut „Extrablatt“ vom Mai 1978 Dr. Kreisky: „Die Verstaatlichte beschäftigt alle Leute — und macht gigantische Verluste...“ Bitte, das war 1978. „Das kann man ein, zwei Jahre lang machen, aber dann ist Schluß. Die Verluste kann niemand decken und wenn sie der Staat deckt, so kann er das auch nur ganz kurz machen. Das ist die Problematik.“

Am 13. Dezember 1978 sagte er: „Aber bitte, seien Sie sich klar, daß es hier Grenzen gibt. Dort nämlich, wo es um die Substanz der Betriebe geht. Und diese Grenze ist bald erreicht.“ — 1978 war das, jetzt haben wir 1985.

Kreisky vor dem SPÖ-Klub am 27. Oktober 1981: „Das bedeutet nicht, daß wir nicht dort, wo es notwendig ist, die Zahl der Beschäftigten verringern, das bedeutet nur, daß nicht sofort zugesperrt wird und wir Zeit brauchen, um nachzudenken.“

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der 15jährigen sozialistischen „Nachdenkpause“ kennen seit mindestens einer Woche alle Österreicherinnen und Österreicher.

Meine Damen und Herren! Ganz kurz noch zu einem Thema, das Sie sicherlich sehr interessieren wird. Ich bedauere immer das Verhältnis zwischen den Kollegen der sozialistischen Seite, die Betriebsräte sind, und meinem Kollegen Burgstaller. Kollege Burgstaller hat gestern von „Politerror“ gesprochen. Nun werde ich ein Beispiel für Politerror bringen, der Sie jetzt alle bewegen wird, weil er sich nämlich in der Intertrading abgespielt hat.

Im Jahre 1981 wurde unser Mag. Helmut Winkler, für Finanzen und Kontrolle zuständig, als gleichberechtigter Geschäftsführer dem so oft genannten Direktor Preschern, der für Marketing zuständig war, beigegeben.

Ohne Begründung wurde Ende 1983 dieser Mann aus der Intertrading wieder abgezogen. Wohl gemerkt: Bis zu diesem Zeitpunkt gab es bei der Intertrading keine Verluste, sondern sogar Gewinne! Es zeigte sich eine positive Entwicklung!

Winkler bremste den gern zu risikoreichen Geschäften neigenden Preschern ein. Gegen Winkler, der politisch nicht paßte, nachdem es bei der Intertrading einen ÖAAB-Betriebsratswählerfolg gab, wurde eine bestellte Revisionsuntersuchung eingeleitet, und zwar mit dem Ziel, ihm irgend etwas anlasten zu können, was jedoch zu keinem Ergebnis führte.

Noch bevor irgendein Ergebnis vorlag, wurde Winkler von der Intertrading abgezogen. Wäre dieser Fall von Politerror nicht passiert, so wären wahrscheinlich die riskanten Ölgeschäfte nie zustande gekommen. Das ist, meine Damen und Herren, ein klarer Fall von Politerror! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon — ich komme schon zum Schluß — sehr viel über nationalen Konsens gehört. Ich glaube, wir brauchen diesen wirklich, um diese schwierige Situation meistern zu können.

Ich würde daher auch unsere Kollegen von der sozialistischen Betriebsratsseite ersuchen, die gehässige Art und Weise, wie Sie dem Kollegen Burgstaller gegenüber treten, zu überdenken! Ich glaube, gerade wir Betriebsräte müssen in dieser Zeit, die für uns noch sehr, sehr schwer werden wird, zusammenstehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Die politische Verantwortung steht heute bei dieser Debatte im Vordergrund. Die sozialistische Regierung und der Bundeskanzler, die Minister, haben den VOEST-Vorstand aufgefordert, zurückzutreten, sonst müßten sie ihm das Vertrauen entziehen. (*Abg. Dr. Schwimmer: Der Ruhaltinger soll sich entschuldigen!*)

Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren von der sozialistischen Regierung — im Namen von 100 000 Beschäftigten im ÖIAG-Bereich —: Treten Sie zurück! (*Beifall bei der ÖVP.*) 18.10

Präsident Mag. Minkowitsch

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kuba. Ich erteile es ihm.

18.10

Abgeordneter **Kuba** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Johann Nestroy läßt in einem seiner Stücke seinen Darsteller sagen: Glück wünschen soll man einem Menschen, wenn es ihm schlecht geht, dann hätt' s'Gratulieren eigentlich seinen Sinn.

Ich möchte eigentlich diesen Ausspruch Johann Nestroys etwas abwandeln und vor allem den Personalvertretern der ÖBB zu dem großartigen Ergebnis für die sozialistischen Eisenbahner herzlich Glück wünschen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich glaube aber, man sollte heute auch Glück wünschen auf Grund der bisherigen Wortmeldungen, Glück wünschen in dem Sinn, was das Ergebnis der Eisenbahn für das Jahr 1985 und was die Prognosen für das Jahr 1986 anlangt.

Es dürfte sehr gute Ergebnisse zeitigen, und ich darf von dieser Stelle dem Vorstand und dem gesamten Personal herzlich Glück wünschen für das abgelaufene Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde schon vorschlagen: Vielleicht findet man auch einmal einen anderen Weg, diese Debatte abzuwickeln. Vielleicht könnte man auch einmal die Haushaltskapitel tauschen, sodaß nicht immer nur das Kapitel Verkehr und öffentliche Wirtschaft am Abend drankommt, wo man von allen Seiten bedrängt wird, entweder sich streichen zu lassen oder die Redezeit auf 5 Minuten oder noch weniger zu begrenzen.

Ich würde das gleiche auch für den Finanz- und Budgetausschuß vorschlagen, daß man dieses umfangreiche Kapitel öffentliche Wirtschaft und Verkehr doch vielleicht auf einen Tag der Diskussion ausdehnen sollte und nicht in zwei oder drei Stunden in komprimierter Form abwickeln muß.

Ich werde mich jetzt bemühen, in wenigen Minuten ein paar Dinge aus dem Kapitel Verkehr in meinen Diskussionsbeitrag einzubeziehen.

Verkehrsverbund Ostregion: Dieser Verkehrsverbund, der seit 3. Juni in Kraft ist und eine Reihe von Verkehrsträgern mit einbindet, gibt nun die Möglichkeit, erstmals Ver-

gleiche anzustellen, und ich glaube, es konnte durch die Einführung dieses Verkehrsverbundes ein großartiger Erfolg erreicht werden.

Kollege Hintermayer hat ganz kurz darauf hingewiesen, daß im heurigen Jahr an die 700 Millionen Fahrgäste zu erwarten sind. Das Jahresergebnis 1984 weise Beförderungsfälle, Erlöse von 619 Millionen und Beförderungsfälle von 121 Millionen aus, Gesamterlöse von nahezu 3 Milliarden Schilling und insgesamt 612 Millionen Beförderungsfälle.

Natürlich befindet sich hier ein kleiner Wermutstropfen in dieser Angelegenheit Verkehrsverbund durch die einseitige Festsetzung einer Tarifierhöhung durch die Wiener Verkehrsbetriebe. Ich glaube, es ist in der Relation doch relativ unbedeutend, denn 612 Millionen Zeitkartenfahrern stehen rund 200.000 Beförderungsfälle aus Einzelkarten gegenüber. Trotzdem ist zu prüfen, ob dadurch nicht ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand bei den Einzelfahrausweisen entsteht.

Die zweite wichtige Phase — und da spreche ich als Abgeordneter des nordöstlichen Niederösterreichs, aus dem Weinviertel — wird sicherlich sein die Arbeiten im Rahmen der Phase 2: Einbeziehung der Autobuslinien in den Verkehrsverbund, auch hier gibt es ja bereits Ansätze zu Gesprächen, in der Richtung voranzutreiben, um vielleicht schon mit dem Sommerfahrplan 1987 dieses Modell Verkehrsverbund einer Erledigung zuführen zu können.

Ein Problem, dem ich mich besonders widmen möchte, sind die Nebenbahnen. 40 Prozent des Gesamtnetzes der ÖBB entfallen auf Nebenbahnen, und so ist es nicht weiter verwunderlich, daß dieses Problem Nebenbahnen schon seit einem Zeitraum vom nahezu 30 Jahren in Behandlung steht. Der erste Schritt auf den sogenannten ÖROK-Bahnen wurde jetzt im Waldviertel gesetzt. Auch hier gibt es Einvernehmen mit dem Land Niederösterreich und, soweit mir bekannt ist, werden in Kürze die abschließenden Gespräche stattfinden.

Etwas sonderbar mutet eigentlich nur an die Forderung des Landes Niederösterreich an die ÖBB, 60 Millionen Schilling zu erbringen, um strukturverbessernde Maßnahmen als Ersatz für den zum Teil aufgelassenen Personenverkehr im Land Niederösterreich finanzieren zu können. Sonderbar deswegen, weil ja die ÖBB und die Post großzügige

10288

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Kuba

Ersatzangebote in diesem Bereich eingebracht haben.

Ich glaube, man sollte also bemüht sein, beim nächsten Schritt, der das Weinviertel betrifft, eine adäquate Lösung im Sinne der Lösung für das Waldviertel herbeiführen zu können, und ich bin überzeugt, daß das bei gemeinsamen Anstrengungen auch gelingen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bin überzeugt, daß mit dem Budget 1986, dessen Umsetzung durch einen verantwortungsvollen Vorstand mit optimalem Einsatz der finanziellen Mittel und aufbauend auf ein bestens qualifiziertes und einsatzbereites Personal den ÖBB ein weiterer erfolgreicher Schritt in die Zukunft gelingen wird. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 18.15

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

18.15

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. **Lacina**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf zuerst zu der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten König Stellung nehmen und in Ergänzung des vorher von mir Gesagten doch noch eines klarstellen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter König! Ich habe gesagt, daß ich der Überzeugung bin, daß verstaatlichte Unternehmungen nichts mit spekulativen Geschäften zu tun haben. Es ist keine Frage, daß das nicht heißt, daß sie nicht an Börsengeschäften teilnehmen können. Das wird jedes Unternehmen tun müssen. Es wird keine Frage sein, daß, etwa um Währungskrisen abzuwehren, um Rohstoffe zu sichern — aus welchen Gründen immer —, solche Zugänge auch verstaatlichten Unternehmen — wie allen anderen — offen sein müssen.

Worauf man allerdings zu achten haben wird, ist, daß das Risiko durch Fristenkonformität begrenzt bleibt, bei Käufen, Verkäufen, die gemacht werden. (Abg. DDr. **König**: Daß es materielle Grundgeschäfte gibt, nicht?) Denn keine Frage ist, daß es beide geben muß. Und genau das ist es, Herr Abgeordneter König, was von der VOEST-ALPINE Intertrading versichert wurde, daß sie sich daran hält. Es ist auch ganz genau so, daß das die Auflage war, die im Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE gegeben wurde.

Und das ist eigentlich das, was man dem Herrn Abgeordneten Wimmersberger sagen müßte. Er hat heute hier gesagt: Na ja, was ist denn eigentlich passiert bei der VOEST-ALPINE? Der Verlust ist doch gar nicht um so viel höher, wieso hat es denn diese Reaktion gegeben? Dem Herrn Abgeordneten Wimmersberger — ich verstehe schon, daß er zu seinem Werk steht — muß man dazu nur sagen: Der wesentliche Unterschied ist hier, daß in einem für mich außerordentlich wesentlichen Punkt ganz offensichtlich Kontrollgremien, wie Aufsichtsrat und ÖIAG, falsch informiert worden sind.

Herr Abgeordneter König! Ich gestehe Ihnen sofort zu, auf Grund dieser falschen Information habe ich im Finanz- und Budgetausschuß nicht nur gesagt, daß ich eine durchgehende Ertragsverbesserung in allen Unternehmungen der verstaatlichten Industrie erwarte, in nahezu allen, habe ich damals gesagt, sondern ich habe auch auf Grund der Information, die mir von der zuständigen Sektion V gegeben wurde, annehmen können, daß der Verlust mit weniger oder etwa 100 Millionen Schilling für heuer begrenzt ist.

Angesichts der Information, daß das Risiko insgesamt 400 Millionen beträgt, war das für mich zwar eine unangenehme, aber nicht eine wirklich beunruhigende Tatsache. Denn kein Zweifel: Die Turbulenzen am Erdölmarkt gerade in den letzten Monaten könnten durchaus zu einem solchen Verlust führen und wären mit dieser gegenseitigen Sicherung durchaus in Ordnung zu bringen.

Ja, ganz im Gegenteil: Ich habe mir heute die Monatsergebnisse der Merx vorlegen lassen, die dort auch dem Aufsichtsrat vorgelegt werden, und es zeigt sich, daß durchaus auch in dieser Zeit bei entsprechender Absicherung Erträge zu machen sind, und zwar sowohl durch Bartergeschäfte, durch Servicebarter, als auch etwa durch diese abgedeckten Geschäfte mit sehr begrenztem, außerordentlich limitiertem Risiko. Und dieses Risiko ist klar zu begrenzen, weil ja dann zu einem bestimmten Preis verkauft werden muß. Sie wissen das ja, Herr Abgeordneter König.

Das ist für mich keine Frage, daß dieses spekulative Risiko eindeutig dort liegt, wo Risiken eingegangen werden, die überhaupt nicht überblickbar, die überhaupt nicht begrenzbar sind. Das ist entgegen den Informationen an die Kontrollorgane dort gemacht worden.

Für mich ist jetzt die Frage: Wer hat diese Anweisungen gegeben? Wessen Anweisungen

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

wurden nicht befolgt? Das heißt, wer hat hier schuldhaft gehandelt? Das ist für mich die entscheidende Frage.

Deswegen, Herr Abgeordneter König, habe ich mich dagegen verwehrt, zu sagen, hier ist dasselbe gemacht worden wie dort. Verluste, die in so kurzer Zeit in dieser Höhe eintreten, können gar nicht anders — das wissen Sie wie ich — eingetreten sein, wenn hier nicht Richtlinien, die gegeben worden sind, nicht eingehalten worden wären. Das ist vollkommen klar.

Nun, Herr Abgeordneter König, zum Verkehrsbereich haben Sie eine ganze Reihe von Kritiken geübt. Ich darf mich sehr kurz fassen. Zur Nebenbahn: Ihnen geht es zu langsam, Herr Abgeordneter König, dem Lande Niederösterreich geht es zu schnell. Der Herr Landeshauptmann Ludwig war sehr vergrämt, daß wir im Waldviertel versucht haben, hier etwas zu tun. Er hat uns jetzt mit einer Gegenforderung von 60 Millionen Schilling konfrontiert, aber nicht für den Ausbau der Bahn, sondern für den Ausbau von Landesstraßen. Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, daß das aus dem Bundesbahnbudget nicht möglich ist.

Zum nächsten: Sie haben von der Werftenproblematik gesprochen. Herr Abgeordneter! Es ist nicht nur eine Frage der Grenzkosten, es ist auch eine Frage der Subventionierung der Werften in anderen Ländern. Ich möchte hier schon eines festhalten: Herr Abgeordneter, Sie haben der Subventionierung von Unternehmungen heute hier das Wort geredet. Es ist ein interessantes Faktum, das aus einer Partei zu hören, die gleichzeitig ein Privatisierungsprogramm und den Abbau der Subventionen verlangt. Aber keine Frage, ich werde natürlich mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen sprechen und werde versuchen, daß wir in diesem Fall zu einer Lösung kommen, die für österreichische Arbeitsplätze, aber auch für die Verkehrsangelegenheiten der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft gleichermaßen von Vorteil ist. Was ich aber nicht machen werde — und ich bitte Sie um Verständnis dafür; das kann ich auch nicht —, ist, den Vorständen in dieser Richtung eine Anweisung zu geben.

Dann haben Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, darauf hingewiesen, daß ich ein privates Unternehmen in ein Risiko hineingegeben hätte, und Sie haben die Lauda Air gemeint. Sehr geehrter Herr Abgeordneter König! Ich kann nur eines sagen: Wenn ein Unternehmen um eine bestimmte Sache

ansucht, zum Beispiel um eine Konzession, so ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, das nach der Gesetzeslage zu prüfen. Aber, Herr Abgeordneter Dr. König, ich kenne niemanden, der sagen würde, daß das Risiko, wenn eine Konzession gewährt wird, damit sofort auf den dafür zuständigen Bundesminister übertragen wird.

Ich bekenne mich zu einer sehr weiten politischen Verantwortung, aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, die geht mir zu weit.

Ich kann nur eines empfehlen, Herr Abgeordneter König: Ihre Gesinnungsfreunde in allen Ländern sind für die Deregulierung. Da ist das Risiko für jeden ganz offenbar natürlich. Bitte, offenbar verstehe ich immer falsch, wenn ich „mehr Privatisierung, weniger Staat“ höre, nicht? (*Abg. DDr. König: Aber nicht in der Luftfahrt!*) Ach so, nicht in der Luftfahrt. (*Abg. DDr. König: Das ist ein reglementierter Markt!*) Aber Herr Abgeordneter König, ich sehe immer Plakatwände, da steht drauf „Mehr privat, weniger Staat!“ Wieso gerade in der Luftfahrt nicht? Wieso gerade dort nicht? (*Abg. DDr. König: Weil es da keinen freien Markt gibt!*) Wo gibt es den? (*Abg. DDr. König: Überall anders!*) Überall anders.

Herr Abgeordneter König! Es gibt Leute, die sich auch in der Luftfahrt durchaus zur Marktwirtschaft bekennen, etwa in den Vereinigten Staaten. Warum denn da nicht? Warum soll es da plötzlich nicht gelten? Sie regen sich schon auf, wenn einer zweiten Gesellschaft, was übrigens nicht stimmt, eine Konzession gegeben wird. Es ist nicht die zweite. Wir haben ja die Tyrolean in Österreich. (*Abg. DDr. König: Das ist etwas anderes!*) Die auch nicht? (*Abg. DDr. König: Das ist eine österreichische Gesellschaft!*) Das ist eine österreichische Gesellschaft. Herr Abgeordneter König! Bitte den Nachweis, den haben Sie nicht mir gegenüber zu führen, sondern den haben Sie gegenüber Lauda Air zu führen, daß das keine österreichische Gesellschaft ist.

Schließlich zur Frage des von Ihnen angesprochenen Gutachtens. Sie haben gesagt, der Finanzminister hat gesagt, es gibt noch keine genauen Vorstellungen über die Finanzierung. Unter anderem ist das einer der Punkte des Gutachtens. Deswegen, Herr Abgeordneter König, konnten wir das auch nicht an Ziviltechniker vergeben. Bitte, nicht böse zu sein. Aber Ziviltechniker zu Finanzierungsfragen einzuschalten, das halte ich eigentlich nicht für richtig. Vielleicht sind das auch gar keine finanzwissenschaftlichen Institute, von

10290

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

denen Sie gesprochen haben. Ich glaube es übrigens nicht.

Allein 55 Prozent dessen, was hier ausgegeben wird, bleibt im Inland, unter anderem dank der Mitarbeit österreichischer Wissenschaftler. Aber was uns fehlt, Herr Abgeordneter König, ist ein Institut, das die Zusammenschau aller dieser Bereiche zustande brächte. Außer Sie nennen mir eines, ich wäre Ihnen sehr dankbar. Ich würde gerne eines kennenlernen. Bis jetzt kenne ich noch keines dieser Art.

Ich darf vielleicht noch ganz kurz zu zwei weiteren Bemerkungen Stellung nehmen:

Der Herr Abgeordnete Bergsmann hat — ich danke ihm sehr herzlich dafür — zur Frage des Tempolimits Stellung genommen. Herr Abgeordneter! Sie haben in einer Sache geirrt. Es ist tatsächlich der Verkehrsminister, der dafür zuständig ist. Ich habe die Gespräche mit dem Land Vorarlberg geführt. Es ist nicht der Innenminister, ganz sicher nicht. Ich bin, so wie Sie, überzeugt davon, daß das ernst zu nehmen ist. Ich hoffe, daß diese Überzeugung in Ihrer Fraktion Freunde gewinnt.

Schließlich noch zu einem weiteren Punkt, Herr Abgeordneter Bergsmann. Sie sagen, Initiativen werden abgetötet. Die Aktion zur Förderung des innerbetrieblichen Vorschlagswesens, höre ich, ist in der letzten Zeit um 150 Prozent gesteigert worden. Der Herr Generaldirektor hat eine Telefonnummer für alle, die Vorschläge haben, eingerichtet, und er hat viele Anrufe. Ich hoffe, daß Sie nicht den Eindruck haben, daß der Vorstand der Bundesbahnen nur im Schaufenster steht, in dem Sie den Generaldirektor-Stellvertreter haben. Ich kann Ihnen versichern, er steht nicht im Schaufenster, sondern die beiden arbeiten in diesem Vorstand vertrauensvoll zusammen, und es funktioniert sehr gut.

So gut, Herr Abgeordneter König, daß ich Sie leider berichtigen muß. Wir haben im Jahr 1984 einen Verlust von 5,7 Milliarden Schilling hinzunehmen gehabt, 1985 wird er voraussichtlich 5,3 sein und 1986 voraussichtlich 5,4 Milliarden Schilling. Es geht immer darum, daß man Gleiches mit Gleichem vergleicht. — Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.28

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dkfm. Gorton. Ich erteile es ihm.

18.28

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Bundesminister hat nun nochmals die sich heute ja als trauriger roter Faden durch die ganze Diskussion ziehende Debatte über unseren größten verstaatlichten Betrieb zur Sprache gebracht und in dem Zusammenhang auch von falschen Informationen gesprochen, die über die Kontrollgremien an ihn herangetragen wurden, wenn ich das richtig verstanden habe.

Herr Bundesminister! Selbst wenn in einer Pyramide von unten herauf falsche Informationen kommen — geradezustehen im Parlament und in der Politik und auch hier vor der österreichischen Bevölkerung hat natürlich die Spitze. Und das ist der Herr Bundesminister, und daher werden Sie sich die Vorwürfe, die gegen Sie gerichtet wurden, auch nicht ersparen können.

Herr Bundesminister! Ich möchte dazu eines sagen: Wir haben diese ganze Frage ja im Verstaatlichten-Ausschuß, ich glaube, am 19. September, zur Sprache gebracht; auch die Sache mit der Intertrading. Ich selbst habe dort Fragen gestellt, und das ist auch schon in der öffentlichen Diskussion und in den Print-Medien zum Teil kundgetan worden, was sich hier zusammenbraut.

Ich muß hier eigentlich feststellen, daß Sie damals auch beruhigend gesagt haben: Im Verstaatlichtenbericht steht drinnen, daß das Ergebnis 1984 wieder positiv war, wenngleich die Erwartungen durch zweimaligen Preisverfall bei Rohöl und Ölprodukten nicht ganz erfüllt werden konnten.

Ich glaube, daß Sie im September, als wir das zur Sprache gebracht haben, schon mit mehr Sorge hier hätten walten müssen und die entsprechenden maßgeblichen und verantwortlichen Herren, ich möchte sagen, näher an die Kandare beziehungsweise zur Information hätten bringen müssen. *(Bundesminister Dkfm. Lacina: Prognose null!)* Welche Prognose? Des Unternehmens? Null, ja. — Der ganze Blätterwald war damit voll — ich will hier keine Printmedien zitieren —, überall in der Öffentlichkeit ist schon davon gesprochen worden. Ihr Nachbar von gestern abend im „Club 2“ hat scheinbar damals schon diese Informationen hinausgegeben. Hier hätten Sie, glaube ich, schalten müssen, und hier hätte sofort auch ein Gespräch meinestwegen mit dem Herrn Preschern oder sonstwem stattfinden müssen, um es, nachdem diese Verdächtigungen schon in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, von Ihrer Warte aus

Dkfm. Gorton

zumindest informativ klarstellen zu lassen. Das haben Sie versäumt, Herr Bundesminister, und das müssen wir Ihnen zum Vorwurf machen. (*Bundesminister Dkfm. Lacina: Der Herr Abgeordnete Wimmersberger hat es gerade gesagt, daß die ÖIAG mit ihm gesprochen hat!*) Wenn die ÖIAG auch keine besseren Informationen geben konnte, dann müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß hier im ganzen Apparat irgend etwas nicht stimmt. Und deshalb, Herr Bundesminister, auch unsere Vorsicht.

Und ich möchte nochmals monieren: Wir haben hier ein paralleles Großhandelsunternehmen der Chemie Linz, die Merx, die genau solche überdurchschnittliche Wachstumsraten aufzuweisen hat und wo jetzt davon gesprochen wird, daß es dort nicht solche Risiken gibt wie bei der Intertrading. Ich wünsche es mir für die Merx und für unsere gesamte verstaatlichte Wirtschaft, daß die Risiken dort nicht so groß wären.

Wir werden sicherlich am Dienstag im Unterausschuß darüber auch zu sprechen haben, und ich würde Sie heute schon ersuchen, sich bis zum Dienstag hier noch genauere Informationen bringen zu lassen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Herren bei der Merx um soviel besser und geschickter sind, daß sie ein solches Wachstum erreichen können, obwohl sie im Unterschied zur Intertrading — die anscheinend mit risikoreichen Long-term-Geschäften gearbeitet hat — nur mit Short-term-Geschäften, die weniger risikoreich sind, agieren.

Ich mache Sie aber heute schon darauf aufmerksam: Wir werden im Ausschuß sehr wohl genaueste Informationen von Ihnen verlangen, um zu sehen, ob Kirchwegger und seine Herren mit ihrer Merx bessere Voraussetzungen schaffen und weniger risikoreich in diese Geschäfte einsteigen konnten als der Herr Apfalter mit seinem Geschäftsführer Preschern. Das wird auszudiskutieren sein, und hier erwarten wir genaue Informationen.

Ich möchte hier auch die Frage stellen, Herr Bundesminister: Haben Sie eigentlich in Ihrer Sektion im Laufe des heurigen Sommers über die Intertrading einen Prüfungsbericht bekommen, und was steht in diesem Prüfungsbericht drinnen? Auch diese Frage wollen wir am Dienstag im Unterausschuß sehr wohl ganz genau beantwortet haben.

Herr Bundesminister! Ich muß jetzt doch auch ganz kurz daran erinnern: Sie haben gestern im Fernsehen vor der österreichi-

schen Öffentlichkeit gefragt, warum denn der Verstaatlichtenbericht einstimmig im Parlament angenommen worden ist.

Herr Bundesminister! Wenn Sie hinter dem Verstaatlichtenbericht stehen und diese Informationen, die uns gegeben wurden, dann noch bestätigen, die aber, wie gesagt, praktisch obsolet waren und gar nicht mehr gelten konnten, dann können Sie nicht von dem falsch informierten Parlament, das von Ihnen im Ausschuß falsch informiert wurde — Sie sagen, Sie haben auch keine besseren Informationen gehabt —, dann können Sie nicht von uns verlangen, daß wir den Bericht ablehnen. Aber wir werden künftig bei diesen Verstaatlichtenberichten natürlich viel genauer sein müssen und nicht so ohneweiters auf eine leichthin gegebene Auskunft unsere Zustimmung geben können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Doch auch noch einmal ein lokales Problem. Sie haben gestern in dieser Fernsehsendung zum Ausdruck gebracht, Sie hoffen, daß die Regionalvertreter und alle, die ihr Süppchen dabei kochen, jetzt zum Umdenken gezwungen werden, und haben damit insbesondere auch Ferlach hervorgeholt.

Herr Bundesminister! Ich wollte das Kapitel nicht noch einmal anschneiden, aber ich möchte doch der Wahrheit halber nochmals unsere Vorwürfe als Kärntner an Sie hier festhalten.

Als Staatssekretär Lacina haben Sie Anfang der achtziger Jahre 320 Millionen Schilling in die Drahtproduktion in Ferlach investiert und den Mitarbeitern dort die Hoffnung und damit — ich kann ruhig sagen — auch das Versprechen auf die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze gegeben.

Als Minister Lacina haben Sie dann kurz darauf diese Investitionen als Flop für Ferlach hinfällig werden lassen und mit einem Federstrich den Leuten die Arbeitsplätze genommen.

Die 320 Millionen Schilling in Ferlach waren demnach eine offenkundige Fehlinvestition, aus der aber nicht Sie eine Konsequenz zu ziehen hatten, sondern die Leute in Ferlach. Wir werfen Ihnen also vor, daß damals dieser Flop geschehen ist und daß Sie dann nicht mehr zu Ihrem Versprechen stehen konnten.

Die Leute unten haben Konsequenzen zie-

Dkfm. Gorton

hen müssen. Sie haben daraus keine zu ziehen brauchen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir wollen also die Zeit einhalten, aber ich komme doch nicht darum herum, zwei Worte über den, ich möchte sagen, Untergürtelschlagstil des Herrn Abgeordneten und Kollegen Prechtl zu sagen. (*Abg. Prechtl: Wie war das?*) Es ist ein Untergürtelschlagstil. Unfairneß ist etwas zu milde ausgedrückt, Herr Kollege Prechtl. (*Abg. Prechtl: Ich frage ja nur!*) Sie haben sich bei der Debatte über das Postgesetz am 26. November, also in dieser Woche, wo eine tatsächliche Berichtigung nicht mehr möglich war, hier als Berichterstatter nach Schluß der Debatte zu Wort gemeldet und eine unsachgemäße Darstellung über den untauglichen Versuch der Vorverlegung einer schon festgesetzten, von der Präsidiäle festgesetzten Ausschußsitzung, die für 6. 12. festgelegt war, gebracht.

Die Präsidiäle hat einvernehmlich den 6. 12. als Termin festgesetzt, und es ist einvernehmlich auch gehandhabt worden, daß während der Budgetsitzungen keine Ausschußsitzungen stattfinden. Sie waren nicht in der Lage, Ihre Termine abzustecken und zu überblicken. Es war daher nicht möglich und auch nicht zumutbar, diesen vereinbarten Termin dann wieder vorzuverlegen.

Sie haben das von vornherein gewußt, Herr Kollege Prechtl, da Sie am 7. November zu mir gekommen sind. Und jetzt mache ich vielleicht auch die Indiskretion, daß ich hier ein Vieraugengespräch preisgebe, weil Sie es auch getan haben. Sie sind zu mir gekommen und haben zu mir von vornherein gesagt: „Ich weiß es ohnehin, daß ihr es nicht machen könnt!“ Also Sie haben ohnehin von vornherein gewußt, daß das nicht möglich war.

Aber eine solche Alibihandlung können Sie nicht hier vor dem Plenum falsch darstellen und behaupten, wir hätten euch nicht Gelegenheit gegeben, über das Postgesetz zu verhandeln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Prechtl! Wenn Sie immer wieder mit der Stilllegung der Gurktalbahn anfangen, so kann ich Ihnen nur eines sagen: Wir haben das damals über uns ergehen lassen. Wir haben mit der Bahn verhandelt. Sonst sind damals nirgends Bahnen eingestellt worden.

Es ist auch mein firmeneigenes, von mir gebautes Anschlußgleis obsolet geworden, es mußte abgetragen werden. Für die Investitio-

nen, die im Zusammenhang mit den Umstellungsmaßnahmen in Millionenhöhe erforderlich waren, hat die Bahn einen Investitionsbeitrag von 600 000 S gemeinsam für meinen Betrieb und das Raiffeisen-Lagerhaus Gurktal aufgebracht. Das hat man uns vorgeschlagen. Der Herr Direktor Markoff, der hier mit großer Verantwortung mitgearbeitet hat oder uns diese Möglichkeit geboten hat, hat das vorgeschlagen, zur Sicherung von zirka 100 Arbeitsplätzen dort im Tal. Rechberg hat damals gleichzeitig einen mehrfachen Betrag bekommen. Und wenn Sie heute sehen, daß in Pöls ein neues Gleis um 50 Millionen gelegt wurde, dann können Sie nicht diese Umstellungsmaßnahmen vor dreizehn Jahren mit 600 000 S nochmals ins Gerede bringen. Das ist eine Strukturhilfe von zirka 6 000 S pro Arbeitsplatz gewesen.

Und wenn Sie von dem Güternebenstellenvertrag sprechen: Der ist nur dazu da, damit die Getreidelieferungen in das Gurktal in das Frachtausgleichsverfahren mit einbezogen werden können. Sie wissen das alles, Herr Prechtl. Es war daher, glaube ich, nicht nötig, im Rahmen dieser Budgetdebatte noch einmal mit solchen Sachen anzufangen.

Zum Ende kommend, meine sehr geschätzten Damen und Herren, möchte ich noch feststellen, daß wir jedenfalls in der Frage der Verstaatlichten immer zur Kooperation bereit waren, zur Zusammenarbeit auch in der Verkehrswirtschaft. Es wird daran liegen, wie weit Sie uns bei den Ausschußverhandlungen, die noch vor uns stehen, in den verschiedenen Fragen entgegenkommen.

Letzten Endes noch eine erfreuliche Sache, die ich zum Bereich Luftfahrt hier anbringen oder kundtun möchte. Es freut uns, daß die Flughafen Wien Betriebs-Gesellschaft so wie die AUA auch jetzt ihre Kapitalerhöhung aus Eigenmitteln aufstocken kann. Es gibt erfreulicherweise auch positive Meldungen, und ich möchte nicht versäumen, das auch hier positiv zu vermerken. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{18.41}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Tychtl. Ich erteile es ihm.

^{18.41}

Abgeordneter Ing. **Tychtl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nur zwei Monate nach dem Bericht des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr über die Lage der verstaatlichten Industrie in Österreich und nach einer dringlichen Anfrage zur Lage der

Ing. Tychtl

VOEST vor zwei Tagen befassen wir uns heute im Rahmen der Budgetdebatte zum Budget 1986 neuerlich mit diesem Bereich der Wirtschaft.

Während im vorgelegten Bericht über die Lage der verstaatlichten Industrie im Jahre 1984 noch auf eine Verbesserung der Ergebnisse in den meisten Unternehmensbereichen hingewiesen werden konnte, hat sich diese Entwicklung, wie hinlänglich bekannt ist, drastisch verändert. Ein wichtiger Teil der verstaatlichten Industrie ist durch Fehler im kaufmännischen, technischen und organisatorischen Bereich in eine äußerst schwierige Situation geraten, welche ein rasches Handeln aller Verantwortlichen erforderte. Eine Entwicklung, die vor allem vor dem Hintergrund zu sehen ist, daß die verstaatlichte Industrie ja einen wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft darstellt und daher auch für die Gesamtwirtschaft ein wichtiger Faktor ist.

Umso unverständlicher ist es aber, daß man die Leistungen der in zahlreichen Betrieben und Sparten für die österreichische Wirtschaft tätigen Mitarbeiter in den Medien nur sehr selten würdigt, deren Gehälter und bescheidene Sozialleistungen aber für eine permanente Kritik in der Öffentlichkeit benützt. Ich möchte jedenfalls im Namen meiner Fraktion die Gelegenheit benutzen, allen Dienstnehmern der verstaatlichten Industrie für ihren Einsatz, vor allem aber für ihr großes Verständnis für die oft schwierige Lage in den Betrieben zu danken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich weiß — und die Berichte der letzten Tage zeigen das —, daß es natürlich in manchen Bereichen auch Entwicklungen gibt, welche zu Recht einer Beurteilung unterzogen werden sollten, um Fehlentwicklungen von vornherein zu verhindern. Meist aber liegen die Ursachen der Schwierigkeiten der österreichischen Industrie in ganz anderen Bereichen, darüber hinaus oft nicht einmal in Österreich selbst, sondern sie werden durch neue Strömungen und Entwicklungen nur zu uns herein transferiert. Mit einer solchen Erscheinung und deren Folgen für einen Teilbereich der verstaatlichten Industrie, nämlich mit der Frage der Energiepolitik und deren Auswirkungen auf die Elektroindustrie, möchte ich mich näher befassen. Dazu ist es aber notwendig, sowohl die internationalen Entwicklungen der Elektroindustrie mit all ihren Auswirkungen als auch die geänderten Verhältnisse im eigenen Lande näher zu beleuchten.

Die europäische Elektroindustrie konnte nach einer Phase der Schwäche im Jahre 1984 in vielen Bereichen am weltweit einsetzenden Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsaufschwung partizipieren. Dieser Aufschwung, der in den Vereinigten Staaten bereits 1983 zu einer starken Nachfrage nach elektronischen Bauelementen führte, veranlaßte vor allem Japan, in diese Sparte verstärkt einzusteigen, was sich im Vorjahr durch Produktionssteigerungen von 40 Prozent und mehr zu Buche schlug. Auch der europäische Markt blieb natürlich von dieser Entwicklung nicht unbeeinflusst, was zur Folge hatte, daß auch hier der Markt für Halbleiter im Jahre 1984 um etwa 40 Prozent anwuchs.

Obwohl der gesamte Weltelektromarkt im vergangenen Jahr auf rund 14 100 Milliarden Schilling geschätzt wurde — etwa die Hälfte davon entfiel auf elektronische Produkte —, betrug der Anteil der wichtigsten europäischen Erzeuger nur rund 1 000 Milliarden Schilling oder knapp 15 Prozent.

Auch Österreich versuchte, so rasch als möglich an dieser Entwicklung teilzuhaben, und konnte zum Beispiel in den Produktionsstätten von Siemens in Villach diesem Bedarf an elektronischen Bauelementen Rechnung tragen. Der Produktionszuwachs in Österreich insgesamt konnte sich auch sehen lassen, er lag immerhin bei beachtlichen 38 Prozent.

Ganz anders stellt sich dagegen die Entwicklung der Starkstromindustrie dar. Diese konnte nicht einmal in Ansätzen an dieser Aufschwungphase teilhaben, was besonders auf die derzeitige Lage der Entwicklungsländer, aber auch der OPEC-Staaten zurückzuführen ist.

Während sich also auch bei uns der Sektor Elektronik durchaus positiv entwickelte, zeichneten sich im Bereich der Energietechnik ein sinkender Markt und damit verschärfte Wettbewerbsbedingungen sowie starke Auftragsrückgänge sowohl auf dem ausländischen Markt als auch auf dem inländischen Markt ab.

Auf dem Auslandsmarkt spielte dabei vor allem das steigende Umweltbewußtsein eine wesentliche Rolle und stellte sowohl an die Planer als auch an die Betreiber von Kraftwerken neue Anforderungen. Dabei hat die früher oftmals an den Tag gelegte Art, an die Durchführung von Kraftwerksprojekten heranzugehen, unter dieser neuen Strömung einer breiten Aufklärungs- und Diskussionsbereitschaft Platz gemacht.

Ing. Tychtl

Unter Beachtung dieser Gesprächsbereitschaft soll auch der weitere Ausbau der Donau durch eine rasche Inangriffnahme der Arbeiten an der Staustufe Wien erfolgen. Der Ausbau der Donau — auch auf diesen Aspekt sei hier verwiesen — ist aber neben dem energiewirtschaftlichen Bedarf auch aus schiffahrtstechnischen Gründen erforderlich; zur Einhaltung des Ausbaus ist Österreich wegen der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals verpflichtet.

Mit dem Bau der Staustufe Wien werden auch wieder entscheidende Impulse für die österreichische Wirtschaft gesetzt und wird die Beschäftigung Tausender Arbeiter in der Bauwirtschaft, im Stahl- und Maschinenbau und in der Elektroindustrie gesichert.

Für die Elektroindustrie, speziell für die unter der Stagnation des Großmaschinen- und Transformatorenbaues leidende Elin mit ihrer Fertigungsstätte in Weiz, ist dies eine Überlebensfrage, denn seit dem Ausfall von Hainburg gibt es dort große Beschäftigungsprobleme.

Der weitere Ausbau der Wasserkräfte als wichtigste Basis unserer Stromversorgung ist und bleibt daher eine der vordringlichsten Aufgaben, wenn wir nicht die Zeichen der Zeit ignorieren wollen.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang nur das erste Halbjahr dieses Jahres: In diesem stieg der Stromverbrauch um 5,8 Prozent, wobei dieser Mehrverbrauch von 1 016 Gigawattstunden knapp der Hälfte der durchschnittlichen Jahresleistung eines Kraftwerkes der Größenordnung von Greifenstein entspricht. Dieser starke Verbrauchszuwachs bei Strom führte dazu, daß im Jänner 1985 mit einem Verbrauchszuwachs von 538 Gigawattstunden beziehungsweise 16,2 Prozent ein absoluter Spitzenwert erreicht wurde.

Die Strombedarfsdeckung von plus 8,6 Prozent konnte damals nur durch den Betrieb aller zur Verfügung stehenden Wasserkraftanlagen aufgebracht werden, wobei letztlich keine Reserve mehr zur Verfügung stand. Trotzdem mußte ein Teil des Bedarfs, nämlich 1,3 Prozent, durch die Inbetriebnahme veralteter kalorischer Anlagen aufgebracht werden. Daß der Betrieb von mit Kohle gefeuerter Anlagen, für welche die Kohle noch dazu importiert werden muß, trotz beträchtlicher Erfolge auf dem Gebiete der Rauchgasentschwefelung die Umwelt mehr belastet als Energieerzeugung aus Wasserkraft, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Angesichts solcher Fakten bin ich davon überzeugt, daß die vorliegenden Projekte zur Nutzung der heimischen Wasserkräfte von der Bundesregierung unter Wahrung des Natur- und Umweltschutzes rasch in Angriff genommen und realisiert werden sollten.

Ich möchte trotz des bereits gemachten Hinweises, daß durch den Ausfall von Kraftwerksbauten die Beschäftigungslage im Werk Weiz der Elin äußerst gespannt ist, nochmals kurz darauf eingehen.

Auf Grund der aufgezeigten Entwicklung ist der Mitarbeiterstand von 2 400 Mitarbeiter auf rund 2 000 Mitarbeiter gesunken. Mit Ausnahme der Aufnahme von Lehrlingen, welche aber nach Beendigung der Lehrzeit den Betrieb verlassen müssen, erfolgen keine Neuaufnahmen. Daß gerade im oststeirischen Gebiet, in dem kaum Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und in dem von den 35 500 Beschäftigten des Bezirks mehr als 50 Prozent, nämlich 18 700, pendeln müssen, die Entwicklung der Firma Elin mit größter Sorge beobachtet wird, ist wohl für jeden verständlich. Dies war letztlich auch der Grund dafür, daß Weiz nach der Ablehnung von Raaba sofort ein Grundstück mit allen erforderlichen Anlagen für einen Standort von OKI angeboten hat.

Derzeit versucht die Elin durch Investitionen im Fertigungsbereich und durch weitere Kostensenkungen den Anschluß an die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Ein wichtiger Schritt dazu sind die Anstrengungen für die Lieferung der elektrischen Einrichtungen für das Kraftwerk Nagymaros in Ungarn, das jetzt gebaut werden wird. Mit dazu beitragen sollen aber auch die von der Elin zu 90 Prozent erworbene SAT, deren Hochtechnologie neue Märkte ansprechen soll, sowie die Beteiligung von Elin an der Felten & Guilleaume-Energetechnik, einer Tochter der Philips-Gesellschaft.

Nun aber noch zu einem Bereich der verstaatlichten Industrie, der ebenfalls stark von der Energiepolitik abhängig ist und der vor kurzem dadurch in das Blickfeld der Öffentlichkeit rückte, daß ein Arzt bei einer Anrainerin des Werkes eine Fluorverseuchung feststellte. Es geht um das Aluminiumwerk Ranshofen der Austria Metall AG.

Hier zeigt sich sehr deutlich, wie recht mein Kollege Resch hatte, als er an dieser Stelle am 26. September 1984 zum wiederholten Male den Bau der Elektrolyse für Ranshofen forderte. Er hat damals wie heute — und, wie

Ing. Tychtl

man sieht, zu Recht — sowohl aus Gründen der Beschäftigung und der Sicherung der Arbeitsplätze als auch aus Gründen der Gesundheit und des Umweltschutzes diese Investition gefordert. Ich möchte ihn in diesen Bemühungen unterstützen und hoffe, daß der für 1987 ins Auge gefaßte Spatenstich für die neue Elektrolyse dazu führen wird, daß die Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Gesundheit sowohl der Beschäftigten als auch der gesamten Bevölkerung gesichert ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die heute dargelegten Entwicklungen und Perspektiven auf dem Sektor der Energiepolitik und der Elektroindustrie zeigen ganz deutlich den Wandel der Gesellschaft. War es früher egal, wie gebaut wurde und wie sich das auf die Umwelt und die Menschen auswirkte, so gelten heute andere Vorstellungen und Normen. Dafür, daß unsere verstaatlichte Industrie mit ihren rund 100 000 Beschäftigten diese an sie gestellten Anforderungen auch bewältigen kann, sollten wir alle die Voraussetzungen schaffen. Daher geben wir diesem Kapitel gerne unsere Zustimmung. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 18.53

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Dr. König gemeldet. Ich mache auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

18.53

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben meine Aussage hinsichtlich des budgetierten Reinverlustes der ÖBB für das Jahr 1986 berichtet. Es scheint, daß Sie selbst dabei einem Irrtum erlegen sind. Ich darf Sie auf die Beilage IV b verweisen. Dort ist unter Reinverlust für das Jahr 1986 ein Betrag von 4,5 Milliarden Schilling ausgewiesen. Da ich Ihnen beipflichte, daß man Gleiches mit Gleichem vergleichen muß, müssen Sie folgendes dazurechnen: die erstmals umgebuchten 1,2 Milliarden Schilling für Nebenbahnen, die im vorjährigen Budget noch unter Reinverlust enthalten waren, das ergibt 5,7 Milliarden, weiters die Differenz aus der Erhöhung der Bezüge, einkalkuliert sind im Budget nur 2,5 Prozent, tatsächlich ergibt sich daher eine Differenz von 1,75 Prozent, und das sind weitere 300 Millionen Schilling. Insgesamt ergeben sich also 6 Milliarden Schilling Reinverlust für 1986 — genau das, was ich Ihnen gesagt habe.

Zum zweiten: Sie haben gemeint, ich hätte gesagt, Sie würden die Lauda-Air dadurch diskriminieren, daß es zu einem Abkommen zwischen Österreich und Griechenland kommt. Ich habe hingegen gesagt: Wenn es zu einer solchen Aufteilung des Marktes zwischen Österreich und Griechenland im Charterverkehr kommt, dann werden entweder die AUA benachteiligt werden, wogegen wir auftreten werden, denn das ist unsere nationale Fluglinie, oder zwangsläufig die Lauda-Air, und das hätten wir uns ersparen können, hätten Sie nicht diese Entscheidung getroffen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 18.55

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Helmut Wolf. Ich erteile es ihm.

18.55

Abgeordneter **Helmut Wolf** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. König, ich glaube, uns verbindet weit mehr, als Sie zum Ausdruck gebracht haben, in Sachen Verkehrspolitik, es verbindet uns jedenfalls mehr als uns trennt. (*Abg. Dr. König: Hofentlich!*) Vor allen Dingen freut mich, daß Sie die Nebenbahnen nicht mehr in Frage stellen und daß bei der demnächst in Kraft tretenden Trennungsrechnung auch zum Ausdruck kommen wird, daß heute 90 Prozent der Leistungen der Österreichischen Bundesbahnen auf 50 Prozent der Strecken erbracht werden und die weiteren 50 Prozent immerhin 10 Prozent des Ertrages der ÖBB ausmachen.

Einen weiteren Vorschlag betreffend Partnerschaft zwischen Schiene und Straße kann ich voll und ganz unterstützen. Nur gelten hier ein beiderseitiges Wollen und ein beiderseitiges Einvernehmen. Ich darf daran erinnern, daß eine ÖKOMBI-Gesellschaft gebildet wurde, in der die privaten Spediteure sogar die Mehrheit haben. Ich darf aber auch daran erinnern, daß vor 20 Jahren eine Huckepackgesellschaft gebildet wurde zwischen Spediteuren und den Österreichischen Bundesbahnen, um den Arlberg zu überbrücken — damals hatte die Bahn 30 Millionen Schilling investiert —, und sie wurde von den Spediteuren nicht in Anspruch genommen. Ich darf darüber hinaus sagen, daß wir heute hier im Haus mit dem Herrn Generaldirektor ein Gespräch mit einem privaten Spediteur geführt haben, der sehr kooperativ mit den Österreichischen Bundesbahnen zusammenarbeitet.

All diese Maßnahmen werden wir voll und ganz unterstützen. Es kann nur lauten:

10296

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Helmut Wolf

Schiene und Straße gemeinsam, aber nicht Schiene gegen Straße.

Wie sind dieses Gemeinsame und diese Leistungsfähigkeit überhaupt möglich? — Ich darf daran erinnern, daß das Investitionsprogramm der Österreichischen Bundesbahnen seit 1975 immerhin mehr als 100 Milliarden Schilling für die österreichische Wirtschaft gebracht hat. Und was besonders erfreulich an diesen Investitionen ist: Sie kommen zu über 90 Prozent der heimischen Wirtschaft zugute. Derzeit sind bei den Österreichischen Bundesbahnen Bauvorhaben mit einem Umfang von rund 45 Milliarden Schilling in Ausführung. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch erwähnen, daß es ein Programm für die Sanierung der Privatbahnen gibt, das eine fünfjährige Laufzeit hat und das der Bund mit 900 Millionen Schilling unterstützt.

Im laufenden Budget 1986 sind insgesamt 2 Milliarden Schilling für die Beschaffung von Fahrbetriebsmitteln vorgesehen. Und ich muß in dem Zusammenhang erwähnen, daß insbesondere Betriebe wie Simmering-Graz-Pauker und die Jenbacher Werke und andere daraus großen Nutzen ziehen. Eine Verbesserung der Transportmittel, eine Verbesserung der Betriebsanlagen verkürzt auch die Transportzeiten, was wieder der heimischen Wirtschaft zugute kommt.

Meine Damen und Herren! Ein großes Anliegen der Bundesregierung und der Österreichischen Bundesbahnen ist es, den Nahverkehr verstärkt auszubauen, und hier wird den Ländern große Hilfe angeboten. Diese Nahverkehrsräume zu überbrücken, sie mit öffentlichem Verkehrsangebot besser auszustatten, kommt schlußendlich auch den Ballungsräumen zugute.

Ich darf daran erinnern, daß wir allein im Raum Linz 1,6 Milliarden Schilling investiert haben, im Raum Tirol 1 Milliarde Schilling. Das Baulos Bregenz—Feldkirch mit 1,3 Milliarden Schilling ist abgeschlossen. Wir werden ein weiteres großes Bauvorhaben in Vorarlberg, nämlich zwischen Feldkirch und Bludenz, mit mehr als 2 Milliarden Schilling in Angriff nehmen. Es ist ein großer Wunsch von mir als Vorarlberger Mandatar, auch darauf hinzuweisen, daß der weitere Ausbau der Arlbergstrecke, die heute immerhin 80 Prozent des Aufkommens der Brennerstrecke leistet, zu forcieren ist.

Meine Damen und Herren! Der Verkehrsverbund hat seine Bewährungsprobe bestanden. Mein Kollege Kuba hat darauf schon hin-

gewiesen. Derzeit gibt es Verträge mit Linz, mit der Stadt und dem Land Salzburg. Gespräche sind im Gang auch mit dem Land Vorarlberg, wo ab 1986 der schnellbahnmäßige Betrieb zwischen Bregenz und Feldkirch aufgenommen werden kann. Hier sollte insbesondere danach getrachtet werden, den Umstieg von der Schiene auf den Bus und umgekehrt zu ermöglichen.

Nochmals zum Abgeordneten Dr. König. Er hat mich heute zitiert. Österreich ist das Transitland Nummer eins in Europa, und das möchte ich nicht als erfreulich bezeichnen. Im Gegenteil, die Bevölkerung hat hier große Belastungen zu erdulden. Und in diese Richtung ging auch meine Anfrage, die ich im Verkehrsausschuß dem Herrn Bundesminister gestellt habe. Der Verkehr zwischen Norden und Süden, sprich zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und Italien andererseits, wickelt sich zum größten Teil über die Schweiz und über Österreich ab. Interessant ist, daß heute die Schweiz 90 Prozent dieses Transitverkehrs auf der Schiene hat und Österreich 70 Prozent dieses Transitverkehrs auf der Straße. *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Kollege Dr. König! Die verschärften Maßnahmen, die ich hier gefordert habe, sind in erster Linie Forderungen Ihrer Tiroler Parteifreunde.

Ich darf daran erinnern, daß die Kollegen des Tiroler ÖVP-Klubs in den vergangenen Jahren an Verkehrsminister Lacina eine Aufforderung in Form einer Anfrage gerichtet haben, endlich den Güterstraßenverkehr auf die Schiene zu verlagern.

Ich darf weiters daran erinnern, daß die Stadt Innsbruck einstimmige Beschlüsse gefaßt und Aufforderungen an den Bundesminister gerichtet hat, die unter anderem folgenden Inhalt haben:

Die Stadtführung wird daher ersucht, beim Herrn Bundesminister für Verkehr und beim Herrn Landeshauptmann für Tirol mit allem Nachdruck für die Einleitung wirksamer Maßnahmen zur raschen und drastischen Reduzierung des Transitschwerverkehrs auf der Straße, insbesondere durch ausländische Fernlastzüge, und für eine Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die Schiene einzutreten.

Herr Kollege Dr. König! Ich übernehme damit Forderungen, die die Stadtvertretung von Innsbruck beschlossen hat, die im Tiroler Landtag einstimmig beschlossen wurden und

Helmut Wolf

die auch Landeshauptmann Wallnöfer gefordert hat.

Darüber hinaus darf ich Ihnen sagen: Die Feldkircher Stadtvertretung, an deren Spitze Dr. Pilz steht, der ja ein möglicher Nachfolger von Landeshauptmann Kessler ist, fordert ein Nachfahrverbot und hat es für die Innenstadt beschlossen. Auch das ist eine Maßnahme, die die Wohnqualität für die Bevölkerung erhöhen soll. *(Abg. Dr. König: Erlauben Sie einen Zwischenruf?) Bitte schön! (Abg. Dr. König: Wir sind ja für den kombinierten Verkehr, aber wir sind dagegen, daß man unrealistische Dinge fordert!)*

Herr Kollege Dr. König! Das, was ich fordere, ist überhaupt nichts Unrealistisches, das ist das, was Ihre Parteifreunde in Tirol auf allen Ebenen und auf allen Linien fordern. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich darf weiters dazu sagen: Ihr Parteifreund im Bonner Verkehrsministerium, Dr. Dietmar Schulte, hat unlängst auf einer verkehrswissenschaftlichen Tagung erklärt: Der Brenner ist am Ende. Weder auf der Straße noch auf der Schiene ist da mehr durchzubringen, und es müssen Möglichkeiten und Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, die eine Durchlässigkeit schaffen. Die Österreichischen Bundesbahnen sind dabei, durch die Ausweitung der Tunnelprofile eine leistungsfähige Transitroute zu schaffen — was auch früher schon zum Ausdruck gekommen ist —, auf der Innsbruck in einem Eisenbahntunnel umfahren werden soll.

Was die Beschränkungen anlangt, Herr Kollege Dr. König: Die Schweiz kann man wirklich nicht als wirtschaftsfeindliches Land bezeichnen, aber in der Schweiz gibt es seit jeher die 28-Tonnen-Beschränkung und auch das Nachfahrverbot, und zwar nicht deswegen, weil die Schweiz gegen die Wirtschaft ist, sondern deswegen, weil sie für eine bessere Wohnqualität für die betroffene Bevölkerung ist. Das wollen wir auch machen! *(Abg. Dr. König: Das ist unvergleichbar!)*

Was wir weiters machen, Herr Kollege Dr. König, ist, daß wir auf die Einhaltung der im Haus beschlossenen Vorschriften drängen. Wenn wir diese Vorschriften einhalten, dann schaut so manches anders aus, dann ist es auch nicht möglich, daß zum Beispiel im Nachtsprung mit einem Fernlaster von Bludenz nach Wien und die halbe Strecke zurück gefahren werden kann. Das ist nur dann möglich, wenn bewußt die Vorschriften, die wir im Interesse der Sicherheit aller Verkehrsteil-

nehmer beschlossen haben, übergangen werden.

Meine Damen und Herren! Die „rollende“ Landstraße ist eine entscheidende Alternative, und es ist erfreulich, daß die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den betroffenen Ländern Italien, Deutschland und Österreich erfolgversprechende Ansätze haben. Es ist auch sehr richtig und notwendig, daß durch ein Tarifangebot entsprechende Anreize geschaffen werden.

Was den kombinierten Verkehr anlangt, Herr Kollege Dr. König, bin ich sehr glücklich, daß Sie dazu auch ein positives Wort gesagt haben. Aber es darf nicht nur bei Worten bleiben, sondern wir müssen all diese Maßnahmen mit unterstützen.

Ich bin schon fast am Ende meiner Ausführungen. Die Kollegen drängen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Herr Kollege Graf! Ich bin froh, daß wir für den Straßenausbau von den EG keine Mittel bekommen haben. Heute müssen wir dafür auch keine Gegenleistungen liefern. Ich wäre aber froh, wenn wir für den Schienenausbau von den EG entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt bekämen, weil es in erster Linie die Blöcke der EG im Norden und im Süden sind, die uns die großen Probleme schaffen.

Eines möchte ich abschließend feststellen: Die Bahn ist ein sicheres, ein umweltfreundliches und ein energiesparendes Verkehrsmittel. Dieses Budget macht die Bahn noch leistungsfähiger. Deshalb geben wir ihm auch die Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

19.05

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Franz Stocker.

19.05

Abgeordneter Franz Stocker (ÖVP): Herr Präsident: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1986 ist überschattet von den dramatischen Ereignissen in der VOEST-ALPINE. Die Sanierung dieses Debakels wird Summen erfordern, die nicht nur den Voranschlag 1986 bereits als unrichtig und überholt erscheinen lassen, sondern die aller Wahrscheinlichkeit nach noch viele Jahre hindurch das Budget des Bundes belasten werden, wobei wir nicht einmal genau wissen, um welche Summen es sich letztendlich wirklich handeln wird.

Die Diskussion über die VOEST-ALPINE hat auch dazu geführt, daß die Debatte über

10298

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Franz Stocker

die Lage der anderen verstaatlichten Betriebe etwas zu kurz gekommen ist.

Herr Bundesminister! Sie haben immer wieder erklärt, daß eigentlich, mit Ausnahme der VOEST-ALPINE, in allen anderen Bereichen eine Ergebnisverbesserung feststellbar ist. Wir wollen das nicht bestreiten, wir sind auch froh darüber. Nur: Gestatten Sie trotzdem ein paar kritische Anmerkungen.

Ergebnisverbesserung bedeutet noch nicht, daß es nur positive Ergebnisse sind, und wir wissen, daß einige Betriebe noch immer rote Zahlen schreiben. Wir müssen auch bei der Ergebnisverbesserung sehr genau überlegen und analysieren, worauf sie zurückzuführen ist. Ist sie darauf zurückzuführen, daß wir ein stärkeres Wirtschaftswachstum haben? Steht sie im Zusammenhang mit der Erholung der Preise in manchen Bereichen? Ist sie darauf zurückzuführen, daß auch international eine Erholung der Eisen- und Stahlindustrie feststellbar ist? Oder ist es wirklich Ausdruck einer echten Strukturverbesserung? Sind unsere Betriebe der verstaatlichten Industrie tatsächlich wettbewerbsfähiger geworden? Sind sie für kommende Krisen besser gerüstet?

Das ist die entscheidende Frage, und nur dann, wenn wir diese Frage mit Ja beantworten können, können wir auch froh über die Ergebnisverbesserung sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein paar Bemerkungen auch zur Situation in Niederösterreich. Kollege Rechberger hat auf die Entwicklung des Konzepts „VEW 2000“ verwiesen, darauf, daß diese Vorhaben programmgemäß vor sich gehen. Ich darf darauf erwidern: In den Betrieben der VEW läuft es programmgemäß. Was fehlt, das sind die Strukturmaßnahmen bezogen auf die Region. Die verlorengegangenen Arbeitsplätze im Bereich der VEW sind keineswegs in ausreichendem Maße durch Ersatzarbeitsplätze ausgeglichen.

Wir müssen leider feststellen, daß wir durch die Strukturreform gute Betriebe in Niederösterreich verloren haben, wenn ich nur auf den Betrieb RISTA mit zirka 80 Arbeitsplätzen verweisen darf. Auch bei jenen, die neu angesiedelt worden sind, bestehen beträchtliche Schwierigkeiten, wenn wir etwa an das Plastikflaschenerzeugungsunternehmen in Sankt Aegydenken denken.

Es ist kein Zufall, daß die Region Wiener Neustadt/Neunkirchen zu einem Problemge-

biet geworden ist und daß der Bezirk Wiener Neustadt die dritthöchste Arbeitslosenrate von allen Bezirken Niederösterreichs aufweist, wobei der Durchschnitt in Niederösterreich schon über dem österreichischen Durchschnitt liegt.

Und nun zur katastrophalen Entwicklung bei der VOEST-ALPINE. Wir haben in dieser Woche erlebt, daß von Tag zu Tag, man kann fast sagen von Stunde zu Stunde neue Fakten bekannt geworden sind und die Summe des Schadens immer größer geworden ist. In der heutigen Zeitung liest man, daß möglicherweise 20 Milliarden Schilling zur Sanierung der VOEST-ALPINE notwendig sein werden. In der „Kronen-Zeitung“ von morgen ist von 15 Milliarden die Rede. Das heißt, wir wissen in Wahrheit noch immer nicht, wie hoch der Schaden tatsächlich ist.

Wir stimmen alle überein, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Unternehmungen der VOEST-ALPINE am Leben zu erhalten, daß das ein vorrangiges Ziel ist, nicht nur im Interesse der 70 000 Beschäftigten, sondern im Interesse unserer Republik.

Worüber wir unterschiedlicher Auffassung sind, das ist der Bereich der politischen Verantwortung. Ich muß ehrlich zugeben, auch ich war zutiefst enttäuscht, und mit mir waren es viele andere, die die Sendung „Club 2“ gestern abend gesehen haben. Wenn man Ihre Aussagen, Herr Bundesminister, und die des Kollegen Ruhaltinger gehört hat, dann hat man den Eindruck bekommen: Was muß eigentlich noch alles passieren, bis man sich des vollen Ausmaßes dieser Katastrophe bewußt wird und bereit ist, andere Wege zu gehen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die politische Verantwortung glauben Sie dadurch abschieben zu können, indem Sie darauf verweisen, daß die politischen Parteien in die Organe dieser Betriebe Vertreter entsandt haben. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß damit auch die politische Verantwortung in die Organe verlegt wurde. Heute haben Sie es ja selbst so dargestellt, daß sie in dem Augenblick, in dem sie in den Organen tätig sind, nur mehr den aktienrechtlichen Bestimmungen verpflichtet sind und nicht den politischen Parteien.

Die politische Verantwortung liegt bei der Regierung. Das war bis 1966 hauptverantwortlich die Österreichische Volkspartei. Das war von 1966 bis 1970 alleinverantwortlich die Österreichische Volkspartei. Das war bis 1983

Franz Stocker

alleinverantwortlich die Sozialistische Partei und ist seit 1983 hauptverantwortlich die Sozialistische Partei.

Wir müssen immer wieder darauf hinweisen: Ab 1970 ist die Entwicklung dieser verstaatlichten Industrie anders verlaufen als vorher. Wir haben Ihnen diese Betriebe mit einem soliden Finanzpolster und mit einem jährlichen Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling übergeben. (*Beifall bei der ÖVP.*) In Ihre Regierungszeit fällt jener Zeitraum, in dem diese Betriebe ihren wirtschaftlichen Niedergang erleben mußten. (*Abg. Dr. Fertl: Es hat ja keine Krise gegeben!*) Wir leugnen nicht, daß es eine internationale Stahlkrise gegeben hat. Aber gerade die Ereignisse der letzten Zeit zeigen, daß viele der Fehler hausgemacht sind, vom eigenen Management verursacht worden sind.

Der zweite Punkt, wo unterschiedliche Auffassungen bestehen, ist die Frage der politischen Eingriffe in die Unternehmen. Ein Teil Ihrer Partei leugnet diese Eingriffe, andere bekennen sich dazu.

Generalsekretär Graff hat heute bereits darauf hingewiesen, daß Kollege Wille in einer sehr sachlichen Form dazu Stellung genommen hat, ich darf ihn zitieren — auf die Frage, wieweit politische Einflüsse eine Rolle gespielt haben —: Natürlich hat eine Serie von politischen Einflüssen das Management bei der Beantwortung verschiedener anderer Fragen behindert, aber zweifelsfrei nicht in diesen Fragen, die jetzt so gravierend für das Unternehmen geworden sind. — Um vollständig zu zitieren.

Und etwas später auf die Frage, ob die Manager seiner Meinung nach von der Politik her überfordert waren, hat er mit Ja geantwortet.

Wenn man die Vorfälle vor den Arbeiterkammerwahlen hernimmt, dann kann man erkennen, daß auch seitens des Zentralbetriebsrates und des Kollegen Ruhaltinger in diese Unternehmenspolitik durchaus in einer Form eingegriffen wurde, daß, wie in der „Presse“ zu lesen stand, er im Jahre 1984 den Kanzler gezwungen hat, den Vorstand zum Rückzug von seinen Forderungen auf Abbau der Sozialleistungen zu bewegen. — Eine Entscheidung, die ausschließlich in die Kompetenz der Sozialpartner fällt. Nur der Vorstand und der Betriebsrat haben darüber zu entscheiden. Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat der Vorstand recht, daß diese Kürzungen betrieblich unabdingbar sind,

dann hat er sie auch gegenüber dem Eigentümer zu vertreten, oder aber der Betriebsrat hat recht mit seiner Auffassung, daß diese Kürzungen nicht gerechtfertigt sind, dann hat er den Vorstand davon zu überzeugen, und der Vorstand hat das zur Kenntnis zu nehmen.

Ein seriöser Vorstand wie der Vorstand der VOEST-ALPINE, Generaldirektor Apfalter und die anderen Herren sind jetzt über Nacht zu Spekulanten geworden. Das kann doch kein Zufall sein! Das ist eben nur dadurch erklärbar, daß politisch Zielvorgaben gegeben wurden, die betriebswirtschaftlich nicht erreichbar waren, und daher der Zwang entstanden ist, in irgendeiner anderen Form, in einer sehr spekulativen, sich sehr zum Schaden des Unternehmens auswirkenden Form, doch noch diesem Druck gerecht zu werden. Die Auswirkungen dieses Debakels der VOEST-ALPINE beziehen sich auf die gesamte verstaatlichte Industrie. Wenn ein Flaggsschiff Schaden erleidet, sind alle anderen davon genauso betroffen.

Das Debakel der VOEST-ALPINE ist ein Debakel der ideologischen Zielsetzungen der SPÖ. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Am 23. Juni 1972 hat Bundeskanzler Kreisky wörtlich erklärt — es war das im Zusammenhang mit der Fusionierung, die von der Volkspartei abgelehnt wurde —: Wir werden uns bemühen, gemeinsam mit den Gewerkschaften aus dem neuen Konzern einen Musterbetrieb zu machen.

Diesen Beweis ist er bis heute schuldig geblieben. Eher das Gegenteil ist eingetreten. Sie haben nicht den Beweis erbringen können, daß eine verstaatlichte Industrie eine bessere Wirtschaftspolitik macht, daß eine verstaatlichte Industrie bessere Sozialleistungen bietet und in einer verstaatlichten Industrie die Arbeitsplätze sicherer sind. Daher sind Sie mit Ihren ideologischen Zielsetzungen gescheitert.

Die Auswirkungen der Fusion waren sehr nachteilig für die Unternehmen und sind zum Teil schuld an der heutigen Situation.

Das Debakel der VOEST-ALPINE ist aber auch ein Debakel für den Staatshaushalt. Wichtige Aufgaben des Staates werden dadurch beeinträchtigt. Der Bewegungsspielraum im Budget ist eingeschränkt. Aufgaben im Sinne einer sozialen Sicherheit, bei der Investitionstätigkeit des Bundes werden in Zukunft dadurch nicht wahrgenommen wer-

10300

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Franz Stocker

den können. In Hinblick auf die Steuersenkung, die wir schon so lange verlangen und die immer mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß kein Geld dafür vorhanden wäre, zeigt sich jetzt, daß Geld für die Sanierung dieser Betriebe sehr wohl vorhanden sein muß.

Das Debakel der verstaatlichten Industrie führt aber auch zu einer Verunsicherung der Arbeitnehmer in den betroffenen Betrieben. Betroffenheit, Sorge um die Zukunft, pauschale und ungerechtfertigte Vorwürfe müssen von den Kollegen dort hingenommen werden. Die Aussage des Kollegen Ruhaltinger heute in der „Arbeiter-Zeitung“: Sanierung nicht auf Kosten der kleinen Leute, zeigt, so fürchte ich, daß er die Dimension dieser Frage noch immer nicht erkannt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Eine Sanierung dieses Debakels wird von allen zu tragen sein, und auch die sogenannten kleinen Leute und die sozial Schwachen werden davon nicht ausgeschlossen sein.

Wir bitten Sie daher im Interesse einer Zusammenarbeit, für eine Verbesserung dieser Situation um mehr Verständnis für unsere Anliegen. Lehnen Sie nicht jeden Antrag von uns ab, sondern seien Sie sich bewußt, daß eine Lösung der Frage nur durch gemeinsames Vertrauen möglich sein wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) 19.20

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatte das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe X des Bundesvoranschlages 1986. Diese umfaßt die Kapitel 65, 78 und 79 samt den dazugehörigen Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 740 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur

Feststellung der politischen Verantwortung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für das VOEST-Debakel.

Zunächst bitte ich die Frau Schriftführerin, Abgeordnete Edith Dobesberger, um die Verlesung des Antrages.

Schriftführerin Edith Dobesberger:

Antrag

der Abgeordneten Dr. Graff, Dr. Taus, Burgstaller, Dr. Lichal, Wimmersberger und Genossen betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Nationalrates zur Feststellung der politischen Verantwortung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für das VOEST-Debakel.

In der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 heißt es zum Thema verstaatlichte Industrie unter anderem:

„Die verstaatlichten Unternehmen stehen vor der Aufgabe, die Grundstoffherzeugung weiter zu modernisieren und gleichzeitig in neue Finalproduktionen vorzustoßen. Dabei ist eine längerfristige, zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich zu entwickeln.“

Am 29. November 1983 beschlossen SPÖ und FPÖ einen Zuschuß an Steuergeldern für die verstaatlichten Unternehmungen in Höhe von 16,6 Milliarden Schilling. Die ÖVP hatte die Zustimmung dazu verweigert, weil die sozialistische Koalition die Forderung nach konkreten Sanierungsmaßnahmen abgelehnt hat.

Am 15. November 1985 erklärte Bundesminister Dkfm. Lacina im Parlament, daß bei den „Wirtschaftsergebnissen der verstaatlichten Betriebe im Jahre 1985 eine Verbesserung in nahezu allen Bereichen“ feststehe.

Elf Tage später erklärte der gesamte Vorstand der VOEST-Alpine seinen Rücktritt, weil der Verlust des Unternehmens auf 4,2 Milliarden Schilling für das Jahr 1985 angewachsen sei.

Am folgenden Tag teilt der für die verstaatlichten Unternehmungen zuständige Bundesminister Dkfm. Lacina dem Nationalrat mit, daß die Verluste nun über Nacht auf 5,7 Milliarden Schilling angewachsen sind.

Schriftführerin

Wieder einen Tag später stellte der Generaldirektor der ÖIAG, Dr. Grünwald, in einem Interview mit dem ORF fest, er könne nicht garantieren, daß der Verlust der VOEST nicht noch höher ausfalle.

Der Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr nannte bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage am 27. November 1985 folgende Verluste:

Verluste in Bayou 5 500 Millionen Schilling,

Verluste beim Zellstoffwerk Pöls (allein 1985) 460 Millionen Schilling,

Verluste bei AMI (allein 1985) 320 Millionen Schilling,

Verluste bei Intertrading (allein 1985) 2 400 Millionen Schilling,

Verluste im Bereich Finalindustrie (allein 1985) 750 Millionen Schilling.

Sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr behaupteten in den letzten Tagen, sie seien von der Entwicklung überrascht worden.

Aus der Antwort von Bundesminister Dkfm. Lacina am 27. November 1985 geht eindeutig hervor, daß sich die katastrophale Entwicklung bei der VOEST aber schon lange abgezeichnet hat.

Damit trat die politische Verantwortung von Bundeskanzler Dr. Sinowatz und Bundesminister Dkfm. Lacina für das Debakel bei der VOEST deutlich zutage.

Dies bedarf einer umfassenden parlamentarischen Untersuchung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag

Der Nationalrat wolle gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Nationalrates beschließen:

Zur Untersuchung

I. von Handlungen oder Unterlassungen der Bundesregierung, die zu dramatischen Verlusten der VOEST-Alpine AG führte, insbesondere der Verantwortlichkeit

1. des Bundeskanzlers,
 2. des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
 3. sonstiger Mitglieder der Bundesregierung,
- II. seit wann die Bundesregierung, insbesondere

1. der Bundeskanzler,
2. der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

von den sich abzeichnenden Verlusten der VOEST-Alpine AG, insbesondere im Zusammenhang mit

- a) dem Engagement in Bayou
- b) dem Engagement beim Zellstoffwerk Pöls
- c) dem Engagement bei AMI in Unterpremstätten
- d) den Geschäften der VOEST-Alpine-Intertrading Gesellschaft m. b. H. und
- e) in verschiedenen Bereichen der Finalindustrie

erstmalig Kenntnis erlangte und welche Maßnahmen hierauf von den einzelnen Regierungsmitgliedern getroffen wurden und

III. wie hoch die Verluste der VOEST-Alpine AG, insbesondere im Zusammenhang mit den unter Punkt II a bis e angeführten Geschäften tatsächlich sind,

wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der aus 11 Abgeordneten (im Verhältnis 5 SPÖ : 5 ÖVP : 1 FPÖ) besteht.

Präsident Dr. Stix: Ich danke der Frau Schriftführerin.

Die Durchführung einer gesonderten Debatte wurde weder verlangt noch beschlossen.

Wir kommen daher sogleich zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen

10302

Nationalrat XVI. GP — 116. Sitzung — 29. November 1985

Präsident Dr. Stix

zu erheben. — Das ist die Minderheit.
Abgelehnt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 174/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 1753/J bis 1763/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 27 Minuten